

Alex Demirović
Sebastian Klauke
Etienne Schneider
(Hrsg.)
Was ist der
„Stand des Marxismus“?

Soziale und
epistemologische
Bedingungen
der kritischen Theorie
heute

AKG



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Demirović / Klauke / Schneider (Hrsg.)
Was ist der „Stand des Marxismus“?

AkG

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.

Schwerpunkte bildeten bisher halbjährige Tagungen, bei denen folgende theoretische und politische Fragen behandelt wurden: „Kritische Gesellschaftstheorie heute“, „Feministische Perspektiven“, „Organisation, Bewegung und Hegemonie“, „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – feministische Kritik, Internationalisierung und Migration“, „Internationale Politische Ökonomie“, „Subjektivität“, „Umkämpfte Arbeit“ und „alternative Krisendiagnosen und -politiken“. Dieser achte Band der Publikationsreihe dokumentiert die Themen und Diskussionen einer Tagung der AkG zum Marxismus, die im Dezember 2013 in Berlin stattfand.

Alex Demirović, geb. 1952, ist zzt. Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktionen von PROKLA und LuXemburg. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie- und Staatstheorie, kritische Theorie der Gesellschaft, Intellektuelle, Bildung und Wissen. Neuere Veröffentlichungen u.a.: *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, Münster 2007; Mitherausgeber der AkG-Bände *Kritik und Materialität*, Münster 2008 und *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation*, Münster 2010 sowie mit Heike Walk *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*, Münster 2011.

Sebastian Klauke, geb. 1984, arbeitet im Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie der Universität Kiel und ist Mitglied der AkG. Seine Arbeitsschwerpunkte: materialistische Staatstheorie und Krisentheorien.

Etienne Schneider, geb. 1989, arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist Mitglied der Redaktion der PROKLA sowie der AkG. Seine Arbeitsschwerpunkte: materialistische Staatstheorie, Politische Ökonomie der Krise in Europa und Gesellschaftstheorie im Anschluss an Marx.

Alex Demirović / Sebastian Klauke /
Etienne Schneider (Hrsg.)

Was ist der „Stand des Marxismus“?

Soziale und epistemologische Bedingungen
der kritischen Theorie heute

im Auftrag der
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2015
© 2015 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem Papier
ISBN 978-3-89691-717-1

Inhalt

<i>Simone Claar / Fabian Georgi / Jens Wissel</i> Elf Jahre AkG – ein Vorwort	7
<i>Alex Demirović / Sebastian Klauke / Etienne Schneider</i> Einleitung	10
<i>Alex Demirović</i> Hegemonie und Epistemologie	23
<i>Klaus Dörre</i> Marxsche Theorie und kritische Soziologie Acht Thesen zu einer Wahlverwandtschaft	38
<i>Frank Deppe</i> „Ein kurzer Sommer des akademischen Marxismus?“	63
<i>Silvia Kontos</i> Von der Hausarbeitsdebatte zur ‘Krise der Reproduktion’?	78
<i>Lutz Brangsch</i> Marxismus und Denken im Anschluss an Marx in der DDR – und deren ausstehende Kritik	104
<i>Michael Heinrich</i> Marx oder Marxismus? Anmerkungen zum unkritischen Umgang mit der Lage	121
<i>Ingo Stützle</i> Rebellische Verhältnisse. Die marxistische Debatte braucht mehr Verständigung über die Marxsche Theorie hinsichtlich des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Formen, Geschichte und sozialer Kämpfe	130
<i>Jana Flemming / Melanie Pichler / Christina Plank</i> Alle knechtenden Verhältnisse umwerfen – und doch ein paar Bäume stehen lassen. Zum Verhältnis von marxistischer Theorie und sozial-ökologischen Fragen	141

Das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie – Ein Gespräch über Ausschlüsse, Abbruchkanten und die Vielstimmigkeit von Kritikperspektiven <i>Ein Emailgespräch zwischen Pia Garske, Inga Nüthen, Benjamin Opratko und Katharina Pühl</i>	157
AutorInnenangaben	183

Elf Jahre AkG – ein Vorwort

Im Oktober 2003 trafen sich in Kassel elf Personen, um zu diskutieren, wie die Praxis kritischer Gesellschaftstheorie gesichert werden könnte. Verschiedene Ideen standen im Raum. Einige dachten über die Gründung eines neuen Instituts nach; andere bevorzugten eine eher lose Vernetzung kritischer Wissenschaftler_innen. Bezüglich eines Institutes setzte sich die Einschätzung durch, dass grundsätzliche Auseinandersetzungen aufgrund der Zwänge des Wissenschaftsbetriebes in einem Institut kaum möglich wären. Ausgehend von diesem Treffen gründete sich 2004 die 'Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung' (AkG), die letztlich mehr wurde als eine bloße Vernetzung kritischer Wissenschaftler_innen. Viele Gründungsmitglieder schätzten damals die Lage gesellschaftskritischen Denkens an den Universitäten in Deutschland äußerst pessimistisch ein. Die mit der Studentenrevolte von 1968 an die Universität gekommenen linken Professor_innen standen vor der Pensionierung. Der neoliberale Umbau der Universitäten hatte begonnen und konservative Kräfte nutzten die Situation, um kritisches, an der Marxschen Theorie orientiertes Denken von den Hochschulen zu verdrängen. Die Kräfteverhältnisse verschoben sich und es schien alles andere als sicher, ob es gelingen würde, bestehende kritische Nischen an den Universitäten zu verteidigen. Ein nahezu vollständiges Wegbrechen kritischer Wissenschaft erschien als reale Möglichkeit.

Ist es tatsächlich so schlimm gekommen? Wie schlecht ist die Lage von Gesellschaftskritik heute, fast zwölf Jahre später? Darüber gingen und gehen die Meinungen im Umfeld der AkG auseinander. Dies zeigte sich im Januar 2012 auf der offenen AkG-Mailingliste, als es über einen FAZ-Artikel, der die Lage marxistischen Denkens im deutschsprachigen Raum deutlich pessimistisch einschätzte und mit einer vermeintlichen besseren Situation in Großbritannien, Kanada und den USA kontrastierte, zu teils heftigen Diskussionen kam. Einige Debattierende verwiesen auf die in den letzten zehn Jahren, nicht zuletzt im Umfeld und durch die Mitglieder AkG, geleistete Arbeit zur feministischen und materialistischen Staatstheorie in Anschluss an Gramsci, Poulantzas und Foucault, die Debatten über Raum und kritische Geographie, über periphere Staatlichkeit und Nord-Süd-Verhältnisse, über eine Gesellschaftstheorie, die vielfältige Herrschaftsverhältnisse einbezieht. Womöglich war die

Debatte auch deshalb so intensiv, weil die Einschätzung zur Lage des Marxismus im deutschsprachigen Raum zugleich ein Urteil über Erfolg und Misserfolg der 'Assoziation' und ihrer Mitglieder war.

Entgegen den Erwartungen von 2004 haben es doch einige kritische Wissenschaftler_innen auf Professuren geschafft und das Interesse von jungen Menschen und Studierenden an kritischer Theorie ist nach wie vor groß. Allerdings erodierten die materiellen Grundlagen kritischen Arbeitens weiter. Viele kritische Wissenschaftler_innen leiden unter Isolation, Zeitmangel und fehlender Absicherung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Kontinuität und gesellschaftliche Verankerung der theoretischen Arbeit bleiben konnte.

Dass marxistisches und gesellschaftskritisches Denken innerhalb und außerhalb der Hochschulen nicht verschwunden ist, dazu hat die AkG einen Beitrag geleistet. In den vergangenen elf Jahren hat sie mehr als ein Dutzend Tagungen und Workshops organisiert, mit dem vorliegenden Buch den achten Band in einer eigenen Reihe im Verlag Westfälisches Dampfboot publiziert. Immer wieder war ihr der Blick über den europäischen Tellerrand hinaus wichtig, dabei standen globale Herrschaftsverhältnisse und Imperialismusbegriffe im Zentrum vieler Debatten.

Die AkG hat sich auch mit eigenen Erklärungen in öffentliche Auseinandersetzungen eingemischt, etwa mit der Kampagne „Demokratie statt Fiskalpakt“ im Frühjahr 2012; mit einer Erklärung, die Judith Butler im September 2012 gegen Vorwürfe verteidigte, sie sei Antisemitin und deswegen nicht würdig, den Adorno-Preis der Stadt Frankfurt zu erhalten; und im November 2014 mit einer Solidaritäts-Adresse und kritischen Analyse zur medialen Hetze gegen die Bahnstreiks der Gewerkschaft GdL. Der wichtigste Beitrag der AkG war es, einen sozialen Raum, ein Netzwerk, einen Anlaufpunkt für Menschen zu bilden, die sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie sind, nicht abfinden wollen, und sich ihrer Analyse und Kritik verpflichtet fühlen.

Marxistisches Denken hat seit der Weltwirtschaftskrise und dem völligen Versagen der in der wissenschaftlichen Ökonomie dominanten Neoklassik ab 2008 gesellschaftlich an Bedeutung gewonnen. Der vorliegende Band zur Aktualität und Rolle des Marxismus geht aus einer Tagung hervor, welche Ende 2013 in Berlin stattfand. Der Band fragt nach den Potenzialen der Marxschen Theorie, eine Frage, die in der AkG immer eine große Rolle gespielt hat. Nicht nur aus

akademischem Interesse, nicht nur um Herrschaft zu verstehen, sondern vor allem um zu klären, wo Kritik und emanzipatorische Veränderungen ansetzen können. Es geht darum, einen Zugang zur Interpretation von Herrschaftsverhältnissen auf der Höhe der Zeit zu entwickeln.

In der AkG ist es Konsens, dass ein solcher Zugang nicht nur an einem Herrschaftsverhältnis (etwa dem Klassenverhältnis) ansetzen kann, sondern sich auch mit anderen Herrschaftsverhältnissen und ihren Vermittlungen auseinandersetzen muss (etwa Rassismus, Geschlechter- und Naturverhältnisse). In der Situation einer anhaltenden, großen und multiplen Krise kann auf kritisches Denken nicht verzichtet werden. Schon der Befund einer multiplen Krise macht deutlich, dass es darum geht, gesellschaftliche Zusammenhänge zu analysieren, Verknüpfungen zwischen der Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes, der sozio-ökologischen Krise, der Krise der Reproduktion und jener der parlamentarischen Demokratie herzustellen. Marxismus kann hierzu beitragen. Die Autor_innen des vorliegenden Bandes tun genau dies.

Simone Claar, Fabian Georgi und Jens Wissel
Für den AkG Vorstand 2012–2014

Einleitung

Was ist 'der Stand des Marxismus'? In mehrfacher Hinsicht bildet diese Frage den Ausgangspunkt dieses Bandes, der aus einer nun schon über drei Jahre geführten Diskussion im Kontext der *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) heraus entstand¹.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch einen Artikel von Oliver Nachtwey in der FAZ vom 18. Januar 2012, der die These entwickelt, dass sich der Marxismus in einer Phase der Rekonvaleszenz nach seinem Missbrauch durch den Stalinismus befinde. Die wesentlichen Entwicklungsimpulse kämen aktuell jedoch nicht mehr aus Deutschland und Südwesteuropa, wo der Marxismus mit akademischen Intellektuellen im Nachgang von 1968 seinen Zenit schon lange überschritten habe, sondern aus dem angelsächsischen Raum mit seiner weitaus dynamischeren Wissenschaftskultur.

Die Reaktionen auf den Artikel waren vielfach kritisch. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass der 'Zustand' des Marxismus im deutschsprachigen Raum bisher kaum systematisch betrachtet wurde. Auch hier gibt es eine lange, von Marx ausgehende Tradition kritischer Gesellschaftsforschung, die sich durch viele Brüche und Verzweigungen bis heute erhalten und lebendig weiterentwickelt hat: von der Regulationstheorie, neogramscianischen Debatten und Beiträgen zum neuen Imperialismus über wertkritische Beiträge, Postoperaismus, materialistische Staatstheorie, Rassismus- und Ideologie-, feministische und Gendertheorie bis hin zu philologischen Forschungen zu Luxemburg oder, im Zusammenhang mit der Herausgabe der MEGA, zu Marx, um nur einige von vielen Strängen der Weiterentwicklung zu nennen. Zwischen den Ansätzen besteht oftmals Dissens, und immer ist es notwendig, in kritischen Diskussionen darüber nachzudenken, ob er historisch und in den aktuellen Auseinandersetzungen relevant oder der politischen oder akademischen Profilierung geschuldet ist. Solche Diskussionen können auch die Grundlage dafür sein, den Dissens produktiv zu wenden und zum Ausgangspunkt weiterer theoretischer Überlegungen und Entwicklungslinien zu machen, wie *Ingo Stützle* anhand der aktuel-

1 Auch viele der in dieser Einleitung angerissenen Gesichtspunkte entstammen dieser Diskussion und sind Ergebnis dieses kollektiven Reflexionsprozesses.

len Kontroverse zum Verhältnis von gesellschaftlichen Formen und sozialen Kämpfen in seinem Beitrag zu diesem Band zeigt. Ein Ziel des vorliegenden Bandes ist es, diese Entwicklungslinien und die sich daraus ergebenden Herausforderungen aktueller Diskussionen zu beleuchten – ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen oder zu können.

Trotz dieser vielfältigen Linien der Weiterentwicklung wurden jedoch fast alle dieser an Marx anknüpfenden kritischen Denktraditionen in den letzten Jahrzehnten in eine Position der Marginalität gedrängt; ihre Beiträge und Debatte wirken nur noch äußerst selten in gesamtgesellschaftliche intellektuelle und politische Kontroversen hinein. So kann es sein, dass Wolfgang Streeck in seiner 2013 erschienenen, viel beachteten Krisendiagnose *Gekaufte Zeit* zwar auf marxistische krisentheoretische Beiträge der 1970er Jahre um Habermas Bezug nimmt, die gesamte, sowohl in den sozialen Bewegungen als auch in der materialistischen Gesellschaftstheorie geführte Diskussion zum Verständnis von Krisen seither jedoch links liegen lässt – und damit seinerseits fortsetzt, was er beklagt, die Ausgrenzung marxistischer Beiträge.

Marxismus als materielle Praxis

Das verweist darauf, dass *‘der Stand des Marxismus’* nicht allein als Entwicklung von theoretischen Innovationen oder als Summe der Ergebnisse empirischer Analysen verstanden werden sollte. Die Frage nach dem *‘Stand des Marxismus’* betrifft nicht nur die internen Entwicklungen einer Denktradition, sondern, ganz materialistisch, auch ihre Verankerung in Praktiken, kollektiven Arbeitszusammenhängen, materiellen Apparaten und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, durch die sich die theoretisch-kritische Praxis überhaupt reproduzieren, weiterentwickeln und eine gesellschaftliche Ausstrahlungskraft entfalten kann, wie *Alex Demirović* in seinem Beitrag zu diesem Band darlegt. Die radikale Gesellschaftskritik, die im Anschluss an Marx formuliert und weiter ausgearbeitet wurde, operiert selbst auf den Terrains der Gesellschaft, die sie kritisiert – und ist auch ihrerseits ein Moment dieser Kräfteverhältnisse. Die Frage nach dem *‘Stand’* dieser Gesellschaftskritik meint somit nicht nur einen historischen Entwicklungsstand hinsichtlich der Theoriebildung, sondern auch ihre Position im Verhältnis zu anderen intellektuellen Strömungen.

In der BRD hat der Marxismus eine lange Tradition, die bis heute auf vielfache Weise in Form von Zeitschriften, Forschungsprojekten, Konferenzen und anderen Diskussionszusammenhängen fortgesetzt wird. Auch in der DDR entwickelte sich der Marxismus weiter – zum Teil affirmativ zum Regime, zum Teil aber auch kritisch. Nach 1990 waren beide Traditionen, wenn auch in unterschiedlicher Weise, von der Macht des Antikommunismus betroffen. Diese wirkte umso stärker, als kritische Analysen zur Funktion des Marxismus-Leninismus als konkreter theoretisch-institutioneller Praxis und zu den marxistischen Kontroversen in den staatssozialistischen Gesellschaften bis heute immer noch wenig entwickelt wurden (vgl. hierzu den Beitrag von *Lutz Brangsch* in diesem Band). Während sich der Marxismus nun, wie Oliver Nachtwey schreibt, einerseits in einer „Phase der Rekonvaleszenz“ befindet, blieb die marxistische Denktradition und ihre Stellung im Westen andererseits von über vierzig Jahren neoliberalen Gesellschaftsumbau, der viele gesellschaftliche Bereiche und soziale Verhältnisse grundlegend veränderte, nicht unberührt.

In den Diskussionen einer Partei wie der „Linken“ oder in den Gewerkschaften spielt der Bezug auf Überlegungen von Marx kaum eine Rolle. Auch in der akademischen Lehre, wo es an einigen Hochschulen seit der studentischen Protestbewegung in der BRD über einen längeren Zeitraum hinweg so etwas wie ein marxistisches Curriculum gab, ist die Bedeutung von Marx und der an ihn anschließenden Tradition drastisch zurückgegangen. Beriefen sich in den 1970er und noch in den 1980er Jahren zahlreiche linke und linksradikale Gruppierungen in ihrer Praxis auf Marx, so ist das heute nicht mehr der Fall. Das ist nicht in allen Fällen zu bedauern, denn solche Bezüge dienten durchaus der hochfahrenden Besserwisseri und individuellen Profilierungssucht in Seminaren oder politischen Zusammenhängen; sie hatten oftmals einen dogmatischen und sterilen Charakter, der die Erfahrung und die konkrete Analyse der bundesdeutschen Wirklichkeit verstellte. Aber grundsätzlich handelt es sich um einen Verlust, denn es fehlen vielfach die gemeinsame Sprache, die geteilten Begriffe, Diskussionen und die Maßstäbe, die die Grundlage für Analyse und Kritik bilden, an denen sich eine politische Urteilskraft bilden kann und Kontroversen entzünden können. Die Bedeutung der Theorie ist deutlich geschwächt. Allerdings erhält sich bis heute auch jenseits einiger ‚großer Namen‘ eine Pluralität marxistischer Zusammenhänge in Form von Zeit-

schriften, Arbeitskreisen oder Forschungsprojekten. Sie existieren jedoch vielfach unvermittelt nebeneinander, Austausch oder Bündelungseffekte, die die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen, gibt es kaum. Viele Zeitschriften erreichen beispielsweise jeweils nur ein Teilspektrum. Sie orientieren sich nicht allein arbeitsteilig an unterschiedlichen Fachgebieten, sondern sind auch geographisch und an bestimmte Personenzusammenhänge gebunden. Dabei wäre ein höheres Niveau der 'Arbeitsteilung' notwendig, um den aktuellen empirischen und theoretischen Fragen überhaupt gerecht werden zu können. Verbreitet findet sich eine Art *poor man's Marxismus*, der auf einen naturalistischen Materialismus und primitiven Ökonomismus zurückfällt. Dies wiederum bestätigt diejenigen, die immer schon wussten, dass die Theorie von Marx schlicht ökonomistisch oder vermeintlich nur klassenorientiert sei. So drohen unter den vielen „turns“, unter der differenzierten Befassung mit Sexismus, Rassismus oder Naturverhältnissen die Fragen nach Klassen, nach Aneignung des lebendigen Arbeitsvermögens, nach den Gewaltverhältnissen in der Lohnarbeit, nach der Anstrengung der Arbeit in der formellen und informellen Ökonomie aus dem Blick zu geraten. Doch es geht um den Gesamtzusammenhang und die feinsten Formen der Vermittlung: „Zart wäre einzig das Größte: daß keiner mehr hungern soll.“ (Adorno 1980, 177)

Mit der Wende von 1989, die nicht nur den staatlichen Institutionen des Marxismus-Leninismus die Grundlage entzog, sondern auch die unorthodoxe und antiautoritäre marxistische Tradition und ihre Fragestellungen entwertete, mit der neoliberalen Reorganisation der Hochschulen und der Verrentung der Generation von HochschullehrerInnen, die seit den späten 1960er bzw. frühen 1970er Jahren zur marxistischen und kritischen Theorie im weiten Sinn beigetragen haben, mit neuen Formen der technischen und ökonomischen Distribution von Büchern und Zeitschriften und mit neuen, internetbasierten Medien ist eine Diskontinuität in den Forschungs- und Diskussionszusammenhängen, Arbeitsmöglichkeiten, den Fragestellungen und Begriffen festzustellen.

Aktuell bestehen die wichtigsten Herausforderungen darin, einerseits die intergenerationale Kontinuität vieler Projekte und Arbeitszusammenhänge zu erhalten, andererseits die materiellen Grundlagen und Ressourcen, die diese überhaupt ermöglichen, zu sichern und auszubauen. Es haben sich neue Verlage und Zeitschriften gebildet, an Fachhochschulen und Hochschulen konnten

sich in den vergangenen Jahren interessante neue, kritische Ansätze etablieren. Es sollte aus einer vorwiegend ohnmächtigen Situation keine Machtvergessenheit entstehen.

Der akademische Marxismus

Damit stellt sich auch die Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen die Hochschulen ein Ort für die Weiterführung und Erneuerung marxistischer Diskussionen sein können – eine zentrale Fragestellung, die *Klaus Dörre* mit Blick auf die Entwicklung in der BRD in seinem Beitrag zu diesem Band diskutiert. Während sich der Marxismus zunächst nicht als akademische Disziplin, sondern in Verbindung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung entwickelte und verbreitete, haben sich gerade im Zuge der StudentInnenbewegung nach 1968 viele Orte marxistischer Forschung an Universitäten entwickelt, wie *Frank Deppe* in seinem Beitrag zu diesem Band nachzeichnet. Angesichts der prekären Bedingungen, unter denen sich marxistische Forschung dort erhält, könnten sich diese Terraingewinne rückblickend jedoch auch als kurzweilige Blüten eines „kurzen Sommers des akademischen Marxismus“ (Altwater 2007) erweisen. Schon ab 1972 waren kritische Intellektuelle bis hinein in die linke Sozialdemokratie von den 'Berufsverboten' betroffen, viele der im Nachgang von 1968 in Verbindung mit der Bildungsexpansion entstandenen Stellen wurden vor dem Hintergrund der neoliberalen Restrukturierung der Hochschule nicht neu besetzt.

Gleichzeitig setzte sich der akademische Marxismus auch unter diesen Bedingungen fort und lässt sich nicht allein auf ein Generationenprojekt der um 1968 Sozialisierten reduzieren. Daher muss weiter darüber nachgedacht werden, mit welchen Logiken und Rhythmen der Wissensproduktion das akademische Feld verbunden ist, und inwiefern sie der Etablierung und Verallgemeinerung emanzipatorischen Wissens entgegenlaufen. Das akademische Feld beruht auf einer herrschaftlichen Form der Arbeitsteilung und ist ein wesentlicher Mechanismus ihrer Reproduktion. Der darauf beruhende universitäre Alltag ist geprägt von Konkurrenz, Forschungs- und Publikationstätigkeit unter starkem Karrieredruck mit der Folge von chronischem Zeitmangel, Überlastung, Prekarität, Vereinzelung oder Konformität. Die Ausrichtung am Zitationserfolg führt zu einem taktischen Umgang mit Argumenten und

einer Überproduktion von akademischen Texten, die kaum noch breit rezipiert und diskutiert werden können. Häufige Ortswechsel haben zur Folge, dass sich gerade für junge WissenschaftlerInnen kaum verlässliche, langfristige Arbeitszusammenhänge ergeben. Welche Rolle die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* vor diesem Hintergrund spielt, stellen *Simone Claar, Fabian Georgi* und *Jens Wissel* als Vorstand der AkG (2012-2014) in ihrem Vorwort zu diesem Band dar.

Es handelt sich nicht allein um eine Frage der strategischen Institutionalisierung, sondern es geht auch darum zu reflektieren, durch welche Formen der Konkurrenz, der Inklusion, der Verdrängung und Ausschlüsse dieses Feld strukturiert ist. Universitäten fügen sich ein in die gesellschaftliche Arbeitsteilung, sie haben mit ihren wissenschaftlich-theoretischen Praktiken nur einen begrenzten, vorstrukturierten AdressatInnenkreis und spielen eine wichtige Rolle in der Reproduktion von Klassenverhältnissen, Geschlechterverhältnissen, Rassismus oder der herrschaftsförmigen Aneignung von Natur. Die Umbildung und Verschulung des Studiums im Zuge der Bologna-Reformen machen es darüber hinaus schwierig, sich überhaupt noch kritische Inhalte anzueignen, diese in Form kritisch ausgerichteter Curricula über mehrere Semester hinweg kontinuierlich zu vermitteln und so die Wissensbestände über Generationen hinweg weiterzutragen.

Hinzu kommt das Problem, dass vielen, die sich an den Universitäten mit kritischer, marxistischer Gesellschaftstheorie beschäftigen, durch den Sog des akademischen Betriebs kaum noch Zeit und Kraft bleibt, jenseits ihrer akademischen Arbeit politisch aktiv zu sein, zumal die Belastung durch reproduktive Aufgaben vielfach individualisiert bleibt und nur selten kollektiv organisiert wird. Das hat Auswirkungen auf das Verhältnis von akademischem Marxismus und außeruniversitären sozialen Bewegungen und subkulturellen Milieus, das in Deutschland – anders als in den angelsächsischen Ländern – in den vergangenen Jahrzehnten auch für die theoretischen und empirischen Fragen von großer Bedeutung war. Die Revitalisierung des Marxismus nach dem Nationalsozialismus und seine Institutionalisierung an westdeutschen Universitäten wären nicht denkbar gewesen ohne die Zuspitzung politischer Auseinandersetzungen in den 1960er und 1970er Jahren und seine Verankerung in den Gewerkschaften. Aktuell sind viele Verbindungen zwischen akademischem Marxismus und politischen Akteuren

wie Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften weggebrochen, die jedoch zentral wären, um marxistische Wissenschaft nicht zum akademischen Selbstzweck werden zu lassen.

Marxismus als Herrschaftsinstrument

Doch die Frage, was der 'Stand des Marxismus' ist, ist in einer dritten Hinsicht auch problematisch – und das in einem doppelten Sinn. Denn sie legt erstens nahe, dass es einen homogenen, linear- gleichzeitigen 'Stand' geben könne und er sich objektiv, ausgehend von einer privilegierten Sprecherposition, die ihn überblickt, erfassen lasse. Das ist schon alleine deshalb unmöglich, weil 'der' Marxismus nicht als ein homogenes Denkgebäude behandelt werden kann, in dem sich jeweils die Zeit auf ihren objektiven Begriff bringen würde. In einem materialistischen Sinn verstanden ist 'Marxismus' ein Feld vielfältiger, ungleichzeitiger, mitunter widersprüchlicher Strömungen, ein globales Ensemble von Erfahrungen, Praktiken, Theorien und Analysen. Damit ist zweitens das Problem aufgeworfen, ob es theoretisch angemessen ist, überhaupt von *dem* 'Marxismus' zu sprechen. Es wird mit diesem Ausdruck eine theoretische Identität unterstellt, die diskurspolizeilich überwacht und herrschaftsförmig in Dienst genommen werden kann – innerhalb des 'real existierenden Sozialismus', aber auch darüber hinaus, wie *Michael Heinrich* in seinem Beitrag zu diesem Band deutlich macht. Die Frage, was 'marxistisch' ist und was dementprechend nicht nur ein wissenschaftlich anderer Standpunkt, sondern auch eine Abweichung oder einen Verrat darstellt, hat eine lange Geschichte identitätspolitischer Diskussionen und autoritärer Gesten, durch die die 'Exkommunikation' und Verfolgung von wissenschaftlich oder politisch anderen Positionen als Abweichung oder Verrat an der wahren Lehre begründet und auf repressive Weise ein Anspruch auf Wahrheit durchgesetzt wurden. „Nicht nur in der Politik, sondern auch in Wissenschaft und Kunst ist der Marxismus im 20. Jahrhundert nicht selten zur Kraft geworden, welche auf vielfältige Weise die Imagination einschränkte.“ (Streckeisen 2012: 117) Es besteht also die Gefahr, daß die Theorie von Marx überfordert wird. Während sie als Kritik der politischen Ökonomie einen präzise umschriebenen Gegenstand hat, kann unter dem Titel eines Marxismus der Anspruch entstehen, dass sie auf viele oder alle Probleme, die die kapitalistische

Gesellschaftsformation aufbringt, eine systematisch ableitbare Antwort geben muß. Damit droht sie ihren wissenschaftlichen Charakter zu verlieren und verändert den Textkorpus von Marx zum quasi-heiligen Kanon einer Weltanschauung.

Diese Fragen bedürfen eingehender Diskussion. Ist es schon der 'Ismus', der zum Umschlagen ins Autoritäre führt? Bedarf es nicht des Begriffs des Marxismus, um die Gesamtheit eines Projekts zu charakterisieren, an dem sich viele aus verschiedenen Perspektiven auf unterschiedlichen Gebieten beteiligen, um zu einer Gesamtheorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation beizutragen, die mit einer Beschränkung auf 'Kritik der politischen Ökonomie' gar nicht möglich wäre? Also die Gesamtheit eines Projekts, dessen Grundlage die Kritik der politischen Ökonomie ist, das aber darüber hinaus alle gesellschaftlichen und Herrschaftsverhältnisse zum Gegenstand von Forschung und Praxis hat? Muss es nicht gerade als eine der Errungenschaften der Theorie von Marx betrachtet werden, dass nun für alle Bereiche der Gesellschaft kritische, wissenschaftliche Gesichtspunkte gelten? Handelt es sich bei der Theorie von Marx nicht um einen Einschnitt in der Geschichte des Wissens? Es geht nicht um die Wissenschaft der unveränderlichen, ewigen Gesetze, deren Kenntnis zum Herrschaftswissen mehr oder weniger wohlmeinender Eliten wird. Vielmehr geht es um eine höhere Stufe der Verbindung von Theorie und praktischem Alltagsverstand, in dem die Fähigkeiten des kritischen Nachdenkens, Prüfens, Verwerfens, zum Thetischen und Experimentellen, die Einsicht in den historischen Charakter nicht nur der Verhältnisse, sondern auch noch der Erkenntnis zu zentralen Verhaltensmustern werden. Sich im Namen von Marx gegen den 'Marxismus' zu wenden tut auch so, als gäbe es nicht die Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse, die Gegenstand der 'marxistischen' Theoriebildung waren, als wäre ein unvermittelter, philologisch direkter Zugriff auf die Texte von Marx möglich, als stünden aktuelle, von Marx inspirierte Arbeiten in einem geschichtslosen Raum und damit in keinem Verhältnis zu den langen Traditionen marxistischer Debatten: zu den progressiven, emanzipatorischen und revolutionären Bewegungen und Parteien, zur Sozialdemokratie oder zum Euro-Kommunismus einerseits, aber auch zu dem zu Lehrsätzen erstarrten Marxismus-Leninismus, dem Stalinismus oder den anti-feministischen Tendenzen in marxistischen und kommunistischen Zusammenhängen andererseits. Gerade um den widersprüchlichen geschichtlichen Zusammenhang

dieser Entwicklungen und ihre aktuelle Bedeutung im Kontext der Gesamtentwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsformation zu reflektieren, ohne sie als bloße Verirrungen abzutun, die keine Konsequenzen für aktuelle Weiterentwicklungen haben, bleibt der Bezug auf den Marxismus relevant. Gerade mit Blick auf die herrschaftsförmige Instrumentalisierung des Marxismus ließe sich in Anlehnung an Bini Adamczaks Bemerkung über den Kommunismus des Stalinismus sagen: 'Nein, das ist nicht der Marxismus. Aber das war auch gleichzeitig nicht nicht der Marxismus' (vgl. 2011: 56). Die Reflexion dieser Tradition und ihres aktuellen Stands kann aber nicht von außen in objektivierender Absicht geschehen, sondern nur von innen her, durch verschiedene, sich teils auch widersprechende Perspektiven.

Nur so lässt sich auch die Frage diskutieren, was eigentlich den 'Marxismus' heute noch ausmacht. Trotz vieler herrschaftlicher Ausgrenzungen entwickelte sich der Marxismus immer auch im Dialog und verschränkt mit anderen Strömungen kritischer Gesellschaftstheorie, wie *Silvia Kontos* am Beispiel der marxistisch-feministischen Theoretisierung von Reproduktionsarbeit in ihrem Beitrag zu diesem Band zeigt. Andersherum lassen sich auch viele feministische Diskussionen nicht ohne die Frontstellung gegenüber dem Marxismus verstehen, so sehr diese auch an der Hartnäckigkeit, mit der sich marxistische Diskussionen gegen geschlechtertheoretische Fragen versperrten, verzweifelten und bisweilen heute noch verzweifeln. Gleichzeitig ergaben sich auch in den institutionellen Auseinandersetzungen immer wieder Allianzen und solidarische Bündnisse zwischen kritischen marxistischen und feministischen WissenschaftlerInnen. Die Geschichte des Verhältnisses von Marxismus und Feminismus wurde in diesem Sinne auch treffend von Heide Hartmann mit einer langjährigen Ehe verglichen: verheiratet, aber nicht glücklich (1983).

Darüber hinaus fanden und finden auch andere kritische Theorieströmungen Eingang in marxistische Diskussionen: queer-feministische Fragestellungen, Impulse aus der Rassismusforschung und der postkolonialen Theorie, intensive Bezüge zur Psychoanalyse, zu Technik und Informatik etc. *Jana Flemming*, *Melanie Pichler* und *Christina Plank* zeichnen in ihrem Beitrag zu diesem Band die vielfachen Kreuzungen und Reibungspunkte von marxistischen Überlegungen einerseits und den Untersuchungen und Debatten zur ökologischen Frage und den Naturverhältnissen andererseits nach.

Gleichzeitig entstand in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von Beiträgen zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen wie auch poststrukturalistische und gouvernementalitätstheoretische, feministische und gendertheoretische oder rassismuskritische Analysen ohne (expliziten) Bezug auf Marx oder 'den Marxismus', die auf tiefgreifende Veränderungen der kapitalistischen Vergesellschaftung hingewiesen haben, die allein auf der Ebene des Kapitals im Allgemeinen, auf der sich Marx' Analysen im „Kapital“ weitgehend bewegen, gar nicht in den Blick kommen. Es erscheint uns aufgrund des Anspruchs der Begriffe der Totalität oder des gesellschaftlichen Ganzen, die für viele marxistische Überlegungen verbindlich sind, eines der zentralen Desiderate, den Zusammenhang dieser vielen Formen der Kritik an unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen theoretisch weiter zu durchdenken und zu einer Bestimmung der Schwerpunkte und Verdichtungen beizutragen, also jener Konstellationen, in denen die Widersprüche aufbrechen und verändernde Praxis ermöglichen. Die radikale Kritik, die theoretischen Begriffe und die Perspektive auf die Gesamtheit der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse sowie deren Überwindung werden weiterhin einen zentralen Bestandteil kritischer Gesellschaftstheorie ausmachen. Erst in einem solchen Zusammenhang erlangen Analysen von besonderen Herrschaftspraktiken ihre Geltung. Über die damit verbundenen Herausforderungen und aktuellen Bedingungen kritischer Gesellschaftstheorie sowie ihr Verhältnis zu Marx und marxistischen Debatten sprechen *Pia Garske, Inga Nüthen, Benjamin Opratko* und *Katharina Pühl* in einer gemeinsamen Diskussion zu diesem Band.

Das weltanschauliche Moment des Marxismus

Die aufgeworfenen Fragen verweisen auf ein Grundproblem kritischer Gesellschaftstheorie, die bestrebt ist, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1: 385). Bedeutet die Tatsache, dass die von Marx und aus dem Marxismus entlehnten Begriffe nicht für die Entwicklung eines umfassenden Verständnisses gesellschaftlicher Herrschaft ausreichen, dass es keinen Marxismus, sondern nur die Theorie von Marx geben kann? Eine Theorie, die wie andere Theorien nur einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich oder ein Herrschaftsverhältnis abdecken kann,

sodass der Marxismus letztlich also 'nur' eine Theorie der ökonomischen Verhältnisse und der Klassenverhältnisse ist? Auch wenn diese Überlegung zunächst naheliegend und für kritische Gesellschaftsforschung praktikabel erscheint, ist mit ihr doch eine Reihe von Problemen verbunden. Denn wenn unterschiedliche 'Bereichstheorien' innerhalb der kritischen Gesellschaftstheorie mit jeweils unterschiedlichen, aber begrenzten Erklärungsreichweiten angenommen werden, bleibt unklar, wie das Zusammenwirken und die Durchdringung dieser Bereiche und Herrschaftsverhältnisse zu denken ist und wie sich von einem Standpunkt gewissermaßen 'außerhalb' der Theorie bestimmen lässt, wann und warum welche 'Bereichstheorien' für bestimmte Analysen relevant werden.

Es stellt sich also die Frage, inwieweit kritische Gesellschaftstheorie eines 'weltanschaulichen Moments' bedarf, wie es im Marxismus, teils herrschaftsaffirmativ, teils herrschaftskritisch, beansprucht wurde – und zwar gleich in zwei Hinsichten. Zum einen ergibt sich im unmittelbar wörtlichen Sinne das Problem, ob kritische Gesellschaftstheorie nicht mehr sein muss als ein Ensemble kritischer 'Bereichstheorien' mit ihren jeweils eigenen, aber beschränkten Erkenntnispotentialen – inwieweit sie also eine umfassende Konzeption *der Welt* über eine Vielzahl einzelner Theorien hinaus entwickeln muss, die deren verschiedenen Stoßrichtungen einen allgemeinen Zusammenhang, eine übergreifende Kohärenz verleiht und eine kritische Gesellschaftstheorie etabliert – also eine Art des Wissens, das solche Dichotomien wie intellektuelle und körperliche Arbeit oder öffentlich relevantes und legitimes Wissen und private Erfahrung überwinden will.

Zum zweiten stellt sich das Problem des 'weltanschaulichen Moments' auch im Hinblick auf die Frage, wie die Erkenntnisse kritischer Gesellschaftstheorie für das eigene Handeln motivierend, verbindlich und handlungsleitend werden können. Denn es ist kein Zweifel, die marxistische Theorie versteht sich nicht positivistisch, oder anders gesagt, sie soll Folgen für das eigene Handeln haben und den Alltag mit weit ausgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsperspektiven verbinden. Dieses Handeln soll selbst intern mit einer theoretischen Haltung verbunden sein, also darum wissen, dass wir uns immer begrifflich vermittelt in der Welt bewegen, diese Begriffe jedoch aufgrund der Praxis ihrerseits ständig zur Disposition stehen. Damit verbleibt das Projekt einer umfassenden Herrschaftskritik nicht nur auf wissenschaftlicher Ebene, es ist zudem mit der kon-

kreten Lebensweise, mit den Erfahrungen im Alltag verbunden und wird von diesen angetrieben. Auch das spricht dafür, am Begriff eines Marxismus festzuhalten, der um seine Offenheit, seine Historizität, seinen Fallibilismus weiß.

Die in diesem Band vorliegenden Beiträge gehen in Teilen zurück auf die im Dezember 2013 in Berlin stattgefundene Tagung „Zur Lage des Marxismus“, organisiert von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie dem Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen an der Humboldt Universität Berlin. Allerdings werden die im damaligen Rahmen vorgetragenen Beiträge nicht eins-zu-eins wiedergegeben, es handelt sich vielmehr um weitergeführte, zugespitzte und vertiefte Darlegungen. Dabei war eine Beschränkung auf eine Auswahl unumgänglich. Auch weist der Band wie auch schon die Tagung selbst bedeutende Lücken auf. So wurde die marxistische Diskussion schon immer international geführt, der Fokus des Bandes liegt aber weitgehend auf dem deutschsprachigen Raum, auch eine postkoloniale Perspektive auf die Entwicklung des Marxismus fehlt. Dem gilt es in künftigen Diskussionen und Veröffentlichungen Rechnung zu tragen.

Nichtsdestotrotz hoffen wir, mit dem vorliegenden Band einen Beitrag zu weiteren Debatten zu geben. Deutlich ist, dass Totgesagte länger leben: Kritische Gesellschaftstheorie ist in vielfältiger Hinsicht produktiv und quicklebendig. Davon zeugen die mittlerweile fast unübersichtlich gewordenen Verästelungen und Weiterentwicklungen. Doch vorerst gilt es auch, die schwierige, von Adorno (1980: 63) formulierte Aufgabe ernst zu nehmen, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“

Alex Demirović, Sebastian Klauke, Etienne Schneider
Berlin, Kiel, Wien, Dezember 2014.

Literatur

- Adamczak, Bini (2011): *Gestern – Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft*. Unrast, Münster.
- Adorno, Theodor W. (1980): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 4. Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Altvater, Elmar (2007): Der kurze Sommer des akademischen Marxismus. Oder: wie weiter mit der PROKLA?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 146, Jg. 37, Heft 1, S. 9-24.

Hartmann, Heidi (1983): Marxismus und Feminismus: Eine unglückliche Ehe, in: Sargent, Lydia (Hrsg.): Revolution und Frauen. Freunde der Erde, Berlin, S. 29-78.

MEW: Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Berlin.

Streckeisen, Peter (2012): Marxistischer Idealismus. Wie linke Intellektuelle ihre eigene Praxis verklären, in: Emanzipation Jg. 2, Nr. 2, S. 108-123.

Alex Demirović

Hegemonie und Epistemologie

Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber der Kantischen Aufklärung, dessen sich die Tradition der kritischen Theorie immer bewusst war, ist, dass der von ihr angestoßene und verfolgte Erkenntnisprozess, das von ihr verkörperte Denken und Wissen nicht einfach mit dem Vorzeichen eines moralischen Appells zu versehen ist, um praktiziert werden zu können. Sapere aude! allein genügt nicht, die moralische Aufforderung, sich von der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Die Kräfte, für die solche kritischen, auf Veränderung zielenden Erkenntnisse bedrohlich sein mussten, würden Widerstand leisten und ein solches kritisches Denken zu verhindern suchen. Es war eine der zentralen, aus der französischen Aufklärung übernommenen Überlegungen von Marx, dass die herrschenden Gedanken die Gedanken der herrschenden Klasse sind. „Die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht“. Die Erklärung, die Marx dafür anbietet, stellt eine Vorstufe der Hegemonietheorie dar. Denn diese herrschende Klasse verfügt nicht nur über die Mittel zur materiellen Produktion, sondern auch über die zur geistigen Produktion, „so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind“ (MEW 3: 46). Marx verschiebt mit dieser These die Frage nach der Theorie und dem Wissen von der traditionellen philosophischen Erkenntnistheorie oder einer Philosophie des Geistes hin zu einer Frage der Mittel zur geistigen Produktion von Ideen, Vorstellungen, Erkenntnissen. Was wir wissen und wie wir denken ist selbst ein sozialer Prozeß, der unter bestimmten Verhältnissen stattfindet und mit bestimmten Mitteln durchgeführt wird. Dies schließt den Aspekt ein, dass Erkenntnis nicht nur Objekt von Herrschaft, sondern Denken selbst herrschaftlich organisiert und von Machtverhältnissen durchzogen sein kann. Wahres und Falsches durchdringen sich.

In der bürgerlichen Gesellschaft findet demnach ein ständiger Konflikt um die Erkenntnis dieser Gesellschaft statt. Aus Gründen der Möglichkeit von Erkenntnis selbst, um ihr die Freiheit zu ermöglichen, wird es notwendig, die sozialen Verhältnisse zu verändern, die den Wissensprozeß und seine Produktivität beschränken. Diese Überlegung schließt auch Marx' eigene Theorie, die Kritik der politischen Ökonomie als Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und der mit ihr verbundenen, vielfältigen Herrschaftspraktiken, mit ein. Ihm war völlig klar, dass die bürgerliche Gesellschaft, auch wenn sie Formen der Selbstbeobachtung und der Analyse kennt, sich dennoch dem begrifflichen Verständnis ihrer eigenen Verhältnisse verschließt. „Wir würden [in Deutschland] vor unsren eignen Zuständen erschrecken, wenn unsre Regierungen und Parlamente, wie in England, periodische Untersuchungskommissionen über die ökonomischen Verhältnisse bestallten, wenn diese Kommissionen mit derselben Machtvollkommenheit, wie in England, zur Erforschung der Wahrheit ausgerüstet würden. ... Wir ziehen die Nebelkappe tief über Aug' und Ohr, um die Existenz der Ungeheuer wegleugnen zu können.“ (MEW 23: 15) Die Funktion des Wissens, das Verhältnis der Sozialwissenschaften zur kapitalistischen Gesellschaft selbst, in der sie entstanden sind, hat sich seit der Zeit der Marxschen Formulierung erheblich verändert, die erweiterte Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft kann sich nur vermittels einer Vielzahl von empirischen und analytischen Formen der institutionalisierten Selbstbeobachtung der bürgerlichen Gesellschaft vollziehen: durch ökonomische, soziologische, politikwissenschaftliche, psychologische oder ökologische Instanzen, die die globalen Gegebenheiten von den Geburtenraten und der Armut über die Fischbestände und die Erdölvorräte bis zur Beteiligung an Wahlen oder den weltweit jährlich produzierten Automobilen oder verkauften Mobiltelefonen ermitteln. Dennoch tut sich die bürgerliche Gesellschaft unverändert schwer mit kritischer Wissensproduktion und insbesondere solcher, die an Marx' Theorie anschließt und auf den inneren Zusammenhang der gesellschaftlichen Prozesse und ihrer Gliederung zielt, die dieses Ganze selbst erzeugen.

Marx verstand seine Arbeit als wissenschaftliche Arbeit und als einen wissenschaftlichen Versuch zur Revolutionierung einer Wissenschaft (vgl. Brief an Kugelmann, 28.12.1862, MEW 30, 640). Sicher war er angesichts der Tatsache, dass sein „Kapital“ auf derartige Ignoranz in der Wissenschaft stieß, persönlich manchmal sehr betroffen – so wenn er schreibt: „Ein Privatdozent der

politischen Ökonomie an einer deutschen Universität schreibt mir, daß ich völlig ihn überzeugt habe, aber – aber seine Stellung gebeut ihm, „wie anderen Kollegen“, seine Überzeugung nicht auszusprechen. Diese Feigheit der Fachmandarinen einerseits, die Todschweigungskonspiration der bürgerlichen und reaktionären Presse andererseits tut mir großen Schaden.“ (Brief an Kugelmann, 11.2.1869, MEW 32: 590). Doch grundsätzlich war ihm klar, dass es eine in der Sache begründete Theoriefeindschaft geben mußte. Wenige Monate zuvor schon hatte er Kugelmann geschrieben: „Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glaube in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist hier also absolutes Interesse der herrschenden Klassen, die *gedankenlose Konfusion* zu verewigen.“ (Brief an Kugelmann, 11.7.1868, MEW 32: 553f, Herv. AD) Eine solche Konfusion findet sich nicht nur in der politischen Ökonomie, sondern in allen Bereichen des bürgerlichen Denkens und Handelns. Entsprechend ist auch die Kritik nicht allein auf die politische Ökonomie beschränkt, sondern zielt auf den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsformation und das mit ihr organisch verbundene Denken. Das, was als Konfusion zu charakterisieren wäre, stellt selbst ein umfassendes Thema dar – es ist sicherlich nicht allein Dummheit und logische oder empirische Verwirrung. Das Bürgertum erweist sich ja in der Lage, den gesellschaftlichen Produktionsapparat zu organisieren und die gesellschaftliche Kooperation, Technik und Wissenschaft zu entfalten. Gleichwohl bleibt die Rationalität der intellektuellen Prozesse begrenzt: das Wissen ist weitgehend positivistisches und nominalistisches, den Dingen äußerlich bleibendes, verfügendes Verwaltungswissen; unterschiedliche Wissensformen wie wissenschaftliche Theorie auf hohem Niveau, religiöse Überzeugungen, Alltagsbegriffe und pathische Projektionen konfundieren; an die Grundlagen der Gesellschaft und der Theorien wird nicht gerührt; das Wissen setzt sich nicht über arbeitsteilige Grenzen hinweg, es dient der Hierarchiebildung, eine freie kooperative Wissenspraxis aller, die an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit beteiligt sind, findet nicht statt; der Maßstab der Theorie ist die pragmatische Bewährung und ein Denken, das darüber hinausgeht, wird als utopisch zurückgewiesen und seine ins Offene drängende Dynamik begrenzt. Entscheidend ist, dass Marx mit seinen Andeutungen darauf hinweist, daß er die Theorie selbst für einen autonomen Bereich hält, in dem

die verschiedenen, gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräfte wirksam sind; und ein Merkmal kritischer Theorie ist, sich der Theorie und den Begriffen selbst kritisch zu überlassen. „Einen Menschen aber [gemeint ist Malthus; AD], der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkommodieren sucht, nenne ich ‘gemein’.“ (MEW 26.2: 112) Marx stellt einen Zusammenhang von intellektueller Bindung an herrschende Interessen, affirmativem Denken und gedanklicher Konfusion her. Wie viel Mühe, Kraft des Widerstands und Wille zur Veränderung es bedeutet, die Theorie von affirmativen Elementen zu befreien und sie auf ein hohes Niveau zu bringen, läßt seine eigene Arbeit an der Kritik der politischen Ökonomie erkennen; ebenso die durch seine Überlegungen angestoßenen Arbeiten zu einer Theorie der Gesellschaft, die dann über die Jahrzehnte von einer Vielzahl von kritischen Intellektuellen verfolgt wurden und in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen zu beachtlichen Ergebnissen geführt haben.

Marx betont eindringlich, daß die Begriffe, die Theorie von großer Wichtigkeit sind für die Möglichkeit der Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft: sie bereitet den Konsens für eine Veränderung vor. In welchem Verhältnis Theorie und Praxis – oder genauer: verschiedene theoretische und praktische Ansätze – dann jeweils in den historischen Konjunkturen zueinander stehen, stellt selbst einen der kontroversen Gegenstände in der Geschichte des kritischen Denkens und der Praxis dar. Denn die Fragen der Theorie ergeben sich aus den gesellschaftlichen Prozessen; die Theorie ist diesen niemals äußerlich, steht zu diesen aber in einem jeweils spezifischen Verhältnis. Sie bringt oder greift Probleme auf, sie durchdenkt sie und gibt Antworten, sie antizipiert Krisen- oder Veränderungsmöglichkeiten. Aber häufig wurde die Autonomie der Praxis der theoretischen Erkenntnis selbst mit Hinweis auf Praxis reduziert. Letztere wurde vielfach ganz pragmatisch als der Maßstab für die Erkenntnis und ihre Richtigkeit verstanden. Es wurde auf diese Weise allzu leichtfertig darüber hinweggegangen, daß Marx mit seiner Kritik der politischen Ökonomie eben darauf zielte, jene „gedankenlose Konfusion“ zu überwinden, die das bürgerliche Denken bestimmt und auch die Subalternen daran hindert, aus den Prozessen der unmittelbaren Produktion und Reproduktion heraus die Rationalität des wirklichen Gemeinwesens der assoziierten Kooperation zu entfalten. Die

wissenschaftliche Revolution, die Marx anstößt, vollzieht sich durch eine Kritik der „objektiven Gedankenformen“ der bürgerlichen Gesellschaft und damit verbunden der sie vollziehenden Praktiken. Es ist eben dieses eigentümliche theoretisch-revolutionäre Verfahren von Marx, daß seine eigene Theoriebildung nicht objektivistisch, von oben her über einen Gegenstand in der Welt ‘dort draußen’ stattfindet, sondern daß sie als begriffliche Arbeit an den gängigen alltäglichen und wissenschaftlichen Begriffen der bürgerlichen Gesellschaft selbst ansetzt. Sie nimmt also die Auseinandersetzungen mit den herrschenden Gedanken auf. Nur durch sie hindurch ist es möglich, an die herrschenden Verhältnisse selbst zu gelangen; diese sind nicht unmittelbar gegeben. Die Begriffe, in denen die Menschen denken, sind selbst organisch mit dieser bürgerlichen Gesellschaft verbunden, „bewußtes Sein“ dieser herrschenden Klasse, „Sprache des wirklichen Lebens“ (MEW 3: 26). Durch die Bemühung um die systematische, nicht-konfuse Darstellung der Begriffe erschließt sich deren organischer Charakter, werden sie theoretisch transparent für ihren gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, für die herrschaftlich hergestellte zweite Natur, die das Handeln der Individuen bestimmt, also für die nicht von ihnen selbst frei eingerichteten gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, unter denen sie handeln. Doch die Individuen der herrschenden Klasse bestimmen, so Marx, die Geschichtsepoche in ihrer ganzen Ausdehnung, also auch als Denkende, als Produzenten von Gedanken. Sie sind nicht bereit, ihr eigenes Denken selbstkritisch als „Konfusion“ zu begreifen, sondern werden im Gegenteil die Kritik daran zurückweisen oder bekämpfen. Die Überwindung der Konfusion und der geistigen Herrschaft über die Subalternen ist also selbst eine Frage der Macht.

Dieses Problem wurde in der Tradition der kritischen, an Marx anschließenden Theorie oftmals in der Form der Ideologiekritik thematisiert. Sie ist vielfach rationalistisch und aufklärerisch geprägt und erwartet von einer Argumentation, die auf die Funktionalität von Ideologien und „dahinter liegende Interessen“ und letztlich auf die Wahrheit der Marxschen Theorie hinweist, Desillusionierung, Einsicht und daraus unmittelbar folgend eine Veränderung der individuellen und kollektiven Praktiken. Nicht nur haftet dem Anspruch der Wahrheitsgeltung der marxistischen Theorie etwas Autoritäres an. In der Ideologiekritik wird auch als gegeben angenommen, daß Individuen sich von Argumenten, von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von Wahrheiten binden und überzeugen lassen

und dann ihr Handeln ändern. Es handelt sich in der Geschichte der marxistischen Theorie um eine erstaunliche Wissenschaftsgläubigkeit, die an einer fehlerfreien Wissenschaft, an reinen, ewigen Gesetzen, an der unmittelbaren Transparenz der Wirklichkeit orientiert ist und an die autoritäre Unterwerfungsbereitschaft unter das als unvermeidlich Erkannte appelliert. Doch das reicht eben nicht, wie sich ideologietheoretisch zeigen läßt. Erkenntnisse werden im Erkenntnisprozess selbst immer wieder überholt; sie, die Theorien und Argumente müssen in einem Kontext stehen, in dem sie als solche erkannt werden, in dem sie einen Wahrheitswert erhalten und damit als verbindlich für das eigene Denken und Handeln verstanden und gelebt werden können. Sie müssen sich „im Wahren“ befinden. Doch das ist nicht selbstverständlich der Fall. Wahrheit ist Wahrheit nur innerhalb eines Wahrheitsregimes, andernfalls gelten die Begriffe, Analysen, Denkweisen nur als skurriler Einfall, als Uneinsichtigkeit, Wunschdenken, als bloße Meinung neben vielen anderen Meinungen. Es bedarf demnach einer langanhaltenden Praxis der kritischen Arbeit mit den Begriffen und an den Begriffen, in denen die Individuen sich selbst und ihr gesellschaftliches Leben begreifen. Es bedarf, wie Antonio Gramsci das nennt, einer intellektuellen und moralischen Reform. Die Individuen denken ihr Leben, ihren Alltag in sehr heterogenen und ungleichzeitigen Begriffen, die vielfach nicht auf dem Stand der historischen Entwicklung sind. Es ist aus Gramscis Sicht ein Merkmal von Herrschaft, daß sie die intellektuellen Prozesse derart organisiert, daß das Denken und die kulturellen Gewohnheiten der Subalternen bizarr bleiben, sie also durch die herrschaftsbestimmte Organisation der Kultur und die in ihr aktiven hegemonialen Intellektuellen daran gehindert werden, ihr Denken auf dem höchsten Niveau der Zivilisation kohärent zu machen. „Durch die eigene Weltauffassung gehört man immer zu einer bestimmten Gruppierung, und genau zu der aller gesellschaftlichen Elemente, die ein- und dieselbe Denk- und Handlungsweise teilen. Man ist Konformist irgendeines Konformismus, man ist immer Masse-Mensch oder Kollektiv-Mensch. Die Frage ist folgende: von welchem geschichtlichen Typus ist der Konformismus, der Masse-Mensch, zu dem man gehört? Wenn die Weltauffassung nicht kritisch und kohärent, sondern zufällig und zusammenhangslos ist, gehört man gleichzeitig zu einer Vielzahl von Masse-Menschen, die eigene Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt: es finden sich in ihr Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der

modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zueigen sein wird.“ (Gramsci 1994, 1376) Der Prozeß der Emanzipation besteht unter anderem darin, daß die Subalternen einen Geist der Unterscheidung ausbilden, die eigenen Weltauffassungen ohne Vorbehalt kritisch und ausgehend von der wirklichen gesellschaftlichen Kooperation prüfen, die herrschenden Gedankenformen überwinden, die ihr Leben bestimmenden Popularphilosophien in Frage stellen und dort, wo sie rational sind, weiter entwickeln und an der Kohärenz der eigenen autonomen Weltauffassung arbeiten, also im umfassenden Sinn sich auf den höchsten Stand des gesellschaftlichen Zivilisation hocharbeiten und das gesellschaftliche Leben aus dem Blickwinkel der bewusst gestalteten Kooperation organisieren. Gramsci zufolge soll dies kein bloß individueller Bildungsprozeß sein, sondern ein Prozeß, der das kollektive Denken und die kollektiven Gewohnheiten selbst grundlegend berührt und verändert. „Daß eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine »philosophische« Tatsache, die viel wichtiger und »origineller« ist, als wenn ein philosophisches »Genie« eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt.“ (Gramsci 1994: 1377) Das Denken von Vielen, das mit ihrem konkreten Leben verbunden ist, stellt so oder so eine materielle Gewalt dar, es ist ein Moment der Gewohnheiten, der sozialen Regelmäßigkeiten in den Lebensweisen großer sozialer Gruppen. Das Denken von Einzelnen wird eine solche materielle Gewalt nur dann annehmen, wenn es konventionalisiert wird, also in die Lebensgewohnheit der einzelnen eingeht. Dann allerdings ist es kein bloß mentaler Vorgang, sondern kann den Charakter von sozialem Zement annehmen, der zur Reproduktion von sozialen Praktiken über einen längeren Zeitraum hinweg beiträgt.

Um also zum Ausgangsproblem dieses Aufsatzes zurück zu kommen, so argumentiere ich, daß von Marx über Gramsci bis zu den Autoren der älteren Kritischen Theorie oder Althusser (vgl. Demirović 1999) die Ansicht vertreten wird, der zu Folge es einer Einsicht in die widersprüchliche Bewegung der Begriffe, der begrifflichen Eingriffe in diese Bewegung und der Reartikulation der Begriffe bedarf, also einer Auseinandersetzung auf dem Feld der Erkenntnis und Wahrheit. In dieser Auseinandersetzung geht es

um einen spezifischen Vorgang der Emanzipation, nämlich anders begreifen, denken, fühlen, hören, sehen, schmecken zu können – also die bürgerliche Artikulation dieser Momente zu überwinden und die emanzipatorische Einheit zwischen ihnen herzustellen (vgl. Demirović 1982). Begriffe sind Mittel zur kollektiven Produktion von Erkenntnis im weiten Sinn, auch diese begrifflichen Mittel finden immer nur unter besonderen begrifflich-theoretischen Verhältnissen Anwendung; Begriffe müssen demnach als soziale Praktiken und Verhältnisse begriffen werden. Marx selbst bereitet eine solche Überlegung vor. Wenn er von den Mitteln zur geistigen Produktion spricht, über die die herrschende Klasse verfügt, dann bedeutet dies, daß es eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Teilung von intellektueller und körperlicher Arbeit unter historisch spezifischen Eigentumsverhältnissen gibt, die zur Erhaltung der Klassenherrschaft beiträgt. Unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen handelt es sich dann zunächst um politische, ökonomische und technische Praktiken: materielle Ressourcen und der Wille, Kinder in Lesen und Schreiben und weiteren Kulturtechniken zu unterrichten; es muß gesellschaftliche Zeit dafür geben, Bücher zu schreiben und zu lesen, es müssen die technischen Mittel des Schreibens und der Vervielfältigung vorhanden sein, also die Feder, die Schreibmaschine, die Druckmaschine, die Presse. Im Weiteren kommen dann die Schallaufzeichnung und die Photographie hinzu, Film, Radio und Fernsehen, PC, Internet oder Smartphone. Doch sind diese technischen Mittel selbst verbunden mit komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen und intellektuellen Praktiken: es findet eben das Lesen und Schreiben als Praxis statt, es gibt Schulen und Hochschulen, Verlage, Buchhandlungen und Buchmessen, Bibliotheken, Labore und Experimentalwerkstätten, Kinos, Schallplattengeschäfte und Hitparaden, Konzert- und Opernhäuser oder das Feuilleton. Damit gehen kollektive Praktiken, Begriffe, Gewohnheiten einher. Es entwickeln sich also umfangreiche Apparate der Bildung, der Wissenschaften, der Kultur, die für die Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft selbst charakteristisch sind und sie ausmachen.

Horkheimer und Adorno haben mit ihrer Analyse der Kulturindustrie, Gramsci hat mit seiner Analyse der Hegemonieapparate der Zivilgesellschaft darauf hingewiesen, daß solche Apparate die alltäglichen Gewohnheiten großer Kollektive organisieren und eben den Begriffen nicht äußerlich bleiben. Hegemonial sind sie, weil sie eine bestimmte Teilung von körperlicher und geistiger Arbeit

fixieren und reproduzieren. Diese Apparate formieren sich in ihrer Spezifität und Autonomie. Dabei bleiben sie keineswegs statisch, sondern verändern sich dem Umfang und den Praktiken nach, neue Technologien werden aufgenommen, das Verhältnis zu den Subalternen modifiziert sich je nach Konjunktur. In diesen Apparaten sind Intellektuelle tätig, sie finden hier den Erwartungshorizont ihres Handelns, ihre Subsistenz, Karrieremuster, die spezifischen Widersprüche und die Art und Weise der 'geistigen Führung' der Beherrschten: vom Wetterbericht über das Modejournal oder die Wohnform und das Familienmodell bis zu den diätetischen Applikationsmodellen. Diese Apparate erzeugen „Halbbildung“ (Horkheimer, Adorno 1947: 226), sie tragen zu dem bizarren, ungleichzeitigen, antiintrazeptiven Alltagsverstand bei und reproduzieren ihn auf erweiterter Stufenleiter: sie vermitteln Fähigkeiten, Wissen und Kenntnisse auf eine Weise, daß sie die Subalternen daran hindern, von ihnen einen radikalen emanzipatorischen Gebrauch zu machen. Deswegen bedarf die intellektuelle und moralische Reform, der Geist der Abspaltung, über die theoretische und praktische Aktivität hinaus auch einer Veränderung jener Apparate oder völlig neuer Apparate. „Die im Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* enthaltene Aussage, daß die Menschen das Bewußtsein von den Strukturkonflikten auf dem Terrain der Ideologien erlangen, muß als eine Feststellung von erkenntnistheoretischem und nicht bloß psychologischem und moralischem Wert betrachtet werden. Daraus folgt, daß auch das praktisch-theoretische Prinzip der Hegemonie eine erkenntnistheoretische Tragweite besitzt, und daher ist auf diesem Gebiet der wichtigste theoretische Beitrag von Iljitsch zur Philosophie der Praxis zu suchen. Iljitsch hätte demnach [effektiv] die Philosophie [als Philosophie] vorangebracht, insofern er die politische Lehre und Praxis voranbrachte. Insofern die Verwirklichung eines hegemonischen Apparats ein neues ideologisches Terrain schafft, bewirkt sie eine Reform der Bewußtseine und der Erkenntnismethoden, ist sie eine Erkenntnistatsache, eine philosophische Tatsache. In der Sprache Croces: wenn es gelingt, eine einer neuen Weltauffassung entsprechende neue Moral einzuführen, wird schließlich auch eine solche Auffassung eingeführt, wird also eine vollständige philosophische Reform bewirkt.“ (Gramsci 1994: 1264)

Gramsci spricht hier von einer neuen Weltauffassung. In der kritischen Tradition ist durchaus umstritten, ob es richtig ist, von Marxismus als einer solchen neuen Weltanschauung zu sprechen. Im

Verständnis der älteren Kritischen Theorie setzte Marx mit seiner Theorie eher die Aufklärung auf einer neuen Stufe fort und zielte darauf, mit der Überwindung aller Knechtschaftsverhältnisse auch die eigene Theorie überflüssig zu machen. Doch das muß kein Gegensatz sein. Auch Gramsci ist davon überzeugt, daß die Marxsche Theorie im Lichte ihrer eigenen Obsoleszenz begriffen werden muß. Aber gerade das ist ein Moment der neuen Weltauffassung: eine radikale Historizität der Theorie, die sich auf die Annahme stützt, daß die Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit überwunden und sich auch das Verhältnis von Theorie und Praxis völlig neu artikulieren wird. Der Marxismus ist demnach Moment einer Weltauffassung, in der und durch die sich die Subalternen beginnen zur Regierung zu befähigen und jede Form von Herrschaft überflüssig zu machen. Dazu bedarf es einer neuen kulturellen Organisation, der Begriffe zum Verständnis der komplexen Herrschaftsverhältnisse und emanzipierter Lebensformen, die selbstverständlich auch andere Eigentumsformen – also andere Formen der Aneignung der Natur – und eine andere Gliederung des gesellschaftlichen Lebens beinhalten. Wie immer die Theorie von Marx einzuschätzen ist – theoretischer Beitrag zu einem Bereich der modernen Gesellschaft, neue Wissenschaft oder darüber hinaus auch Weltkonzeption –, so praktiziert sie eine Art des Denkens, das die Begriffe der bürgerlichen Gesellschaft sehr grundlegend in Frage stellt.

Dies ist folgenreich für die marxistische Theorietradition. In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft gibt es einen permanenten Konflikt um die Art und Reichweite der Erkenntnis. Weil die Hegemonieapparate die gesellschaftliche Form sind, in der die Erkenntnisprozesse gesellschaftlich relevant organisiert werden, betreffen die Auseinandersetzungen auch diese Apparate selbst, also ihre Form und das, was sie an intellektuellen Praktiken ermöglichen oder verhindern. Diese von Gramsci als Hegemonie bezeichnete, alltäglich geführte Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft betrifft die intellektuelle Aktivität derjenigen, die in diesen Hegemonieapparaten als professionelle Intellektuelle arbeiten. Diese Apparate tragen zur Ausübung von Herrschaft bei und werden „im Durchschnitt“ keine Praktiken, kein Wissen, keine Fühlweise dulden, die die Hegemonie der Klasse der Herrschenden selbst in Frage stellen könnte. Diese Apparate werden von innen durch eine Vielzahl von formellen Machtpositionen, Richtlinien, Bewährungsmechanismen und informellen Einflüssen kontrolliert und formiert.

Zeitungsredaktionen haben den „Meinungskorridor“, den Eigentümer vorgeben; Schulen und Hochschulen ihre durch eine Kaskade von formellen Prüfungen und informellen Leistungen bestimmten Selektionsfilter (Publikationen in angesehenen Fachzeitschriften oder prestigeträchtigen Verlagen, Drittmittel, Aktivitäten und Positionen in den Fachverbänden) bis hin zur Berufung der ordentlichen öffentlichen Professoren durch ein staatliches Ministerium oder die Universitätsspitze; Verlage bilden eine komplexe und hochselektive Hierarchie: Hochkulturverlage wie Suhrkamp, Hanser, S. Fischer oder Rowohlt, Publikumsverlage, Kleinverlage, Alternativverlage. Diese Hierarchie entscheidet als solche schon – und sich verstärkend verknüpft mit dem Feuilleton, mit Vorträgen und Vorlesungen oder Preisverleihungen – über den Wert von SchriftstellerInnen oder WissenschaftlerInnen maßgeblich mit. Wenn diese formellen und informellen Mechanismen innerhalb eines Hegemonieapparats nicht ausreichen, werden Druckmittel eingesetzt: der Verlust von Aufträgen an Journalisten, Nicht-Publikation ihrer Artikel, Absetzung von Sendungen. Solche Maßnahmen berühren die Freiheit der Einzelnen zunächst nicht. „Die formale Freiheit eines jeden ist garantiert. Keiner hat sich offiziell für das zu verantworten, was er denkt. Dafür sieht jeder sich von früh an in einem System von Kirchen, Klubs, Berufsvereinen und sonstigen Beziehungen eingeschlossen, die das empfindsamste Instrument sozialer Kontrolle darstellen. Wer sich nicht ruinieren will, muß dafür sorgen, daß er, nach der Skala dieses Apparats gewogen, nicht zu leicht befunden wird. Sonst kommt er im Leben zurück und muß schließlich zu Grunde gehen. Daß in jeder Laufbahn, vor allem aber in den freien Berufen, fachliche Kenntnisse mit vorschrittmäßiger Gesinnung in der Regel verbunden sind, läßt leicht die Täuschung aufkommen, die fachlichen Kenntnisse täten es allein. In Wahrheit gehört es zur irrationalen Planmäßigkeit dieser Gesellschaft, daß sie nur das Leben ihrer Getreuen einigermaßen reproduziert.“ (Horkheimer, Adorno 1947: 176, vgl. ebd. 158) Wenn der ‘stumme’ ökonomische Zwang und die diskursiven Ordnungsmechanismen nicht ausreichen, setzen repressive Maßnahmen ein: Zensur von Artikeln, Verbot von Zeitschriften, Büchern oder Verlagen, Vernichtung von Büchern, Kontrolle des Internets, Kündigung von WissenschaftlerInnen, Arbeits- und Berufsverbote, Rufmorde und öffentliche Abwertung von Intellektuellen, Verfolgung, Gefängnis und Ermordung von Journalisten, SchriftstellerInnen, KünstlerIn-

nen. Das geschieht nicht nur in Autokratien und korrupten Staaten, sondern auf der Höhe der kapitalistischen Vergesellschaftung, wie Deutschland mit seiner Verfolgung, Vertreibung, Ausbürgerung, Ermordung von vielen kritischen Intellektuellen oder die USA mit den berüchtigten Anhörungen von Intellektuellen vor einem Ausschuß des US-amerikanischen Repräsentantenhauses wegen unamerikanischer Aktivitäten demonstriert haben. Damit werden intellektuelle Traditionen gewaltsam abgebrochen, das Wissen, die Diskussionen, die Kooperationen und Verweisungszusammenhänge diskreditiert, das organische Verhältnis zwischen der Gesellschaft und ihren Intellektuellen auf viele Jahre und Jahrzehnte hin zerstört. „Die unangenehmste Entdeckung, zu welcher der Materialismus führt, ist der Umstand, daß die Vernunft nur existiert, sofern sie ein natürliches Subjekt hinter sich hat. Diesem natürlichen Subjekt ist sie anheim gegeben, je nachdem es von ihr Gebrauch machen will. Sie kann ihm auch ohne seine Schuld verloren gehen. Die Rückwirkung der Vernunft auf das Subjekt ist nie so stark und nachhaltig, daß es den Charakter der Natürlichkeit verlöre.“ (Horkheimer an Pollock, 20. 9. 1937, in: HGS 16: 235)

Marx selbst hat seine Theorie, seine Konzeption nicht als akademische, einzelwissenschaftliche Theorie ausgearbeitet. Die Theorie selbst verkörpert ein umfassendes Emanzipationsprojekt. Über lange Phasen fand die Marxsche Theorie eher nur in negativer Form Eingang in die akademische Lehre und Forschung. Orte für eine entsprechende Theoriebildung waren vor allem die sozialdemokratischen Parteien, ihren Parteischulen und die zu diesen Parteien gehörenden Zeitungen, Zeitschriften und Verlage. In der Sowjetunion gab es eine kurze Periode kritischer marxistischer Forschung an den Hochschulen und an Instituten, bevor sie als Marxismus-Leninismus unter die Kontrolle und Zensur der Partei geriet und wichtige ihrer Vertreter ermordet wurden. In den 1920er Jahren war es in Deutschland aufgrund besonderer Umstände möglich, daß insbesondere am Institut für Sozialforschung marxistische Forschung und kritische Theorie für wenige Jahre an der Universität betrieben werden konnte. Aufgrund der Verfolgungspraxis des Nationalsozialismus und des 'kalten Krieges' gab es in der Bundesrepublik der 1950er und frühen 1960er kaum eine Tradition der marxistischen Diskussion. Die Gruppe derer, die um die Herstellung der Kontinuität bemüht war, war insgesamt klein: eine Reihe von wenig bekannten Arbeiterintellektuellen wie Fritz Lamm, aber auch enger

mit dem SDS verbundene Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth, Leo Kofler, Ernst Bloch, Max Horkheimer oder Theodor W. Adorno (vgl. Demirović 1999). Solche Bemühungen waren zwiespältig und nicht ungefährlich. Die Kommunistische Partei war verboten. Das war folgenreich, denn diejenigen, die sich als unorthodoxe Sozialisten verstanden, sahen sich zur Abgrenzung gezwungen, „wo diese unsinnig und nicht gewollt war“, und zur Solidarisierung mit denjenigen, „die diskriminiert wurden und von der Kriminalisierung bedroht waren, obwohl man sich eigentlich mit ihnen kritisch auseinandersetzen wollte. Das Verbot hatte also eine politische Paralyse der (west)deutschen Linken zur Folge.“ (Altwater 2007: 12) Insofern stellte der „kurze Sommer des akademischen Marxismus“ (Altwater 2007) eine überraschende Wendung dar. Die Tatsache, daß marxistische Theoriebildung vor allem von jungen WissenschaftlerInnen vertreten wurde, die studentische Protestbewegung seit Mitte der 1960er Jahre, die Bildungsreform und die Öffnung der Hochschulen – diese drei Momente trugen dazu bei, daß „linke Akademiker zu den Würden eines Lehrers, einer Assistentin oder eines Professors gelangen konnten, sofern sie die sonstigen üblichen Qualifikationen erfüllten. Genau genommen konnte dieser offene Fensterspalt im politischen Sommer vom Beginn der sozial-liberalen Reformkoalition im Herbst 1969 bis zu den „Hamburger Erlassen“ vom Januar 1972 genutzt werden, vor und nach diesem „Zeitfenster“ nur in Ausnahmefällen.“ (Altwater 2007: 21) Immerhin wurde es damit möglich, an einigen Hochschulen und Fachbereichen in einem gewissen Umfang ein marxistisch orientiertes Curriculum zu etablieren, das für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte mehrere Generationen von WissenschaftlerInnen und Studierenden mit Marx und der internationalen marxistischen Diskussion vertraut machte. Darüber hinaus ermöglichte dies auch, Fragestellungen zu erarbeiten, innovative Diskussionen und Forschungen über ein breites Spektrum von Problemen zu führen und mit einer Vielzahl von kritischen und emanzipatorischen Gesichtspunkten zu verbinden. Aber tatsächlich stellt sich diese Phase im Rückblick als eine besonders günstige Konjunktur dar, die zu dem Mißverständnis beigetragen hat, daß die marxistische Theoriebildung und Forschung wie selbstverständlich ihren Ort an Hochschulen hat. Von innen wie von außen wuchs der Druck und blockierte an den Hochschulen einen weiteren Ausbau und damit auch die Kontinuität kritischer, emanzipatorischer, marxistischer Diskussion. Wer darauf bestehen

wollte, daß die Kritik der politischen Ökonomie unverzichtbarer Bestandteil der Theorie sei, „dem wurde a priori der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit abgesprochen. Auf diese Weise setzte sich in Berufungskommissionen die Politik der »Berufsverbote« aus den 70er Jahren fort.“ (Deppe 2013: 9; vgl. auch Streeck 2013, 17) In den 2000er Jahren, mit der Pensionierung derjenigen, die als '68er an die Hochschulen gelangten, endete diese Konjunktur, die Tradition der Professuren wurde in solchen Fällen nicht gewahrt, sondern von Hochschulleitungen und dem mächtigeren Teil der ProfessorInnen-schaft, die sich gegen vermeintliche „Ideologie“ wandte, willentlich abgebrochen.

Auf unerwartete Weise hat es in den vergangenen Jahren doch neue Ansätze und Potenziale einer kritischen Forschung und Lehre an Hochschulen gegeben. In sie fließt auch die Theorie von Marx ein. Doch führt dies bislang kaum zu einem integralen Forschungsprogramm. Die Diskussionen fallen in mehrfacher Hinsicht auseinander: das betrifft die disziplinären Fragestellungen, das betrifft die unterschiedlichen Emanzipationsperspektiven, die einzelwissenschaftlich-disziplinären Probleme kommen nicht mit den umgreifenden, gesellschaftstheoretischen Fragen zusammen, die Gesellschaftstheorie und die Kritik der politischen Ökonomie fallen in verschiedene Sparten auseinander. Für manche ist nicht einmal plausibel, in der Marx'schen Theorie überhaupt eine Theorie der Gesellschaft zu sehen, die mehr ist als Kritik der politischen Ökonomie. Ob und wie weit alle diese Ansätze radikal gesellschaftskritisch sind oder sein wollen, ist selbst eine strittige Frage; und vermutlich ist auch deswegen in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Begriff der Kritik zum Gegenstand der Reflexion geworden (vgl. Demirović 1993 und Demirović 2008). Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte legt die politisch-epistemologische Überlegung nahe, daß ein kritischer Erkenntnisprozess, der auf das komplexe Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft, auf die Überwindung von Denken und Fühlen, von körperlicher und intellektueller Arbeit hinarbeitet, immer wieder bedroht ist – und nicht einmal ein angemessenes Bewusstsein davon besteht. In besonderer Weise gefährlich ist der Mangel an historischer Kontinuität, der selbst das Ergebnis von Macht und Herrschaft ist und dazu beiträgt, emanzipatorische Praktiken entlang von beruflichen Möglichkeiten, Theorie und Praxis oder Generationen zu spalten und Wissen verkümmern zu lassen. So müssen Diskussionen mühsam wiederholt, das „Rad neu erfunden“

werden, die marxistische Theorie und Kritik ist vielfach primitiv und ökonomistisch. Die Hochschulen und die von ihr ermöglichten beruflichen Positionen sind keineswegs auf quasi natürliche Weise der Ort, an dem es möglich ist, die Tradition kritischer Theorie zu bewahren und auf höherem Niveau fortzusetzen, auch wenn sie dafür sicherlich immer noch bessere Möglichkeiten bieten als andere gesellschaftliche Stellungen. Dies fordert dazu heraus, sich der Konkurrenz und Spaltungen, wie sie in akademischen Prozessen zwischen den einzelnen Studierenden, Forschenden, Lehrenden, den Fachdisziplinen geschaffen und genährt werden, zu widersetzen und für Kontinuität sowie für den Zusammenhang der Emanzipationsperspektiven und der unterschiedlichen Themen, Begriffe und Gebiete, also für eine breite Kooperation einzutreten. Ebenso aber ist erforderlich, neue Orte zu finden und autonome Bedingungen für emanzipatorische theoretische Praxis zu entwickeln.

Literatur

- Altwater, Elmar (2007): Der kurze Sommer des akademischen Marxismus, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 146, Jg. 37, Heft 1, S. 9-24.
- Demirović, Alex (1982): Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik, Frankfurt am Main.
- (1993): Intellektuelle und kritische Gesellschaftstheorie heute, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 92, Jg. 23, Heft 3, S. 491-511.
 - (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle, Frankfurt am Main.
 - (Hrsg.) (2008): Kritik und Materialität, Münster.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Bd. 6, Hamburg.
- HGS: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Frankfurt am Main.
- MEW: Marx-Engels-Werke, Berlin.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.

Klaus Dörre

Marxsche Theorie und kritische Soziologie Acht Thesen zu einer Wahlverwandtschaft

Statt einer Einleitung: Sozioanalyse

Bevor ich mich dem Marxismus im 21. Jahrhundert zuwende, ist es sinnvoll, eine Sozioanalyse im Sinne Bourdieus zu betreiben. Es geht mir um eine Positionierung im intellektuellen Kräftefeld, die erkennen lässt, wie ich mich der Marxschen Theorie nähere. Als Schüler und Student war ich glühender Sozialist. Bombenteppiche auf Hanoi und der Putsch gegen die Regierung Salvador Allendes waren Anlass, mich politisch zu engagieren. Der Marxismus, so wie ich ihn verstand, war auch eine soziale Identität. Er versprach nicht nur wissenschaftliche Erkenntnis, er war ein Glaube – der Glaube daran, dass sich der Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg lohnen würde. Dieser identitätsbildende Glaube erodierte im Laufe der 1980er Jahre. Auf der Suche nach Erklärungen für gesellschaftliche Umbrüche, neue soziale Bewegungen und nicht zuletzt für Ausbeutung und repressive Herrschaft im real existierenden Sozialismus wurde ich vom Marxisten zum empirisch interessierten Sozialwissenschaftler.

Bin ich heute noch Marxist? Ich habe mir diese Frage lange nicht gestellt. Das hat andere nicht daran gehindert, sie stellvertretend für mich zu beantworten. Für einige meiner Kollegen bin ich das sperrige Überbleibsel eines Arbeiterbewegungsmarxismus, wie ihn Wolfgang Abendroth und seine Schüler im Rahmen ihrer „Marburger Schule“ begründet haben. Andere sehen (oder sahen) in mir einen engstirnigen Arbeitssoziologen, dem mit dem Göttinger Empirismus auch die kapitalismuskritische Perspektive abhandengekommen ist (war). Linksradikale Kritiker machen aus mir einen traditionalistischen Gewerkschaftsfreund, der sich mit ein wenig Sozialkritik und einigen reformerischen Korrekturen am Kapitalismus zufrieden gibt. Manchen Anhängern eines außerakademi-

schen Marxismus gelte ich als Luxemburgist, Einfach-Marxist und Popularisator verstaubter Theoriefragmente.

Bin ich also Marxist? In der Debatte, die das gemeinsam mit Stephan Lessenich und Hartmut Rosa verfasste Bändchen „*Soziologie-Kapitalismus-Kritik*“ umfasst (Dörre et. al. 2009), habe ich mich, wohl hinreichend offensiv, auf Marx bezogen. In der Außenwahrnehmung gelte ich seither vielen als der Neo-Marxist innerhalb des Autorentriumvirats (Mikl-Horke et al. 2011). Die Zweifel im Feld des außerakademischen Marxismus, ob ich die Ehre einer solchen Zuschreibung überhaupt verdiene (Bischoff/Lieber 2013: 45), hindern weder Studierende noch Kolleginnen und Kollegen an der Aufforderung, den einmal in die Welt gesetzten Anspruch in einer Theorie kapitalistischer Landnahmen einzulösen.

Auch deshalb besitzt die Frage, wie es um den Marxismus im 21. Jahrhundert bestellt ist, für mich Relevanz. Mein Versuch, eine Antwort zu formulieren, beschränkt sich auf einige Überlegungen. In einem Punkt bin ich mir jedoch sicher. Die Marxismen des 21. Jahrhunderts bieten vielleicht einen Kompass, um die soziale Welt besser zu verstehen und wirksam zu kritisieren. Glaubensstiftend sind diese Marxismen für mich aber nicht. Das vorausgeschickt, möchte ich meine Überlegungen zu Marxismus und Soziologie in acht Thesen zusammenfassen.

These 1: Es gibt nicht den Marxismus, sondern eine gewisse Pluralität von Konzeptionen, die sich in unterschiedlicher Weise auf die Marxsche Theorie beziehen.

Pluralität ist im – unabgeschlossenen – Marxschen Werk selbst angelegt. Es gibt keinen homogenen, in sich stimmigen Marx. Anregend sind aus der heutigen Perspektive gerade die Brüche und Ungereimtheiten im Marxschen Denken. Dies zu ignorieren hieße, einen „faulen Marxismus“ zu fördern (Hall 1989: 12). Im Rahmen des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“, auf Auslandsreisen und insbesondere in Südafrika, habe ich das Gegenteil eines „faulen Marxismus“ kennen lernen dürfen. Das gilt vor allem für einen *Sociological Marxism* (Burawoy 2003, 2013), der in Deutschland, anders als in der angelsächsischen Welt, weder über eine akademische Tradition noch über eine institutionelle Verankerung verfügt. Mein eigenes Theorieverständnis entspricht in vielerlei Hinsicht der Grundidee dieses *Sociological*

Marxism. Seine Anhänger verstehen sich als „marxian“, nicht als „marxist“. Sie plädieren für eine – niemals abgeschlossene – Reinterpretation klassischer Texte unter Berücksichtigung des zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Wissens. Zum „pragmatischen Realismus“ (Wright 2009: 101) so verstandener Theoriebildung gehört es, Begriffe wiederzuentdecken und mit neuem Inhalt zu füllen, die seitens der marxistischen Orthodoxie längst *ad acta* gelegt waren.

Landnahme ist ein solcher Begriff. Die Kategorie ist für Theorien zentral, welche den Kapitalismus als expansives System analysieren und kritisieren. Gemeinsam ist diesen durchaus heterogenen Konzepten die Annahme, dass kapitalistische Gesellschaften sich nicht ausschließlich aus sich selbst heraus reproduzieren. Die Akkumulation des Kapitals bleibt beständig an „nichtkapitalistische Milieus“ gebunden (Luxemburg 1975[1913]: 303, 314). Kapitalistische Dynamik speist sich daher aus einer komplexen Innen-Außen-Bewegung. Stets beinhaltet sie die Internalisierung von Externem, die Okkupation eines nicht kapitalistischen oder nicht marktförmigen Anderen. Ein reiner Kapitalismus, d.h. ein generalisierter Warentausch mit Zwei-Klassen-System, wie ihn Marx auf einer bestimmten Abstraktionsstufe in seinen Reproduktionsschemata unterstellt (Marx 1977[1885]: 391-520), ist nicht überlebensfähig, jedenfalls ist er nirgendwo existent. Stattdessen kommt es zu einem fortwährenden Austausch, den Bereiche, die unmittelbar unter Verwertungszwecke subsumiert sind, mit noch nicht kommodifizierten Sektoren der Gesellschaft pflegen.

Über einen längeren Zeitraum fast vergessen, hat dieser Grundgedanke in der Auseinandersetzung mit Globalisierung und Finanzmarktkapitalismus eine überraschende Renaissance erfahren. Wohl ein wenig voreilig wird ihm bereits ein ähnlicher Status zugeschrieben, wie ihn zeitweilig die Regulationstheorie bei der Analyse des Fordismus innehatte (Backhouse et. al. 2013: 11). Versuche, kapitalistische Entwicklung als „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2005: 137ff.) zu analysieren, konzentrieren sich überwiegend auf den finanzkapitalistischen *Modus Operandi* in Staat und Wirtschaft, die Veränderungen nicht nur der Erwerbsarbeit, sondern vor allem auch der Reproduktionstätigkeiten werden hingegen kaum oder gar nicht in den Blick genommen. Diesen Schwachpunkt monieren feministische Wissenschaftlerinnen (Federici 2013: 38-50, Aulenbacher 2013: 105-126; Feministische Autorinnengruppe

2013: 99-118), die den Entzug von Ressourcen für die soziale Reproduktion als Zentrum der neuen Landnahme betrachten.

Das von mir favorisierte Landnahmekonzept teilt die Annahme einer *fortwährenden ursprünglichen Akkumulation des Kapitals*. In der Auseinandersetzung mit gängigen zeitgenössischen Interpretationen hatte Marx den Übergang zum Industriekapitalismus als „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet (Marx 1973 [1867]: 741-802). Zumindest im vorindustriellen England, das Marx als wichtigsten Fall analysierte, beruhte dieser Prozess auf gewaltsamer Aneignung von Besitz, der Zerstörung tradierter Produktions- und Lebensformen sowie einer auf außerökonomische Zwänge gegründeten Disziplinierung von Arbeitskräften (Kößler 2013: 18-37). Während Marx Gewalt und außerökonomischen Zwang jedoch als Übergangsphänomen betrachtete, das sich mit der Eingewöhnung in die kapitalistische Produktionsweise von selbst erledigen würde, haben Rosa Luxemburg und an sie anknüpfend so unterschiedliche Interpreten wie Hannah Arendt, Maria Mies, Burkart Lutz oder in jüngster Zeit David Harvey die Notwendigkeit einer fortwährenden ursprünglichen Akkumulation begründet. Dabei ist nicht die offene Gewaltträchtigkeit ursprünglicher Akkumulation der entscheidende Punkt. Die fordistische Landnahme des traditional-handwerklichen Sektors in den wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismen erfolgte weitgehend friedlich. Dennoch kann diese innere Landnahme in ihrer Konsequenz für den traditionellen Sektor und seine Produktions- und Lebensweisen „durchaus in Analogie zur ‘äußeren Landnahme’ des Imperialismus gesehen werden“ (Lutz 1984: 213).

Mit Blick auf die Entwicklung ab Mitte der 1970er Jahre halte ich es für aussichtsreich, die Restrukturierung in den kapitalistischen Zentren als finanz- und wettbewerbsgetriebene Landnahme des Sozialen zu analysieren. Das Landnahmtheorem enthält ein Set an Wenn-Dann-Beziehungen, das als Forschungs-Heuristik an den Gegenwartskapitalismus herangetragen werden kann: Wenn (1) industriekapitalistische Gesellschaften prosperieren, dann speist sich diese Prosperität aus der Okkupation nichtkapitalistischer Milieus. Wenn (2) kapitalistische Prosperität auf der Okkupation nichtkapitalistischer Milieus beruht, sind Wachstumsschübe endlich, weil die Etablierung kapitalistischer Tausch- und Verkehrsformen unweigerlich mit einer Zerstörung vereinnahmter Milieus verbunden ist. Ein neuer Prosperitätsschub wird nur einsetzen, wenn (3) neues

Land außerhalb der etablierten Produktion für die Kapitalakkumulation erschlossen werden kann. Wenn jedoch (4) alle nichtkapitalistischen Milieus in den kapitalistischen Warenausch und den Akkumulationsprozess des Kapitals integriert sind, dann gelangt kapitalistische Entwicklung an ihr Ende. Dieses Ende lässt sich jedoch in die Zukunft verschieben, wenn (5) ein nicht-kapitalistisches Anderes aktiv, d.h. mit ökonomischen und politischen Mitteln neu hergestellt werden kann. Eine solche Forschungsheuristik bezieht ihr Anregungspotential aus der Marxschen Theorie und deren kritischer Bearbeitung – etwa durch Rosa Luxemburg. Es geht aber primär darum, das Landnahmtheorem auf die Kapitalismen des 21. Jahrhunderts zu beziehen und seine Leistungsfähigkeit anhand von Gegenwartsphänomenen zu prüfen. Analytische Tragfähigkeit bedeutet zugleich Kritik von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen. Das führt mich zu einer zweiten These.

These 2: Die Marxsche Theorie ist eine Kapitalismuskritik – „die gründlichste, kompromissloseste, umfassendste jemals vorgebrachte Kritik dieser Art“ (Eagleton 2012: 14).

Und, so sei hinzugefügt, sie ist zugleich diejenige Theorie, die „große Regionen der Erde umgestaltet hat“ (ebd.). Damit hat die Marxsche Theorie jedoch ihre Unschuld verloren. Jede Spielart des Marxismus muss heute selbstreflexiv sein, d.h. sie muss ein kritisches Verhältnis zu ihrer eigenen Geschichte und der durch sie legitimierten Praxis entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Soziologie auch als Reaktion auf die Herausforderung der Marxschen Theorie entstanden ist. Hat sich die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie und haben sich die von ihr inspirierten Marxismen zunächst als interne theoretische Ansätze sozialistischer Arbeiterbewegungen entwickelt, so entstand die Soziologie frühzeitig als akademisches Fach. Ihre Entwicklung verlief zunächst völlig anders als die der Marxschen Theorie. Zumindest implizit erfolgte die Entwicklung der akademisch institutionalisierten Disziplin aber doch in Auseinandersetzung mit dem außerakademischen Marxismus.

Im wissenschaftlichen Feld ist der gemeinsame Bezugspunkt von interner Marxscher Theorie und externer akademischer Soziologie ein Kampf um Wahrheit. Deutungsmacht beruht letztendlich auf dem Ringen um Erkenntnis. Aus diesem Grund konnte es über-

haupt zu einer spannungsgeladenen wechselseitigen Durchdringung von Marxscher Theorie und akademischen Sozialwissenschaften kommen. Die Marxsche Theorie adaptierte – wenngleich oftmals zögerlich und selektiv – soziologische Methoden und Analysen; die Soziologie übernahm ihrerseits Elemente des Marxschen Denkens. Auch weil die Suche nach Wahrheit in vielerlei Hinsicht an Methoden und theoretischen Überlegungen der akademischen Soziologie anknüpfen kann und muss, darf sich das Selbstverständnis einer Soziologin oder eines Soziologen niemals ausschließlich auf Marxismus gründen. Das gilt umso mehr, als die diversen Marxismen ihren Charakter als interne Theorien sozialistischer Arbeiterbewegungen mit wenigen Ausnahmen längst verloren haben. In den staatssozialistischen Ländern zur Legitimationsideologie einer bürokratischen Elitenherrschaft mutiert, entstand in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ein westlicher Marxismus, der sich, wenngleich überwiegend marginal, auf unterschiedliche Weise auch im Wissenschaftssystem etablieren konnte. Die Frankfurter Schule ist dafür ein prominentes Beispiel.

Trotz des kurzen Frühlings Marxscher Theorie, der angesichts einer überraschenden Wiederkehr der Arbeitermilitanz nach 1968 einsetzte, sind solche Institutionalisierungen besonders in Deutschland stets fragil geblieben. Das ist bedauerlich, weil sich z.B. mit dem *Sociological Marxism* ein spezifischer Erkenntnisanspruch verbindet, der, so mein Vorschlag, allerdings etwas weiter gefasst werden muss, als Michael Burawoy (2013) ihn formuliert. In Burawoys Überlegungen ist „das Soziale“, die Zivilgesellschaft jenseits von Wirtschaft und Kernstaat, das zentrale Feld eines zeitgemäßen soziologischen Marxismus. Soziologen, auch diejenigen, die einem soziologischen Marxismus verpflichtet sind, agieren als „guardians of humanity, defending society against the tyranny of markets and the terrorism of states“ (Burawoy 2008: 354). Die Politische Ökonomie und der Akkumulationsprozess des Kapitals sind hingegen als analytisches Feld von untergeordneter Bedeutung. Demgegenüber zielen meine Überlegungen auf eine disziplinäre Ausrichtung, die nach den Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen fragt, die sich gleichsam unter der Oberfläche des kapitalistischen Waren- und Äquivalententauschs verbergen.

Was dies bedeutet, lässt sich wiederum anhand des Landnahmetheorems zeigen. Am ägyptischen Fall hat Rosa Luxemburg eindringlich beschrieben, was unter fortgesetzter ursprünglicher

Akkumulation zu verstehen ist. Die Landnahme (Luxemburg verwendet den Begriff nicht, sie spricht stattdessen von Kolonisation) setzte mit der Verwandlung einer ursprünglich auf Subsistenzproduktion ausgerichteten Bauernwirtschaft in eine Geldökonomie ein. Diese Geldwirtschaft wurde genutzt, um große Modernisierungsprojekte wie den Suezkanal sowie die erforderliche Infrastruktur (Eisenbahn) zu schaffen. Zur Finanzierung diverser Programme jagte eine Staatsanleihe die andere, die Staatsverschuldung Ägyptens stieg. Davon profitierte in erster Linie das europäische Anlagekapital (ebd.: 380f.), und das auf Kosten der ägyptischen Fellachen, die mit unfreiwilliger Arbeit zur Zinstilgung beitragen mussten. Anlagekapital, dessen Ansprüche auf maximalen Gewinn befriedigt werden, indem Grund und Boden okkupiert und unfreie, prekarierte Arbeit einem System einverleibt wird, das auf systematischer Überausbeutung beruht – das ist nach Rosa Luxemburg der *Modus Operandi* imperialistischer Landnahme ihrer Zeit. Die Nähe dieses sozialen Mechanismus zu aktuellen Phänomenen springt sofort ins Auge. Finanzkapitalistisch getriebene Landnahme und exorbitante Renditeerwartungen auf der einen Seite, Prekarisierung und Übernutzung von natürlichen Ressourcen auf der anderen Seite sind ein Strukturmerkmal neuer Landnahmen, die sich seit den 1970er Jahren ereignet haben. Allerdings folgt die neue Landnahme nicht den altbekannten imperialen Mustern. Der Expansionsdrang, der dem Kapital immanent ist, drängt nicht zu Kolonialpolitik und Unterwerfung des globalen Südens. Eher sind es einige der ehemaligen Kolonialstaaten, deren Aufholprozess die frühindustrialisierten Länder herausfordert. Und selbstverständlich sind es heute nicht Fellachen oder andere Fronarbeiter, die Rendite- oder Gewinnansprüche von Unternehmen und Finanzmarktakteuren bedienen, wenngleich es ähnliche Phänomene noch immer gibt. Landnahme bedeutet in der Gegenwart, zumindest in den kapitalistischen Zentren, Freisetzung von Lohnabhängigen aus wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystemen. Wohlfahrtsstaatliche Institutionen, die in der fordistischen Ära für eine partielle Abkopplung der Lohnarbeit von Marktrisiken sorgten, bilden nun das neue Außen, welches es im Namen einer flexiblen Akkumulation zu okkupieren gilt. Eine selektive Enteignung von 'Sozialeigentum' soll den Warencharakter von Lohnarbeit für einen Teil der Arbeitskräfte möglichst umfassend wiederherstellen. An die Stelle von präkapitalistischen treten postwohlfahrtsstaatliche Formen prekärer Arbeit und Beschäftigung,

deren Expansion die kontinentaleuropäischen Arbeitsgesellschaften auf unterschiedlichen Achsen der Ungleichheit und Ausbeutung verändern.

These 3: Ein pluraler, demokratischer Marxismus des 21. Jahrhunderts muss der Realität unterschiedlicher Herrschafts- und Ausbeutungsformen Rechnung tragen.

Auch diese Anforderung wird im Landnahmekonzept reflektiert. Die Abhängigkeit der Kapitalakkumulation von äußeren nicht-kapitalistischen Märkten strukturiert nicht nur die Wechselbeziehungen zwischen Lohnarbeit und anderen Tätigkeitsformen, sie impliziert zugleich eine begrenzte *Pluralität von Ausbeutungsverhältnissen*. In einer allgemeinen Verwendung benennt die Kategorie der Ausbeutung eine Kausalbeziehung zwischen „dem Glück der Starken [...] und der Not der Schwachen [...]“ (Boltanski/Chiapello 2003: 398). Man müsse, so das Argument Dubets, „die marxistische Auffassung von Wert und Mehrwert nicht teilen, um die Macht des Gefühls der Ausbeutung in der Industriegesellschaft zu begreifen“ (2008: 119). In Erweiterung der Luxemburgschen Akkumulationstheorie hatten Autorinnen im Kontext des Bielefelder Hausfrauisierungs-Ansatzes ähnlich argumentiert: „Ausbeutung heißt Beute machen, sich etwas durch Gewalt aneignen, was nicht durch eigene Arbeit geschaffen wurde, sich etwas nehmen, ohne Gleichwertiges zurückzugeben“ (Mies 1983: 120). Mit der Gewaltträchtigkeit von Ausbeutungsbeziehungen, die auf Subsistenzarbeit Anwendung findet, wird allerdings ein formationsunspezifischer Mechanismus für allgemeingültig und grundlegend erklärt, der gerade *nicht* dem Prinzip des kapitalistischen Äquivalententauschs entspricht. Ausbeutung in ihrer grundlegenden, der Ausbeutung in der Mehrwertproduktion vorgelagerten Version, gilt als machtgestützte Übervorteilung, als „Raub“. Demgegenüber will die Marxsche Theorie erklären, weshalb Ausbeutung trotz des auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Prinzips der Vertragsgleichheit möglich ist. Dieses Prinzip kann im kapitalistischen Unternehmen realisiert und zugleich in verdeckter Weise durchbrochen werden, weil die Lohnabhängigen das Äquivalent für ihre Arbeitskraft, nicht aber für das Wertprodukt erhalten, das sie herstellen. Zwar bedarf es nach Luxemburg des Klassenkampfes, um dem Äquivalententausch am Arbeitsmarkt überhaupt Gel-

tung zu verschaffen, doch dieses Tauschverhältnis lässt sich, was weder Marx noch Luxemburg voraussehen konnten, 'pazifizieren' (Habermas 1987: 512). Ausbeutung kann mittels Steigerung des Lebensstandards der Ausgebeuteten abgemildert und subjektiv in „gerechte“, weil für legitim befundene Ungleichheit umgedeutet werden.

Die Institutionalisierung von Lohnabhängigenmacht im Wohlfahrtsstaat, im Arbeitsrecht und in kollektiven Vertragsbeziehungen wirkt marktbildend, indem sie dem Prinzip des Äquivalententauschs zumindest formal zur Gültigkeit verhilft. Ich schlage vor, diesen Fall als *primäre*, weil für die kapitalistische Formation exklusive Ausbeutungsform zu bezeichnen. Von kapitalistisch formbestimmten *primären* lassen sich nicht spezifisch kapitalistische *sekundäre* Ausbeutungsmechanismen unterscheiden. Während primäre Ausbeutungsbeziehungen in formelle oder informelle Vertragsbeziehungen eingebettet sind, die das Prinzip des Äquivalententauschs (Arbeitskraft gegen angemessene Entlohnung) festschreiben und daher im Idealfall auch ohne außerökonomische Disziplinierung auskommen, stiften *sekundäre* Ausbeutungsformen Äquivalenzbeziehungen anderen Typs. Von sekundärer Ausbeutung kann immer dann gesprochen werden, wenn symbolisch-kulturelle oder staatlich und politisch legitimierte Disziplinierungsmechanismen eingesetzt werden, um Innen-Außen-Differenzen mit dem Ziel zu konservieren, die Arbeitskraft oder den Lebensstandard sozialer Gruppen, etwa mittels rassistischer oder sexistischer Abwertung, deutlich unter das allgemeine, wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Lohn- und Reproduktionsniveau zu drücken, oder auch, um Tätigkeiten innerhalb wie außerhalb der Erwerbssphäre als unbezahlte Gratisressource nutzen zu können.

Lassen es die äußeren Rahmenbedingungen und die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu, so ist die Intensivierung sekundärer Ausbeutung eine potenzielle Option, mit der ökonomische und politische Eliten auf Stockungen der Kapitalakkumulation reagieren können. Insofern existieren primäre und sekundäre Ausbeutungsmechanismen nicht unabhängig voneinander. Der Äquivalententausch in der Mehrwertproduktion und seine institutionellen Garantien konstituieren den Maßstab, von dem Austauschbeziehungen abweichen, die auf außerökonomischer Dominanz beruhen, die eine eigene, vom Kapitalismus unabhängige Geschichte haben (Rassismus, Sexismus) und die teilweise außerhalb des kapitalistischen

Unternehmens und der Produktionssphäre stattfinden. Nimmt z.B. die gesellschaftliche Abhängigkeit von nicht oder nur schwer rationalisierbaren Humandienstleistungen und Care-Tätigkeiten im Reproduktionsprozess zu, können außerökonomische Disziplinierungsmechanismen eingesetzt werden, um den Preis dieser Tätigkeit künstlich niedrig zu halten oder um sie den Nachfragern weiterhin als Gratisressource zur Verfügung zu stellen.

Das zeigt sich exemplarisch im Feld der Sorgearbeiten (vgl. hierzu auch den Beitrag von Silvia Kontos in diesem Band). Eine weite Definition versteht unter Sorgearbeit ein großes Spektrum an Tätigkeiten, mit deren Hilfe jene menschlichen Akteure überhaupt erst erzeugt werden, „die das System in Gang setzen und in Schwung halten“ (Klinger 2013: 87). Der besondere Status von Sorgearbeit im Kapitalismus ergibt sich nach Ellen Meiksins Wood (2010) aus zwei Trennungen – der Ablösung einer privaten Wirtschaft von Staat, politischem System und Demokratie sowie der vom Feminismus thematisierten Trennung des Öffentlichen vom Privaten als Bedingung für die Anwendung von Lohnarbeit. In feudalen Gesellschaften beruhte die Aneignung eines Mehrprodukts auf der Nutzung von Arbeit, die in bäuerlichen Haushalten kollektiv geleistet wurde. Sie war durch außerökonomische Herrschaft begründet und über die Ausweitung rechtlicher, militärischer oder politischer Befugnisse unmittelbar zu beeinflussen (ebd.: 279ff.). Anders im Kapitalismus. Hier sind Arbeits- und Tauschverhältnisse Beziehungen zwischen formal freien und gleichen Individuen. Der Aneignungsprozess vollzieht sich privatwirtschaftlich und in formaler Distanz zu Staat und Demokratie. Das hat Auswirkungen auf die Verteilung außerökonomischer Güter. Während die politischen Güter in vorkapitalistischen Gesellschaften knapp gehalten werden mussten, weil sich eine Ausweitung unmittelbar auf die Aneignungsmacht auswirkte, ist in der „rein politischen Demokratie“ (ebd.: 278) kapitalistischer Gesellschaften prinzipiell eine viel breitere Streuung v.a. der an den Bürgerstatus gebundenen Rechte möglich. Die herrschaftliche „Verknappung“ politischer Güter lässt sich überwinden, zugleich wird jedoch die „Währung“ entwertet, in der diese Güter gehandelt werden, weil eine Ausweitung von Rechten z.B. für Frauen und Migrantinnen den Kern des kapitalistischen Aneignungsverhältnisses unberührt lässt (ebd.).

Wie sich anhand der Trennung von Öffentlichem und Privatem zeigt, gibt es jedoch keinen Demokratisierungs-Automatismus. Zwar

relativiert eine breitere Streuung außerökonomischer Güter die totale Unterordnung von Lohnabhängigen unter die Erwerbsarbeit (Castel 2011: 60), der damit verbundene soziale Progress fordert jedoch einen hohen Preis, weil ein Großteil der Sorgearbeiten als unbezahlte Tätigkeit und überwiegend von Frauen im Haushalt geleistet wird. Die Ausübung männlicher Dominanz, die bereits die Haushaltsproduktion der feudalen Ordnung prägte, verschwindet nicht; sie wird für die kapitalistische Produktionsweise funktionalisiert und mit der Trennung von Öffentlichem und Privatem auf neue Weise organisiert. Das zeigt sich an der Tendenz zur Abwertung reproduktiver Tätigkeiten, ihrer fortbestehenden 'Verbannung' in die Sphäre des Privaten, Persönlichen und vor allem 'des Weiblichen'.

Dem entspricht eine kapitalzentrierte Perspektive, welcher ausschließlich Mehrwert erzeugende Lohnarbeit als produktiv gilt. Sie begründet ein Interesse von Wirtschaft und Staat, die Kosten für vermeintlich unproduktive, weil nicht direkt verwertbare Sorgearbeiten möglichst niedrig zu halten. Feministische Autorinnen attackieren mit guten Argumenten die Absolutheit dieser Tauschwertperspektive und heben die elementare Bedeutung reproduktiver Tätigkeiten für jede menschliche Aktivität hervor. Die Plausibilität einer an der konkreten Nützlichkeit von Sorgearbeit orientierten Kritik ändert jedoch nichts daran, dass die Definitionsmacht über die Produktivitätsmaßstäbe und die Bezahlung von Arbeit bei kapitalistischen Unternehmen und Staat liegt. Akkumulation und Freisetzung zur Lohnarbeit für das Kapital bedeuten daher immer auch Kampf um die Legitimation von Produktivitätsmaßstäben, ständiges Ringen um eine Auf- oder Abwertung bezahlter wie unbezahlter Reproduktionsarbeiten (Becker-Schmidt 2007; Dörre et. al. 2014b). Diese Feststellung ist auch für die Frage nach der Konstruktion und Wirksamkeit antikapitalistischer sozialer Kräfte bedeutsam.

These 4: Von anderen Konzepten unterscheiden sich marxistische Kritiken dadurch, dass sie den analytischen Blick für Wirkungsmöglichkeiten einer subdominanten politischen Ökonomie der Arbeit und der sozialen Reproduktion schärfen.

Diese These bezieht sich auf Möglichkeiten zu einer 'Rückeroberung von Land'. Sollen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse umfassend in den Blick genommen werden, muss systematisch zwischen Arbeitskraft und Arbeitsvermögen unterschieden werden.

Bezahlte Erwerbsarbeit, unbezahlte Sorgearbeiten, Eigenarbeit und frei gewählte Tätigkeiten, die ausschließlich der Selbstentfaltung dienen, repräsentieren je eigene Arbeits- bzw. Tätigkeitsvermögen. Diese werden über Steuerungsarbeit miteinander verbunden (Negt/Kluge 1993: 107). Einzelne Personen sind nicht in der Lage, die durch flexible Produktionsweisen und Lebensformen erzeugte 'Inbalance' der Arbeitsvermögen grundlegend zu korrigieren. Deshalb erfassen Zwänge, wie sie im zeitgenössischen Kapitalismus vor allem im Exportsektor und über flexible Zeitregimes erzeugt werden, nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit, sie okkupieren sukzessive auch alle anderen Arbeitsvermögen und Tätigkeitspotenziale. Negt und Kluge sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Balance-Imperialismus“, der über den „Abzug von Steuerungsenergien“ (Negt/Kluge 1993:106) wirkt. Die Anforderungen flexibler Produktion und Reproduktion laufen darauf hinaus, dass immer mehr Aktivität darauf verwandt werden muss, Lebensbereiche und Tätigkeiten zu koordinieren. Daraus erwächst eine Ausbeutungsproblematik, die über die private Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit im kapitalistischen Produktionsprozess hinausgeht. Die in flexiblen Produktionsweisen und ihren Zeitregimes erzeugten Zwänge vereinnahmen und privatisieren unbezahlte Steuerungsarbeit, die individuell auch deshalb vermehrt geleistet werden muss, weil institutionell abgesicherte gesellschaftliche Steuerungsleistungen wegbrechen, die eine längerfristige Lebensplanung ermöglichen würden.

Hier wäre der Stachel zeitgenössischer Kapitalismuskritik anzusetzen. Auch und gerade bei den noch relativ geschützten sozialen Gruppen (Stammbeschäftigte) in prosperierenden Exportsektoren schließt das Streben nach einem guten Leben subjektiv eine Wachstumskritik ein, die sich am wettbewerbsgetriebenen Kapitalismus entzündet. Die ökologische Krise gilt vielen Befragten als Konsequenz jenes 'Immer mehr und nie genug!', das sie aus dem Betrieb, aber auch aus anderen Lebensbereichen kennen. Als Treiber wird ein verselbstständigtes Wettbewerbsprinzip identifiziert, dessen zerstörerische Wirkung in unterschiedlichen Kontexten erlebt wird. Dieses expansive Wettbewerbsprinzip ist aus dem betrieblichen Alltag bekannt und wird in zahlreichen Variationen beschrieben und kritisiert.

Eine einschneidende Erfahrung ist, dass jeder 'Sieg' im Wettbewerb nur ein vorläufiger ist. Kaum ist ein Konkurrenzvorteil

erreicht, legt der Konzern bereits das nächste Rationalisierungsprogramm auf, schon geht es wieder darum, die Wettbewerbsposition des Unternehmens zu verbessern, und wieder bedeutet das, noch schneller, noch effizienter arbeiten zu müssen. Die Unersättlichkeit des Wettbewerbs durchdringt alle Poren der Gesellschaft und wirkt selbst auf die Lebenswelt von Kindern und Heranwachsenden ein. Die Gesellschaft scheint zu einer Ansammlung von Wettkämpfen degeneriert. Ein unersättliches Wettbewerbsprinzip erzeugt permanent Gewinner und Verlierer. Es wirkt in mehr oder minder allen gesellschaftlichen Erfahrungsräumen und es schränkt die Lebensqualität in der Wahrnehmung selbst von Führungskräften teilweise bis zur Unerträglichkeit ein.

Die Kritik am Wettkampf aus Prinzip stellt möglicherweise eine Brücke zwischen individuellen Erfahrungen und den subjektiven Gesellschaftsbildern her. Und diese kognitive Brücke vermittelt zwischen den Erfahrungen in der 'kleinen Welt' des Betriebs, der privaten Welt der Familie und den Haltungen gegenüber der 'großen Gesellschaftswelt' (vgl. Dörre et. al. 2014a: 543-550). Daran wird exemplarisch deutlich: Ausbeutung wie auch Entfremdung schlagen sich in Ungerechtigkeitserfahrungen nieder. Sie erzeugen einen „Rohstoff“ (Negt/Kluge 1993: 83) an Problemwahrnehmungen, der Individuen und Gruppen zu eigensinnigen Reaktionen motiviert. Gerade weil sich die kapitalistische Indienstnahme der Arbeitsvermögen niemals vollständig durchsetzen kann, erzeugen Okkupationsversuche Reibungen, welche Gegenbewegungen, Kämpfe um die 'Rückeroberung von Land' auslösen können. Landpreisgabe wird in solchen Konflikten zu einem Ziel, das kollektive soziale Akteure mehr oder minder bewusst anstreben. Rosa Luxemburg hat sich in ihrer politischen Soziologie auf Gegenbewegungen Marxschen Typs, auf sozialistische Arbeiterbewegungen konzentriert. Sie gewichtet Erfahrungen, Spontanität und demokratische Meinungsfreiheit innerhalb dieser Bewegungen aber deutlich höher als die marxistische Orthodoxie und besonders der Leninismus ihrer Zeit. Die Anerkennung des Eigenwerts nicht-kapitalistischer Produktionsweisen und Lebensformen enthält zudem die Annäherung an ein plurales Verständnis sozialer Antagonismen und antikapitalistischer Bewegungen. Wenn ein reiner Kapitalismus nicht existiert, so lassen sich auch die Gegenbewegungen nicht auf organisierte sozialistische oder gewerkschaftliche Arbeiterbewegungen reduzieren. Stattdessen gelten Luxemburg spontane Massenbewegungen und damit auch

klassenunspezifische Bewegungen Polanyischen Typs, die sich dem „Mahlstrom“ nivellierender Marktmacht widersetzen (Silver 2005: 41; Wright 2000: 957-1002), als wichtige soziale Akteure. Von autoritären, fundamentalistischen und neofaschistischen Bewegungen unterscheiden sich diese sozialen Kräfte weil sie in der einen oder anderen Form mit dem Prinzip einer „rebellischen Demokratie“ verbunden sind, das als gemeinsames Projekt einer in sich vielfältigen Mosaiklinken (Urban 2013: 269) geeignet sein könnte, die kapitalistischen Eliten herauszufordern.

These 5: Als radikale Kritik kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse ist die Marxsche Theorie ein „provisorisches Projekt“ (Eagleton 2012: 14), das sich mit den Metamorphosen des Kapitalismus verändert und mit der Überwindung des Kapitalismus erledigt hat.

Auf der ‘Suche nach Wahrheit’ können Marxismen des 21. Jahrhunderts an Methoden und theoretische Überlegungen der akademischen Soziologie (Sozialwissenschaften) anknüpfen. Für zeitgenössische Marxismen ist eine Grundproblematik konstitutiv, wie sie jede Spielart kritischer Theorie aufweist. Soziologische Theorien, die eine herrschaftskritische Absicht verfolgen, kommen nicht umhin, eine ganzheitliche Vorstellung von Gesellschaft zu entwickeln. Bekanntermaßen beinhaltet jede ganzheitliche Sicht auf Gesellschaft aber ein gravierendes erkenntnistheoretisches Problem. Empirisch beobachtbar sind „einzig Machtverhältnisse“ (Boltanski 2010: 15) oder soziale Lagen, Akteure und Institutionen, die diese Machtverhältnisse beeinflussen. Herrschaft und Ausbeutung wirken hingegen verschleiert. Deshalb kommen herrschafts- und ausbeutungskritische Theorien nicht umhin, zunächst ein heuristisches Modell von Gesellschaft und ihren basalen Mechanismen zu konstruieren, um Widersprüche oder Paradoxien zu identifizieren und sie vom lediglich Disparaten unterscheiden zu können. Dementsprechend agieren herrschaftskritische soziologische Theorien letztendlich immer auch als Metatheorien. Das unterscheidet sie von deskriptiven Sozialwissenschaften, die soziale Ungleichheiten ebenso wie divergente Machtformen analysieren können, ohne diese über die Identifikationen eines Wirkungsmechanismus aufeinander beziehen zu müssen. Insofern kommen herrschafts- und ausbeutungskritische Theorien niemals umhin,

soziale Realität von der Außenposition eines theoretischen Modells aus analysieren zu müssen. Erst eine solche Außenposition beinhaltet die Möglichkeit, eine herrschaftskritische Perspektive einzunehmen.

Die Pointe einer aus der Perspektive des Landnahmekonzepts formulierten Herrschafts- und Ausbeutungskritik besteht darin, dass sie wesentlich auf die expansionistische Dynamik des (Industrie-)Kapitalismus wie auch verwandter Typen moderner Gesellschaften zielt. Konstitutiv ist die Vorstellung eines Gesellschaftssystems, das sich über längere Zeiträume hinweg nur zu stabilisieren vermag, indem es die fortwährende Einverleibung eines – teilweise endlichen, vor allem aber nicht marktförmigen – Anderen betreibt. Die Einverleibung sozialer und natürlicher Ressourcen kann sich jedoch niemals widerspruchsfrei vollziehen. Der expansive Charakter kapitalistischer Entwicklung muss auf die spezifischen Regeln und Ressourcen sozialer Felder übertragen, in ständigen Machtproben von je besonderen Akteurskonstellationen durchgesetzt und über hegemoniale Rechtfertigungsordnungen legitimiert werden.

Solche Prozesse können nur über empirische Forschungen rekonstruiert werden, die dem Neutralitätsgebot folgen, um Tatsachen und Wertungen auseinander zu halten (Boltanski 2010: 19). Empirischen Einzelstudien bleiben Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen analytisch unzugänglich. Empirisch identifizierbar sind allein Kräfte- und Verteilungsverhältnisse, Machtkonflikte und Wertigkeitsprüfungen in sozialen Feldern, also die Äquivalenzbeziehungen, Kämpfe und Wertungen, die Herrscher und Beherrschte, Ausbeuter und Ausgebeutete miteinander verbinden. Präziser: Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind in gesellschaftliche Bewährungsproben eingebettet, deren Machtkonflikte (Kraftproben) und Wertigkeitsprüfungen sich empirisch beobachten lassen.

Im Kontext des Landnahmetheorems dient das Bewährungsprobenkonzept vor allem dazu, die spannungsreiche Durchsetzung von Kommodifizierungspolitiken auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen aus der Akteursperspektive zu betrachten. Nach dem hier zugrunde gelegten Verständnis bedeutet Kommodifizierung, dass dominante soziale Akteure neue, feldspezifische Bewährungsproben schaffen oder zumindest die Formate bereits institutionalisierter Wettkampfsysteme verändern. Bewährungsproben umfassen dabei stets beides: die machtgeleitete Auseinandersetzung (Kraftprobe) einerseits und die in Gerechtigkeitskonzepte

eingebettete Wertigkeitsprüfung andererseits (Boltanski/Chiapello 2003: 526). Individuen oder Klassen von Individuen müssen sich in Bewährungsproben qualifizieren, um Zugang zu bestimmten sozialen Positionen zu erlangen. Neue oder zumindest neu formatierte Bewährungsproben leisten komplexe Mikro-Makrovermittlungen; sie ermöglichen Übergänge und Wechselwirkungen zwischen heterogenen sozialen Feldern und wirken so als Transfermechanismen, in denen die Basisregel historischer einmaliger Landnahmeprozesse transportiert wird.

These 6: Zwischen Alltagskritik und wissenschaftlicher Kritik besteht eine – im besten Falle produktive – Wahlverwandtschaft.

Marxistische Kapitalismuskritik unterscheidet sich auch methodologisch von sozialtheoretischen Versuchen, die auf eine normative Letztbegründung soziologischer oder sozialwissenschaftlicher Gesellschaftskritik zielen. Ohne die Bedeutung solcher Vorhaben in irgendeiner Weise in Abrede zu stellen, geht es marxistisch inspirierter Kritik um etwas anderes. Kritik, soweit sie mit einem wissenschaftlichen Anspruch agiert, entsteht aus der möglichst präzisen Beschreibung und Analyse sozialer Verhältnisse, der ihnen inhärenten Bewegungsform und der durch sie produzierten Verwerfungen und Krisen. Wie schon angesprochen, produzieren die ideologischen Selbstlegitimationen des Kapitalismus beständig Ansprüche, Erwartungen und auch Gerechtigkeitsvorstellungen, die in der sozialen Realität nicht erfüllt werden. Solche Diskrepanzen sind eine erste, wenngleich nicht die einzige Quelle soziologischer Gesellschaftskritik. Die Maßstäbe für Kritik finden sich im jeweils hegemonialen „Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2003: 35), in den Rechtfertigungsregimes, die mit sozialen Feldern korrespondieren. Sie finden sich aber auch in den Dysfunktionalitäten, den Widersprüchen, Pathologien, Verwerfungen und Konflikten, die kapitalistische Landnahmen antreiben und verursachen. Um es provokant zu formulieren: Wenn eine kapitalistische Gesellschaft, die sich selbst als soziale Marktwirtschaft beschreibt, relevante Teile der Bevölkerung prekären Arbeits- und Lebensformen überantwortet, so kann dieser Preis vermeintlicher Vollerwerbstätigkeit nicht nur benannt, sondern auch kritisiert werden, ohne dass normative Letztbegründungen einer solchen Kritik zwingend nötig wären. Deutungskämpfe im

Wissenschaftssystem beziehen sich in einem solchen Fall in erster Linie auf Erklärungen und Ursachenzuschreibungen, weniger auf das moralische Fundament von Gesellschaftskritik.

Damit ist nicht gesagt, dass normative Maßstäbe für Kritik völlig ausgespart werden müssen. Jede Spielart wissenschaftlich begründeter Kritik findet in den Wertigkeitsprüfungen des gesellschaftlichen Wettkampfsystems, vor allem aber in der Alltagskritik beherrschter sozialer Gruppen und Akteure eine wichtige und durchaus auch moralische Quelle. Um sich der Frustrationen sozialer Akteure annehmen und sie wissenschaftlich reflektieren zu können, sind soziologische Stilisierungen sozialer Phänomene auf einen Austausch mit lebendiger Alltagskritik angewiesen. Denn die „Vorstellung einer nicht an der Erfahrung eines Kollektivs angelehnten, gleichsam für sich, will heißen: für niemanden bestehenden kritischen Theorie ist haltlos“ (Boltanski 2010: 21). Vielmehr gilt es, die deskriptiv-empirische Analyse im Sinne einer Hermeneutik des Alltagswissens zu nutzen, um so den Übergang von einer „einfachen“ zur einer „komplexen Außenposition“ (ebd.: 25) zu vollziehen. Das Spannungsverhältnis zwischen empirisch fundierter und theoretisch konstruierter Perspektive lässt sich letztendlich aber nicht auflösen. Die Möglichkeit zu innovativer sozialwissenschaftlicher Erkenntnis muss dieser Spannung immer wieder neu „abgerungen“ werden (ebd.: 28).

Allerdings existiert zwischen wissenschaftlicher Gesellschaftskritik und der Alltagskritik sozialer Gruppen und Akteure eine Wahlverwandtschaft. Wissenschaftliche Gesellschaftskritik vermag Diskursräume zu öffnen, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren genutzt werden können. Luc Boltanski und Eve Chiapello haben dies am Beispiel des Verhältnisses von wissenschaftlicher Sozialkritik (Ausbeutungskritik) und französischer Gewerkschaftsbewegung illustriert. Die Erosion der Organisationsmacht von Gewerkschaften hat der wissenschaftlichen Sozialkritik eine wesentliche Quelle genommen. Die Schwäche der Gewerkschaften ist demnach Symptom wie Ursache der Krise, in der sich die Sozialkritik befindet. Zwar sorgen die Umbrüche in der Arbeitswelt, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten für Klagen, ja für Empörung, doch es fehlt nicht nur an zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in der Lage wären, dieser Alltagskritik in den gesellschaftlichen Öffentlichkeiten eine Stimme zu geben, auch die wissenschaftliche Sozialkritik verstummt. Ohne eine zivilgesellschaftliche Stimme, mit der sie korrespondiert,

schwindet der Spielraum für wissenschaftliche „Gegenexpertise“ (Boltanski/Chiapello 2003: 210). Findet die Marginalisierung radikaler Kapitalismuskritik im öffentlichen Raum innerhalb von Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Entsprechung, gehen mit den Diskursspielräumen letztendlich auch Machtressourcen und Handlungsfähigkeit der potenziellen Träger alltäglicher Sozialkritik verloren (Urban 2013: 269). Für die wissenschaftliche Künstlerkritik (Entfremdungskritik) und ihr Verhältnis zu neuen sozialen Bewegungen, die stärker in der gesellschaftlichen Reproduktionssphäre verankert sind, ließe sich diese Wahlverwandschaft in ähnlicher Weise begründen.

These 7: Im 21. Jahrhundert beinhaltet marxistisch inspirierte Kapitalismuskritik notwendig ein konservierendes Moment, das mit Zukunfts- und Fortschrittsgewissheit bricht.

Wissenschaftlich fundierte Kapitalismuskritik, die am Expansionsismus dieses Systems ansetzt, muss sich einem vordergründigen Modernisierungsideal verweigern. Was das bedeutet, kann mit Antonio Gramsci begründet werden. Dessen vielzitierte Bemerkung, der zufolge die Hegemonie „in der Fabrik“ entspringt (Gramsci 1991: 132), kritisierte die technisch-organisatorische Rückständigkeit Italiens und Europas. Gerade das Fehlen des „Bleimantels“ der Tradition prädestinierte Amerika in Gramscis Augen dafür, die überlegene fordistische Produktionsweise einzuführen. Demnach ist es sedimentierte Geschichte, die in Italien und Europa einen Modernisierungsrückstand bewirkt; umgekehrt ermöglicht das Fehlen des „Bleimantels“ der Tradition Amerika eine „gewaltige Akkumulation von Kapitalien obgleich der Lebensstandard in den Volksklassen höher als der europäische ist“ (Gramsci 1999: 22). Tradition in ihren „parasitären“ europäischen Ausprägungen erscheint hier als Haupthindernis für die Durchsetzung einer neuen, effizienteren Produktionsweise.

In der Gegenwart verhalten sich Tradition und Effizienz in gewisser Weise spiegelverkehrt. Das Soziale am einstmaligen sozialen Kapitalismus hat die Subjektivitäten von Lohnabhängigen und ihren Familien derart geprägt, dass es, im Alltagsbewusstsein angelagert und somit sedimentierte Geschichte, sowohl als Rationalisierungsressource als auch als Inspirationsquelle alltäglicher Gesellschaftskritik wirken kann (Dörre et. al. 2013). Eine solche Kritik *per se* als

„rückwärtsgewandt“ (Lessenich 2009: 224) zu attackieren, halte ich für verfehlt. Wie sollen sich Arbeiter und Angestellte produktiv mit einer wissenschaftlichen Kritik auseinandersetzen, die ihnen doch nur bescheinigt, dass sie hinter den Aktivierungs- und Flexibilisierungszwängen des zeitgenössischen Kapitalismus zurück bleiben? Eine subjektorientierte Analyse, die diesen Namen verdient, muss zunächst einmal die Ansprüche und Alltagskritiken möglichst prägnant beschreiben, die sie empirisch vorfindet, ohne sich auf diese zu beschränken. Nur über einen wechselseitigen Austausch, der das Alltagsbewusstsein in seiner Eigenständigkeit und Eigensinnigkeit ernst nimmt, kann überhaupt so etwas wie Veränderungsbereitschaft entstehen.

In diesem Zusammenhang gilt es in Rechnung zu stellen, dass der vermeintliche Konservatismus gewöhnlicher Lohnabhängiger und ihrer Familien durchaus vernünftige Gründe haben kann. Terry Eagleton hat die daraus resultierende Problematik für gesellschaftsverändernde Praktiken mit folgenden Worten beschrieben: „Es ist [...] darauf hinzuweisen, dass eine gewisse Apathie durchaus vernünftig ist. Solange ein Gesellschaftssystem seinen Bürgern ein mageres Auskommen einbringt, ist es nicht unvernünftig, dass sie an dem festhalten, was sie haben, statt waghalsig in eine ungewisse Zukunft zu springen. Es gibt keinen Anlass, über einen solche Konservatismus zu spotten“. (Eagleton 2012: 225). Die ‘schlechte Nachricht’ für kritische Theorie mit gesellschaftsverändernder Absicht lautet daher, „dass es Menschen außerordentlich widerstrebt, ihre Situation zu verändern, solange sie von dieser Situation noch etwas erwarten können“ (ebd.: 224).

These 8: Als interne Theorie sozialistischer Arbeiterbewegungen hat der Marxismus seine Daseinsberechtigung verloren. Ein Democratic Marxism des 21. Jahrhunderts muss sich auf den spannungsvollen Austausch mit akademischen Fachdisziplinen einlassen. Er kann dies, indem er als öffentliche Sozialwissenschaft betrieben wird.

Die überraschende Wiederkehr der Arbeiterinnenmilitanz und die neuen sozialen Bewegungen Ende der 1960er Jahre bewirkten ein Doppeltes. Von radikalisierten Mittelschichtengruppen getragen, kam es zu einer Revitalisierung oder Neubildung diverser Marxismen als interne Theorien von in Westdeutschland allerdings

minoritären politischen und gewerkschaftlichen Strömungen. Zugleich wurden diese „Schulen“ aber auch als externe Theorien an den Hochschulen institutionalisiert (am Beispiel der „Marburger Schule“: Peter 2013; vgl. auch den Beitrag von Frank Deppe in diesem Band). Das galt für die Politikwissenschaften, weniger für die Ökonomik, die Soziologie, die Philosophie oder andere Geisteswissenschaften. Der Frühling Marxscher Theorie, der mit der 1968er Bewegung einsetzte, blieb ein kurzer, weil die neuen Zentren einer an Marx orientierten Soziologie (Sozialwissenschaft) die Spielregeln des wissenschaftlichen Feldes zu wenig beachtet haben. Das Verhältnis von Marxismus und Fachdisziplin wurde häufig gar nicht thematisiert. Die Kommunikation mit dem Fach blieb schwach oder fand gar nicht mehr statt. Nicht nur, aber auch aus diesem Grund ist – im Unterschied zum angelsächsischen Sprachraum – die Institutionalisierung eines akademischen Marxismus nicht gelungen. Einen „soziologischen Marxismus“, wie ihn Michael Burawoy (2003: 193) paradigmatisch begründet hat, gibt es im deutschen Sprachraum nicht. Selbst unter Marxistinnen sind die entsprechenden Arbeiten hierzulande kaum bekannt.

Die 1980er Jahre brachten nicht nur einen intellektuellen „Abschied vom Proletariat“ und damit zugleich einen Bedeutungsverlust Marxscher Theorie, sie waren auch ein Jahrzehnt theoretischer Innovation. Die diversen Marxismen wurden von „außen“ herausgefordert: vom Feminismus, von ökologischen Bewegungen, durch oppositionelle Gruppen in Osteuropa etc. Die kritische Auseinandersetzung mit Ökonomismus, Klassenreduktionismus, Androzentrismus und staatssozialistische Herrschaftspraktiken beinhalteten theoretische Innovationen, hinter die eine an Marx orientierte kritische Soziologie/Sozialwissenschaft nicht mehr zurückfallen darf. Die beiden Jahrzehnte vor und nach der Jahrtausendwende waren, selbst in Deutschland, keineswegs ausschließlich Jahre des Niedergangs und der Entakademisierung „des“ Marxismus. Es waren auch Jahre beeindruckender wissenschaftlicher Arbeiten auf und am Fundament Marxscher Theorie.¹ Der Zugang zu akademischen

1 Dazu gehören etwa das historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (W. F. Haug, F. Haug), die globalisierungskritischen Analysen Elmar Altvaters und Birgit Mahnkopfs, die Etablierung der Regulationstheorie durch Joachim Hirsch und Roland Roth, zahlreiche kapitalismusanalytische Arbeiten der Gruppe um Sebastian

Positionen erfolgte aber nicht über „den Marxismus“, sondern über fachwissenschaftliche Expertise. Individuell bedeutete und bedeutet dies häufig noch immer, das Spannungsverhältnis zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und Fachlichkeit zugunsten letzterer zu interpretieren.

Auch daran wird sichtbar: Wissenschaftliche Gesellschafts- und Kapitalismuskritik vermag den Praxisanspruch, wie ihn die Marxsche Theorie ursprünglich formuliert hat, nicht mehr einzulösen. Ernst Bloch (1973 [1959]: 677) hatte diesen hohen Anspruch in *Das Prinzip Hoffnung* zustimmend in folgende Worte gekleidet: „Marxismus ist Anweisung zum Handeln; wird er aber ebenso subjektlos wie zielfremd, dann entsteht fatalistischer Antimarxismus, degeneriert zur Rechtfertigung dafür, daß man nicht gehandelt hat.“

Aber was genau ist heute das Ziel gesellschaftsverändernder Praxis? Kritik am Kapitalismus ist inflationär geworden. Selbst der Papst spricht von einer Wirtschaft, die tötet. Doch durch was wäre die kapitalistische Wirtschaft, wäre die kapitalistische Gesellschaft zu ersetzen? Auf diese Frage gibt es in der Gegenwart allenfalls vage Antworten. Deshalb ist „das Pathos des Grundziels“ (ebd.), von dem Ernst Bloch spricht, nicht mehr existent. Ein soziologischer Marxismus kann daher nur experimentell verfahren. Überbordenden Praxisansprüchen wird er sich aus guten Gründen verweigern müssen, denn zumeist wissen die Praktiker über ihre Praxisfelder mehr als ihre wissenschaftlichen Beobachter. Dennoch gibt es keinen Grund, dass sich Soziologinnen und Soziologen, Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen mit marxistischem Selbstverständnis in ihren Elfenbeinturm zurückziehen, zumal dieser vermeintliche Rückzugsraum längst zum Landnahmeobjekt geworden ist.

Für eine marxistisch inspirierte Sozialwissenschaft, die sich als öffentliche versteht, sind die Chancen auch im akademischen Feld keineswegs gering. Spätestens seit der Krise von 2008/2009 ist radikale Kapitalismuskritik – auch in Deutschland – wieder ins Zen-

Herkommer, Joachim Bischoff, Richard Detje und Christoph Lieber oder Frank Deppes Opus Magnum „Politisches Denken im 20. Jahrhundert“ – um nur einige Meilensteine zu nennen. Wegen dieser Arbeiten konnten die nach 1970 etablierten Zentren eines an Marx orientierten soziologischen (sozialwissenschaftlichen) Denkens eine Katalysatorwirkung entfalten, die sich durchaus in akademischen Karrieren niedergeschlagen hat.

trum gesellschaftlicher Diskurse zurückgekehrt. In einem solchen diskursiven Kontext steigen längerfristig auch Chancen für eine Re-Institutionalisierung kritischer (marxistischer) Soziologie/Sozialwissenschaft im Wissenschaftssystem und an den Hochschulen. Dafür gibt es – und das ist besonders wichtig – ein Potential an jüngeren marxistisch orientierten Wissenschaftlerinnen, die inzwischen durchaus eigenständig Theoriebildung betreiben (als ein Beispiel: Backhouse et. al. 2013). Um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, ist es sinnvoll, die Wechselbeziehungen zwischen außerakademischen Netzen und Zentren kritischer (marxistischer) Sozialwissenschaft und ihren institutionalisierten Stützpunkten an den Hochschulen auf eine neue methodologische Grundlage zu stellen. Dafür bieten Michael Burawoys Überlegungen zu einer *Public Sociology* einen geeigneten Rahmen.

Die wettbewerbsgetriebene Landnahme der Hochschulen und Universitäten (Dörre/Neis 2010), oder, wie Michael Burawoy sie bezeichnet, „a third wave of marketization“, hat den Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft irreversibel zerstört (Burawoy 2008: 359). „Die Universität als Zentrum, von Kritik, von Nachfragen, von Reflexion, von generellen und fundamentalen Fragen“ sei „fast tot“ möglicherweise werde es in zwanzig Jahren „in Großbritannien keine Geisteswissenschaften mehr geben“, prognostiziert der Kulturwissenschaftler Terry Eagleton (2014: 12).

In Deutschland mag die Situation der Sozial- und Geisteswissenschaften etwas weniger prekär sein; der Trend zur „unternehmerischen Universität“ ist jedoch auch hierzulande unübersehbar. An dieser Problematik setzt das Konzept einer öffentlichen Soziologie an. Wenn von Konzept die Rede ist, so darf allerdings nicht übersehen werden, dass es sich um ein Label handelt, hinter dem sich unterschiedliche Forschungen und Formen der Wissensproduktion und des Wissenstransfers versammeln.

Öffentliche Soziologie beinhaltet, kurz gesagt, eine neue Beziehung zu gesellschaftlichen Gruppen, die sich der Verwettbewerblichung widersetzen. Dabei entsteht Deutungsmacht erst durch die soziale Nähe zu transformativem Wissen, das bei zivilgesellschaftlichen Akteuren latent immer schon vorhanden ist. Wissenschaftler nutzen jedoch die Alltagskritik als Quelle und Fundament wissenschaftlicher Gesellschaftskritik, und diese Kritik lässt sich umso überzeugender formulieren, als sie auf zuvor unentdeckte kritische Wissensbestände zurückgreifen kann. In einem solchen Rahmen

könnten marxistische Theorie und Soziologie/sozialwissenschaftliche Fachdisziplinen in fruchtbaren Austausch treten. Dass dergleichen ohne Kontroversen und Dispute nicht zu haben ist, liegt auf der Hand. Doch wären Aufregung und ein wenig Skandal nicht allemal besser, als die allseits grassierende Langeweile kompetitiver Fachdisziplinen ins Unendliche zu verlängern?

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2013): Ökonomie und Sorgearbeit. Herrschaftslogiken, Arbeitsteilung und Grenzziehungen im Gegenwartskapitalismus, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster, S. 105-126.
- Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hg.) (2013): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster.
- Becker-Schmidt, Regina (2007): Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung, in: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen Heike/Völker, Susanne (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden, S. 250-268.
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013): Die 'große Transformation' des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Hamburg.
- Bloch, Ernst (1973[1959]): Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main, Zweiter Band.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik, Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008, Berlin.
- Burawoy, Michael (2003): For a Sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi, *Politics and Society* 31 (2), S. 193-261.
- (2008): What is to be done? Theses on Degradation of Social Existence in a Globalizing World, *Current Sociology*, Jg. 56(3), S. 351-359.
- (2013): Marxism after Polanyi, in: Williams, Michelle/Satgar, Vishwas (Hg.): *Marxisms in the 21st Century. Crisis, Critique & Struggle*, Johannesburg, S. 34–52.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main.
- Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2010): *Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang*, Berlin.

- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg.
- Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2014a): Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Empirische Befunde aus einem Industriebetrieb, in: WSI-Mitteilungen 67(7), 543-550.
- Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Haubner, Tine (2014b): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit, in: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes, Soziale Welt, Sonderband 20, Baden-Baden, Nomos, 107-124.
- Dubet, François (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg.
- Eagleton, Terry (2012): Warum Marx recht hat, Berlin, Ullstein.
- (2014): Die neuen Leiden des Übermenschen – Interview mit Michael Stallknecht und Johan Schloemann, in: Süddeutsche Zeitung vom 14.5.2014, S. 12.
- Federici, Silvia (2013): Ursprüngliche Akkumulation, Globalisierung und Reproduktion, in: Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalming, Stefan/Nowak, Andreas (Hg.): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster, S. 40-52.
- Feministische Autorinnengruppe (2013): Das Theorem der neuen Landnahme, in: Baumann, Hans et al. (Hg.): Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus, Denknetz Jahrbuch, Zürich, S. 99-118.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte 1, 1. Heft, Hamburg.
- (1999): Gefängnishefte 9, 22-29, Heft, Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1987): Theorie des kommunikativen Handelns Bd. 2, Frankfurt am Main, vierte, durchgesehene Auflage.
- Hall, Stuart (1989): Das „Politische“ und das „Ökonomische“ in der Marxschen Klassentheorie, in: Stuart Hall: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Hamburg, S. 11-55.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Klinger, Cornelia (2013): Krise war immer ... Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster, S. 82-104.
- Kößler, Reinhart (2013): Prozesse der Trennung. Gewalt im Ursprung und fortgesetztes Prozessieren des Kapitals, in: Backhouse, Maria/Gerlach, Olaf/Kalming, Stefan/Nowak, Andreas (Hg.): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster, S. 18-37.

- Lessenich, Stephan (2009): Künstler- oder Sozialkritik? Zur Problematisierung einer falschen Alternative, in: Dörre; Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main, S. 224-245.
- Lutz, Burkart (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York.
- Luxemburg, Rosa (1975): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, in: Rosa Luxemburg *Gesammelte Werke* 5, Berlin, S. 5-411.
- Marx, Karl (1973): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Erster Bd., Berlin.
- (1977): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Zweiter Bd., Berlin.
- Meiksins Wood, Ellen (2010): *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*, Köln.
- Mies, Maria (1983): *Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Jg. 6, S. 115-124.
- Mikl-Horke, Gertraude/Münch, Richard/Peter, Lothar (2011): *Kapitalismus und soziologische Kritik*, Symposium zu: Klaus Dörre; Stephan Lessenich; Hartmut Rosa: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt 2009, in: *Soziologische Revue* 34 (2), S. 129-152.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1993): *Geschichte und Eigensinn*, Frankfurt.
- Peter, Lothar (2013): „Marx an die Uni!“ – *Die sozialwissenschaftliche Marburger Schule 1951 bis Anfang der 2000er Jahre*, Köln.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Hamburg/Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen (2013): *Gewerkschaftsstrategien in der Krise. Zur Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*, in: Stefan, Schmalz/Klaus, Dörre (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*, Frankfurt a. Main/New York, S. 269-289.
- Wright, Erik Olin (2000): *Working Class Power, Capitalist Class Interests, and Class Compromise*, *American Journal of Sociology*, Jg. 105, S. 957-1002.
- (2009): *Understanding Class. Towards an Integrated Analytical Approach*, in: *New Left Review* 60, No/Dec 2009, S. 101-116.

Frank Deppe

„Ein kurzer Sommer des akademischen Marxismus?“

Im Blick auf die 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wird vielfach von einer weltweiten „Renaissance des Marxismus“ gesprochen – sowohl in der akademischen Welt als auch in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen und Bewegungen der Zeit. Die von ArbeiterInnen, Jugendlichen, Studierenden und Intellektuellen getragene Revolte des Jahres 1968 stieß Reformen im Bildungswesen und Wissenschaftssystem an. Die Studierenden – vor allen in den sozialwissenschaftlichen Fächern – drängten auf die Aneignung von kritischer Theorie und Kapitalismusanalyse. „Kapitalkurse“ wurden quer durch die Disziplinen – oft auch als Massenveranstaltungen – Teil eines interdisziplinären Grundstudiums. Die Zahl der Professuren – vor allem im Bereich der Sozialwissenschaften – wurde deutlich erhöht. An den Hochschulen, die erweitert oder neu gegründet wurden, um der sich vergrößernden Zahl von Studierenden politisch zu entsprechen, wurden in den frühen 1970er Jahren auch jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufen, die sich als „Marxisten“ bezeichneten. Gleichzeitig bezogen sich die radikalen Bewegungen dieser Jahre auf die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, ihre Siege und ihre Theoretiker (Algerien, Kuba, Vietnam, portugiesische Kolonien in Afrika). Dabei erlebte auch die – maoistisch vereinfachte – Variante eines Marxismus-Leninismus eine Blüte unter den Intellektuellen, die sich die „Dritte-Welt-Revolutionen“ zum Vorbild nahmen. Diese Begeisterung verpuffte ebenso schnell wie die Blüte des akademischen Marxismus. Oliver Nachtwey hatte in der FAZ vom 18. 1. 2012 u.a. die These vertreten, dass dieser akademische Marxismus in der Bundesrepublik – im Unterschied zum angelsächsischen Sprachraum – nur geringe Spuren hinterlassen habe. Auf diese These soll im Folgenden Bezug genommen werden. Das Thema „akademischer Marxismus“ wird dabei etwas erweitert; denn es beinhaltet Fragestellungen, die über die historische Bedeutung der 1970er Jahre weit hinausweisen.

1.

„Akademischer Marxismus“ wird von WissenschaftlerInnen betrieben und vertreten, die an Universitäten bzw. im Umkreis von Universitäten in kapitalistischen Gesellschaften leben und arbeiten¹. Die Entwicklung des akademischen Marxismus im 20. Jahrhundert ist – wie das Werk von Marx und Engels im 19. Jahrhundert – eng mit der widersprüchlichen und konflikthaften Entwicklungsgeschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften verbunden: mit den Krisen, Kriegen und Revolutionen, mit den Wellen der Klassenkämpfe und mit den Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der Klassen – international und national. Die Oktoberrevolution von 1917, die chinesische Revolution, die 1949 siegte, und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen nach 1945 waren in diesem Sinne Rahmenbedingungen, natürlich auch Gegenstand der Reflexion dieses Marxismus. Seine Bedeutung spiegelt auch die Kräfteverhältnisse in den „ideologischen Staatsapparaten“, in denen Kämpfe um Hegemonie und Deutungsmacht ausgetragen werden. Der Marxismus des 20. Jahrhunderts hat sich allerdings nicht allein auf wissenschafts- und erkenntnistheoretische Fragen sowie auf die Kapitalismusanalyse beschränkt, sondern hat sich immer wieder auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung bezogen, also auf Handlungssubjekte, die die widersprüchliche Entwicklungsdynamik der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts und ihrer Staaten nachhaltig beeinflusst haben.

Marxistische Professoren (und erst recht Professorinnen) waren stets eine Ausnahme bzw. eine Minderheit in den bürgerlichen Universitäten – z.B. der Italiener Antonio Labriola, der sich seit 1890 als „Marxist“ verstand, bis 1904 in Rom Philosophie lehrte und sowohl Benedetto Croce als auch Antonio Gramsci beeinflusste. Bedeutende marxistische Theoretiker dieser Zeit (Hilferding, Luxemburg oder Kautsky) hatten keine Chance, an einer Universität zu forschen und zu lehren. Robert Michels, dem als Marxist in Marburg die

1 Ich beschränke mich auf den „akademischen Marxismus“ im kapitalistischen Westen. Auch in den sozialistischen Gesellschaften des Ostens, die nach 1917 entstanden gab es bedeutende Marxisten an den Hochschulen und Akademien. Der politische und gesellschaftliche Kontext war (und ist, wie z.B. in China) allerdings völlig verschieden von den Verhältnissen im Westen. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Lutz Brangsch in diesem Band.

Habilitation verweigert wurde, und Karl Korsch, der später von der Universität Jena vertrieben wurde, waren Opfer von frühen Berufsverboten. Arbeiterintellektuelle (wie z.B. August Bebel, später Paul Mattick) waren darauf angewiesen, von der Partei – als Journalisten der Parteipresse – beschäftigt zu werden oder über einen Sitz im Parlament ökonomisch abgesichert zu sein. Bedeutende Theoretiker des „westlichen Marxismus“ waren Privatgelehrte, die vom Vermögen ihrer bürgerlichen bzw. großbürgerlichen Familie leben konnten: „Lukács war der Sohn eines Bankiers, Benjamin der eines Kunsthändlers, Adorno der eines Weinhändlers, Horkheimer war der Sohn eines Textilfabrikanten, Della Volpe der eines Grundbesitzers, Sartre der eines Seeoffiziers, Korsch und Althusser hatten Bankdirektoren, Colletti einen Bankangestellten zum Vater, Lefebvre einen Büroangestellten, Goldmann einen Rechtsanwalt. Einzig Gramsci wuchs unter den Bedingungen wirklicher Armut auf“ (Anderson 1978: 46). Das Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ war eine private Stiftung, finanziert von Felix Weil, dem Sohn eines reichen Getreidehändlers aus Frankfurt und Argentinien. Seine Mitarbeiter – auch diejenigen, die sich als „Kommunisten“ bezeichneten – kamen aus bürgerlichen bzw. großbürgerlichen – überwiegend jüdischen – Familien.

Erst nach 1945 wurden – jetzt auch unter dem Eindruck des Sieges der sog. „Anti-Hitler-Koalition“ und der nationalen Widerstandsbewegungen gegen die deutsche Besatzung – in einigen Ländern in Westeuropa Professoren ernannt, die sich als Marxisten bezeichneten. Viele dieser Professoren waren Mitglieder der sozialistischen oder kommunistischen Parteien ihrer Länder und wirkten auch aktiv in der Politik mit – Historiker wie z.B. Albert Soboul (und seine Schule) in Frankreich oder Ernesto Raggoneri in Italien, ebenso die Gruppe der „kommunistischen Historiker“ in Großbritannien, der u.a. Eric Hobsbawm, Christopher Hill, Maurice Dobb und E. P. Thompson angehörten und die die Zeitschrift „Past and Present“ herausgab (Hobsbawm 2003: 223ff. und 240ff.). Diese Gruppe löste sich 1956 auf – im Jahr der „großen Krise“ der kommunistischen Bewegung², in dem für die Entwicklung von Intellektuellen in der westlichen Welt, die sich von ihren nationalen

2 In diesem Jahr fand a) der XX. Parteitag der KPdSU mit der „Stalin-Rede“ von Chruschtschow sowie b) der „Aufstand“ in Ungarn gegen die kommunistische Regierung statt, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde.

KPn abwandten, Weichen für die sog. „New-Left-Tendenz“ der frühen 60er Jahre gestellt wurden. In Deutschland ist die Lage zutiefst gespalten: in der DDR wird der „Marxismus-Leninismus“ Staatswissenschaft. Bedeutende Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler kehren aus der Emigration nach 1945 in die SBZ zurück. In Leipzig zum Beispiel wirken Ernst Bloch, Walter Markov, Ernst Engelberg, Werner Krauss und Hans Mayer. Einige von ihnen emigrierten später enttäuscht in die Bundesrepublik. Dort war der Marxismus in den 1950er Jahren weitgehend aus dem akademischen Leben verbannt: Stützpunkte gab es in Frankfurt (vgl. Demirović 1999), Wolfgang Abendroth in Marburg (vgl. Peter 2014; Balzer 2001; Urban 2006) und in West-Berlin. Bloch wirkte nach 1961 in Tübingen, Hans Mayer in Hannover. Marx zu lesen, war schon möglich. Die Verbindung zwischen der Marx-Lektüre, der Theoriegeschichte des Marxismus und sozialistischer bzw. kommunistischer Politik blieb allerdings nur im Bereich der Bildungsarbeit der Gewerkschaften (Zur Bildungsarbeit der IG Metall, vgl. Abelshauer 2009: 130ff.; Müller 2010), des linken SPD-Flügels (bis hin zu den „Falken“³), bei Initiativen der seit 1956 in die Illegalität verbannten KPD (z.B. Konferenzen der August-Bebel-Gesellschaft sowie ab 1963 in den Marxistischen Blättern) sowie in einzelnen SDS-Gruppen der 1960er Jahre erhalten, die mit aus der SPD ausgeschlossenen Sozialisten und Marxisten zusammenarbeiteten.

2.

Mit der Etablierung eines „akademischen Marxismus“ vollzog sich nicht nur eine Abgrenzung gegenüber dem „Partei marxismus“, der seine Aufgabe wesentlich darin sah, die Politik und Strategie der kommunistischen Partei (und der Sowjetunion) zu legitimieren. Die jeweiligen „Chefideologen“ wachten zudem über die korrekte „Linie“ und begründeten Sanktionen gegen „rechte“ und „linke“ Abweichler. Gleichzeitig differenzierte sich marxistische Wissenschaft entsprechend den Fachdisziplinen im Wissenschaftssystem

3 Leo Kofler, marxistischer Philosoph und Historiker, spielte in diesem Bereich eine wichtige Rolle; er hatte – nachdem er in den frühen 1950er Jahren die DDR verlassen hatte – im Westen keine Professur erhalten; erst 1972 bekam er – auf Druck der „roten Studis“ eine Honorarprofessur an der Universität Bochum (vgl.: Jünke 2007).

aus. Vor 1945 wurde der „westliche Marxismus“ überwiegend von Philosophen geprägt (vgl. Anderson 1978; Therborn 2008: 92ff.). Nach 1945 waren Marxisten im Bereich der Geschichtswissenschaft, der Ökonomie, der Soziologie und Politikwissenschaft, aber auch im Bereich der Kulturwissenschaften tätig. Vereinzelt gab es Naturwissenschaftler (Physiker oder Biologen wie z.B. der Brite John d. Bernal), die sich als Marxisten oder Kommunisten bekannten und sich vor allem in der Friedens- und Antiatombewegung engagierten. Diese fachspezifische Erweiterung betraf nicht nur die Forschungsgegenstände, sondern auch die Methoden der wissenschaftlichen Arbeit – z.B. die Quellenarbeit der Historiker oder die Öffnung zu den empirisch verfahrenen Sozialwissenschaften bei der Klassenanalyse (vgl. Gamble et al. 1999; Williams/Satgar 2013). Dabei kam es auch immer wieder zu Spannungen zwischen den Disziplinen. Philosophen, die die „historische Mission“ der Arbeiterklasse und den „Sieg des Sozialismus“ als historische Notwendigkeit bzw. Gesetzmäßigkeit, also quasi-ontologisch begründeten, verachteten Historiker und Politikwissenschaftler, die sich mit Niederlagen, Fehlorientierungen der Partei, Erfolgen und auch mit gelegentlichen Siegen im Klassenkampf auseinandersetzten und dabei auch immer wieder den Glauben an die Gesetzmäßigkeit des Fortschritts ins Frage stellten, nicht selten als „antimarxistische Revisionisten“. Auch Soziologen, die sich empirisch mit den Veränderungen der Klassenstruktur und der Zusammensetzung der Arbeiterklasse befassten, wurden immer wieder beargwöhnt, weil sie geheiligte Dogmen erschüttern könnten. Solche Öffnungen zur historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung sowie zum Erkenntnisstand moderner Naturwissenschaften sind jedoch notwendig, um a) den Kernbestand des theoretischen Marxismus im Zusammenhang der Entwicklungstendenzen kapitalistischer Vergesellschaftung bis in die Gegenwart zu überprüfen und zu erneuern, und um b) marxistische Wissenschaft auf der Höhe der Zeit zu betreiben. Nur so sind „Zeitdiagnosen“ zu begründen, die für die strategischen Orientierungen der Akteure der politischen Organisationen der Linken sowie in den sozialen Bewegungen relevant werden können.

Im Milieu des „reinen akademischen Marxismus“ werden solche – auf politische Praxis gerichtete – „Zeitdiagnosen“ allerdings eher auf Ablehnung stoßen. Die Gegenüberstellung von Marxismus als „Wissenschaft“ und als „Waffe der Kritik“ bezieht immer wieder die

Debatten über das Verhältnis von Logischem und Historischem im Werk von Marx ein. Hier wirkt freilich die traditionelle Vorherrschaft eines philosophischen Marxismus nach, der sich meist gegen dessen Historisierung und Soziologisierung gewendet hat. Heute scheint dagegen die Ausdifferenzierung theoretischer und fachlicher Forschungsbereiche innerhalb des internationalen Marxismus weithin anerkannt zu sein. Allerdings macht die Zusammenführung der verschiedenen Forschungsergebnisse (im Bereich der Philosophie, der Staatstheorie, der politischen Ökonomie, der Weltmarktanalyse, der Krisen- und Klassenanalyse und nicht zuletzt der Analyse der Klassenkämpfe und der sozialen Bewegungen) nach wie vor die Spezifik auch des akademischen Marxismus aus: dass er a) in der Kritik der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse zugleich das Potenzial ihrer Veränderung bzw. Aufhebung deutlich macht, sowie b) in dieser Kritik auch Moment (direkt oder indirekt) der realen Auseinandersetzungen und Kämpfe bildet, in denen die Subalternen (deren Kern nach wie vor die Lohnabhängigen bilden) sich nicht nur gegen diese Verhältnisse zur Wehr setzen, sondern zugleich für die Perspektive einer „Freien Assoziation“ wirken, in der die demokratische „Verwaltung von Sachen“ an die Stelle der „Herrschaft über Menschen“ getreten ist. Schließlich vermittelten die marxistischen Professorinnen und Professoren zusammen mit ihren MitarbeiterInnen c) neuen Generationen von Studierenden nicht nur gesellschaftskritisches Denken, sondern trugen direkt oder indirekt zur Politisierung von Studierenden bei.

3.

Der Zyklus des Aufstiegs und des schnellen Niedergangs des „akademischen Marxismus“ der 1970er Jahre ließe sich wohl am besten über eine Auswertung der Programme und Publikationen großer Verlage (Suhrkamp, Fischer, Rowohlt, Europäische Verlagsanstalt u.a.) rekonstruieren. Der Markt erwies sich auch hier – über die verkaufte Auflage – als Regulator. Die Berufungspolitik in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern – und dort vor allem in neu gegründeten Hochschulen (in Bremen, Niedersachsen und in Hessen) – war seit 1972 vom sog. „Extremistenerlass“ überschattet. Dazu kamen – mit ersten konjunkturellen Einbrüchen und stagnativen Tendenzen im Wirtschaftswachstum – Sparmaßnahmen im Bereich der Ausgaben für Wissenschaft und Bildung. In den Uni-

versitäten (und ihren Entscheidungsgremien) verschoben sich die Machtgewichte wieder zugunsten a) der Professoren, und b) jener Fachbereiche, in denen die konservativen Kräfte ihre alten Machtbastionen erhalten hatten. In den CDU- bzw. CSU-regierten Ländern im Süden hatten die Hochschulen die „Bewegung von 68“ fast unversehrt überstanden. Hier wurde sogar Jürgen Habermas eine Honorarprofessur an der Münchener Universität verweigert, als er vom bewegten Frankfurt nach Starnberg auswanderte.

Eine Bilanz der marxistischen Debatten und Analysen der 1970er Jahre fällt in den einschlägigen Lehrbüchern in der Regel äußerst negativ aus – u.a. auch deshalb, weil die Autoren solcher Lehrbücher sich für deren Inhalte kaum interessieren. Für sie gilt, was Andrew Gamble zur Eröffnung des Bandes „Marxism and Social Science“ schrieb: „Marxism is perceived to be in crisis, and many believe the crisis is terminal. Marxism it is said had a long run and now its energies are spent and its usefulness is long past. It is time to return Marx to the nineteenth century where he belongs ... Today a new generation of social scientists is growing up which has little or no contact with Marxist ideas and Marxist methods of analysis, and for whom Marxism, with its antiquated concepts and obscure concerns, seems increasingly to belong to a past era“ (Gamble 1999: 1).

Diese neue Generation interessiert sich kaum für eine kritische Bilanz der Leistungen des akademischen Marxismus der 1970er Jahre. Die „neue Kapitallektüre“ auf der Basis der Schriften von Louis Althusser, Imperialismus- und Dritte-Welt-Analysen, Klassenanalysen unter Einschluss der Debatten über die Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, marxistische Gewerkschaftsanalysen, die Staatsableitungsdebatte und die Rezeption von Nicos Poulantzas „Staatstheorie“, die Eurokommunismus- und Gramsci-Rezeption im Gefolge der Gerratana-Ausgabe der „Quaderni“ im Jahre 1975, bis hin zur kritischen Psychologie der Holzkamp-Schule – alle diese Ansätze bilden auch heute noch Bezugspunkte für eine Rekonstruktion der Theoriegeschichte des Marxismus und der Kapitalismusanalysen. Viele derjenigen Wissenschaftler, die in den 1970er Jahren in diesen Feldern gearbeitet haben, waren und sind in den internationalen Kommunikationszusammenhängen der „epistemic community“ nach wie vor präsent oder sind durch SchülerInnen in ihnen vertreten⁴.

4 So sei zum Beispiel auf die Beiträge von Joachim Hirsch (Frankfurt) zur Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre verwiesen. Seine Rezep-

Natürlich hat es beim schnellen Verwelken der Blüten eines akademischen Marxismus gegen den Ende der 1970er Jahren individuellen Opportunismus und Anpassung an die herrschende Trends im Wissenschaftssystem gegeben. Dass es unter den Intellektuellen in vor-revolutionären bzw. revolutionären Perioden besonders viele linksradikale Teach-In-Könige gibt, ist ebenso bekannt wie deren Bereitschaft, sich beim Umschlag der politischen Konjunktur, bei den ersten Niederlagen revolutionärer oder pseudorevolutionärer Bewegungen, zu „wenden“⁵. Eine Intellektuellengeschichte der 1970er Jahre würde diese Problematik in den Mittelpunkt stellen. Dennoch reicht dieser Hinweis nicht aus, um den Niedergang des „akademischen Marxismus“ in dieser Periode zu erklären. Dieser vollzieht sich vielmehr im Umschlag in jene Periode tiefgreifender Veränderungen, die wir – oft unzureichend und zu spät – mit dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und zur „neoliberalen Hegemonie“ bezeichnet haben. Von diesem „Erdrutsch“ – so Eric Hobsbawm am Ende des „Zeitalters der Extreme“ – wurden sowohl die sich auf Kapitalismuskritik und den Marxismus beziehenden Intellektuellen als auch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der sozialistischen und kommunistischen Linken

tion von Poulantzas wurde von Schülern (z.B. John Kannankulam, vgl.: Bretthauer et al. 2006) weitergeführt und in den staatstheoretischen Arbeiten des britischen Marxisten Bob Jessop (zuerst in: Jessop 1982) verarbeitet. In ihrer Arbeit „Das neue Gesicht des Kapitalismus“ (Hirsch/Roth 1986) hatten sich Joachim Hirsch und Roland Roth dann mit der These vom Formationsbruch zwischen Fordismus und Post-Fordismus, die von den „Regulationstheoretikern“ (Aglietta, Lipietz u.a.) aus Frankreich vertreten wurde, auseinandergesetzt (vgl. Demirović/Krebs/Sablowski 1992). In den linken Zeitschriften und Verlagen wurde diese Debatte über die Veränderungen im Akkumulationsregime und der Regulationsweise des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts intensiv weitergeführt. Indem er die Imperialismus- und Staatsdebatten der 1970er Jahre weiter führte, hat z.B. Elmar Altvater (Berlin), zusammen mit Birgit Mahnkopf, auch international breit rezipierte Studien zur „Globalisierung“ und ihrer „Schattenseiten“ – nunmehr unter Einbeziehung der Grenzen des Kapitals, die durch die Naturzerstörung und den Ressourcenverbrauch reproduziert werden – veröffentlicht.

- 5 Vor allem in Frankreich haben Anhänger des Maoismus nach 1968 (z.B. André Glucksman) solche Wendungen zu den „Neuen Philosophen“ vollzogen und den Marxismus zum totalitären Hauptfeind erklärt.

in eine tiefe Krise gerissen, die nach 1989 bis 1991, der großen weltpolitischen Wendezeit, von vielen als „Todeskrise“ wahrgenommen wurde. Auch die „neuen sozialen Bewegungen“ (Ökologie-, neue Frauenbewegung etc.), die sich in den 70er Jahren als radikale Kritik der herrschenden Verhältnisse begriffen hatten, erlebten – vor allem über die Partei *Die Grünen* – bis in die 1990er Jahre vielfältige Transformationen, die ihre VertreterInnen in höchste Regierungsämter trug.

Dabei hatte der Aufschwung der „neuen sozialen Bewegungen“ nach 1968 – mit den Themen: Kernkraft, Ökologie, Geschlechterbeziehungen, neues Politikverständnis jenseits der traditionellen Organisationen – deutlich werden lassen, dass die sich auf den Marxismus beziehenden politischen und intellektuellen Kräfte nur unzureichende Antworten auf die Fragen hatten, die durch die Umbruchkonstellation und die neuen sozialen Bewegungen gestellt wurden. Der französische Linkssozialist André Gorz hatte in seinem Manifest „Abschied vom Proletariat“ solche Defizite angesprochen. Unter den Marxisten war es u.a. der Brite Stuart Hall, der früh auf Grenzen des traditionellen marxistischen Politikverständnisses sowie auf die Bedeutung des „Thatcherismus“ als einer neuen und überaus stabilen politisch-ideologischen Herrschaftskonstellation aufmerksam gemacht hatte (vgl. Hall 1989). In der Bundesrepublik wurde das Ende des kurzen Sommers allerdings durch externen Druck forciert: a) durch staatliche Repression (Berufsverbote, Terroristenjagd: „Deutscher Herbst“) sowie b) durch ideologische Gegenbewegungen – darunter auch die Restauration der alten Machtverhältnisse in den meisten Universitäten und deren finanzielle Austrocknung, vor allem bei den sog. „Reformunis“ und den kritischen Fächern⁶.

6 Vivek Chibbers, Professor für Soziologie an der New York University, Autor des Buches *Postcolonial Theory and the Specter of Capital*, Verso 2013, hat im Interview mit der Zeitschrift: *International Socialist Review* (89) diesen Niedergang wie folgt kommentiert: „Es ist nicht schwer, das Verschwinden des Marxismus während der vergangenen zwei oder drei Jahrzehnte zu erklären. Der Marxismus war so lange präsent, wie es marxistische Parteien und organisierter, antikapitalistische Strömungen in der Arbeiterklasse gab. Die Niederlagen in den vergangenen 25 Jahren sind ohne Beispiel in der modernen Geschichte; es gab niemals eine Zeit, in der es keine mächtigen sozialistischen Strömungen in der Arbeiterklasse gab, in der es

4.

Für die Intellektuellen ist Anerkennung (in verschiedenen Formen: Beifall des Publikums, HörerInnenzahlen, Auflage ihrer Bücher, Preise usw.) lebenswichtig. Mit dem „Erdrutsch“ verwandelte sich gerade in den Universitäten ehemalige Anerkennung oftmals in Desinteresse, Ausgrenzung oder gar Feindschaft. Hier liegt sicher einer der Gründe für biographische Wendungen und Anpassungsprozesse, gelegentlich auch für Zynismus und Resignation. Umso wichtiger ist es, die Kontinuität im Wirken marxistischer Intellektueller innerhalb und außerhalb der Hochschulen hervorzuheben. Diese Arbeit gestaltete sich seit dem Übergang in die 1980er Jahre ungleich schwieriger, denn der politische wie der ökonomische Druck für die Verlage, Zeitschriften, Projekte etc. hatte enorm zugenommen. Die Kontinuität wurde jedoch dadurch gefördert, dass dort, wo in den 1970er Jahren Berufungen kritischer, auch einiger marxistischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchgesetzt worden waren, auch Stützpunkte bestanden, um diese Arbeit zu ermöglichen (für Marburg vgl. Peter 2014: 162ff.). So war ein Netzwerk von Zeitschriften und Verlagen, von wissenschaftlichem Austausch (vor allem international), von Begegnungen bei Tagungen und Konferenzen entstanden. Immer wieder war es möglich, sowohl im Bereich der Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsprojekte als auch bei der Vergabe von Promotionsstipendium durch eher links orientierte Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, später: Heinrich-Böll- und Rosa-Luxemburg-Stiftung) Nachwuchskräfte bei Forschungen zu theoretischen und empirischen Themenfeldern zu fördern, die für die kritische Analyse kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und Vergesellschaftungsprozesse und ihrer Widersprüche unab-

nicht Parteien gab, die wenigsten in ihrer Rhetorik antikapitalistisch waren ... In einer solchen Situation ist es nicht sehr realistisch anzunehmen, dass der Marxismus als eine intellektuelle Strömung überleben könnte. Sobald die Marxisten aus der Arbeiterbewegung herausgenommen werden, wird die Universität zur einzigen Institution, die in der Lage sein könnte, intellektuelle Arbeit hervorzubringen. Universitäten sind Orte, wo nach oben mobile Berufstätige das tun, was sie tun müssen, um auf der Karriereleiter aufzusteigen. Sie gehören zur Mittelklasse, und sie haben die gleichen Erwartungen wie alle Mittelklasse-Angehörigen. Meist haben sie Erfolg, wenn sie mit der Macht und den Machtstrukturen auf einer Linie übereinstimmen“.

dingbar sind. Gleichzeitig haben sich – ausgehend von den alten Stützpunkten – einige „neue Stützpunkte“ mit einer neuen Generation jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (in Kassel, Wien, Linz, Jena, Darmstadt, Tübingen u.a.) etabliert, die eigenständige Projekte verfolgen und ihrerseits Nachwuchs fördern. Die Zahl der Doktorandinnen und Doktoranden, die ihren Forschungsansatz als „marxistisch“ (oder bescheidener: die am Marxismus orientierte Kapitalismusanalysen und kritische Theorie als Bezugspunkt ihrer Arbeiten anerkennen) bezeichnen, hat zugenommen. Dabei haben sich – z.B. im Bereich der kritischen bzw. neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie – europäische Arbeitszusammenhänge herausgebildet, die auch beim noch von Jörg Huffs Schmid inspirierten „Euromemo“ kritischer Wirtschaftswissenschaftler zur Geltung kommen.

Diese Kontinuitätslinien können hier nicht empirisch detailliert dargelegt werden. Dass es jedoch gelungen ist, unter äußerst schwierigen Bedingungen linke – am Marxismus orientierte – Zeitschriftenprojekte (Das Argument, Prokla, Sozialismus, Z., Marxistische Blätter, bis 1997 auch: links) über mehr als vier Jahrzehnte (oder länger) zu erhalten, mag als Beleg für die Kraft und die Kreativität derer gelten, die sich für diese Kontinuität eingesetzt haben.⁷ Schließlich haben die sich in ihrer Mehrheit auch immer wieder in den realen politischen und sozialen Auseinandersetzungen der Zeit praktisch engagiert, also den Kontakt zu linken Kräften, streikenden Gewerkschaften (1984), zivilgesellschaftlichen, sozialen Bewegungen gehalten, sich öffentlich gegen den Abbau der Demokratie, die koloniale Einverleibung der ehemaligen DDR oder für die Solidarität

7 Wenn schon von Kontinuität die Rede ist, so muss hinzugefügt werden, dass die Arbeiten des akademischen Marxismus, vor allem aus dem angelsächsischen Bereich (GB, USA, Kanada), in dieser Übergangsperiode äußerst wichtig gewesen sind: *New Left Review* (Perry Anderson, Robin Blackburn, Peter Gowan u.a.), *Socialist Register* (Ralph Miliband, Leo Panitch, York University Toronto), die Tätigkeit der *International Gramsci Society*, in der neueren Zeit „*Historical Materialism*“, die Arbeiten von Bob Jessop, der *Verso-Verlag*, *Monthly Review* in New York und die Arbeiten aus dem Umkreis der sog. französischen Schule der Regulation (Aglietta, Lipietz u.a.). Im Übrigen hat die Arbeit am *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Inkrit, W. F. Haug u.a.) eine internationale Kommunikationsstruktur geschaffen, die für diese Kontinuität äußerst wichtig geworden ist.

mit sich neu formierenden Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (z.B. für die Sandinisten in Nicaragua oder die Zapatistas im Süden Mexikos seit 1994) eingesetzt.

5.

Dass das öffentliche Interesse am Marxismus in der jüngsten Zeit wieder zugenommen hat, ist auf jeden Fall auf die Erfahrungen der Großen Krise seit 2008 und deren Vorgeschichte (d.h. der Entfaltung der inneren Widerspruchskonstellationen des neoliberalen Herrschaftsmodells, einschließlich der sozialen Spaltungen) zurückzuführen. Als sich das System des globalen Finanzmarktkapitalismus am Rande des Kollapses befand, wurde die Frage aufgeworfen, ob „Marx“ bzw. die marxistische Linke mit ihrer Kapitalismuskritik nicht doch Recht hatte. Vielfach wurde in den etablierten Wirtschaftsmagazinen, die sich an die Industrie- und Finanzmarktmanager richten, die Frage gestellt, ob der Kapitalismus „am Ende“ sei? Die Zahl der wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Abhandlungen, die Marx „neu entdecken“ wollen (vgl. Altvater 2012) oder diesem schon im Titel bescheinigen, dass er in seiner kritischen Analyse des Kapitalismus und seiner Entwicklungswidersprüche „recht“ hatte, nahm deutlich zu (z.B. Eagleton 2011). „Kapital“-Lesekreise wurden an vielen Universitäten vom SDS gegründet. Selbst eine neue Reihe unter dem Titel „Marxist Pocket Books“ versucht sich auf dem deutschen Markt.

Inzwischen (2014) verdienen die Banker wieder und das Wall Street Journal erinnert nicht mehr an Marx (für die EU vgl. Lehn-dorff 2014). Dennoch hat der Verlauf der Krise, die Intensivierung der ungleichen Entwicklung sowie das Krisenmanagement („Austeritätspolitik“) die theoretische und praktische Kritik an den Grenzen nicht nur der Kapitalakkumulation, sondern an den Entwicklungsperspektiven der industriellen Zivilisation verstärkt. Die massiven Enteignungsprozesse, dazu die fortschreitende Spaltung von arm und reich und der Abbau der Demokratie (vgl. Deppe 2013) provozieren mehr und mehr Widerstand. Bei den Sommeruniversitäten der Europäischen Linken versichern uns viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern: „We have entered a new period of social unrest!“ (vgl. ebd.: 263ff.; Mason 2013; Kraushaar 2012). Natürlich wird dann auch über Niederlagen und das Abflauen

solcher Bewegungen diskutiert. Dennoch reflektiert sich in ihnen weltweit, dass die „neoliberale Hegemonie“, die lange auf Rückhalt „von unten“ und auf das „Schweigen der Intellektuellen“ zählen konnte, einem Erosionsprozess ausgesetzt ist und immer deutlicher disziplinierende und gewaltsame Formen der Herrschaftssicherung annimmt. Die Berichte über das „Elend in der Welt“ – einschließlich der Schicksale der MigrantInnen und Staatenlosen – aber auch die Explosionen der Gewalt in vielen Teilen der Welt illustrieren die Unvernunft und Barbarei der herrschenden (globalen) kapitalistischen Ordnung. Sie werfen aber auch die Frage nach den Alternativen auf – konkrete Utopien für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die in der Gegenwart sicher noch in weiter Ferne liegen mag, die aber auf jeden Fall jenseits der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Wachstumszwänge von Wettbewerbsgesellschaften liegt und zugleich die Fortschrittspotenziale dieser Zwänge (z.B. radikale Verkürzung der notwendigen Arbeit) ausschöpfen.

Welche Rolle in diesen Auseinandersetzungen ein akademisch erneuerter Marxismus spielen könnte, muss offen bleiben. Die Sicherung der sog. „Stützpunkte“ und deren Ausweitung, die Konzentration auf Nachwuchsarbeit über Forschungsprojekte, Promotionen und Habilitationen gehört gegenwärtig zu den wichtigsten Aufgaben. Bei der „Nachwuchsförderung“ muss der Spagat zwischen Anschlussfähigkeit im Wissenschaftssystem und der theoretischen wie praktischen Kritik der herrschenden Verhältnisse gelingen und immer wieder neu angegangen werden. Dabei ist auch eine gründliche Analyse der (markt- und wettbewerbsorientierten) Transformation der Hochschulen und des Wissenschaftssystems notwendig. Kritische Theorie, dann auch die Wiederaneignung des Marxismus als Wissenschaft konnte angesichts der Krise der alten Ordinarienuniversität in den späten 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts – mit einer starken Position der Geisteswissenschaften und der Orientierung am Humboldt'schen Wissenschaftsideal – leichter Einfluss gewinnen als in den heutigen Universitäten, die auf den Wettbewerb ausgerichtet sind, von BWLern und Informatikern beherrscht werden, und wo die Studierenden nach den sog. Bologna-Reformen auf passive Aneignung von Stoff und Herrschaftswissen zugerichtet werden. Die „wettbewerbsgetriebene Landnahme der Universitäten ... hat ... den Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft zerstört“, so Klaus Dörre, der in diesem Zusammenhang den marxistischen Soziologen Michael Buroway und den Literaturtheoretiker Terry Eagleton zitiert: „Die

Universität als Zentrum von Kritik, von Nachfragen, von Reflexion, von generellen und fundamentalen Fragen ist fast tot ... Diese Institutionen werden mehr und mehr zu Instrumenten des fortgeschrittenen Kapitalismus“ (Dörre 2014: 91f.). Ob das Aufbäumen gegen den Widerspruch zwischen dieser Disziplinierung und der Perspektivlosigkeit im Hinblick auf das Leben nach dem Studium, das in den sozialen und politischen Bewegungen in der Welt seit 2011 eine große Rolle gespielt hat, auch in die Hochschulen selbst – im Sinne einer Öffnung für kritische Positionen – zurückwirkt, können wir im Moment noch nicht abschließend beurteilen; es bleibt aber ein Feld der Auseinandersetzung. Auf jeden Fall muss die wissenschaftliche Arbeit in solchen Stützpunkten mit den Debatten in der Gesellschaft, mit den Kämpfen sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und politischer Organisationen, die Elemente einer über den Kapitalismus hinausweisenden Programmatik vertreten, vernetzt werden.

Literatur

- Abelshauer, Werner (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn.
- Altwater, Elmar (2012): Marx neu entdecken, Hamburg.
- Anderson, Perry (1978): Westlicher Marxismus, Frankfurt am Main.
- Balzer, Friedrich-Martin u.a. (2001) (Hg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker, Opladen.
- Bretthauer, Lars et al. (Hg.) (2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg.
- Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.) (1992): „Hegemonie und Staat“, Münster.
- Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle, Frankfurt/Main.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus, Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Dörre, Klaus (2014): Public Sociology – ein Konzept für die Arbeitsforschung, in: Detlev Wetzels u.a. (Hrsg.): Industriearbeit und Arbeitspolitik, Hamburg 2014, S. 85 – 89.
- Eagleton Terry (2011): Why Marx was right, New Haven/London.
- Gamble, Andrew et al. (eds.) (1999): Marxism and Social Science, Urbana and Chicago.
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften, Band 1, Hamburg/Berlin.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg.

- Hobsbawm, Eric (2003): *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*, München.
- Jessop, Bob (1982): *The Capitalist State*, Oxford.
- Jünke, Christoph (2007): *Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907–1995)*, Hamburg.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*, Hamburg.
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014): *Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited*, Hamburg.
- Mason, Paul (2013): *Why It's Kicking Off Everywhere, The New Global Revolutions*, London/New York.
- Müller, Stefan (2010): *Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck, 1912–2001*, Essen.
- Peter, Lothar (2014): *Marx an die Uni. Die „Marburger Schule“. Geschichte, Probleme, Akteure*.
- Therborn, Göran (2008): *From Marxism to Post-Marxism*, London/New York.
- Urban, Hans-Jürgen u.a. (Hg.) (2006): *„Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“. Zur Aktualität Wolfgang Abendroths*, Hamburg.
- Williams, Michelle/Satgar, Vishwas (eds.) (2013): *Marxisms in the 21st Century*, Johannesburg.

Silvia Kontos

Von der Hausarbeitsdebatte zur 'Krise der Reproduktion'?

Der Glaube, dass die gesellschaftskritische Theorie einem gradlinigen Weg der Aufklärung folgt, ist nun schon länger verloren gegangen. Vielmehr hechelt sie oftmals den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher, begibt sich auf diskursive Um- und Abwege und reproduziert nicht selten unbegriffene gesellschaftliche Brüche und Spaltungen. Die Geschichte der Theoretisierung der Hausarbeit ist ein gutes Beispiel für solche Brüche, denn – so meine These – die Hausarbeitsdebatte Ende der 1970er Jahre enthielt eine produktive Kritik an der damaligen marxistischen Debatte, die einiges zu einer schnelleren und radikaleren Öffnung gegenüber den politischen, sozialen und kulturellen Momenten des Kapitalismus hätte beitragen können, wie sie in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten forciert wurde, von der Staatstheorie über die Rückbesinnung auf die Bedeutung sozialer Bewegungen bis hin zur Reflexion auf den Beitrag kultureller Produktionen zur kapitalistischen Produktionsweise. Und dieser Bruch ist nicht allein der Abweisung durch die marxistische Theorie zuzurechnen, obwohl diese in den siebziger und achtziger Jahren zumindest in den politischen Diskussionen ein ziemlich traditionelles Verständnis der Klassenanalyse und des 'Klassenkampfes' vertrat und durchaus herrschaftliche Elemente aufwies, die einer Initiative, die so unbekümmert und großmäulig daher kam wie der Hausarbeitsansatz, keine theoretische Satisfaktionsfähigkeit zubilligte. Es waren auch Aporien und Beschränkungen des Hausarbeitsansatzes selbst, sowie die Dynamik der Frauenbewegung und der feministischen Theorie, die in den auf die 'Entdeckung' der Hausarbeit folgenden Jahren dazu beigetragen haben, dass die Rezeption und Weiterentwicklung des Regulationsansatzes und der Hegemonietheorie einerseits und die Radikalisierung der feministischen Theorie bis hin zur Dekonstruktion des Subjektes 'Frauen' andererseits lange Zeit nebeneinander herliefen. Auch wenn in den letzten Jahren wieder

mehr Schnittstellen in den Blick gekommen sind, halte ich es für sinnvoll, sich der Abbruchstellen des Diskurses zu vergewissern, um sich zum einen der damaligen Irritationen und ihrer mehr oder weniger gelungenen Verarbeitungen zu erinnern und zum anderen weiter bestehende Kontroversen nicht vorschnell einzuebnen.

Da die Hausarbeitsdebatte vor 30 Jahren stattfand, und zentrale Argumente nicht nur in der marxistischen Debatte nicht mehr präsent, sondern auch in der feministischen einige ihrer Einsichten verloren gegangen sind, sollen eingangs vier Kerngedanken in Erinnerung gerufen werden.¹

Grundgedanken der Hausarbeitsdebatte Ende der siebziger Jahre

1. Das Hauptargument gegen die Vernachlässigung der Hausarbeit in der Kapitalismustheorie war, dass sie kein vorkapitalistisches Relikt ist, das im Zuge der Entwicklung verschwinden oder im Sinne einer Dauerausbeutung vorkapitalistischer Produktionsweisen genutzt wird, sondern ein zentraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise – denn sie produziert und reproduziert das 'dem Kapitalisten unentbehrlichste Produktionsmittel', die Arbeitskraft als Ware. Um diese besondere Ware auf dem Arbeitsmarkt erscheinen zu lassen, braucht es eine zweite Arbeitskraft im Windschatten der Lohnarbeit, die deren Lohn in Essen, Kleidung und Wohnung umsetzt, in die Sorge um Gesundheit, soziale Bindungen und kulturelle Grundierungen – vor allem, aber nicht nur dann, wenn es um die Erziehung und die Fürsorge für Kinder geht, also um die nächste Generation der Arbeitskräfte. In diesem Sinn ist Hausarbeit zwar keine direkt mehrwertschaffende Arbeit, aber sie ist in die Mehrwertproduktion integriert und auch für deren Quantität mitverantwortlich, denn sie hält die Reproduktionskosten niedrig.

2. Aber die Hausarbeit ist nicht nur im Hinblick auf die Kostensenkung unverzichtbar, sondern vor allem hinsichtlich ihrer

1 Zur Wiederaneignung der deutschen Debatte, die in der gegenwärtigen Care-Debatte kaum mehr präsent zu sei scheint, siehe: Maria Rosa della Casta/Selma James 1973, Frauen in der Offensive 1974, Bock/Duden 1977, Kontos/Walser 1978, Manthey 1978, Ostner 1978, Kontos/Walser 1979.

besonderen Qualität. Die Arbeitskraft ist eben nur unter sehr eingeschränktem Blickwinkel oder in polemischer Diktion eine 'Ware wie jede andere', sondern braucht zu ihrer Produktion und Reproduktion nicht nur Waren und Dienstleistungen, die zusammengeführt werden müssen, sondern ein Maß an sozialer Nähe, Zuwendung, Engagement und Identifikation, das mit der Organisation als Lohnarbeit nicht zu vereinbaren ist. D.h. in der Hausarbeit ist ein widerständiges, kapitalismuskritisches Moment angelegt, das sie selbst und die, für die sie sorgt, nicht in den Bestimmungen der Arbeitskraft als Ware aufgehen lassen will, sondern eigensinnig versucht, das Leben und Lieben gegen eine völlige Vereinnahmung durch die kapitalistische Produktionsweise zu verteidigen. Damit ist nicht gemeint, dass die private Hausarbeit *per se* ein Hort des Antikapitalismus ist. Sie ist in allen ihren Aspekten von dem Widerspruch durchzogen, einerseits Arbeitskräfte zu produzieren und zu reproduzieren und die Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie auf dem Arbeitsmarkt auch verkäuflich sind; und andererseits immer wieder zu versuchen, die entsprechenden Zumutungen und Zurichtungen zu überwinden und ein anderes Leben in Reichweite zu halten. Die Arbeiterbewegung hat versucht, diesen 'utopischen Überschuss' in der politischen 'Arbeit' und in einem Kranz von sozialen und kulturellen Organisationen zu binden. Aber in einem gewissen Sinn ist sie damit der bürgerlichen Trennung von privat/öffentlich und dem Produktivitätsmythos des Marxismus aufgesessen, indem der Privathaushalt ausschließlich als Quelle ökonomischer Rückständigkeit wahrgenommen wurde und ihm antikapitalistische Momente abgesprochen wurden. Der fordistischen Erfassung des Privathaushalts hatte sie dann nicht mehr viel entgegenzusetzen. (vgl. Kontos 1979)

3. Die Reproduktionsarbeit wurde in der Hausarbeitsdebatte in einem weiten Sinn verstanden, der psychische und soziale Reproduktionsleistungen einschließt, also nicht nur Putzen, Einkaufen und Kochen umfasst, sondern auch die emotionale Begleitung und Unterstützung und die Sorge um andere bis hin zu sexuellen Dienstleistungen. Daraus ist der Begriff der 'Beziehungsarbeit' entstanden. (Kontos/Walser 1978:76) Dieses extensive Verständnis von Arbeit ist vielfach kritisiert worden, denn natürlich lassen sich emotionale Zuwendung und Bindung, Sexualität oder die Erziehung der Kinder nicht auf 'Arbeit' reduzieren. Aber erst das Bestehen darauf, *dass* sie Aspekte von Arbeit und entsprechende Elemente der

Fremdbestimmung enthalten, machte es möglich, die Hausarbeit als ein Feld von Widersprüchen zu thematisieren, nämlich jenem zwischen der kapitalistischen Vernutzung der Arbeitskraft und dem Anspruch auf ein 'eigenes Leben', oder den Widerspruch zwischen den unterschiedlichen Logiken der psychischen und materiellen Reproduktionsarbeit. (Kontos/Walser 1978:77) Darüber hinaus geht der Begriff der 'Beziehungsarbeit' davon aus, dass sie sich auf enge soziale Bindungen bezieht, die die Voraussetzung sowohl für die Reproduktion von Arbeitskraft wie für die 'überschüssigen' Motive und Praxen darstellen.

4. Und schließlich ist diese Arbeit bis heute überwiegend Hausfrauenarbeit. Ihre asymmetrische Verteilung schließt an die vorkapitalistische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern an, wird aber im Kapitalismus zu einer besonderen Blüte gebracht. Die bürgerliche Kultivierung der Hausfrau und ihre normative Verallgemeinerung im Fordismus haben einerseits dazu beigetragen, ihre Arbeit als Emanation der 'weiblichen Natur' unsichtbar zu machen, andererseits wurden erst in dieser Figur der ganze Umfang ihrer Tätigkeit und insbesondere die sich vervielfältigenden Aufgaben der psychosozialen Reproduktion sichtbar.

Inzwischen ist die Hausfrauenehe als ein Sondermodell der fordistischen Reproduktion zwar vor allem ökonomisch unter Druck und die 'Hausfrau' für die jüngeren Generationen von Frauen schon lange kein Modell mehr, aber eine wirkliche Umverteilung ihrer Arbeit zwischen den Geschlechtern – vor allem hinsichtlich der materiell weniger greifbaren Sorge, die weniger in sichtbaren Tätigkeiten als in einer Haltung, in Empathie und der Antizipation von Bedürfnissen sowie der haushälterischen Leitungsfunktionen besteht² – steht nach wie vor aus. Sichtbar ist eher eine Umverteilung zwischen Frauen, indem Teile der privaten Hausarbeit auf öffentliche und private Dienstleistungen ausgelagert werden, die wiederum von Frauen ausgeübt werden. Aber auch diese Verlagerungen müssen organisiert, aufeinander abgestimmt und mit den familialen Bedürfnissen und Wünschen in Übereinstimmung gebracht werden.

2 Letztere erkennbar an der Frage des kooperationsbereiten Familienvaters: 'was soll ich einkaufen?'

Kritik eines ökonomisch verkürzten Marxismus

Um die Zuspitzungen der Hausarbeitsdebatte Ende der 1970er siebziger Jahre besser verstehen zu können, ist es sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, wogegen sich ihre theoretische und politische Offensive richtete. Das war zum einen die Zweisphärentheorie der bürgerlichen Ökonomie und Soziologie, für die die Familienbeziehungen nichts mit der Ökonomie zu tun hatten, sondern als Hort der Liebe und Geborgenheit gerade durch die Freiheit von Zwang gekennzeichnet waren. Anknüpfend an die Familienkritik der frühen kritischen Theorie hat die Frauenforschung in der Folgezeit sehr nachdrücklich das Ausmaß an Zwang und Gewalt herausgearbeitet, das in der 'familialen Lebenswelt' herrscht und sich sowohl auf die Zumutungen der Lohnarbeit wie auf die patriarchalen Machtverhältnisse innerhalb der Familie gründet. Was sich dem genaueren Blick offenbarte, war so erschreckend, dass es für längere Zeit die positiven Funktionen der Familie³ als Rückzugsort und als Moment von Widerstand gegen die Zumutungen des Kapitalismus verdunkelte, die umso wichtiger wurden, je mehr sich der Zugriff eines postfordistischen Kapitalismus nicht mehr nur auf die Warenwelt beschränkte, sondern auch auf die psycho-sozialen Ressourcen erweiterte.

Der Hausarbeitsansatz richtete sich aber gleichermaßen gegen die marxistische Theorietradition und zwar zunächst gegen die 'Urväter', die zwar mit ihrem Leser 'die geräuschvolle, auf der Oberfläche hausende und aller Augen zugängliche Markt- und Zirkulations-sphäre' verließen (in Abwandlung von Kapital, I, MEW 23: 189), aber es versäumten, dem Arbeitskraftbesitzer in den zweiten, dem Markt abgewandten Privatbereich zu folgen, dem Arbeiterhaushalt als der Reproduktionsstätte der lebendigen Hälfte der Warenwelt, die genauso wenig wie die betriebliche ein „Eden der angeborenen Menschenrechte“ ist. Hier hätte sich ihnen die zweite Seite des „Geheimnisses der Plusmacherei“ enthüllt (ebd.). Auch im Haushalt des Lohnarbeiters wird Mehrarbeit geleistet, die durch die Senkung der Reproduktionskosten dem Kapital zufließt. Marx reduzierte sie auf

3 Unter 'Familie' verstehe ich keineswegs die juristisch legitimierte, sondern alle auf eine gewisse Dauer angelegten Beziehungen, die von der Sorge um und der Verantwortung füreinander bestimmt sind und im Unterschied zu Freundschaftsnetzen längerfristige sexuelle Beziehung einschließen.

bloße (individuelle) Konsumtion und dazu mit einem biologistisch verkürzten Blick. „Das im Austausch gegen Arbeitskraft veräußerte Kapital wird in Lebensmittel verwandelt, deren Konsumtion dazu dient, Muskel, Nerven, Knochen, Hirn vorhandener Arbeiter zu reproduzieren und neue Arbeiter zu zeugen. ... Es tut nichts zur Sache, dass der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zuliebe vollzieht. So bleibt der Konsum des Lastviehs nicht minder ein notwendiges Moment des Produktionsprozesses, weil das Vieh selbst genießt, was es frisst.“ (MEW 23: 597)

Diese zynischen Formulierungen mögen der Marxschen Empörung über die Reduktion der frühkapitalistischen Arbeitskräfte auf den Status von 'Lastvieh' geschuldet sein, aber sie treffen weder den komplexen Prozess der Produktion und Reproduktion lebendiger Arbeitskraft, noch den Widerstand des 'menschlichen Lastviehs' gegen seine Vernutzung, und sie eskamotieren die häusliche Arbeit von Frauen, die in der Lage ist, nicht nur physiologischen, sondern auch psychosozialen Grundbedürfnissen Geltung zu verschaffen. Die Lohntüte kann man bekanntlich nicht essen, und es braucht auch mehr als 'sauber und satt', um Kinder groß zu ziehen und Menschen zu re-generieren.

Die theoretische Ausklammerung des Reproduktionsbereichs und der dortigen Arbeit von Frauen aus der Marxschen Theorie, war jedoch nicht nur ein theoretisches Defizit, das zwar den Nimbus der Großmeister ankratzte, aber ansonsten nicht weiter ins Gewicht fiel. Vielmehr hatte sie gravierende geschlechterpolitische Implikationen. Denn wenn die Reproduktionsarbeit der Frauen zu vernachlässigen ist oder – wenn sie denn gar nicht mehr zu übersehen ist – als Restbestand einer vorkapitalistischen Produktionsweise bestimmt wird oder gar einem vorsozialen Bereich angehört⁴, dann ist sie nicht Bestandteil des Lohnarbeitsverhältnisses, und Frauen sind als Hausarbeiterinnen genau genommen nicht Teil des Proletariats; jedenfalls nicht eines Proletariats, dessen Klassenstatus sich aus seiner Stellung im Produktionsprozess herleitet. Mit ihrer Orientierung an einer nicht- oder vorkapitalistischen Arbeitsweise können sie politisch allenfalls als unsichere Kantonistinnen

4 „Die beständige Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse kann der Kapitalist getrost „dem Selbsterhaltungs- bzw. Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen.“ (MEW 23: 597f.)

gelten, die die 'Heimatfront' der revolutionären Kämpfer abzuschließen haben. Teil des Proletariats werden Frauen erst, wenn sie in die Lohnarbeit eintreten. Da aber den Arbeiterinnen auch bei der Lohnarbeit noch die Haus- und Familienarbeit nachhängt, konstituiert die Ausklammerung der häuslichen Reproduktionsarbeit aus dem Kapitalverhältnis ein politisches Unterordnungsverhältnis zwischen den Geschlechtern, das der verbalen Aufgeschlossenheit der Sozialisten und Kommunisten gegenüber der Emanzipation der Frauen und den unbestrittenen Bemühungen der Arbeiterbewegung um egalitäre Geschlechterbeziehungen letztlich den Boden entzog. Lenins Einsicht „Kratzt den Kommunisten und der Philister erscheint“⁵, verdankte sich einer moralischen Haltung, blieb jedoch politisch folgenlos. Dass von der Klage über die 'alten Herrenrechte des Mannes' (Zetkin) eine tiefe Entwertung der familialen Frauenarbeit verdeckt wird, zeigt sich, wenn Clara Zetkin, verantwortlich für die politische Arbeit der KPD weiter ausführt: „Gibt es einen drastischeren Beweis dafür, dass die Männer ruhig zusehen, wie die Frauen bei der kleinlichen, eintönigen, kraft- und zeitersplitternden und verzehrenden Arbeit im Einzelhaushalt verkümmern, dass ihr Geist dabei eng und matt, ihr Herzschlag träge, ihr Wille schwach wird? ... Was ich sage, gilt für die ungeheure Mehrzahl der Frauen, auch der Arbeiterfrauen, und sogar dann, wenn sie tagsüber in der Fabrik stehen und verdienen. ... Das häusliche Leben der Frau ist ein tägliches Geopfertwerden bei tausend nichtigen Kleinigkeiten. Das alte Herrenrecht des Mannes lebt versteckt weiter. Objektiv nimmt die Sklavin Rache dafür – ebenfalls versteckt. Die Rückständigkeit der Frau, ihre Verständnislosigkeit für die revolutionären Ideale des Mannes vermindern dessen Kampffreudigkeit und Kampfesentslossenheit. Sie gleichen winzigem Gewürm, das unbeachtet, langsam aber sicher zermürbt und zernagt.“ (1960:150)

Das politische wie das theoretische Problem für die marxistische Theorie ist die ungenaue Bestimmung der Hausarbeit als vor- oder nicht-kapitalistische Arbeit, die nach dem Modell der Unterordnung und Absorption vorkapitalistischer Produktionsweisen dem Kapitalismus einverleibt wird. Die historische Untersuchung zur Entstehung der Hausarbeit (Bock/Duden 1977) hatte jedoch gezeigt, dass diese erst mit dem Kapitalismus entstanden ist. Sie wird *nicht*

5 Ein Zitat, das Zetkin in ihren Erinnerungen an Lenin übermittelt (1960: 150).

als historisch vorausgehende von einer ökonomisch überlegenen Produktionsweise erfasst und angeeignet, sondern ist als Reproduktion der Ware Arbeitskraft ihr gleichursprünglicher Bestandteil. Auch die Lohnarbeit ist aus historisch älteren Formen entstanden, erhält ihren spezifischen Charakter aber erst durch den Kapitalismus. Das Gleiche gilt für die Hausarbeit, weshalb die von der marxistischen Theorie angebotenen Kategorien sie nicht erfassen. Die Hausfrau ist weder ein kleine 'Waren-' noch eine Subsistenzproduzentin.⁶ Es muss vielmehr von einer *spezifischen Integration von Lohnarbeit und Hausarbeit* ausgegangen werden, für die es kein kategoriales Pendant gibt und deren Widersprüche sich aus dem besonderen Charakter ihres 'Arbeitsgegenstands', der lebendigen Arbeitskraft, ergeben. Sie erzeugt die notwendige Distanz zum Verwertungsprozess über indirekte Formen einer sozialen und politischen Einbindung und Einhegung, die ihr zwar einen Spielraum gegenüber der Fremdbestimmung, den Disziplinierungen, Entbehungen und Frustrationen der Lohnarbeit erlauben, es aber auch verwehren, sie als das 'ganz Andere' außerhalb des Systems der Mehrwertproduktion anzusiedeln.

Ihre Integration in das System der Mehrwertproduktion über das komplexe Zusammenspiel von ökonomischem Druck (über die Löhne), die rechtliche Einhegung (Ehe- und Familienrecht, steuerliche Privilegierung), das Wechselspiel von öffentlicher Versorgung, Kommerzialisierung und Privatisierung (Erziehung, Pflege) und Repression (§218 Abtreibung, §180 Prostitution, §175 Homosexualität) hätte ein besonders geeignetes Feld für Kapitalismustheorien abgeben können, die von der Notwendigkeit politischer, sozialer und kultureller Vermittlungen im kapitalistischen Akkumulationsprozess ausgehen. Das hätte den Weg für eine systematische Berücksichtigung der Reproduktionsproblematik ebnen können, wurde jedoch von dem fruchtlosen Streit um die 'produktive Arbeit' verhindert.

Rezeption der Hausarbeitsdebatte

Während die Hausarbeitstheorie in ihren zentralen Aussagen im feministischen Diskurs zu einer Art Grundkonsens wurde, ohne

6 Z.B. Hirsch (2001: 173) bezeichnet die Hausarbeit als Subsistenzproduktion.

dass ihre politischen Forderungen nach einem 'Lohn für Hausarbeit' eine ähnliche Zustimmung erfuhren, reagierten die der Marxschen Theorie verpflichteten AutorInnen abwehrend und kritisierten vor allem einen unsachgemäßen Umgang mit der Marxschen Theorie, die für Gegenstandsbereiche in Anspruch genommen wurde, für die sie nicht gemacht war.⁷

Eine der wenigen wohlwollenden Rezeptionen in den 1980er Jahren war die von Götz Rohwer, die es sogar bis in die Zeitschrift *Leviathan* (Heft 2/1985) geschafft hatte; allerdings nicht ohne die Pikanterie, sofort eine vehemente Absage an jeden Versuch, die Hausarbeit mit marxistischen Kategorien zu diskutieren, von einer Feministin, Barbara Sichtermann, folgen zu lassen.⁸

Was Sichtermann Rohwer vor allem vorwirft, ist, dass er vom Inhalt der Hausarbeit gänzlich absieht, wenn er sie in das Prokrustesbett einer ökonomischen Begrifflichkeit sperrt; und diese Inhalte sind für sie in ihrer Leibbezogenheit an 'Naturmomente' des gesellschaftlichen Lebens gebunden, an Triebe und Wünsche wie Hunger, Schlafen, Zeugen und Gebären, die sie als Widerstandsmomente gegen eine ökonomische Vereinnahmung ins Feld führt. (Sichtermann 1985: 218) Es ist aus der Perspektive der Hausarbeit jedoch nicht notwendig, gleich die Natur zu bemühen, um eine Beschränkung der Reproduktionsthematik auf ökonomische Probleme zurückzuweisen. Dazwischen liegt der gesamte Horizont gesellschaftlicher Verhältnisse, die die 'menschliche Triebnatur und ihre Lüste an Selbsterhaltung, Zeugung und Fortpflanzung' (Sichtermann) in einem komplexen Zusammenhang mit der Kapitalakkumulation

7 So reagierten auch viele marxistisch orientierte Feministinnen, etwa Ursula Beer.

8 „Geradeso wie das Verhältnis der Geschlechter beiseitetreten muss, wenn von einer Theorie der kapitalistischen Entwicklung die Rede ist, muss das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital in den Hintergrund rücken, wenn es um die Formulierung einer Theorie der Hausarbeit geht.“ (Sichtermann 1985:217) Oder noch etwas schmissiger: „Natürlich kann man der Hausarbeit das ökonomische Marktmodell überstülpen – und sich darüber freuen, dass die selbstgestellte Hausaufgabe erfolgreich erledigt wurde; Rohwer ist ein Beispiel dafür, dass das geht. Er sollte aber wissen, dass auch das Liebesleben der Klipp-schiefer oder die Stammesfehden der Pygmäen ins ökonomische Modell gesperrt werden können: wer so etwas spaßeshalber versucht, wird nicht betrogen; nur vom Erklärungswert darf er realistischerweise nicht viel erwarten.“ (ebd.: 215)

entlang einer symbolischen Ordnung strukturieren und organisieren und in deren Zusammenhang die Geschlechter- und Reproduktionsverhältnisse eine zentrale Rolle spielen.⁹

Die wichtigsten Elemente der Hausarbeitstheorie sind für Rohwer, dass die Hausarbeit gesellschaftliche Arbeit ist, d.h. in einem System gesellschaftlicher Abhängigkeiten verrichtet wird. Sichter-
mann hatte vor allem kritisiert, dass er sich nicht auf den Inhalt der Arbeit eingelassen hatte. Wie Recht sie damit hatte, zeigt sich an Rohwers Analyse der 'Besonderheiten' der Haushaltsproduktion, die für ihn nicht in den Besonderheiten des menschlichen Arbeitsvermögens zu suchen ist, sondern in der Eigentumsform. Und so treffen wir hier wieder auf dieselbe ökonomistische Verkürzung und denselben Zynismus, den wir schon von Marx kennen, und der bei der Frage der Generativität ähnlich drastisch ausfällt: „Auf ähnliche Weise kann man sich überlegen, dass auch die Produktion neuer Arbeitskraft, das Erzeugen, Austragen, Gebären, die Aufzucht und Ausbildung von Kindern kapitalistisch betrieben werden könnte. Wie das im Einzelnen organisiert werden könnte, braucht hier nicht überlegt zu werden. Die Existenz kapitalistischer Viehzucht beweist, dass weder technische Gründe, noch eine mangelnde Profitabilität des Geschäfts dagegen sprechen würden.“ (Rohwer 1985: 200)

Das Problem der ökonomischen Situierung der Hausarbeit einschließlich der 'Kinderproduktion' liegt für ihn darin, dass die Hausarbeiterin aufgrund des historisch und politisch durchgesetzten Eigentumsrechts an der eigenen Arbeitskraft die von ihr produzierten Arbeitskräfte nicht verkaufen kann. Der Doppelcharakter der Hausarbeit stellt sich für ihn dementsprechend anders dar als in der Hausarbeitstheorie: sie ist einerseits warenproduzierende Arbeit, andererseits „Arbeit zur Produktion neuen Lebens“, einerseits ein warenproduzierendes Unternehmen, andererseits ein Unternehmen, das „sich in der Produktion fremden Privateigentums aufhebt“. (Rohwer 1985: 204) Und, so ließe sich ergänzen, eben deshalb überhaupt kein Unternehmen ist, sondern ein Teil der gesell-

9 Die Frage der Produktivität der Hausarbeit, an der sich die meisten anderen Kritiken entzündet hatten, wischt Rohwer zur Seite: Dass Hausarbeit als produktive Arbeit bezeichnet würde, weiche zwar von der Marxschen Begrifflichkeit ab, „...jedoch zu Recht, denn der Begriff meint in seiner allgemeinen Bedeutung, wie von Marx selbst festgestellt worden ist, eine normative politische Aussage.“ (1985: 187)

schaftlichen Reproduktion, die unter kapitalistischen Bedingungen auf die Erzielung eines Lohneinkommens und die 'Produktion' von Arbeitskräften angewiesen, darauf aber nicht zu reduzieren ist.

Zwar führt Rohwers Analyse der Produktion von Arbeitskräften im Haushalt über Marx' Rede vom 'Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb' der Arbeiter hinaus, aber auch er verfehlt mit seinem Rückfall in ökonomische Kategorien das komplexe Ineinandergreifen von ökonomischen, politischen, sozialen und symbolischen Dimensionen, die die Geschlechterverhältnisse, die Hausarbeit und vor allem die Kinderentscheidungen prägen und die weder mit dem von Marx evozierten 'Fortpflanzungstrieb' noch mit der Analyse eines Haushalts als 'Unternehmen' abgedeckt sind.¹⁰ Es ist immer wieder erstaunlich, und wohl nur mit den Geschlechterverhältnissen selbst zu erklärbar, wie schnell kapitalismuskritische und der Frauenemanzipation verpflichtete Autoren in zynischer Weise entweder mit der Ökonomie oder mit der 'Triebnatur' argumentieren, wenn sie sich zu Ehe- und Familienbeziehungen äußern und sich damit genau der theoretischen Bezugspunkte begeben, die über die ökonomische Nutzung von Arbeit, Familie, Kindern und sozialen Bindungen hinausführen würden.

Es sollte fast 20 Jahre dauern, bis ein der Regulationstheorie verpflichteter Autor in dem Versuch, einen integralen regulationstheoretischen Ansatz zu formulieren, wie selbstverständlich die wechselseitige Konstitution von Klasse und Geschlecht zu seinem Thema machte und bei seiner Analyse ebenso selbstverständlich auf die Hausarbeitstheorie zurückgriff: „Die innere Verbindung von Kapitalismus und Patriarchat wird in der unbezahlten Reproduktionsarbeit und der damit verbundenen geschlechtlichen Arbeitsteilung gesucht, aus der im Kapitalismus maßgeblich das Geschlechterverhältnis entspringt.“ (Kohlmorgen 2004: 13) Dazu erweitert er die fünf institutionellen Formen, die in ihrer Artiku-

10 Die Bornierungen, zu denen das 'Prokrustesbett' der Ökonomie (Sichtermann) führen, lassen sich auch an den Auslassungen der Chicago-Schule zum Thema verfolgen. Dieser Reduktionismus gilt letztlich auch für Heinsohn/Knieper/Steiger, an deren Text „Menschenproduktion. Eine allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit“ Rohwer anschließt, obwohl deren These von der prinzipiellen Familienlosigkeit des Proletariats anders als Rohwer nicht auf ökonomischen Zwang abhebt, sondern auf den außerökonomischen der Heinenverfolgung, die das Verhütungswissen der Frauen zerstört habe.

lation die Regulationsweise bilden (Lohnverhältnis, Waren/Geldverhältnis, das Konkurrenzverhältnis, die Form des internationalen Regimes und die Formen der Staatlichkeit), um die Haushalts- bzw. Familienform. (Kohlmorgen 2004: 54)

Sein integraler Begriff der kapitalistischen Produktions- und Regulationsweise bezieht sich auf den Zusammenhang *aller* gesellschaftlichen Verhältnisse und Widersprüche und sieht für die Geschlechterverhältnisse einen zentralen Ort vor. In diesem Punkt geht Kohlmorgen auch über seine regulationstheoretischen Gewährsleute hinaus, die allzu oft die Geschlechterverhältnisse unter 'weitere gesellschaftliche Herrschafts-, Ausbeutungs- und Unterordnungsverhältnisse' einreihen, ohne ihre Situierung 'im Herzen' der kapitalistischen Produktionsweise zu realisieren.¹¹ Und wenn Lipietz (1985: 120) von dem „äußeren Raum“ spricht, in dem die kapitalistische Akkumulation stattfindet, oder Hirsch von ihren „gesellschaftlichen Bedingungen“, die sie allein nicht garantieren kann, dann ist damit noch nicht gesagt, wie die unterschiedlichen „gesellschaftliche Bedingungen“ jeweils auf die Akkumulation bezogen sind und auch nicht, wie dieser Bezug genau aussieht. Die Metaphern vom 'äußeren Raum', vom 'glücklichen Fund', oder von der 'Landnahme' lassen genau diese Fragen offen und sind für die Analyse des Zusammenhangs von Kapital- und Geschlechterverhältnissen mit ihren weitreichenden politischen Folgen unzureichend. Es fehlt nach wie vor eine genauere Analyse dessen, wie und wieweit die Geschlechterverhältnisse vom Kapitalverhältnis durchdrungen werden (und umgekehrt), was sie bewegt und wie Eigendynamiken ins Spiel kommen, die sie einer Landnahme entziehen, aber auch nicht 'außen vor' lassen, also das Bemühen, die genaue Struktur ihrer Verwobenheit zu entschlüsseln. Das wird umso schwieriger, je umfassender die verschiedenen Dimensionen der Geschlechterverhältnisse einbezogen werden, die die vorgegebenen Kategorien der politischen Ökonomie überschreiten. Mit einer Erweiterung der institutionellen Formen, die sich vor allem auf die Verteilung von Arbeit stützt, ist es da noch nicht getan. Es geht eben nicht nur um „den partiellen Ausschluss von der Ausbeutung und der damit verbundenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung“ (Kohlmorgen 2004: 47), sondern gleichermaßen um die Konstitution von Geschlechterbeziehungen und -bindun-

11 Vgl. dazu die Kritik Kohlmorgens an Hirsch (Kohlmorgen 2004: 51).

gen, um die symbolische Ordnung der Körper und ihrer Sexualität und Generativität. Die Hausarbeitsdebatte Ende der siebziger Jahre hat diese enge Verknüpfung von ökonomischen, psycho-sozialen und symbolischen Aspekten zumindest angesprochen, ohne bei der Analyse dieses komplexen Zusammenhangs besonders weit gediehen zu sein. Immerhin war der aus ihr hervorgegangene Begriff der 'Beziehungsarbeit' nicht einfach als ein weiterer Typus von Arbeit gemeint, sondern in ihm steckte mehr als in anderen Arbeitsformen der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Zumutungen und antikapitalistischem Widerstand, der bei seiner breiten Rezeption leider verloren gegangen ist.

Wenn es die Regulationstheorie mit ihrem Projekt ernst meint, das Akkumulationsregime im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse und Antagonismen zu analysieren, dann kann sie sich nicht ausgerechnet bei den Geschlechterverhältnissen mit der ungleichen Verteilung von Arbeit begnügen.

Hausarbeit in der feministischen Theoriedebatte

Die Hausarbeitsdebatte im engeren Sinn war jedoch nicht nur als eine Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie-theorie und der marxistischen Theorie zu verstehen, sondern sie hatte ihre empirischen Grundlagen im Fordismus der 1960er und 1970er Jahre, der 'die Hausfrau' gesellschaftlich verallgemeinert hatte. Und es war aus heutiger Sicht eine ihrer Schwächen, dass sie zwar den historischen Charakter dieser Arbeit für ihre Entstehungsgeschichte herausgearbeitet, jedoch zu wenig auf die weitere Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise bezogen hat. Es war vor allem die fordistische Warenwelt, auf die der Hausarbeitsansatz mit der These antwortete, dass es der Arbeit einer Hausfrau bedarf, um jene in die Regeneration der Arbeitskraft und in ein Leben jenseits von Arbeit zu verwandeln. Veränderungen in der Beschaffenheit dieser 'Waren', die inzwischen 'eigenmächtig' auf ihre Kunden zustreben, und der Aufschwung der personenbezogenen Dienstleistungen als Kompensation für einen verstärkten Einzug der Frauen in die Lohnarbeit und als Anlagebereich des Kapitals (Chorus 2013) machen deutlich, dass die private Hausarbeit im Gesamtzusammenhang der Reproduktion mit seinen inneren Verschiebungen und Transformationen zu betrachten ist. Dabei sollten jedoch nicht ihre besonderen Bedingungen und die

Widerstände, die sie einer Auflösung in öffentliche oder kommerzielle Dienstleistungen entgegen setzt, aus dem Blick geraten.

In den 1980er Jahren ist die Hausarbeitstheorie nicht zuletzt aufgrund der oben genannten Beschränkungen sowie aufgrund der Missverständnisse rund um die Forderung nach 'Lohn für Hausarbeit' in den Hintergrund getreten. Hinzu kommt die Dynamik der Frauenbewegung und der feministischen Theorie, die den Begründungs- und Legitimationszusammenhang der marxistischen Theorie nach und nach verließ und auf eine immer radikalere Infragestellung des Subjekts feministischer Theorie und Politik zusteuerte. Auch wenn die Grundthese des Hausarbeitsansatzes, dass die Hausarbeit als Arbeit an der Reproduktion der Arbeitskraft ein unverzichtbarer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise und mittelbar in die Produktion von Mehrwert integriert ist, als Hintergrund vieler Arbeiten erhalten blieb, nahm die Diskussion schon bald Abstand von der einheitlichen Kategorie der 'Hausfrau', und es wurden in der Folgezeit eher Wechselwirkungen zwischen weiblicher Lohn- und Hausarbeit, ihre sozialstaatliche Regulierung und ihre Einbindung in die internationalen Ausbeutungsverhältnisse zum Thema. So plädierten schon Ende der 1970er Jahre die Bielefelder Sozialwissenschaftlerinnen Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies für die Ausweitung des Blicks über Europa und die USA hinaus und nahmen mit ihrer (etwas unglücklich formulierten) These von der 'Hausfrauisierung' spätere Analysen zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Postfordismus vorweg. (von Werlhof 1978 und 1984, Bennholdt-Thomsen 1983, Mies 1989)

Der Hausarbeitsansatz trug gerade auf Politikfeldern Früchte, die – wie die Analyse der Sozialpolitik – lange Zeit ohne den Bezug auf die Geschlechterverhältnisse ausgekommen waren. So hatte sich, wie Langan/Ostner und Lewis/Ostner zeigen konnten, etwa die Typologie der Sozialstaaten ausschließlich auf die Dimension der Kommodifizierung/Dekommodifizierung von Lohnarbeit konzentriert, obwohl sozialstaatliche Regime immer – wenn auch auf unterschiedliche Weise – auf die unbezahlte familiäre Arbeit von Frauen rekurren. Erst die Erweiterung um die Dimension der Reproduktionsarbeit und ihre Einbettung in hierarchische Geschlechterverhältnisse hat deutlich gemacht, dass Sozialstaatsanalysen über die duale Konstruktion von Kapital/Arbeit und Staat hinausgeführt und im Dreieck mit der Ordnung der Familie und

der Geschlechterverhältnisse analysiert werden müssen. (Langan/Ostner 1991, Lewis/Ostner 1994)

Die Hausarbeitsdebatte verlangte und ermöglichte vor allem einen neuen Blick auf die Lohnarbeit von Frauen. Die in den Folgejahren durchgeführten Studien zur weiblichen Erwerbsarbeit machten deutlich, dass deren anhaltende hierarchische Struktur qua Geschlecht mit den gesellschaftlichen Widersprüchen und Hierarchisierungen zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeiten in Zusammenhang gebracht werden muss: sei es dass Frauen nach wie vor schlechter bezahlt werden, weil sie einen 'Ernährer' zuhause haben (oder haben sollten), weil ihre Fähigkeiten oder Tätigkeiten als 'haushaltsnah' und deshalb 'unqualifiziert' entwertet werden, ihnen andererseits bestimmte Tätigkeiten zugewiesen werden, die sie für ihre 'zweite Schicht' im Haushalt und ihre Unterordnung in der Familie 'qualifizieren', oder sich ihre Reserve gegenüber den Zumutungen der Lohnarbeit aus ihren Kontrasterfahrungen in den relativen Freiräumen der Familie speist. (Eckart, Jaerisch, Kramer 1979, Becker-Schmidt, Knapp, Rumpf 1981, Becker-Schmidt 1982, Beck-Gernsheim 1980, Eckart 1990)

Die Interdependenz von Produktions- und Reproduktionsbereich schlägt sich nach Regina Becker-Schmidt u.a. in der doppelten und widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen nieder, die nicht nur innerhalb der Lohnarbeit den Widerspruch von Entfremdung und Anerkennung und in der Familienarbeit den zwischen Entwertung/Isolierung und größerer Selbstbestimmung/Gebrauchswertorientierung erfahren, sondern darüber hinaus auch den widersprüchlichen Anforderungen von Familien- und Lohnarbeit gegenüber stehen. Es ist also nicht nur eine Doppelbelastung, die berufstätige Frauen mit Familienpflichten bedrängt, sondern es ist die Widersprüchlichkeit der Erwartungen und Belastungen, das Ineinander von Disziplin und Effizienz im Dienste der Mehrwertproduktion einerseits und der Empathie, Geduld und Zuwendung im Dienste der Heranbildung und Regeneration von Subjektpotentialen in der Familie andererseits. (Becker-Schmidt 1982) Was in dieser Interdependenzanalyse in der Folgezeit allerdings in den Hintergrund getreten ist, sind die Inhalte der Hausarbeit, also das, was die Kontraste der 'Kontrasterfahrung' und die Dimensionen der Ambivalenzen und Inkonsistenzen ausmacht. Wenn der Kapitalismus nicht einfach auf Disziplinierung und Unterwerfung setzt, sondern auf eine 'innere Vergesellschaftung' angewiesen ist, dann ist

Hausarbeit zuallererst Arbeit an diesem Prozess. Es sind eben nicht nur die mit der Rezeption von Foucault, Gramsci und der Regulationstheorie in die Debatte eingeführten politischen und kulturellen Institutionen, die herrschenden Diskurse und die symbolische Ordnung, die die Einbindung der Subjekte in die kapitalistische Wirtschaftsweise jenseits von Zwangsbewerkstelligen, sondern es ist zunächst einmal die Arbeit von Haus-‘Frauen’ (es könn(t)en auch Männer sein), die Grundqualifikationen gesellschaftlichen Handelns zu entwickeln und zu erhalten, und die Familienmitglieder in die Lage zu versetzen, auch mit Entfremdung und Unterordnung produktiv, d.h. nicht selbstdestruktiv umzugehen. Und diese Dimension von Hausarbeit bleibt in der aktuellen Debatte um Care und eine ‘Krise der Reproduktion’, die in vielerlei Hinsicht an die Hausarbeitsdebatte der 1980er Jahre anknüpft, weitgehend unberücksichtigt und ist auch mit dem neueren Begriff der ‘affektiven Arbeit’ nicht adäquat erfasst.

Hausarbeit und Care

Der Care-Ansatz verlagert die Debatte einerseits auf eine normative Ebene und konzentriert sich andererseits auf bezahlte Arbeit im Haushalt.

Die normative Variante enthält in Umrissen einen Gesellschaftsentwurf, der die wechselseitige Sorge füreinander zum entscheidenden Movens gesellschaftlichen Zusammenhalts macht. Dahinter steht die Kritik an einem männlichen Subjektentwurf, der in einer Art „privilegierter Verantwortungslosigkeit“ (Tronto) darauf baut, Fürsorge selbstverständlich in Anspruch nehmen zu können, sie jedoch nicht selbst zu praktizieren. (Eckart 2000: 20) In dieser Gegenüberstellung erscheint Care im Sinne von Fürsorge und Fürsorglichkeit jedoch schnell nicht nur als Korrektiv gegenüber einem einseitigen und fiktiven Gesellschaftskonzept, sondern es wird der Eindruck erweckt, als ob sich gesellschaftlicher Zusammenhalt ausschließlich auf eine verallgemeinerte fürsorgliche Praxis stützen könne. Demgegenüber verweist die Einbettung der Fürsorglichkeit in den komplexen Zusammenhang kapitalistischer Reproduktion, wie er von der Hausarbeitsdebatte angesprochen wurde, darauf, dass Care im Zusammenhang mit anderen Modalitäten sozialer Kohäsion wie Solidarität, aber auch mit weniger fürsorglichen Praktiken wie Ausbeutung, Machtausübung, Konkurrenz, Streit und

Kritik zu denken ist. Insofern sich die Care-Ethik aus der Kritik der kapitalistischen 'Sorglosigkeit' entwickelt hat, trägt sie noch die Spuren ihres kapitalistischen Zuschnitts. Deswegen ist es problematisch, ihre normativen Gehalte umstandslos als Alternative zu setzen. Zumindest bedarf es einer genaueren Diskussion der Beschränkungen und auch der spezifischen Machtstrukturen, die in der Sorgearbeit wirksam werden. Auch hier ist der Blick auf die Hausfrauenarbeit und die Analyse mütterlicher Machttechniken nützlich, nicht zuletzt um die Differenz zwischen bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit genauer zu bestimmen.

Die politisch-ökonomische Variante der Care-Theorie bezieht sich fast zur Gänze auf eine Analyse professioneller Care-Arbeit im Haushalt und außerhalb, ohne dass diese Differenz wirklich thematisiert würde. Hintergrund für diese Verschiebung des Schwerpunktes ist das Ende des Fordismus, das der fordistischen Hausfrau den Garaus gemacht hat, nicht jedoch den theoretischen Problemen des Zusammenhangs von Produktion und Reproduktion im postfordistischen Kapitalismus.

Auch in Silke Chorus' Arbeit über Care-Ökonomie, deren Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischer Produktionsweise und Reproduktionsarbeit weit über die unausgeführten Thesen der Hausarbeitsdebatte der 1980er Jahre hinausgehen (Chorus 2013), bleiben die privat erbrachte unbezahlte Hausarbeit und damit auch die besonderen Inhalte des Sorgens ein wenig thematisierter Ausgangspunkt. Ihr geht es primär um eine integrale Perspektive, die Produktion und Reproduktion als miteinander artikuliert gesellschaftlich strukturierte Prozesse begreift und in einen umfassenden Prozess der sozialen Reproduktion einbettet. (ebd.: 83) Im Zentrum steht aber die zunehmende Kommodifizierung von Care als Folge von Veränderungen in der politischen Regulation des globalen Kapitalismus. (ebd.: 15)

Zwar stellt sie fest, dass „ein großer Teil der Care-Arbeit weiterhin so stattfindet, wie es in den Zeiten des fordistischen Modells – männlicher Ernährer und fürsorgende Hausfrau – auch der Fall war: über unbezahlte, häufig von Frauen geleistete Care-Arbeit, die 'aus Liebe' getan wird“ (Chorus 2013: 14), aber die spezifische Qualität der Arbeit ist im folgenden Text kaum noch Gegenstand der Analyse. Und sie rechnet sie mit Hirsch den ‚nicht-kapitalistischen Produktionsweisen‘ zu, ohne die der Kapitalismus sich nicht reproduzieren könnte, aber „die kontradiktorische Funktionslogik“

(2013: 86) bleibt merkwürdig unbestimmt. Da geht es um die „Sicherung der menschlichen Existenz“ oder, im Kontext der *Feminist Global Political Economy*, um „biological reproduction of the species“ (zitiert nach Chorus 2013: 78) oder um „maintenance of life on a daily basis and intergenerationally“ (so Laslett/Brenner 1989, zitiert nach Chorus 2013: 79), als hätte die Handlungslogik von Care/Hausarbeit nun wiederum gar nichts mit dem Kapitalismus zu tun und bezöge sich wirklich auf 'existentielle Probleme'. Aber wenn Reproduktionsarbeit in einem umfassenden Sinn, wie Laslett/Brenner weiter schreiben, „mental, manual and emotional work“ einschließt, „aimed at providing the historically and socially as well as the biologically defined care, necessary to maintain existing life and to reproduce the next generation“ (Laslett/Brenner 1989, zitiert nach Chorus 2013: 80), dann sind die entsprechenden normativen Vorgaben und Praxen ebenfalls 'kapitalistisch'. Und der Widerspruch kann nicht zwischen einer vor- oder antikapitalistischen und einer kapitalistischen Handlungslogik aufgemacht werden oder zwischen der Kapitalakkumulation und dem 'ganz Anderen' von Care sondern er ist in *unterschiedlichen Registern der kapitalistischen (Re-)Produktionsweise* auszumachen und ihre Widersprüche und Widerstandsmomente müssen innerhalb eines weiten Begriffs von kapitalistischer Produktionsweise angesiedelt werden, innerhalb derer die Produktion wie die Reproduktion (im engeren Sinn) ihre eigenen Widersprüche hervortreiben. In der Reproduktion ist es vor allem die alltägliche Vorbereitung für sowie der Widerstand gegen die Zurichtung des Menschen auf eine kapitalistisch verwertbare Arbeitskraft, der zwar an vielen gesellschaftlichen Orten stattfindet, aber in der privaten Hausarbeit, die mit Wünschen nach Rückzug, Bindungen und Freiheit aufgeladen ist, besonders deutlich hervortritt.

Die aktuelle Konzentration auf die Kommodifizierung von Care hinterlässt eine Lücke im 'Rücken' der Analyse hinsichtlich der familialen Care-Arbeit und *ihrer* Veränderungen im postfordistischen Kapitalismus. Die Verallgemeinerung des Modells einer flexibilisierten, ständig einsetzbaren, aus allen engeren sozialen Zusammenhängen freigesetzten Arbeitskraft erzeugt ja nicht nur den Bedarf zur Umverteilung der ehemals von der fordistischen Hausfrau geleisteten Arbeit und ihre Verlagerung auf ein Ensemble von formellen wie informellen Hausarbeiterinnen, wie es Chorus sehr überzeugend in dem Zusammenspiel mit veränderten Gender-

Wohlfahrts- und Migrationsregime in den USA darstellt, sondern es ist zu erwarten, dass sich mit den gestiegenen Ansprüchen an Flexibilität und Ablösung auch der Bedarf selbst verändert. Damit stehen dann all die ungelösten theoretischen Probleme wieder zur Diskussion, die die Hausarbeitsdebatte in den 1980er Jahren liegen gelassen hatte: wie verbinden sich die materiellen und die psycho-sozialen Elemente der Hausarbeit miteinander? Wie weit lässt sich die Hausarbeit professionalisieren, ohne ihre Arbeit an der Subjektivierung zu gefährden? Wie lässt sich die Differenz zwischen der Reproduktion von Arbeitskraft und dem Kampf um ein 'eigenes Leben' in der Hausarbeit und unter entsprechend modifizierten Bedingungen auch in der professionellen Care-Arbeit genauer bestimmen? Antikapitalistisches Potential ist ja in den theoretischen wie in den politischen Überlegungen des Marxismus immer nur den 'produktiven' Arbeitern zugesprochen worden, und der 'Kampf um ein besseres Leben' ist eigentlich erst mit den ökologischen Krisenerscheinungen aufgegriffen worden.

Eine Überlegung zur inneren Dynamik privater Care-Arbeit lässt sich aus der alten Diskussion immerhin heranziehen. Über die Entwicklungsperspektive der Hausarbeit heißt es in den „Thesen zur Hausfrauenarbeit“ (Kontos/Walser 1978), dass ein zunehmendes Eindringen von Waren und Dienstleistungen in den privaten Haushalt den Zusammenhang von materiellen und psycho-sozialen Sorgeleistungen lockert und eine Art Professionalisierung letzterer anschiebt, die sich an der Inflation der Ratgeberliteratur und der Popularisierung der Ergebnisse von Soziologie, Sozialpsychologie und Psychoanalyse ablesen lässt. (vgl. die Thesen 10 und 11, Kontos/Walser 1978: 79)

Diese These lässt sich auf den neoliberalen Druck auf die familiäre Reproduktion verlängern. 'Satt und Sauber' genügt schon lange nicht mehr, aber um die allseits beweglichen Subjekte des Postfordismus hervorzubringen, braucht es eine Arbeitskraft, die sich die psycho-soziale Regeneration und Stabilisierung ihrer 'Angehörigen' explizit zur Aufgabe macht, räumliche Distanzen und periodische Trennungen überbrückt, die komplizierten Beziehungsmuster von Patchwork-Familien zusammenhält und all das mit dem Anspruch an eine eigene flexibilisierte Berufstätigkeit verbindet. Es sind diese Entwicklungen, die materielle und psycho-soziale Dimensionen der Hausarbeit noch weiter auseinandertreiben und die Delegation der Satt-und-Sauber-Dienste an bezahlte Hausarbeitskräfte mit ihren

sozialen Spaltungen zwischen Frauen ermöglichen. Das heißt nicht, dass nicht auch in den einfachen Haushaltsarbeiten psycho-soziale Dimensionen enthalten sind. Ein verdrecktes Spülbecken und eine verdreckte Toilette vermitteln das Gefühl von Verwahrlosung, und das ist gerade für das prekäre postfordistische Subjekt unerträglich. Aber im Postfordismus zieht sich die materielle Care-Arbeit zunehmend aus den Alltagsvollzügen zurück und überlässt diese dem Markt (*fast food*) oder den kommerziellen Dienstleistungen, während sich die Verknüpfung von materiellen und psycho-sozialen Diensten auf besondere Anlässe konzentriert: das besondere Essen, die Sorge um die gesunde Ernährung, die wechselnde Dekoration des Heims nach Jahreszeit – kurz: das Familienleben als Folge psycho-sozialer 'Events'.

Aber die Verantwortung und der Überblick, also die psycho-sozialen Leitungsfunktionen der Familie verbleiben bei einer 'Hausfrau', auch wenn ihr Geschlecht nicht immer so eindeutig bestimmt sein mag wie früher. Sie verteilt und integriert die häuslichen und außerhäuslichen kommodifizierten Zuarbeiten, hat die familialen Beziehungen im Blick und organisiert in Krisensituationen professionelle Hilfe von außen, wie die Komm-Strukturen von psychologischen Diensten, Familienberatungsstellen und anderen Angeboten der sozialen Arbeit zeigen (zu dieser Integrationsleistung siehe Laura Balbo schon 1984).

Dekonstruktion politischer Subjekte

Dieser Verlust des Zusammenhangs von materieller Hausarbeit und 'Beziehungsarbeit' macht aber auch deutlich, dass zwischen der Hausarbeitsdebatte und der aktuellen Debatte über eine 'Krise' der Reproduktion' theoretische Brüche liegen, die bislang kaum thematisiert wurden. Es ist ja nicht nur die Namensänderung von der Hausarbeit zur Sorgearbeit (Care), die die Differenz ausmacht. Ging es zunächst darum, die Reproduktionsarbeit überhaupt als eine relevante Kategorie in den damals hegemonialen theoretischen Kontext der Linken einzuführen, so steht dieser Kontext angesichts der Schwierigkeiten, die fordistisch/postfordistische Krise und die aktuellen Reorganisationsformen zu verstehen, selbst unter Druck. Die Öffnung der marxistischen Theorie gegenüber politischen und kulturellen 'Vermittlungen' schafft zwar Raum für die feministische Kritik an der Ausblendung der

Reproduktionsarbeit. Allerdings ist damit durchaus Gefahr einer erneuten Verengung auf eine wenn auch erweiterte Ökonomie verbunden, wie sie in einem Teil der Care-Debatte mit ihrer Konzentration auf bezahlte Sorgearbeit zu beobachten ist. (vgl. dazu die Kritik von Dück 2014 sowie Demirović/Maihofer 2013)

Aber es gibt auch Brüche im feministischen Theoriekontext, die sich in bestimmten Varianten der erneuten Theoretisierung von Reproduktionsarbeit niederschlagen. Wenn nämlich die gesellschaftlichen Subjekte, die diese Arbeit ausüben, nicht mehr als Handelnde begriffen werden können, sondern in erster Linie als Effekte von Herrschaftsverhältnissen und der Konstruktion von hierarchisierten Differenzen, dann verschwindet auch die Arbeit von Frauen als Arbeit an der 'Subjektivierung' im Sinne einer inneren Vergesellschaftung, oder der Generierung und Regenerierung gesellschaftlich handlungsfähiger Subjekte. Dieses Projekt ist nicht als Rekurs auf ein autonomes, harmonisch integriertes Subjekt misszuverstehen. „Das Subjekt ist eine dezentrierte, diskontinuierliche Struktur. Was mit der neoliberalen Reorganisation der kapitalistischen Lebensweise den Individuen zugemutet wird, ist eine weitere Stufe dieser Art von Verletzung und Dezentrierung.“ (Demirović 2010: 169) Die familiäre Hausarbeit steht im Zentrum dieser krisenhaften Reproduktion von Subjektivität, primäre Adressatin der humanwissenschaftlich-technischen Apparate, die das prekäre Subjekt immer wieder neu an die kapitalistische Produktionsweise binden.¹² Aber gerade der aktive Umgang mit derart invasiven Herrschaftsformen verlangt Subjekte, die Handlungsfähigkeit entwickelt haben und in ihrer Reaktion auf die Gesellschaft nicht selbstdestruktiv agieren. Wenn der Mensch als „das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ verstanden wird (Marx in den Thesen über Feuerbach, MEW 3: 6) und die kooperative Praxis als der Weg zur Überwindung von Herrschaft, dann muss die soziale Bindungsfähigkeit, die eine solche Praxis voraussetzt, entwickelt und erhalten werden.

12 Eine der überzeugendsten Anrufungen dieser Art findet sich in einer Anzeige der Apotheken-Umschau im STERN, Nr. 30 vom 17.7.2014, wo es heißt: „Mutter ist der Familienminister. Der Finanzminister. Der Gesundheitsminister. Das alles in einer Person. Geballte Kompetenz. Zu ihren wichtigsten Beratern zählen die Apotheken und die Apotheken-Umschau.“

Nur wenn relativ stabile emotionale Bindungen als Kernelemente von Subjektivität nicht mehr im Spiel sind, kann in der Care-Debatte ein völlig entleerter Begriff von 'affektiver Arbeit' auftauchen, der Affekte von der Herstellung und Erhaltung sozialer Bindungen abkoppelt.¹³ Während in der alten Debatte die 'Beziehungsarbeit' darauf gerichtet war, über die Internalisierung stabiler sozialer Beziehungen Grundqualifikationen sozialen Handelns zu entwickeln und zu erhalten, ist hier die Rede von der „Zirkulation von Affekten“, die als „Ergebnis von energetischen Kreisläufen“, so Gutiérrez Rodríguez (2014: 78f.) unsere Körper durchdringen. Die Ablösung der Affekte von 'Subjekten', ihre Transmission und Zirkulation in Räumen (Gutiérrez Rodríguez 2014: 78) entzieht ihnen das Handlungspotential, auf das die alte Hausarbeitstheorie abzielte, sowohl hinsichtlich der unverzichtbaren und anspruchsvollen Inhalte der Tätigkeit von Hausfrauen als auch hinsichtlich ihrer politischen Widerständigkeit, denn woraus soll denn der Widerstand gegen die kapitalistische Zurichtung kommen, wenn nicht aus einem Subjekt, das mehr im Kopf und im Herzen hat als die Herrschaftsverhältnisse, die es bedrängen?

In einem weniger radikalen Sinn entspricht die Dekonstruktion politischer Subjekte allerdings durchaus den Intentionen der Hausarbeits- und auch denen der gegenwärtigen Care-Debatte, insofern politische Subjekte und ihre Interessen und Identitäten nicht auf gegebene Positionen zurückzuführen sind, sondern über veränderbare Kontexte und Konstellationen erschlossen und flexibilisiert werden müssen. Das erfordert im Sinne von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zuallererst eine radikale Erweiterung der Marxschen Theorie, die die Zentralität der gesellschaftlichen Konflikte um die 'Produktion' im engeren Sinn und die Engführung des 'revolutionären' Potentials auf die Stellung im Produktionsprozess insgesamt aufgibt und von einer Vielfalt von Antagonismen und Kämpfen ausgeht, für die es kein Zentrum und keinen dichotomisch strukturierten politischen Raum gibt. Eine solche Öffnung ist auch mit Gramscis Hegemoniebegriff noch nicht abgedeckt: „Haben wir einmal die ontologische Ebene verworfen, die Hegemonie als Zentrum des Sozialen ... einschreiben würde, ist es offensichtlich unmöglich,

13 Die Ablösung der Affekte von sozialen Bindungen findet sich schon bei Michael Hardt und Antonio Negri, die von der „Erzeugung und Handhabung von Affekten“ reden. (2000: 304)

die Idee von der Einmaligkeit des hegemonialen Knotenpunktes aufrechtzuerhalten. Hegemonie ist ganz einfach ein politischer Typus von Beziehung, eine Form von Politik, aber keine bestimmbare Stelle innerhalb einer Topographie des Gesellschaftlichen.“ (Laclau/Mouffe 1991: 198)

Mit einer solchen Verwerfung auch der Formel von der ‘letztsinstanzlichen Determinierung durch die Ökonomie’, die die Lockerungsübungen der marxistischen Theorie lange Zeit bestimmt hat, wäre dann auch den geschlechter-hierarchisierenden Effekten anti-kapitalistischer Politik, die in der gesellschaftlichen und politischen Entwertung des Reproduktionsarbeit steckt, der Boden entzogen; gleichermaßen aber auch einer Umkehrung der Verhältnisse, die nunmehr den Reproduktionsbereich zum archimedischen Punkt erklärt, aus dem sich der „Umsturz der Gesellschaft“ (so der alte Titel von Dalla Costa/James 1973) entwickeln könnte.

Die prinzipielle Offenheit des Sozialen öffnet den Raum für eine ‘autonome’ Entwicklung unterschiedlicher politischer Akteure. Genau diese Autonomie ist von der neuen Frauenbewegung gegen vielfältigen Widerstand vor allem aus der ‘neuen Linken’ in den 1970er und 1980er Jahren in Anspruch genommen worden und hat zu einer Fülle von Themen und Initiativen geführt, die sich von der alten Debatte um das Verhältnis von Sozialismus und Feminismus abgewandt und völlig neue Politikfelder, aber auch Ausdifferenzierungen und Spaltungen hervorgebracht haben. Politische Autonomie signalisiert jedoch keine vorgegebene Distanz zu anderen Bewegungen, und sie garantiert vor allem keine Dauer. „Wenn diese (politischen) Identitäten von bestimmten präzisen sozialen und politischen Existenzbedingungen abhängen, kann Autonomie selbst nur in Form eines umfassenderen hegemonialen Kampfes verteidigt und entwickelt werden. Die feministischen oder ökologischen politischen Subjekte zum Beispiel sind bis zu einem gewissen Punkt *wie jede andere soziale Identität* flottierende Signifikanten, und es ist eine gefährliche Illusion zu meinen, dass sie ein für allemal gesichert sind, und das Terrain, das die diskursiven Bedingungen des Auftauchens bildete, nicht untergraben werden kann.“ (Laclau/Mouffe 1991: 200) Die Vereinnahmungs- und Ausgrenzungsprozesse des Postfordismus gegenüber der neuen Frauenbewegung, aber auch die Migration ihrer Themen und ihre selektive Einbindung in neoliberale Kontexte sind hierfür ein lehrreiches Beispiel. (vgl. dazu Kontos 1991, 2004) Auch die gerade ausgerufenen ‘Care-Revolution’ sollte

sich weder auf die Eigenlogik ihrer neuen Perspektive verlassen, noch sie allzu schnell in einer erweiterten Ökonomie aufgehen lassen.

Literatur

- Balbo, Laura (1984): Crazy Quilts. Gesellschaftliche Reproduktion und Dienstleistungsarbeit, in: Kickbusch, Ilona, Riedmüller, Barbara (Hrsg.), Die armen Frauen, Frauen und Sozialpolitik, Frankfurt, S. 179-200.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1980): Das halbierte Leben, Frankfurt.
- Becker-Schmidt, Regina (1982): Lebenserfahrung und Fabrikarbeit, in: Sonderheft Materialien zur Industriosozilogie der KZfSS, S. 297-312.
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli/Rumpf, Mechthild (1981): Frauenarbeit in der Fabrik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd.14, S. 52-74 Frankfurt.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (1983): Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 9/10, S. 207-222.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft, Beiträge zur ersten Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin, S. 118-199.
- Chorus, Silke (2013): Care-Ökonomie im Postfordismus, Münster.
- dalla Costa, Maria Rosa/James, Selma (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin.
- Demirović, Alex (2010): Krise des Subjekts – Perspektiven der Handlungsfähigkeit. Fragen an die kritische Theorie des Subjekts, in: Demirović, Alex/Kaindl, Christina/Krovoza, Alfred (Hrsg.): Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation, Münster. S. 147-173.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea (2013): Vielfachkrise und die Krise der Geschlechter-verhältnisse, in: Heilmann, Andreas/Nickel, Hildgard M. (Hrsg.): Krise, Kritik, Allianzen, Arbeits- und geschlechter-soziologische Perspektiven, Weinheim/Basel, S. 30-48.
- Düch, Julia (2014): Krise und Geschlecht. Überlegungen zu einem feministisch-materialistischen Krisenverständnis, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 174, Jg. 44, Heft 1, S. 53-70.
- Eckart, Christel (1990): Der Preis der Zeit, Frankfurt.
- (2000): Zeit zum Sorgen. Fürsorgliche Praxis als regulative Idee der Zeitpolitik, in: Feministische Studien, Extraheft, 2000, S. 9-24.
- Eckart, Christel/Jaerisch, Ursula/Kramer, Helgard (1979): Frauenarbeit in Familie und Fabrik, Frankfurt.
- Gutierrez-Rodriguez, Encarnation (2014): Haushaltsarbeit und affektive Arbeit: über die Feminisierung und Kolonialität von Arbeit, in: PRO-

- KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 174, Jg. 44, Heft 1, S. 71-91.
- Heinsohn, Gunnar/Knieper, Rolf/Steiger, Otto (1979): Menschenproduktion, eine allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit, Frankfurt.
- Hirsch, Joachim (2001): Postfordismus. Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nikos, (Hrsg.), Die Zukunft des Staates, Hamburg, S. 171-209.
- Kontos, Silvia (1979): Die Partei kämpft wie ein Mann, Frankfurt.
- (1991) Von der Liebe über die Arbeit zum Umsturz der Gesellschaft? Zur Auseinandersetzung um die Hausarbeit, in: Eifler, Christine, Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau, Berlin.
- (2004): Brüche, Aufbrüche, Einbrüche, Die Frauenbewegung und ihre Vorgaben für eine kritische Gesellschaftstheorie, in: Beerhorst, Joachim/Demirović, Alex/Guggemos, Michael (Hrsg.), Kritische Theorie im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt., S. 427-451.
- Kontos, Silvia/Walser, Karin (1978) Überlegungen zu einer feministischen Theorie der Hausarbeit, in: alternative, Heft 120/121; auch in: Hausarbeit ist doch keine Wissenschaft, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 1, S. 66-80.
- (1979): ... weil nur zählt, was Geld bringt, Gelnhausen.
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht, Münster.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie, Wien.
- Langan, Mary/Ostner, Ilona (1991): Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat. Aspekte im internationalen Vergleich, in: Kritische Justiz, 24/1991, S. 302-317.
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies, Arbeitspapier 4/94 des Zentrums für Sozialpolitik der Univ. Bremen.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 58, Jg. 15, Heft 1, 109-137.
- Manthey, Helga (1978): Hausarbeit als theoretische Kategorie eines Emanzipationskonzepts von Frauen?, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 33, Jg. 8, Heft 4, S. 89-117.
- Metz-Göckel, Sigrid (1978): Frauenarbeit und weibliche Produktivität, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1, S.81-94.
- MEW 3: Marx-Engels-Werke, Bd. 3, Berlin.
- 23: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin.
- Mies, Maria (1989): Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich.
- Negri, Antonio/Hardt, Michael 2000, Empire, Frankfurt/New York.

- Ostner, Ilona (1978): Beruf und Hausarbeit, Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York.
- Rohwer, Goetz (1985): Die politische Ökonomie der Hausarbeit, in: Leviathan, Heft 2/1985, 187-211.
- Sichtermann, Barbara (1985): Gegen eine politische Ökonomie der Hausarbeit, in: Leviathan, Heft 2/1985, S. 212-218.
- Werlhof, Claudia von (1978): Frauenarbeit, der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 1, S. 18-40.
- (1984): Der weiße Mann versucht noch einmal durchzustarten. Zur Kritik dualwirtschaftlicher Ansätze in der neueren Diskussion über „die Zukunft der Arbeit“, den „informellen Sektor“ und eine „alternative Ökonomie“ oder: mit Orwell ins Paradies?, in: Kommune Heft 11, S. 61-70.
- Werlhof, Claudia von/Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1983): Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek.
- Zetkin, Clara (1960): Ausgewählte Reden und Schriften, 3. Band, Berlin.

Lutz Brangsch

Marxismus und Denken im Anschluss an Marx in der DDR – und deren ausstehende Kritik

Vorbemerkung

Der Beitrag bietet eine Sicht auf den Marxismus in der DDR, die von den eigenen Erfahrungen des Autors bestimmt ist. Insofern unterscheiden sie sich von Sichten anderer, die durch Alter, Spezialisierung, Familiengeschichte oder Sozialisierung andere Erfahrungen gemacht haben und auf andere Art Einblick in Diskussionsprozesse hatten. Um es vorweg zu nehmen: Die Erfahrung der DDR verweist darauf, dass ein akademischer Marxismus unmöglich ist. Seine Akademisierung und Intellektualisierung war in entscheidendem Maße Quelle seines Zusammenbruchs. Er scheiterte an der Unfähigkeit, die Forderung einzulösen, die Marx in der dritten Feuerbachthese formuliert: „Die materialistische Lehre, dass die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergisst, dass die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist. (z.B. bei Robert Owen.) Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“ (Marx 1981/1845: 5)

Der Zusammenbruch

Es ist fast schon ein Pflichtsatz – Marxismus in der DDR sei zur Herrschaftsideologie verkommen und habe somit ohnehin nichts beigetragen und für aktuelle Debatten nichts mehr zu bieten. Die hier unterstellte Homogenität hat allerdings so nie bestanden.

Die These verstellt zudem eine Reihe von Problemen, mit denen jegliches linke Denken in Übergangszeiten konfrontiert ist. Das Erstaunliche daran ist, dass allein in dieser Sichtweise die Sprechenden die Position der Kreise in der DDR einnehmen, für die Gesellschaftswissenschaft tatsächlich nicht mehr war als Legitimation und Ideologie. Gepaart mit Unkenntnis der Diskussionen in ihrer Breite wird somit der eine ideologische Standpunkt mit einem anderen ideologischen Standpunkt pariert. Freilich hat das wenig mit Wissenschaftlichkeit und noch weniger mit Marxscher Tradition zu tun. Es handelt sich auch keineswegs um eine Spezifik des DDR-Marxismus. Die jeweiligen Lesarten von Marx in der westlichen Welt wirkten für deren Anhänger nicht weniger identitäts- und legitimitätsbegründend, die damit verbundenen Ausschlüsse Anderer nicht weniger konsequent. Allerdings, und das ist das Wichtige, standen auch nach dem Ende der Praxis physischer Liquidierung unter Stalin die Maßregeln gegen Opponenten, wie Versetzungen an andere Institutionen, faktische Berufsverbote, Versetzung in die Produktion, Ausweisung, in deutlichem Gegensatz zum ansonsten proklamierten marxistischen Anspruch.

Die gegenseitigen Anwürfe und Abgrenzungen hinsichtlich der „richtigen“ Interpretation bzw. Fortführung des Marxschen Erbes zwischen Personen und Denkrichtungen, auch hier eine Analogie in beiden Richtungen, hatten ihre Wurzeln teilweise schon in den zwanziger Jahren und wurden in der Bewegung über die Generationen weitergegeben, wobei die folgende Generation den eigentlichen Anlass z.T. gar nicht mehr kannte. So ersetzte die Zuschreibung immer mehr die Kritik.

Viele ehemalige GesellschaftswissenschaftlerInnen aus der DDR teilen den Standpunkt, man habe nichts zur Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften beigetragen, und viele von ihnen haben die Marxsche Richtung, so sie überhaupt noch wissenschaftlich tätig sein konnten, verlassen. Eine Kritik des Marxismus in der DDR, die den Maßstäben von Marx selbst entsprechen könnte, ist mit seinem Verwerfen allein nicht geleistet. Das Verwerfen dieser Linie des Denkens und Handelns in Anschluss an Marx ist ein Ausweichen vor dem Problem des Umgangs mit Wissenschaft, wenn sie nicht mehr nur einer Bewegung, sondern tatsächlich der Gesellschaft materiell konkret verantwortlich wird, wenn Ergebnisse sich tatsächlich in Entscheidungen umsetzen können, die Millionen Menschen unmittelbar in ihrem alltäglichen Leben betreffen.

Dabei muss eine Ungenauigkeit mit in Rechnung gestellt werden. Zwar ist die Geschichte des an Marx anknüpfenden Denkens der DDR als akademische Geschichte vorbei, aber es lebt noch in den Anschauungen und in der Handlungsweise eines Teils der heute politisch (selten akademisch) Aktiven. Ein großer Teil der ostdeutschen PDS-Funktionäre und Aktiven verfügt über eine akademisch-marxistische Bildung oder hat sich in der einen oder anderen Weise im Rahmen verschiedener Formen politischer Bildung mit dem Marxismus befasst – oder befassten müssen. Freilich erfährt dieses Denken keine Ausformung als Schule oder als Identität, wie dies in den verschiedenen Spielarten des sog. westlichen Marxismus der Fall ist und auch in der DDR der Fall war. Es sei auch auf die dissidenten Strömungen verwiesen, deren Vertreter nicht den Weg einer Angela Merkel oder eines Joachim Gauck gegangen sind und auch 1989/90 schon völlig andere Vorstellungen zur Perspektive der DDR hatten. Die Marx-Rezeption von gemäßregelten Wissenschaftlern wie z.B. Bernd Gehrke, Thomas Klein oder des Kreises um den heutigen BasisDruck-Verlag, die 1989/90 kurzzeitig eine wichtige Rolle spielen konnten, hatte wirklich nichts mit Herrschaftsideologie zu tun. Gleichwohl waren sie Teil des DDR-Marxismus.

Die Breite des Weiterdenkens nach 1990 verweist bereits auf die innere Heterogenität dessen, was für die DDR als Marxismus bezeichnet wird. In fundierter Art und Weise untersuchte dies Herbert Wolf¹ 1994. Der „offizielle“ Marxismus stellte sich dar „in verschiedenen, überwiegend widersprüchlichen und teilweise sogar den proklamierten Zielen abträglichen Existenzformen (zugleich Funktionen) [...], die zwar einander bedingen, und dennoch sorgfältig unterschieden werden müssen, wenn man sich nicht verirren will“. (Wolf 1994: 14) Eine Kritik des „Marxismus in der DDR“ würde es erfordern, die neben dem von Herbert Wolf angesprochenen „offiziellen Marxismus“ (der für sich genommen schon hinreichend widersprüchlich ist) existierenden weiteren Lesarten des Marxschen Erbes in den Blick zu nehmen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Personen, erwähnt seien hier nur Gunther Kohlmei,

1 Herbert Wolf war in den sechziger Jahren einer der theoretisch-konzeptionellen Köpfe der Wirtschaftsreformen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Nach dem Abbruch dieses Prozesses lehrte er als Professor an der Hochschule für Ökonomie in Berlin (DDR).

Helmut Seidel, Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Robert Havemann, Peter Ruben, Rudolf Bahro, Thomas Klein oder Bernd Gehrke.

Fakt ist: Die massenhafte Verbreitung Marxscher Werke, ihr massenhaftes Studium, ihre Interpretationsversuche usw. erreichten keine Verankerung des Marxschen Emanzipationsanspruchs in der breiten Gesellschaft. Dieser („gelehrte“) Anspruch wurde im Moment der Krise 1989 nicht handlungsrelevant, sondern verwandelte sich für die einen in eine schöne, aber unpraktikable Weltanschauung, für die anderen bestätigte sich die Meinung, dass Marxismus an sich unpraktikabel sei – egal ob als Weltanschauung oder handlungsbegründende bzw. -unterstützende Wissenschaft. Das Dilemma wurde deutlich, als 1989/90 von den Akademikern erwartet wurde, dass sie nun aus den Schubladen ihre Konzepte holen sollten, die sie unter dem Druck „von oben“ bisher nicht hätten realisieren können. In der Krise des Realsozialismus kumulierten die Krise nicht nur der Verbreitung, sondern auch der Produktion von Wissen über die Gesellschaft und der Wege der Umsetzung dieses Wissens in Handeln. Betrachtet man Marxismus nun ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Art, wie diese Einheit von Wissen und Handeln versucht wurde herzustellen, dann ist er tatsächlich tot. Ohne eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Bereiche ist aber dieser Tod nicht zu erklären, so wenig, wie das skizzierte partielle Weiterleben einiger Bruchstücke. Um dies zu verstehen, muss man tatsächlich das Werden des Problems verstehen und bis in die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück blicken.

Die geschichtliche Seite

Für die Konstituierung des DDR-Marxismus war eine Reihe von Bedingungen maßgeblich, auf die hier nur skizzenhaft eingegangen werden kann. Die Traditionen und Strukturen der politischen Bildung der kommunistischen und sozialdemokratischen Strömungen waren 1945 – auch wenn noch aus der Erinnerung teilweise präsent – weitgehend gebrochen, linke TheoretikerInnen waren über die Welt zerstreut und wählten, so sie zurückkamen, nicht unbedingt die Sowjetische Besatzungszone oder die DDR. Stalinismus und Kalter Krieg, oft von faschistischen Stereotypen geprägtes Alltagsbewusstsein, die Präsenz bürgerlicher akademischer und kultureller Traditionen und religiös fundierte ideologische Muster wirkten mit den Versuchen der Etablierung einer

neuen, anderen Gesellschaft zusammen. Die Vorstellungen über dieses Andere waren vorerst diffus. Wenn es einen Konsens gab, dann den für Frieden und Normalität – was die Einzelnen darunter dann auch immer verstanden. Von den neuen Machthabern wurde erwartet, dass sie die Alltagsprobleme lösten – und sie erwarteten von sich selber, dass sie die Alltagsprobleme anders lösen könnten, als dies in einem bürgerlich-kapitalistischen Staat erfolgen würde. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre war der Sozialismus noch nicht „Tagesaufgabe“, eher Orientierung, wenn auch von der SED programmatisch fixiert und in Einzelbereichen praktisch vorangetrieben. Die angestrebte antifaschistisch-demokratische Ordnung sollte vor allem mit der Ausrottung der faschistischen Ideologie und der Besetzung der Führungspositionen durch AntifaschistInnen, ArbeiterInnen, linke Intellektuelle und antifaschistisch eingestellte bürgerliche Intellektuelle verbunden werden.² Justiz und Bildungssystem wurden, bei Nutzung überkommener Strukturen, mit neuen Personen besetzt, die den Strukturen auch einen neuen Inhalt geben sollten. Dieses „anders“, soweit es über die Beseitigung offensichtlich faschistischer Institutionen hinausging, war aber gegenüber den Massen erklärungsbedürftig. Warum sollte man sich für etwas engagieren, dessen Ausgang ungekannt, unsicher ist? Warum nicht die geläuterten oder sich geläutert gebenden alten Eliten wieder ans Ruder lassen, die doch das Geschäft beherrschten? Die Rede ist hier nicht vom Moment des Umsturzes des Alten, sondern von dem Danach, der Suche nach anderen eigenen Wegen. Dass der Umsturz im konkreten Fall nicht durch die Massen selbst bewerkstelligt wurde, mindert nicht die Allge-

2 Ausdruck dieser Phase des Suchens waren Anton Ackermanns Vorstellungen von einem „deutschen Weg zum Sozialismus“. (vgl. Ackermann 2005) Zudem war der Gedanke der deutschen Einheit und die damit notwendig verbundene Vorstellung einer bis dahin nicht gekannten Übergangsgesellschaft bis in die sechziger Jahre, selbst nach der Schließung der Grenzen 1961, im gesellschaftlichen Bewusstsein und im politischen Handeln (so in der Idee einer deutschen Konföderation) noch präsent. Das ist in diesem Zusammenhang wichtig, da es im Kern um die auch theoretische Frage ging, ob der Marxismus nur EINEN Weg zum Sozialismus kennt (das „Sowjetsystem“) oder verschiedene Wege möglich wären. Ackermann benannte als eine Ursache des Dogmatismus und Sektierertums in der KPD die Unterschätzung der nationalen Besonderheiten und plädierte für eine konsequente Analyse und Berücksichtigung dieser. (Hofmann 1996: 53)

meinheit der Fragestellung. Woran konnten sich also die, die neue Verantwortung übernahmen und die, die in ihrer gewohnten täglichen Arbeit ein neues Leben aufbauen wollten, gleichermaßen orientieren? Wobei auch noch zu berücksichtigen ist, dass nach zwölf Jahren Faschismus und dem stalinschen Terror der 1930er Jahre nur eine verschwindende Minderheit tatsächlich fundierte sozialistische/kommunistische Bildung besaß... Das Marxsche Denken bot sich in diesem Moment der Suche als Bezugspunkt an, weil es in erster Linie die Sinnhaftigkeit von Veränderungen grundsätzlicher Natur, die Möglichkeit des „Umwerfens“ aller bisherigen Knechtschaftsverhältnisse prinzipiell anerkannte und diese Möglichkeit auch begründete. Das Gefühl des Aufbruchs war in Anschluss an das aufzuhebende bürgerlich-humanistische Erbe in Kunst und Kultur, wie auch in der marxistisch geprägten Tradition der ArbeiterInnenbewegung begründet. „Brüder zur Sonne, zur Freiheit...“ (ein altes Kampflied der Arbeiterbewegung) oder „Denn es muss uns doch gelingen, dass die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint...“ (so in der Nationalhymne der DDR) waren nicht nur Lippenbekenntnisse. Sie waren für viele Menschen Ausdruck einer Hoffnung, einer Utopie, die immer in den Bewegungen der bis dahin Subalternen präsent war. Marxismus als Theorie war gewissermaßen das intellektuelle Pendant dieser Utopie.

Die Welt als veränderbar zu sehen, unter dem Gesichtspunkt ihrer Veränderbarkeit anzuschauen und sich selbst, unabhängig von der eigenen Stellung in der Gesellschaft, als Subjekt der Veränderung zu sehen, machte und macht die weltanschauliche Qualität des Marxschen Denkens aus. Weltanschauung, Theorie und Praxis fallen in diesem entscheidenden Punkt zusammen. Dieses Zusammenfallen machte schon die Attraktivität der Marxschen Vorstellungen in der jungen Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts aus. Der Marxismus formte sich nicht akademisch (das konnte er auch gar nicht), sondern in ganz praktischen Auseinandersetzungen vor allem der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts. Persönlichkeiten wie Antonio Labriola, die unmittelbar als praktizierende Akademiker zur Marxschen Tradition kamen, waren eher die Ausnahme. Vielmehr musste sich die Marxsche Denkrichtung oft gegen den akademischen Betrieb sowie akademische Marx-Interpretationen oder -Kritiken durchsetzen. Das Engagement als Sozialdemokrat Marxscher Richtung war mit einer akademischen Karriere unver-

einbar. Der entstehende Parteiapparat und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion formierten sich zu einem wachsenden Teil aus akademisch gebildeten Funktionären, denen allerdings die Marxsche Theorie oft fremd blieb (vgl. Schröder 1976). Bereits in einer frühen Phase der Entwicklung der sozialdemokratischen, d.h. damals kommunistischen ArbeiterInnenbewegung wird durch die Organisationsweise, also die Rolle der 'einfachen' Mitglieder, der Funktionäre, Redakteure der Parteizeitungen und schließlich der Parlamentarier, durch die Schaffung von Möglichkeiten oder von Barrieren für einen gemeinsamen Prozess der Rezeption und Weiterentwicklung der Marxschen Vorstellungen deren Wirksamkeit und Entwicklungsfähigkeit bestimmt. Dies erklärt auch, warum für Rosa Luxemburg die Einheit von täglichem Kampf, innerparteilicher Demokratie, Bildungsarbeit und Wissenschaft so wichtig war. (vgl. Brangsch 2011: 99ff.)

Historisch war es nicht zuletzt auch der Widerstreit mit den religiösen Welterklärungen – die seit Anfang des 19. Jahrhunderts sich unzweideutig in das Bündnis von Thron und Kirche einordneten – und die frühen sozialreformerischen Anschauungen (darunter auch die des in der jungen ArbeiterInnenbewegung sehr einflussreichen Lassalles), die eine alternative Verknüpfung von Theorie und Weltansicht schlichtweg provozierten. Die Verbreitung des Marxismus als Weltanschauung war so nicht einfach Ergebnis von Propaganda. Propaganda kann nur erfolgreich sein, wenn es einen Grund für die Adressaten gibt, sie als ihre Weltanschauung verändernd zu rezipieren.

Diese aus der Praxis sozialer Kämpfe hervorgehende, spezifische Einheit von Theorie und Weltanschauung war dann auch später noch für die Generation, die die Politik der frühen DDR maßgeblich prägte (Ulbricht, Pieck etc.), selbstverständlich.³ Genauso selbstverständlich war für sie freilich auch der Gegensatz zur Sozialdemokratie und deren Theoretikern, der sich aus der eigenen Erfahrung ihres völligen Scheiterns am Vorabend des 1. Weltkriegs speiste. Bewegten sich die Auseinandersetzungen um den Marxschen Ansatz vor dem 1.

3 Gleichfalls waren sie und ihre NachfolgerInnen natürlich in die Netzwerke der damaligen Zeit eingebunden, die parteienübergreifend und über politische Spaltungen hinweg fortbestanden. Dies galt für eine bestimmte Schicht von Funktionären und WissenschaftlerInnen offensichtlich bis zum Ende der DDR.

Weltkrieg weitgehend im Rahmen einer Partei (was die Schärfe der Polemik, etwa zwischen Luxemburg und Bernstein nicht minderte), so fiel die Auseinandersetzung nach 1918 mit der Auseinandersetzung zwischen Parteien, an erster Stelle zwischen KPD und SPD zusammen. Die LehrerInnen der 1. Generation von GesellschaftswissenschaftlerInnen und die erste Generation der Partei- und Staatsfunktionäre in der DDR durchliefen diese Schule. (vgl. ausführlich Krinn 2007) Beide Parteien standen wenigstens teilweise in der Tradition von Marx. Beide unterschieden sich aber grundlegend in ihrer Position zum deutschen Staat und zum 'Wie' der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Sie verwandelten sich damit zu Antipoden in den täglichen politischen Auseinandersetzungen. Der Kampf um den 'wahren' Marx und den 'wahren' Marxismus war untrennbar mit der eigenen politischen Legitimation verknüpft. Clara Zetkin beschrieb den Boden, auf dem sich die politischen (und letztlich auch theoretisch-konzeptionellen) Spaltungen in der KPD entwickelten, 1927 folgendermaßen: „Der Grund dazu ist, daß es den meisten Mitgliedern der Z[entrale] fehlt an Kenntnissen – zumal auch über die Geschichte der Arbeiterbewegung –, an theoretischer Schulung, an politischen Fähigkeiten und politischem Instinkt, an Talenten der Darstellung und Überzeugungskraft und last not least – an Charakterfestigkeit. Allein je mehr diese Mängel an dem Einzelnen vorhanden sind, um so unerschütterlicher ist sein Glauben, daß er der 'Deutsche Lenin' sei.“ (Reuter et al. 2003: 38)

In den zwanziger Jahren wurden die leninsche und dann die stalinsche Lesart des Marxschen Erbes in der bolschewistisch-kommunistischen Richtung dominant. Dieser Prozess bestimmte die Entwicklung des Denkens in Anschluss an Marx in der DDR nachhaltig. Die mit der Bolschewisierung und dann Stalinisierung der KPD verbundenen offiziellen Ausschlüsse und die Ermordung vieler Kommunisten unter Stalin bedeutete allerdings nicht, dass deren Zuhörer, Schüler und Kollegen ihre Auffassungen automatisch vergessen hätten. Erich Honecker (1912-1994) oder Kurt Hager⁴ (1912-1998) sind symptomatisch für die zweite Generation, für die die leninschen bzw. stalinschen Interpretationen bereits gesetzt wa-

4 Als für die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen zuständiger Sekretär des Politbüros der SED bestimmte er lange Zeit die Bedingungen für die Entwicklung des Marxschen Denkens in erheblichem Maße.

ren und die die Spaltung der Arbeiterbewegung sowie die damit verbundenen theoretischen Abgrenzungen als Normalität erlebten. Diese Interpretationen stützten sich auf ein eigenes Parteibildungssystem der KPD und der KPdSU (bzw. der Komintern) wie auch auf den in der UdSSR entstandenen akademischen Marxismus. Zentral dabei war die Lenin-Schule der Komintern in Moskau, in der Funktionäre der Kommunistischen Parteien ausgebildet wurden. Zu den LehrerInnen gehörten nicht nur SowjetbürgerInnen, sondern auch WissenschaftlerInnen und Funktionäre anderer Mitgliedsparteien der Komintern.

Diese Praxis der Delegation von WissenschaftlerInnen und FunktionärInnen (die durchaus wissenschaftlich und politisch bereichernd war) an die Parteihochschule der KPdSU (als mehrmonatige Weiterbildung) oder die Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau (mit dem Ziel der Promotion) blieb bis zum Ende des Realsozialismus Praxis, wobei ihr Stellenwert tendenziell sank.

Die aus der zunehmenden Stalinisierung resultierende Begrenztheit kollidierte aber mit dem Bildungshorizont vieler Intellektueller, die sich in den 1920er Jahren den unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung näherten und sich ihren Parteien anschlossen. Sie erarbeiteten ihre marxistische Bildung nicht in erster Linie aus den Kursen, sondern in Auseinandersetzungen mit ihren LehrerInnen bzw. den Denkrichtungen, mit denen sie beim Studium bzw. in ihrer wissenschaftlichen Arbeit konfrontiert wurden. Dabei wurde die Kollision noch nicht als solche wahrgenommen, vielmehr war das Bekanntwerden mit Marx oft auch ein Akt der Befreiung aus der Enge des tradierten akademischen bürgerlichen Denkens. Bertold Brecht (für den Karl Korsch ein wichtiger Partner auf dem Weg zum Marxismus war), Jürgen Kuczynski, ähnlich wie Georg Lukács u.a. standen für diese Generation, die naturgemäß eine Vielzahl weiterer Erfahrungen und Einflüsse anderer Denkschulen und einen großbürgerlichen Bildungshorizont mitbrachten. (vgl. z.B. Kuczynski 1997: 14ff.) Wieder andere, wie etwa der Ökonom Fritz Behrens, studierten in den dreißiger Jahren, nachdem sie zuvor als Arbeiter tätig gewesen waren und sich bereits in SPD bzw. KPD engagiert hatten. (vgl. Hopfmann 1997) Der erste Chefredakteur des theoretischen Organs der SED „Einheit“, Klaus Zweiling, war in den zwanziger Jahren Anhänger Paul Levis, hatte sich als Mitglied der USPD 1923 nicht der VKPD angeschlossen, war eine Zeit lang Mitglied der SPD und dann der SAP.

Wenn wir von Marxismus in der DDR sprechen, dann schloss er seiner Entstehung nach also politisch und vor allem ideologisch z.T. weit auseinander liegende Quellen ein, die sich aber alle auf Marx bezogen. Sie wurzelten gleichzeitig in jeweils spezifischen Erfahrungen in den sozialen Kämpfen. Insofern waren sie gleichermaßen legitim. Dieser potenzielle Reichtum wurde allerdings nie als Reichtum, sondern vor allem als mögliche Gefahr gesehen. Es gelang nie, die vielfältigen Strömungen, die sich hier nach Krieg und Faschismus fanden, zu einer Verständigung zu bringen – und dies trotz des gemeinsamen Erlebens des Niedergangs der Arbeiterbewegung 1933 und der Schrecken des Krieges.⁵

Die inneren Spaltungen wurden sofort nach dem 2. Weltkrieg weiter getrieben. Praktisch stellte sich die Frage nach den Perspektiven des kapitalistischen Weltsystems. Diese Frage war Gegenstand der Varga-Diskussion 1947. Der ungarische Ökonom Eugen Varga war in der ungarischen Räterepublik 1919 Finanzminister gewesen und arbeitete ab den zwanziger Jahren vor allem als Krisen- und Konjunkturforscher für die Kommunistische Internationale und die sowjetische Führung. (vgl. Kuczynski 1977) Bereits Ende der 1920er Jahre geriet er mit Teilen des Apparates aneinander, weil er aus seinen konkreten Untersuchungen gegenläufige Tendenzen in der Lebenslage der Arbeiter, keinen linearen Niedergang, ableitete. Als er in dieser Diskussion 1929 darauf beharrte, dass man sich beim Vorliegen neuer Forschungsergebnisse nie der herrschenden Meinung unterwerfen dürfe, hielt ihm ein Funktionär⁶ entgegen, dass es nicht um die herrschende, sondern um die bolschewistische Meinung ginge.⁷ Die Unterordnung des Wissenschaftlichen unter die Meinung des Apparates (nichts anders steht hinter der Formulie-

5 Wolfgang Kießling zeigt dies in seinem Buch über Paul Merker, einen Widerstandskämpfer und Funktionär, der Anfang der fünfziger Jahre wegen aller möglichen angeblichen ideologischen Vergehen unter Anklage stand. Die Mitarbeiter des MfS, die ihn verhörten, hatten eine ähnliche Sozialisierung erfahren, hatten Antifa-Schulungen hinter sich, stigmatisierten ihn aber als Feind. (vgl. Kießling 1994: 298ff.)

6 Dabei handelte es sich um Heinz Neumann, der eine wesentliche Rolle bei der Stalinisierung der KPD spielte. Er selbst wurde 1937 bei einer der stalinschen Säuberungen erschossen. (vgl. Weber und Herbst 2008: 634ff.)

7 Zitiert bei Kuczynski 1977: 43.

rung „bolschewistische Meinung“) kam in der Varga-Debatte knapp 20 Jahre später 1947 voll zum tragen.⁸ Im Kern vertrat Varga die These, dass sich der Kapitalismus eben widersprüchlich entwickle, somit auch eine Konsolidierung und Stärkung nach dem Weltkrieg möglich sei. Die Debatte endete mit einer Verurteilung des Ansatzes. Wichtig war aber Folgendes: Stil, Richtung und Ausgang der Debatte bestätigte einige Wissenschaftler, die aus der sowjetischen Emigration zurückkehrten, in ihrer stalinistisch geprägten Wissenschaftsauffassung, warnte kritische Geister und dürfte Jüngere, die gerade in die Wissenschaft einstiegen, geprägt haben.

Für die Generation von GesellschaftswissenschaftlerInnen und Funktionären, die Ende der 1940er und in den 1950er Jahren sich den Marxismus aneigneten – und die zu beträchtlichen Teilen aus Haushalten ohne akademischen Hintergrund und ohne linke Familientraditionen kamen – war hier eine klare Schranke gesetzt. Genauer – sie und die folgenden Generationen erfuhren bestenfalls zufällig etwas über prägende Gestalten und Debatten der Vergangenheit, wenn diese im Gegensatz zu den von der Gründergeneration der DDR vertretenen Auffassungen standen. Diese Verarmung des Denkens im Anschluss an Marx fiel zusammen mit einer eigentümlichen Sicherheitsphilosophie – die Menschen sollten vor schädlichen geistigen Einflüssen und Verwirrungen geschützt werden. Tatsächlich zeigte sich hier aber eine enge Verbindung von Sicht auf Wissenschaft und Organisationsfrage. Wissenschaft sollte die Organisation, die Partei und ihre FunktionärInnen stützen, bestätigen, nicht in Frage stellen. Gesellschaftswissenschaft als Parteiarbeit im engsten Sinne verstanden hatte sich dem Organisationsprinzip der Avantgardepartei unterzuordnen. Freilich stand diese in den Apparaten teilweise vertretene Auffassung im Widerspruch zur Notwendigkeit konsequent wissenschaftlicher Arbeit, um die Realität tatsächlich gestalten zu können. In diesem Widerspruch bewegt sich das Denken im Anschluss an Marx bis zum Ende der DDR.

Institutionen

Anknüpfend an die Traditionen der kommunistischen und der sozialdemokratischen politischen Bildung auf der einen Seite und

8 Ein Teil der Debatte ist dokumentiert in Kuczynski und Steinitz (1947).

an die Erfahrungen der Remigranten aus der UdSSR auf der anderen Seite vollzog sich beim Aufbau eines auf die Verbreitung des Marxismus-Leninismus orientierten Bildungs- und Forschungssystems ein folgenschwerer Bruch zwischen akademischer und nichtakademischer Richtung.

Marx war im Rahmen des „Marxistisch-Leninistischen Grundlagenstudiums“ von allen Studierenden zu lesen, in den Parteien und Massenorganisationen war Marxsches Gedankengut obligater Teil der politischen Bildung. Mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Parteihochschule beim ZK der SED, mit den Bezirks- und Kreisparteischulen, der Jugendhochschule der FDJ, dem Partei-Lehrjahr und dem FDJ-Studienjahr war ein tief gestaffeltes System der Weiterbildung und des Übergangs von der Aus- und Weiterbildung in die Forschung geschaffen worden. Über den Staatsbürgerkundeunterricht an den Schulen wurden dafür Grundlagen geschaffen. Die Sektionen Marxismus-Leninismus an den Hochschulen und Universitäten bildeten Jahr für Jahr viele Studierende aus, die dann als HochschullehrerInnen oder im Parteiapparat eingesetzt wurden. Ein Studium der Politischen Ökonomie z.B. umfasste neben der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus Fachgebiete wie Mathematik (sehr ausführlich), Statistik, Kybernetik, Betriebswirtschaft, Volkswirtschaftsplanung, Naturwissenschaftlich-technische Grundlagen, Geschichte der Politischen Ökonomie, Geschichte der Arbeiterbewegung, Philosophie (einschl. Philosophiegeschichte), Wirtschaftsgeschichte u.a. Formal gesehen war also die Möglichkeit einer auf breiter Basis getragenen Entwicklung des Denkens in Anschluss an Marx gegeben. Die Gleichzeitigkeit von „Verstaatlichung“ und „Akademisierung“ jerglicher Debatten erwies sich jedoch als das entscheidende Hindernis dafür. Jede Diskussion verknüpfte sich unvermittelt (oft aber eben unbegründet) mit der Machtfrage – mit der Macht im Staat und mit der Macht im akademischen Geschäft.⁹

Die politische Bildung wurde nicht als Wissensproduktion, sondern lediglich als Verbreitung von durch AkademikerInnen und FunktionärInnen produziertem Wissen gefasst. Das wesent-

9 Liest man heute die negativen Urteile von KollegInnen über Gunther Kohlmey, Helmut Seidel oder Peter Ruben, so entsteht der Eindruck, dass hier auch und nicht zuletzt Karrierebedürfnisse und persönliche Abrechnungen eine Rolle gespielt hatten.

liche Element Marxschen Erkennens und seines Verständnisses von Weltveränderung, die Kritik, wurde in nur geringem Maße auf die Lebensrealität der TeilnehmerInnen an diesen Lernprozessen angewandt. Die Akademisierung schlug unvermittelt in eine Hierarchisierung von Wissen um: über dem „akademischen Marxismus“ stand die Staats- bzw. Parteiräson (gewissermaßen der Erfahrungsmarxismus der Führungsschicht), unter ihm der „Marxismus der Massen“. Zwar war es üblich, dass GesellschaftswissenschaftlerInnen mit PartnerInnen in der Praxis zusammenarbeiteten. Es war üblich und gefordert, dass wissenschaftliche Studien durch umfangreiche Praxisuntersuchungen fundiert wurden. Der Filter der akademischen Rituale, Abläufe und Sprache „entfremdete“ das so entstehende Wissen aber den „Massen“.

Das umfangreiche Studium der Klassiker des Marxismus und die breite Anlage gesellschaftswissenschaftlicher Aus- und Weiterbildung (Einheit von Philosophie, Ökonomie, Politik, Geschichte) wurden vor dem skizzierten Erfahrungshintergrund der Führungsschichten der ersten Generation so eng geführt. Dissidente Strömungen innerhalb linken Denkens des 20. Jahrhunderts oder moderne bürgerliche Schulen wurden bestenfalls als Bezugspunkt von Polemik bzw. Widerlegung (selten tatsächlicher Kritik) erwähnt, der Zugriff auf die Quellen war sehr schwierig und wurde ggf. kriminalisiert. Die durch Breite und Art der Bildung eigentlich eingeforderte und ermöglichte Kritikfähigkeit wurde durch die Rahmenbedingungen wieder zurückgenommen. Das mag auch eine Ursache für die geringe Akzeptanz der Gesellschaftswissenschaften in den Massen gewesen sein. So war keine fundierte offene Auseinandersetzung mit dem „Alltagsverstand“ möglich. In der Agitation wurde der Marxismus in ein Korsett gezwängt, das die kleinbürgerliche Lebensweise der „normalen Menschen“ nicht in Frage stellte.

Marxismus als Kultur

Marxismus in der DDR war allein schon vor dem Hintergrund der skizzierten Geschichte nicht einfach ein intellektuelles Konstrukt. Beträchtliche Teile der Nachkriegsgeneration wuchsen wenigstens mit in das Alltagsbewusstsein diffundierten Elementen des Marxschen Erbes auf. Es konstituierte sich ein sozialer Raum, eine Kultur, die wie schon früher im Marxschen Denken einen Bezugspunkt zum Verständnis und zur Veränderung der Gesell-

schaft fand. „Marxistisch“ und „kommunistisch“ wurden teilweise synonym gebraucht. Die institutionelle Verankerung war dabei ein Rahmen, aber nicht Ursache. Die in der DDR entstehende Lebensweise brachte neue Interessenstrukturen und neue Widersprüche hervor. Für die Nachkriegsgenerationen waren diese Widersprüche der Bezugspunkt der Aneignung des Marxschen Erbes – weniger die Auseinandersetzungen der 1920er und 1930er Jahre. Allerdings wirkten hier die alten Widersprüche und Netzwerke fort, wie sie von den LehrerInnen auf die SchülerInnen sowie vermittelt durch Verhaltensnormen und Riten (sowohl innerhalb der politischen Organisationen wie auch im akademischen Raum) weitergegeben wurden. Das Unausgesprochene und als unaussprechbar Angedeutete war aber eine Erkenntnisgrenze, einer der Keime der Delegitimierung der wissenschaftlichen Substanz.

Die Aneignung des Marxschen Denkens und der Traditionen seines Handelns unter den Bedingungen einer neuen Machtkonstellation und des selbst auferlegten Anspruchs, eine andere Gesellschaft als die bürgerlich-kapitalistische zu entwickeln, erzwang geradezu, den „ganzen Marx“ zur Kenntnis zu nehmen – in seiner Entwicklung und Widersprüchlichkeit. Die daraus entstehende Art, die Welt anzuschauen, umfasste in diesem Sinne eben nicht nur Marx, sondern auch die Quellen und die Art seines Denkens als bürgerlich-humanistisch gebildeter Weltbürger. Sie erfasste gleichfalls die Weltansichten von KünstlerInnen und NaturwissenschaftlerInnen, die sich positiv oder auch kritisch – oder auch gar nicht auf Marx bezogen. Es waren nicht die studierten Werke, die Individuen veranlassten, sich als Marxisten zu betrachten, sondern Einstellungen wie: sich als Teil von Geschichte zu betrachten, Widersprüchlichkeiten in der Gesellschaft aufspüren und verstehen zu wollen, die Praxis als Ausgangs- und Endpunkt wissenschaftlichen und politischen Tuns zu begreifen und nicht zuletzt auf die Kraft der Selbstveränderung von Menschen zu bauen. Diese weltanschauliche Seite war das entscheidende Bindeglied zur gesellschaftlichen Praxis und stimulierte natürlich auch immer einen Rückgriff auf Marx und dessen Kritik. Sie erlaubte es auch Nicht-AkademikerInnen, über den so entstehenden sozialen Raum einen Zugang zu Wissenschaft zu gewinnen und wissenschaftliche Diskurse mitzugestalten und die weiter oben beschriebene Tendenz der „Entfremdung“ zu durchbrechen. Freilich war dies nicht gerade massenhaft der Fall – aber die Möglichkeit war geschaffen. In diesem Sinne war Marxismus in der DDR nicht zu

viel, sondern in viel zu geringem Maße „Weltanschauungsmarxismus“. Positiv ausgedrückt: Marxismus wurde auch (und für viele vor allem) als Wertesystem verstanden. Negativ: der dahinter stehende wissenschaftliche Apparat, die Art des Denkens, die dieses Wertesystem hervorbrachte, war für weite Teile der Gesellschaft aus völlig gegensätzlichen Gründen uninteressant.

Das war auch der Punkt, an dem die entstandene Weltanschauung in Konflikt mit verschiedenen gesellschaftlichen Normen trat: Auf der einen Seite mit karriereorientierten Teilen des Partei- und Staatsapparates, auf der anderen Seite mit dem Alltagsbewusstsein, das weitgehend kleinbürgerlich geprägt war. Für diese beiden Pole war Marxismus nicht Weltanschauung und nicht Theorie, sondern eben nur Bedarfsideologie. Damit wurde eine fruchtbare Kombination von „Alltagsmarxismus“, Wissenschaft und politische Konzeptionsbildung weitgehend blockiert. Dieses Problem war und ist allen Marxismen, auch dem „westlichen“, bis heute gemeinsam. Genau betrachtet ist diese Situation eigentlich Normalität.

Der produktive Kern des Scheiterns

Die Frage nach dem Bleibenden aus dem Denken in Anschluss an Marx in der DDR konnte hier aus Platzgründen nicht weiter betrachtet werden, obwohl dies eigentlich die von den Herausgebern gestellte Aufgabe war. Dieser Schritt der Kritik ist weiter zu leisten. Wichtiger erschien mir an dieser Stelle das Werden der „Krise des Marxismus“ in der DDR zu verdeutlichen, weil Verhaltensweisen und Organisationsmuster in linken Bewegungen und Parteien sich kaum von den beschriebenen Faktoren des Zusammenbruchs 1989 unterscheiden.

Das Scheitern des DDR-Marxismus und des Realsozialismus ist nicht das Ergebnis mangelnder Erkenntnisfähigkeit der Wissenschaft und der WissenschaftlerInnen. Auch die Inanspruchnahme der Wissenschaft durch Politik und Ideologie ist nicht das eigentliche Problem. Das Scheitern ist in erster Linie ein kulturelles Versagen und die Akademisierung des Marxismus ist deren äußeres Zeichen. Marx in der eingangs erwähnten Feuerbachthese und Zetkin in ihrer Charakteristik des Thälmannschen ZK der KPD verweisen beide auf den „Erhabenheitsanspruch“. Ein solcher Anspruch steht einem Denken in Anschluss an Marx diametral entgegen. Ein solches Denken fordert, sich in Widersprüchen zu

bewegen, sich als Teil der Geschichte, also auch ihrer Probleme zu sehen und immer wieder eigenes Handeln in Frage zu stellen – eben Kritikfähigkeit. Selbst breiteste Bildung führt nicht dazu, dass „die Idee die Massen ergreift“, wenn sie nicht in einem entsprechenden kulturellen Raum verankert ist. Will man das Scheitern des DDR-Marxismus produktiv machen, so stellt sich für die heutigen linken Bewegungen tatsächlich die Organisationsfrage und die Frage nach Art und Stellenwert des Lernens in den eigenen Strukturen wie auch die der Intensität und Charakter der Verbindungen zu den „Anderen“. Das Denken in Anschluss an Marx kann sein emanzipatorisches Potenzial nur entfalten, wenn die Organisationsstrukturen dafür Raum geben.

Literatur

- Ackermann, Anton (2005): Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Schumann, Frank (Hg.): Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Berlin, S. 186-196.
- Brangsch, Lutz (2011): Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg: Soziales Lernen und politische Macht, in: Brie, Michael/Haug, Frigga (Hg.): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung: Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg, Baden-Baden, S. 92-144.
- Hofmann, Jürgen (1996): Anton Ackermann und die Problematik der nationalen Wege zum Sozialismus, in: Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Lesarten marxistischer Theorie, Berlin, S. 49-60.
- Hopfmann, Arndt (1997): Fritz Behrens – ein Wissenschaftlerleben zwischen Aufbruch, Anpassung, innerem Widerstand und Resignation, in: Utopie kreativ Nr. 76 Februar 1997, S. 73-76.
- Kießling, Wolfgang (1994): Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin.
- Krinn, Carsten (2007): Zwischen Emanzipation und Edukationismus. Anspruch und Wirklichkeit der Schulungsarbeit der Weimarer KPD, Essen.
- Kuczynski, Jürgen (1977): Die Schule Eugen Vargas, in: ders.: Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften Bd. 7 Gesellschaftswissenschaftliche Schulen, Berlin.
- (1997): Freunde und gute Bekannte. Gespräche mit Thomas Grimm, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen/Steinitz, Wolfgang (Hg.) (1947): Diskussion über das Buch Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges. 1. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, Berlin.

- Marx, Karl (1981 [1845]): [Thesen über Feuerbach], in: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Bd. 3, Berlin.
- Reuter, Elke/Hedeler, Wladislaw/Hela, Horst/Kinner, Klaus (Hg.) (2003): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation. Bd. IV, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Berlin.
- Schröder, Wilhelm Heinz (1976): Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten. In: Otto Brenner Stiftung (Hg.): Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main.
- Weber, Hermann/Herbst, Andreas (2008): Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. Aufl., Berlin.
- Wolf, Herbert (1994): Einfluß und Elend der marxistischen Theorie im DDR-Sozialismus oder auch: Starb der Sozialismus an Marx oder Marx am „realen Sozialismus“? (Falls beide überhaupt tot sind), in: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Band III, Bonn/Berlin S. 9-69.

Michael Heinrich

Marx oder Marxismus?

Anmerkungen zum unkritischen Umgang mit der Lage¹

Wer in London auf dem Highgate Friedhof das Grab von Karl Marx besucht, steht vor einem riesigen Sockel, auf dem ein monströser Marx-Kopf thront. Man muss zu ihm aufblicken. Direkt unter dem Kopf heißt es in goldenen Lettern „Workers of all Lands unite“ und etwas weiter unten ebenfalls in Gold: „Karl Marx“. Darunter ist in den Sockel eine einfache kleine Grabplatte eingelassen, die ohne Pomp und ohne Gold die Namen der hier Beerdigten nennt: außer Karl Marx sind es seine Frau Jenny, sein Enkel Harry Longuet, seine Tochter Eleanor und Helene Demuth, die jahrzehntelang den Marxschen Haushalt geführt hat. Die schlichte Grabplatte hatte Marx nach dem Tod seiner Frau ausgesucht. Protz lag ihm nicht. Ausdrücklich hatte er sich ein stilles Begräbnis im kleinen Kreis gewünscht. Nur elf Personen nahmen daran teil. Pläne der deutschen Sozialdemokratie, für Marx auf dem Friedhof ein Denkmal zu errichten, konnte Friedrich Engels verhindern.² Gut 70 Jahre später war niemand mehr da, der die Marxsche Grabstätte hätte schützen können. Im Auftrag der Kommunistischen Partei Großbritanniens wurde das jetzige Denkmal entworfen und 1956 enthüllt. Nur die Friedhofsordnung verhinderte, dass es noch größer wurde. Die Marxist_innen hatten sich gegenüber Marx durchgesetzt.³

-
- 1 „Zur Lage des Marxismus“ war der Titel einer von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung im Dezember 2013 veranstalteten Konferenz. Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung meines Beitrags zu dieser Konferenz.
 - 2 An August Bebel schrieb er, die Familie sei gegen ein solches Denkmal, der einfache Grabstein „würde entweicht werden, in ihren Augen, wenn er durch ein Monument ersetzt würde“ (MEW 36: 22).
 - 3 Wahrscheinlich ahnte Engels, was kommen würde. Für sich selbst verfügte er eine Seebestattung.

„Je ne suis pas marxiste“ hatte Marx, ziemlich ärgerlich, gegenüber seinem Schwiegersohn Paul Lafargue geäußert, als ihm dieser vom Treiben der französischen „Marxisten“ berichtete. Engels hat diesen Ausspruch mehrere Male kolportiert, auch in Zuschriften zu Zeitungen – also durchaus für die Öffentlichkeit bestimmt.⁴ Marx' Distanz zu den Marxisten kommt auch in anderen Äußerungen zum Ausdruck. Als er sich 1882 in Frankreich aufhielt, schrieb er an Engels, es hätten „die 'Marxistes' et ' Anti-Marxistes' auf den respektiven Sozialistenkongressen zu Roanne et St. Etienne, *beide Sorten*, ihr möglichstes getan, um mir den Aufenthalt in Frankreich zu versalzen.“ (MEW 35: 100, Hervorhebung von Marx).

Einen „Marxismus“ hat Marx jedenfalls nicht angestrebt. Aber nicht nur das. Als der deutsche Ökonom Adolph Wagner in den 1870er Jahren als erster die Marxsche Theorie in seinem Lehrbuch behandelte und von Marx' „sozialistischem System“ sprach, notierte dieser empört in seinen *Randglossen*, dass er „niemals ein 'sozialistisches System' aufgestellt habe“ (MEW 19: 357). „Systeme“ und weltanschauliche „-ismen“ waren nicht sein Fall. Äußerungen, in denen er sich zur Gründergestalt eines -ismus stilisiert, sucht man vergeblich. Marx sah sich selbst außer als Mann der „Partei“ (womit keine spezifische Organisation gemeint war, sondern die Gesamtheit der Kräfte, die gegen den Kapitalismus und für eine gesellschaftliche Emanzipation kämpften) als Mann der Wissenschaft. Das *Kapital*, von ihm als das „furchtbarste Missile, das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist“ (MEW 31: 541) bezeichnet, reihte er ein in „*wissenschaftliche Versuche zur Revolutionierung einer Wissenschaft*“ (MEW 30: 640) – die Hervorhebung von „wissenschaftlich“ stammt von ihm. Und wenn Marx im Vorwort zum 1. Band des *Kapitals* schreibt: „Jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik ist mir willkommen“ (MEW 23: 17), dann ist das alles andere als eine rhetorische Phrase. Marx war sich der Vorläufigkeit und Fehlbarkeit wissenschaftlicher Aussagen sehr bewusst. „De omnibus dubitandum“ – „An allem ist zu zweifeln“, gab er in jenem modischen Fragebogen, den ihm seine Töchter präsentierten, als Lebensmotto an (Omura et al. 2005: 235). Wie die

4 Engels erwähnte die Äußerung in Briefen an Eduard Bernstein (MEW 35: 388) und an Conrad Schmidt (MEW 37: 436) sowie in Zuschriften an die *Sächsische Arbeiter-Zeitung* und an den *Sozialdemokrat* (MEW 22: 69).

riesigen Manuskriptmassen, die er unveröffentlicht liegen ließ, und die zum Teil erhebliche Überarbeitung bereits veröffentlichter Texte bezeugen, nahm er von diesem Zweifel das eigene Werk keineswegs aus. In der Geschichte des Marxismus wurde mit diesem Werk häufig anders umgegangen.

Historisch bildeten die popularisierenden Spätschriften von Friedrich Engels, vor allem sein *Anti-Dühring*, den Ausgangspunkt zur Konstruktion des „Marxismus“. Doch ist es etwas einseitig, Engels zum „Erfinder“ des Marxismus zu machen.⁵ Nur auf Druck von Bebel und Liebknecht trat Engels in den 1870er Jahren den Anschauungen des Berliner Privatdozenten Eugen Dühring entgegen, der in der Sozialdemokratie immer mehr Anhänger fand. Da Dühring beanspruchte hatte, ein neues umfassendes „System“ der Philosophie, der Geschichte, der Ökonomie und der Naturwissenschaft aufzustellen, musste ihm Engels auf all diese Gebiete folgen, nicht ohne im Vorwort zu betonen, dass seine Schrift keinesfalls „den Zweck haben kann, dem ‘System’ des Herrn Dühring ein anderes System entgegenzusetzen“ (MEW 20: 6). Genutzt hat dieser Hinweis nichts. Historisch wurde der *Anti-Dühring* zum Ausgangspunkt jenes „Systems“, das unter dem Namen „Marxismus“ bekannt wurde. Sein erster wichtiger Vertreter war Karl Kautsky. Ihm folgte auch Lenin – bis zum ersten Weltkrieg ohne jede Kritik.

Während sich Engels noch über Dührings Anspruch, eine „endgültige Wahrheit letzter Instanz“ zu formulieren, lustig gemacht hatte (MEW 20: 27), wurde jetzt ein solcher Anspruch, mitsamt darauf aufbauenden Allmachtsphantasien, von vielen Marxist_innen erhoben: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ (Lenin 1913: 3). Was im sozialdemokratischen Marxismus, der sich vor dem 1. Weltkrieg entwickelte, an Verflachungen angelegt war, setzte sich in jenem Marxismus-Leninismus fort, der nach Lenins Tod in der Sowjetunion zur kanonischen Lehre wurde.

Nur zur Klarstellung: Es geht mir nicht darum, die analytischen und politischen Leistungen von Kautsky, Lenin und vielen anderen Marxist_innen zu diskreditieren. Will man diese Leistungen bewerten, muss man sie im Einzelnen diskutieren. Es geht hier um

5 Was der Propyläen-Verlag suggerierte, als er der deutschen Übersetzung von Tristram Hunts Engels Biographie den Untertitel gab *Der Mann, der den Marxismus erfand*. Die englische Originalausgabe hat den treffenderen Titel *The Frock-Coated Communist*.

jene philosophischen Simplifizierungen, die als „Marxismus“ gelten, jene Mischungen aus einem einfachen Materialismus, bürgerlichem Fortschrittsdenken und Vulgärhegelianismus, die als „Dialektischer“ und „Historischer Materialismus“ präsentiert wurden – Begriffe, die man bei Marx vergeblich sucht.⁶

Nun werden die modernen, aufgeklärten, undogmatischen Marxist_innen sofort einwenden, Personenkult sei doch ihre Sache nicht, genausowenig wie jener alte, dogmatische Marxismus. Als „Marxismus“, soll nur der eigene, aufgeklärte Standpunkt gelten, alles Unerfreuliche – von geschichtsdeterministischen Auffassungen über die Reduktion der Geschlechterverhältnisse zum „Nebenwiderspruch“ bis zum Stalinschen Gulag – soll mit dem wahren, echten Marxismus nichts zu tun haben. Fragt man allerdings, was denn nun den wahren Marxismus ausmacht, dann wird die Luft ziemlich schnell sehr dünn, und das nicht ganz zufällig. Versucht man „Marxismus“ inhaltlich zu füllen, dann steht man zwangsläufig vor einem Dilemma. Steckt man zu viele Inhalte hinein, dann wird die Bestimmung zu konkret und gerät leicht in Widerspruch mit künftigen Entwicklungen der Wissenschaft. Der „Lyssenkoismus“ ist nur das bekannteste Beispiel dafür.⁷ Belässt man es aber im vagen Allgemeinen, dann droht die Gefahr, dass das, was als Marxismus präsentiert wird, das Niveau von Allerweltsweisheiten annimmt: alles Wirkliche ist materiell, die Geschichte bewegt sich in Widersprüchen etc.

Für manche Marxist_innen gilt Georg Lukács als derjenige, der den gordischen Knoten durchschlagen hat. Auch wenn sich alle Einzelergebnisse der Marxschen Theorie als falsch herausstellen würden, so Lukács, bliebe doch noch die „Methode“ bestehen: die „materialistische Dialektik“ als Forschungsmethode festzuhalten, sei der Kern des „orthodoxen Marxismus“ (Lukács 1923). Abgesehen davon, dass unter Marxist_innen wenig Einigkeit darüber besteht,

6 Für eine detaillierte Kritik dieser Konstruktionen ist hier kein Platz. Sie wurde aus unterschiedlichen linken Perspektiven schon häufiger formuliert. Nur als kleine Auswahl: Fetscher 1967, Negt 1969, Rubel 1974, Labica 1986, Fleischer 1993, Elbe 2008: 12-29.

7 Der sowjetische Biologe Lyssenko erklärte die Genetik zur „bürgerlichen Wissenschaft“, die mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus unvereinbar sei. Mit Stalins Unterstützung setzte sich diese Idee durch und blockierte über zwei Jahrzehnte die genetische Forschung in der Sowjetunion (vgl. dazu Lecourt 1976).

was diese dialektische Methode, die man so gern im Munde führt, eigentlich ausmacht, ist es auch keine wirklich überzeugende Empfehlung für eine Methode, auch dann an ihr festzuhalten, wenn sie nur zu falschen Ergebnissen führen würde.⁸

Kann man keine inhaltliche Bestimmung des Marxismus angeben, bleibt immer noch die Möglichkeit, den Begriff rein deskriptiv zu verwenden. So heißt es etwa in einem Stichwort „Marxismus“: „Marxismus umfasst alle Praktiken, die in den letzten 150 Jahren positiv oder weiterführend auf das Werk von Karl Marx sowie AutorInnen und AktivistInnen im Anschluss an Marx Bezug genommen haben.“ Ein paar Sätze später ist dann von der „Drangsalierung des Marxismus durch Stalinismus und Faschismus“ die Rede (Mayer 2012: 158). Offensichtlich wird der Stalinismus *nicht* zum Marxismus gerechnet, obwohl er sich nicht nur eindeutig positiv „auf das Werk von Karl Marx“ bezogen hat, auch die meisten Zeitgenossen zweifelten nicht daran, dass der Stalinismus zum Marxismus zu rechnen sei, darunter nicht wenige durchaus kritische Geister, wie z.B. Ernst Bloch. Schließt man den Stalinismus im nachhinein aus der Geschichte eines deskriptiv verstandenen Marxismus aus, dann verfährt man im Grunde auch nicht anders als Stalin, der diejenigen, die bei ihm in Ungnade gefallen waren, aus historischen Darstellungen tilgen und von alten Photographien wegwetuschieren ließ.

Dass es für die Marxist_innen so schwierig ist, zu bestimmen, was „Marxismus“ eigentlich sein soll, liegt auch an Marx. Man muss zugeben, er hat es ihnen nicht leicht gemacht. Sein Werk besteht nicht nur aus einer Reihe von ihm selbst veröffentlichter Texte, dieses Werk umfasst auch eine Vielzahl von zu seinen Lebzeiten unveröffentlichten Manuskripten. Alle grundlegenden theoretischen Projekte, die Marx verfolgt hatte, blieben unabgeschlossen. Unveröffentlichte Manuskripte wie die *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte* von 1844 oder jenes unter dem Titel *Deutsche Ideologie* bekannt gewordene Konvolut von 1845/46 sind unfertig und fragmentarisch. Viele der veröffentlichten Texte sind entweder vorläufige Zusammenfassungen, wie etwa das *Kommunistische Manifest* von 1848, oder sie sind Teil eines unvollendeten Projektes wie das erste

8 Ich bestreite keineswegs dass es sinnvolle Konzepte von Materialismus und Dialektik gibt, ich bezweifle allerdings, dass sich daraus die Grundlagen einer Ontologie oder einer alles erschließenden Methode basteln lassen (vgl. Heinrich 2008).

Heft von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859) oder der erste Band des *Kapital* (1867/1872). Politische Analysen wie der *18. Brumaire* (1852) oder der *Bürgerkrieg in Frankreich* (1871) handeln zwar ihren konkreten Gegenstand vollständig ab, aber die von Marx angezielte Theorie des Staates und der Politik werden darin nur implizit und unvollständig angerissen. Marx hinterließ nicht nur ein einziges unvollendetes Projekt, er hinterließ eine ganze Sequenz von unvollendeten Projekten. Kein Wunder, dass die Diskussion dieser Projekte, ihrer jeweiligen Reichweite, ihrer Lücken, ihres Verhältnisses zueinander reichlich Diskussionsstoff geboten hat und immer noch bietet.

Hinzu kommt, dass die von Marx nachgelassenen Schriften erst nach und nach veröffentlicht wurden (und immer noch werden). Jede Generation von Leser_innen war mit einem anderen Marx-schen Textkorpus konfrontiert und mehrfach wurde im 20. Jahrhundert ausgerufen, dass man erst jetzt – endlich – den ganzen Marx kennen würde. Allerdings wurden die nachgelassenen Texte von den jeweiligen Editoren meistens recht stark bearbeitet, bevor man sie veröffentlichte. Das gilt bereits für die von Engels herausgegebenen Bände zwei und drei des *Kapitals*, noch mehr gilt dies für die in den 1920er und 30er Jahren veröffentlichten *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* und die *Deutsche Ideologie*.⁹ Erstmals vollständig und ohne derartige editorische Eingriffe werden die Texte von Marx und Engels in der seit 1975 erscheinenden zweiten Marx Engels Gesamtausgabe (MEGA) veröffentlicht, von der momentan allerdings noch fast die Hälfte aussteht.

In der historischen Entwicklung der verschiedenen Marxismen spielten die Texte von Marx und Engels aber sowieso nur eine begrenzte Rolle. Schon frühzeitig begnügte man sich häufig mit einigen markanten Formulierungen, etwa von der Geschichte, die immer eine „Geschichte von Klassenkämpfen“ sei, oder vom „Kommunismus“ als der „wirklichen Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“. In welchem Kontext Marx die entsprechenden Aussagen machte, wie sie durch die weitere Entwicklung der Marx-schen Theorie eventuell verändert wurden – das interessierte

9 Sehr instruktiv ist in diesem Zusammenhang Michael T. Koltans (2002) Studie zur Editions-geschichte der sog. „Deutschen Ideologie“ und der mit den jeweiligen Editionen verbundenen „marxistischen“ Interessen.

deutlich weniger. Für den Marxismus war Marx nicht als ein ständig lernender, seine theoretischen Auffassungen entwickelnder Kopf interessant, sondern als jemand, der letzte Wahrheiten produzierte – eben „Marxismus“.

Auch viele der modernen, aufgeklärten Marxst_innen haben eine gewisse Distanz zu einer genaueren Auseinandersetzung mit dem Marxschen Werk. Häufig wird betont, man wolle „keine Philologie treiben“, sondern mit Marx politisch umgehen. Nicht selten dient die Abgrenzung zur Philologie jedoch vor allem dazu, ungestört an der eigenen Vorstellung von Marxscher Theorie und Marxismus festhalten zu können. Verweist man z.B. gegenüber dem Praxisbegriff der *Feuerbachthesen*, der von manchen als *der* Zentralbegriff der Marxschen Theorie aufgefasst wird, auf den spezifischen Kontext der Auseinandersetzung mit Feuerbach und den Junghegelianern, der den *Feuerbachthesen* den Nimbus eines Gründungsdokuments nimmt (vgl. dazu Heinrich 2004), oder betont man beim *Kommunistischen Manifest*, dass Marx' eigenständige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus erst danach beginnt und dann so manche These des *Manifests* dementiert wird, macht man sich damit genauso wenig Freunde wie mit dem Hinweis, dass auch nicht jede Aussage des *Kapitals* in Stein gemeißelt ist, dass es z.B. Hinweise gibt, dass Marx in den 1870er Jahren jenes 1864/65 im Manuskript des dritten *Kapital*-Bandes formulierte „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ durchaus kritischer betrachtet haben könnte (Heinrich 2013: 139f.) – dann ist das entschieden zu viel „Philologie“.

Auch hier zur Klarstellung: Dass sich Kapitalismuskritik nicht in Marx-Philologie erschöpfen kann, ist banal. Dass aber, wer mit Marxschen Konzepten wirklich arbeiten will, sich diese erst einmal kritisch und nicht bloß lehrbuchmäßig oberflächlich aneignen muss, ist ebenso banal – aber nicht selten mangelt es an genau einer solchen kritischen Aneignung.

Ein letzter Punkt. Unter kritischen Sozialwissenschaftler_innen und gerade auch in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung steht Michel Foucault hoch im Kurs. Gern wird auf seine Analysen zum Verhältnis von Macht und Wissen verwiesen. Allerdings tun sich die Marxist_innen, selbst die modernen, undogmatischen schwer damit, auch den Marxismus als einen jener Macht-Wissen Komplexe aufzufassen, um die es bei Foucault ging. Bei der von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung organisierten

Konferenz war Marxismus als Herrschaftsmittel als Thema nicht vorgesehen. Angesprochen wurde es anhand des Marxismus in der DDR. Zu diesem Thema gehören aber nicht nur der Stalinismus und die Geschichte autoritärer kommunistischer Parteien, wo die Geschichte des Marxismus immer auch eine Geschichte des Ausschlusses und der Herrschaft ist; auch in linken Gruppen und in Universitätsseminaren im Westen produzierten die vorgeblichen Gewissheiten des „Marxismus“ jede Menge Abgrenzungen dessen, was „noch“ oder schon „nicht mehr“ marxistisch ist, was in Diskursen und sozialen Praxen eingeschlossen oder ausgeschlossen wird. Auch wenn sich das manche einbilden mögen, die Mikrophysik der Macht hört nicht da auf, wo der (westliche) Marxismus anfängt. Jener „kurze Sommer des akademischen Marxismus“ (Elmar Altwater), den es an westdeutschen Universitäten in den 1970er Jahren gab, und dem heute von manchen nachgetrauert wird, war zu einem großen Teil eine Scheinblüte, die auf diskursiven Machteffekten beruhte. Um zu zeigen, dass man auf der Höhe der Zeit war, musste man – egal um welches Thema es sich handelte – zumindest einen kurzen Hinweis auf den „Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert“ einstreuen. Es entstanden in dieser Zeit eine ganze Reihe auch heute noch überaus lesenswerter Analysen zur Marxschen Theorie und an sie anknüpfender, weiterführender Beiträge – aber auch eine Unmasse an oberflächlichem Stuss.

Marx selbst jedenfalls suchte nicht nach letzten Gewissheiten. Ihn interessierte vielmehr das kritische Geschäft der Unterminierung von Gewissheiten, um neue Räume für Denken und Handeln zu öffnen – bei denen eben nicht von vornherein klar ist, was als richtiges Ergebnis herauszukommen hat. Im Unterschied zu dem von Marx abgelehnten „Marxismus“ mit seinen identitätsstiftenden Gewissheiten, wirkt dieser kritische, unfertige Marx überaus anregend und subversiv. Was von seinen Analysen und Konzepten zu gebrauchen ist, was dabei helfen kann, die Welt zu verändern und was nicht, steht nicht ein für alle Mal fest. Man wird es immer wieder neu diskutieren und neu beurteilen müssen: „De omnibus dubitandum.“

Literatur

- Elbe, Ingo (2008): Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Berlin.
- Fetscher, Iring (1967): Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München.
- Fleischer, Helmut (1993): Epochenphänomen Marxismus, Frankfurt/M.
- Heinrich, Michael (2004): Praxis und Fetischismus. Eine Anmerkung zu den Marxschen Thesen über Feuerbach und ihrer Verwendung, in: Kirchhoff, Christine u.a. (Hg.), Gesellschaft als Verkehrung. Perspektiven einer neuen Marx-Lektüre, Freiburg, S. 249-270.
- (2008): Weltanschauung oder Strategie? Über Materialismus, Dialektik und Kritik in der Kritik der politischen Ökonomie, in: Demirović, Alex (Hg.): Kritik und Materialität, Münster, S. 60-72.
- (2013): Von den ‘kanonischen’ Texten zu Marx’ ungeschriebenem „Kapital“, in: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hg.), Karl Marx – Perspektiven der Gesellschaftskritik, Berlin, S.123-144.
- Hunt, Tristram (2012): Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand, Berlin.
- Koltan, Michael T. (2002): Die Editionsgeschichte der „Feuerbach-Manuskripte“, in: jour fixe initiative berlin (Hg.), Geschichte nach Auschwitz, Münster, S.119-142.
- Labica, Georges (1986): Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, Argument: Westberlin.
- Lecourt, Dominique (1976): Proletarische Wissenschaft? Der „Fall Lysenko“ und der Lyssenkismus, Westberlin.
- Lenin, Wladimir I. (1913): Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: Lenin Werke Bd. 19, S. 3-9.
- Lukács, Georg (1923): Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt 1970.
- Mayer, David (2012): Stichwort „Marxismus I“, in: Brand, Ulrich u.a.(Hrsg.), ABC der Alternativen 2.0, Hamburg, S.158-159.
- Negt, Oskar (1969): Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie, in: Bucharin, Nikolai/Deborin, Abram, Kontroversen über dialektischen und mechanischen Materialismus, Frankfurt/M., S.7-48.
- Rubel, Maximilien (1974): Marx, critique du marxisme, Paris.

Ingo Stützle

Rebellische Verhältnisse

Die marxistische Debatte braucht mehr
Verständigung über die Marxsche Theorie hinsichtlich
des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Formen,
Geschichte und sozialer Kämpfe

Marx hat sich hinsichtlich seiner Kritik der politischen Ökonomie jede Menge Pläne gemacht – und wieder verworfen. In einem Brief an Friedrich Engels skizzierte er im April 1868 wovon der dritte Band des *Kapital* handelt und womit seine Darstellung enden soll, nämlich mit den Prämissen, mit der bis heute bürgerliche VWL-Lehrbücher meist beginnen, mit den sogenannten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden und Kapital) und den zugehörigen drei Einkommensformen, „da jene 3 (Arbeitslohn, Grundrente, Profit (Zins) die Einkommensquellen der 3 Klassen von Grundeigentümern, Kapitalisten und Lohnarbeitern – der Klassenkampf als Schluss, worin sich die Bewegung [...] der ganzen Scheiße auflöst.“ (MEW 32: 74f.)

Dem Klassenkampf kommt demnach eine zentrale Rolle zu; zugleich sieht Marx für ihn und die Klassen laut dieser Skizze und den Manuskripten zum dritten Band (MEGA² II.4.2) den Ort einer systematischen Thematisierung am Ende der drei Bände des *Kapital* – nicht am Anfang. Diese Ambivalenz um die Bedeutung von Klassen(kämpfen) findet sich in der gegenwärtigen Debatte um das Erbe der Marxschen Theorie. Auf der einen Seite zeigte sich bis vor ein paar Jahren (vor allem im deutschsprachigen Raum) ein auffälliges Schweigen zum Thema Klasse. So klammerte etwa Michael Heinrich in der Erstauflage seiner weit verbreitenden Einführung in die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie das Thema Klassentheorie aus und erweiterte das Büchlein erst nach kritischen Repliken um das Thema; auf der anderen Seite gibt es nicht wenige Stimmen, die die Zentralität von Klassen und Kämpfen herausstellen als etwas, was den Marxismus als historische Wis-

senschaft gerade auszeichne. Die Lage der Debatten um und im Anschluss an Marx scheint unübersichtlich und ist sicher nicht nur von Missverständnissen geprägt, sondern auch von inhaltlichem Dissens, auch und vor allem über das, was Marx im Kapital macht und wie es um die Erklärungskraft der Darstellung steht. Sind die Klassen(kämpfe) nur deshalb weniger relevant, weil sie am Ende des dritten Bandes platziert sind? Nur selten wird ein inhaltlicher Dissens über derartige Fragen produktiv gewendet. Der vorliegende Text versucht sich an einer Diskussion entlang des Verhältnisses von Kämpfen und gesellschaftlichen Formen sowie der Frage nach der Rolle von Geschichte in der Marxschen Darstellung.

Marx stellt in den Manuskripten zum dritten Band des *Kapital* fest, dass bestehende gesellschaftliche Verhältnisse durch Tradition, Recht und Gesetze „geheiligte Schranken“ auferlegt bekommen und behauptet, dass sich diese von selbst einstellen, „sobald das Bestehende und die beständige Reproduction dieser Basis, des ihm zu Grunde liegenden Verhältnisses, geregelte und geordnete Form im Lauf der Zeit annimmt, und diese Regel und Ordnung ist selbst ein unentbehrliches Moment jeder Produktionsweise, die gesellschaftliche Festigkeit und Unabhängigkeit von blossem Zufall und Willkühr annehmen soll. Es ist vielmehr die Form ihrer gesellschaftlichen Befestigung und daher ihrer relativen Emancipation von blosser Willkühr und blossem Zufall.“ (MEGA² II.4.2.: 734) Genau diese Form der „gesellschaftlichen Befestigung“ untersucht Marx in den drei *Kapital*-Bänden. Marx nimmt die kapitalistische Produktionsweise als etwas Systemisches ernst, ist sich aber bewusst, dass sie sich nicht aus sich heraus „als System“ reproduzieren kann; und zwar nicht nur deshalb, weil ihr die Krisenhaftigkeit eingeschrieben ist, sondern auch, weil sie auf vielfältige historische, gesellschaftliche, politische und kulturelle Voraussetzungen angewiesen ist.

Marx geht es im Kapital um die versachlichte Herrschaft ökonomischer Formen, um die versachlichte Abhängigkeit der formal voneinander unabhängigen Menschen, die Form der gesellschaftlichen Befestigung, die Menschen als Selbstverständlichkeiten gegenüberreten: Ware, Geld, Kapital etc. Marx konzentriert sich also auf die kapitalistische Privatökonomie, auf die Waren produzierende Arbeit, die konkurrenz- und profitförmig organisiert ist und fokussiert seine Untersuchung somit auf einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ein Fokus, der bereits zu Diskussionen führt, weil sie die Frage stellt, ob die Bereiche, die einer anderen sozialen

Logik gehorchen (Haushalt, Zivilgesellschaft, Staat; vgl. Lindner 2010), weniger relevant sind und weniger stark das Gesellschaftliche prägen.

Ware und Geld, so Marx, scheint die sachliche Eigenschaft zuzukommen, Wert zu haben; eine bestimmten Summe Geld die magische Eigenart vermehrt zu werden, als Kapital zu fungieren. Marx geht es jedoch nicht allein um Denkformen – oder „objektive Gedankenformen“, wie er sie nennt –, sondern um „handfeste“ Formen, sachliche Formen der Vermittlung von Gesellschaftlichkeit (MEW 42: 91, vgl. MEW: 23, 87, MEGA² II.5: 47). Die nachträgliche und sachlich vermittelte Vergesellschaftung der Arbeit hat drei, miteinander verwobene Konsequenzen: Fetischismus, Verselbstständigung der gesellschaftlichen Bewegung (unpersönliche Herrschaft/Zwang) und dass Personen als Personifikation ökonomischer Verhältnisse agieren (vgl. Heinrich 2012: 21).

Weil aber die gesellschaftlichen Verhältnisse als Eigenschaften der Dinge erscheinen oder die soziale Logik dieser Verhältnisse als Willen der Personen, ist der „innere Zusammenhang“ (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise nicht „empirisch konstatierbar“, wie Marx hinsichtlich bürgerlicher Verhältnisse noch in der *Deutschen Ideologie* annahm. Vielmehr muss nach und im Rahmen eines umfassenden Forschungsprozesses die Struktur des Gesellschaftlichen in theoretischen Begriffen rekonstruiert werden, mittels eines Gedankenkonkretums/-ganzes, als Resultat des Denkens, Begreifens und der theoretischen Abstraktionskraft. Ohne dieses Konkret-Gedankliche (Erkenntnisobjekt) ist das Konkret-Wirkliche (Realobjekt), was nicht dasselbe ist, nicht zu verstehen (vgl. Althusser 1963 und Althusser/Balibar 1965).

Marx wurde vorgeworfen, dass seine Analyse recht abstrakt und allgemein sei und wenig über konkrete Gesellschaften aussage; andererseits gingen durchaus Interpretationen davon aus, dass mit dem Marxschen *Kapital* immer schon eine konkrete Gesellschaftsformation erschöpfend beschrieben sei und sich eine konkrete Analyse erübrige.¹ All zu oft werden jedoch die Marxschen theoretischen Leistungen (in ihrer Allgemeinheit einerseits, in ihrer Beschränk-

1 Bob Jessop, darauf verweist Gallas (2006: 113), spricht vor diesem Hintergrund von der „constitutive incompleteness of the capital relation“, wenn die Analyse bei den ökonomischen Formen „stecken“ bleibt.

heit andererseits) nicht bewusst als das gewürdigt, was sie sind, und die formulierte Kritik entzieht sich so selbst den Boden, auf dem die Theorien (von der Regulationstheorie über an Poulantzas oder Gramsci anschließende Ansätze bis zum Post-Marxismus oder -Operatismus) als „marxistische Theorie“ vermeintlich stehen, schließlich entwickeln alle theoretischen Linien – auf unterschiedliche Art und Weisen – soll eine konkrete Gesellschaftsformation begriffen werden und warum die Beherrschten ihrer eigenen Ausbeutung und Beherrschung zustimmen – wichtige und brauchbare ‘intermediäre Begriffe’, ‘Theorien mittlerer Reichweite’, Theorien des Politischen und der Macht etc. Die Vorstellung jedoch, „das Kapitalistische“ einer Gesellschaft immer nur anhand der Wirklichkeit oder einer konkreten Gesellschaftsformation analysieren und zeigen zu können, fällt zum einen in einen Empirismus zurück, da sie die Notwendigkeit einer nicht-empirischen, begrifflichen Theorieebene ablehnt und sich damit zum anderen in einem Nominalismus verfängt, der die kapitalistische Wirklichkeit nur als kapitalistische etikettiert.

Marx zeigt im *Kapital* nicht nur die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Reichtums, der als eine ungeheure Warensammlung erscheint, sondern zeigt zudem, warum diese Verhältnisse selbst eine „Religion des Alltagslebens“ mit sich bringen, als spontan entstehende Denkformen, die Sebastian Herkommer (1985: 31ff.) als „Fiktionsweise ohne Phantasie“ bezeichnet – in Abgrenzung zu „Fiktionsweise mit Phantasie“ (ebd.: 73ff.), bei der die bewusste Ausgestaltung der Erzählweise über das Gesellschaftliche – in Politik und Kultur als Weltanschauung und Kunst – zentral ist. Die „Fiktionsweise ohne Phantasie“ ist ein Grund, warum die Marxsche Darstellung mit den gesellschaftlichen Formen beginnt, weil die aus ihr entspringenden Handlungen nicht aus dem Willen oder die Phantasie der Akteure zu erklären ist.

Die von Marx analysierten Formen reproduzieren sich nicht von selbst – trotz ihres inneren Zusammenhangs, und obwohl sie als natürlich erscheinen, also spontan erst gar nicht infrage gestellt werden. Eine solche Vorstellung unterschlägt nicht nur das Handeln der Menschen, ohne deren Praxis die Formen ja gar nicht existieren („Die Waren können nicht selbst zu Märkte gehen und sich selbst austauschen“, MEW 23: 99), sondern nimmt die Naturalisierung oder Marxsche Metaphern („automatisches Subjekt“ etc.) wörtlich. Aber dennoch stellt sich mit den „verstetigten Handlungsbedingungen“ (Gallas 2006: 102) die methodische Frage, „ob die ökonomi-

schen Formbestimmungen produziert werden, weil die Handelnden sich dies zum Ziel gesetzt haben, sodass diese Formbestimmungen auch nur im Hinblick auf diese Ziele erklärt werden können oder ob sich diese Formbestimmungen im Handeln reproduzieren ohne dass den Handelnden vollständig klar ist, was sie tun.“ (Heinrich 2012: 19f.) Es ist also eine methodische (und keine politische) Entscheidung, mit der Formanalyse anzufangen, wie Marx bereits gegenüber Adolph Wagner festhält, der nicht erkannt habe, dass er in seiner „analytischen Methode“ nicht von „dem Menschen, sondern der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode“ ausgehe (MEW 19: 371). Zwar stehen die ArbeiterInnen in einem „rebellischen Verhältnis“ (Marx, MEGA² II.4.1: 65) zum Kapital, und die Kämpfe sind, wie es Poulantzas (1977, 46) formulieren würde, in den Formen „konstitutiv präsent“, sind ihnen nicht nachrangig, stellen diese aber noch lange nicht infrage – ebenso wie Krisen, die auch ein Strukturmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise sind.²

Am Beispiel der Lohnarbeit und des Arbeitslohns lässt sich das Verhältnis von gesellschaftlicher Form und Arbeitskämpfen zeigen: Lohnarbeit ist die der kapitalistischen Produktionsweise spezifische Form der Ausbeutung, in der die Mehrarbeit als bezahlt erscheint, Ausbeutung unsichtbar wird und als ungerechte Bezahlung thematisiert werden kann. Für Marx ist der Arbeitslohn deshalb die Erscheinungsform, auf der „alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten“ beruhen (MEW 23: 562). Das ist genau einer jener Formen der „Religion des Alltagslebens“, die den Akteuren eine spezifische Interpretation von (Arbeits-) Konflikten und Form ihrer Austragung nahelegt, etwa die Forderung nach gerechter Bezahlung, mehr Lohn und weniger Arbeit. Diese Kämpfe – und seien sie noch so radikal – bewegen sich jedoch innerhalb der Lohnform.

Marx war kein Gegner von Reformen oder Verbesserungen proletarischer Lebensbedingungen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Mit der Marxschen Theorie ist es möglich zu zeigen, wie und wo

2 Das genaue Gegenteil behauptet John Holloway, wenn er die Formen als den Klassenkämpfen nachgeordnet beschreibt: „Der Klassenkampf findet nicht innerhalb der konstituierten Formen kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse statt: Vielmehr ist die Konstituierung dieser Formen selbst Klassenkampf“ (2002: 165). Deshalb wählt er auch einen anderen Anfang der Darstellung: „Ich nehme als Ausgangspunkt, dass wir den Kapitalismus zerstören wollen“ (2003: 220).

der Kapitalismus Spielräume aufweist, ohne als Kapitalismus aufzuhören. Marx führt diese Perspektive bspw. beim Kampf um den Normalarbeitstag aus (MEW 23: 294ff., vgl. Gallas 2006: 111ff.). Was als „normaler“ Arbeitstag in einer Gesellschaft gilt, ist ein Resultat von Kämpfen. Marx zeigt aber auch, dass steigende Löhne mit steigender Ausbeutung zusammenfallen können. Ein Kampf um kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne mag also noch so politisch richtig und wünschenswert sein: den Kapitalismus heben sie nicht aus den Angeln. Bei allen Spielräumen geht es immer auch darum, die Grenzen benennen zu können und sich ihnen in politischen Auseinandersetzungen bewusst zu sein. Das klingt etwas schematisch. Es ist aber etwas anderes, höhere Löhne zu fordern als das Ende einer Gesellschaft, die auf Lohnarbeit und Kapitalverwertung basiert (vgl. MEW 16: 152; auch Luxemburg 1899: 428). Mit Gallas (2006) lassen sich analytisch Kämpfe innerhalb von Formen und Kämpfe um die Form selbst unterscheiden.³ Der Kampf um oder gegen die Formen hat ein Verständnis von deren gesellschaftlicher Beschaffenheit zur Voraussetzung.

Neben dem Lohn für geleistete Arbeit findet eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als „sozialer Lohn“ statt. Hierbei spielt der Staat eine zentrale Rolle. Aber auch hier findet die Verteilung des neu produzierten Reichtums vor dem Hintergrund der „Religion des Alltagslebens“ statt, wie Marx im dritten Band des Kapital anhand der „trinitarischen Formel“ ausführt, d.h. der tief verkehrten Vorstellung, dass die *Mittel* der Aneignung des Reichtums (Arbeit, Boden, Kapital) die eigentlichen *Quellen* des Reichtums seien, also demnach alle einen legitimen Anspruch auf

3 Gallas nennt als weitere Unterscheidung die „Kämpfe auf Distanz“ (zum Staat). Diese Unterscheidung müsste vor der Systematisierung von Lindner (2010) nochmals reformuliert werden als Kampf, der entweder versucht, der einen sozialen Logik die Hoheit zu entreißen und das Umkämpfte einer anderen sozialen Logik unterzuordnen oder die konkrete Ausgestaltung mitzubestimmen. So werden in der Zivilgesellschaft Kämpfe geführt, die auf das Terrain des Staates Auswirkungen haben, sogar zur Folge haben können, dass ein Teil der gesellschaftlichen Arbeit nicht mehr unter dem Kommando des Kapitals organisiert wird – etwa als öffentliche Güter. In diesem Sinne ist auch Silvia Federicis „Aufstand *aus* der Küche“ (2012) zu verstehen, ein Kampf, der aus dem „Haushalt“ heraus die gesellschaftliche Arbeitsteilung insgesamt neu organisieren anstrebt.

Revenue haben – der eigentliche Streit findet also nur noch über den Anteil vom Kuchen statt, als Frage von Gerechtigkeit einerseits und notwendigen Anreizstrukturen „etwas zu leisten“ andererseits. Ähnlich wie beim Arbeitslohn steht nicht die Form des Sozialstaats infrage, sondern nur, wie der via Steuern angeeignete Reichtum als „sozialer Lohn“ verteilt wird.⁴

Selbstverständlich ist für Marx die kapitalistische Produktionsweise ein historischer Gegenstand: Sie ist historisch entstanden und wird historisch untergehen (wenn auch nicht mit historisch verbürgter Notwendigkeit). Aber ist deswegen dieser ihr „innerer Zusammenhang“, ein historischer, oder auch nur ein um allerlei Zufälligkeiten (vgl. Engels, MEW 13: 475) bereinigter ‘genetischer’ (Wolfgang F. Haug)?⁵ Eindeutig nicht: Es handelt sich vielmehr darum, im Begreifen dieses „inneren Zusammenhanges“ die kapitalistische Produktionsweise *in ihrer Struktur* zu begreifen – d.h. als ein (unter Beachtung gegebener Grenzen) keineswegs willkürlich aufgebautes Geflecht von „Widersprüchen“ und ihrer „Bewegungsformen“ – als theoretische Voraussetzung, sich überhaupt über die Rolle von Geschichte den Kopf zerbrechen zu können.

Was sich reproduziert, wenn die ökonomischen Formen herrschen, und warum diese Reproduktion als umkämpfte Herrschaft möglich ist, beinhaltet auch die Frage, wie sich die Herrschaft dieser Formen historisch Bahn gebrochen hat, nämlich unter bestimmten partikularen Bedingungen innerhalb bestimmter, singulärer histo-

4 Zur Diskussion vgl. Frings (2010). Das gegenwärtige prominenteste Beispiel für eine derartige Diskussion ist *Das Kapital im 21. Jahrhundert* von Thomas Piketty. Zur Diskussion Kaufmann/Stützle 2014.

5 Bei Haug ist der Genesis-Begriff selbst schillernd. Einerseits geht es bei der „genetischer Rekonstruktion nicht um ‘Darstellung der Geschichte’, auch nicht in ‘modellhafter’ Form“, sondern „wie das Wort Genesis besagt, um die Untersuchung eines Entstehungszusammenhangs und eines Werdens.“ (Haug 2003a: 428) An anderer Stelle heißt es hingegen: „Das Genetische kann aber in der Tat als das modellhaft begriffene Historische gleichsam ‘in laboratoriumshafter Reinkultur’ (Haug 1974/76, 151) verstanden werden.“ (Haug 2003b, 384) Michael Heinrich (2004) machte vor diesem Hintergrund deutlich, dass Haug die von ihm beanspruchte „dritten Position“ – jenseits einer „historischen“ oder „logischen“ Darstellungsweise – nicht plausibel machen kann.

rischer Gesellschaftsformationen (vgl. Wood 1999, Wolf 2006).⁶ Für Marx ist jedoch ein Verständnis der ausgebildeten Formen die Voraussetzung dafür, adäquate Fragen an die Geschichte zu stellen und diese zu rekonstruieren: „Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen.“ (MEW 42: 39; vgl. ebd.: 176) Es bedarf Kriterien für die „Geschichtsschreibung“: Auf was muss geachtet werden, was ist relevant? Die Kriterien hierfür liefert eben nicht „die Geschichte“, sondern die Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsweise und ihre systemischen Voraussetzungen (u.a. die Arbeitskraft als Ware). Diese methodische Überlegung ist der Grund dafür, dass in den historischen Kapiteln zum Handelskapital, zum zinstragenden Kapital und der Grundrente die jeweils kapitalistischen Formbestimmungen vorangestellt sind – nicht umgekehrt. Auch auf die zentrale Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln und die Existenz der Arbeitskraft als Ware, geht Marx am Ende des ersten Bandes ein, nachdem er im vierten Kapitel unterstellt hatte, dass sich unter den vielen Waren auch die Ware Arbeitskraft befindet.

Dass es für das Verständnis vorkapitalistischer Formen eines Verständnisses davon bedarf, was die kapitalistischen ausmacht, zeigt sich auch beim „Geld“. Das Wörtchen Geld müsste für vorkapitalistische Verhältnisse in Tüttelchen setzen – wie auch der Staat. Geld ist nicht in allen Gesellschaften gleich Geld und nimmt auch nicht im selben Maße eine konstitutive Rolle für die Gesellschaft bzw. die gesellschaftliche Arbeitsteilung ein. Das macht etwa der Historiker Jacques Le Goff (2010) beispielhaft für das Mittelalter deutlich. Er betont, dass es bis ins Mittelalter „keine einheitliche Bezeichnung“ für Geld gab, „die Menschen des Mittelalters, einschließlich der Kaufleute, Kleriker und Theologen, hatten nie eine klare, einheitliche Vorstellung davon, was wir heute unter diesem Begriff fassen.“ (Le Goff 2010: 9f.) Sprechen wir also ohne Tüttelchen vom Geld, projizieren wir eine moderne Vorstellung von Geld in die Vergangenheit und die Unterschiede und Differenzen werden eingeebnet – Unterschiede, die nicht nur für HistorikerInnen

6 Für die Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems haben zusammengekommen der Strang des sogenannten *Political Marxism* mit Ellen Meiksins-Wood, Georg C. Comninel, Benno Teschke, Charles Post, John Brewer und andere einiges Erhellendes beigetragen.

von Interesse sind, sondern für alle, die den Kapitalismus gerne im Museum sähen.

Die allgemeinen Strukturzusammenhänge sind für Marx keineswegs ein Gegenstand 'struktur-funktionalistischer' Konstruktion a priori. Sie sind erst in der Erforschung des vielfältigen konkreten Materials zu finden: nicht nur als empirische Regelmäßigkeiten, sondern als konsistent theoretisch rekonstruierbare Erklärungszusammenhänge, d.h. in der für Marx charakteristischen dialektischen Wendung als 'Bewegungsformen' ganz allgemein formulierbarer 'Widersprüche', die sich in den singulären Prozessen immer wieder durchsetzen (bis sie konkret historisch überwunden werden). Und zwar nur genau so weit, wie dies die Forschung am konkreten Material als Struktur aufweisen kann: Deswegen legt Marx auch immer wieder in seiner Darstellung so großen Wert auf eine spezifische 'Verankerung' der von ihm eingeführten Kategorien im historisch-empirischen Material.⁷ Marx begnügt sich nicht damit, seine Kategorien einfach nur zu setzen (wie dies Althusser 1977 gemeint hat) oder sie mit dem zweifelhaften Vorzug einer auf die 'Bedingungen der Möglichkeit' fokussierenden, und d.h. transzendentalphilosophischer Geltungsdeduktion auszustatten (wie dies Helmut Reichelt 2008 versucht)⁸.

Soll sich die Lage der kritischen Wissenschaften, mit Marx und über die Marxsche Theorie hinaus, verbessern, muss nicht nur der herrschaftskonforme Mainstream der Sozialwissenschaften kritisiert, sondern auch eine gemeinsame Debatte und ein Verständigungsprozess organisiert werden, der verstärkt auf die Missverständnisse und theoretische Differenzen fokussiert. Ziel sollte dabei weniger ein inhaltlicher Konsens sein, sondern vielmehr ein Schritt davor, nämlich einen gemeinsamen Konsens darüber zu formulieren, worin der Dissens liegt. Das aus der Medientheorie oder so mancher Paar-Therapie bekannte Sender-Empfänger-Problem findet sich

7 Das ist auch der Hintergrund dafür, dass er angesichts der Entwicklungen in den USA und der Krisen in den 1870ern davon ausging, den ersten Band des *Kapital* sehr grundlegend überarbeiten zu müssen und den zweiten wie dritten Band vorerst nicht zum Abschluss bringen zu können. (vgl. Heinrich 2011)

8 Dass Reichelt (2011) auf u.a. die Kritik von Elbe (2008) nicht eingeht, ist einer transgenerationalen Debatte nicht gerade förderlich.

nämlich auch in den Wissenschaften, die sich an Marx orientieren.⁹ Für eine Verständigung existieren derzeit die besten Voraussetzungen, weil in den letzten Jahren viele neue Texte erschienen sind, sich neue und jüngere Stimmen sich zu Wort gemeldet haben. Da sich die inhaltlichen Konflikte aber nach wie vor meist vor dem Hintergrund überkommener historischer Debatten vollziehen, ist eine Anstrengung in Sachen Verständigung drängender denn je.

Literatur

- Althusser, Louis (1963): Über die materialistische Dialektik. Von der Ungleichheit der Ursprünge, in: Für Marx, Berlin 2011, S. 200-279.
- (1977): Marx' Denken im Kapital, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 50, Jg. 13, Heft 1, S. 130-147.
- Althusser, Louis/Balibar, Etienne (1965): Das Kapital lesen. Vollständige und ergänzte Ausgabe mit Retraktionen zum Kapital, Münster 2015.
- Elbe, Ingo (2008a): Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, München.
- (2008b): Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Anmerkungen zu einem blinden Fleck in der Gesellschaftstheorie von Nicos Poulantzas, in: Lindner, Urs/Nowak, Jörg, et al. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit, Münster, S. 226-238.
- Luxemburg, Rosa (1899): Sozialreform oder Revolution?, in: Gesammelte Werke, Bd. 1.1, Berlin/DDR 1974, S. 367-466.
- Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete Revolution, Münster.
- Frings, Christian (2010): Kritik der Sozialstaatsillusion. Enteignung, Vereinzelung, Befriedung: Was gibt es da zu verteidigen?, in: ak – analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis, , Nr. 556 vom 17.12.2010.
- Gallas, Alexander (2006): 'Das Kapital' mit Poulantzas lesen. Form und Kampf in der Kritik der politischen Ökonomie, in: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander et al. (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg, S. 101-119.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003a): Wachsende Zweifel an der Monetären Werttheorie. Antwort auf Michael Heinrich, in: Das Argument 251, Jg. 45, Heft 3, S. 424-437.
- (2003b): Historisches/Logisches, in: Das Argument 251, Jg. 45, Heft 3, S. 378-396.

9 Wobei dieser Text sich sicher der Problematik nicht entziehen kann.

- Heinrich, Michael (2004): Über 'Praxeologie', 'Ableitungen aus dem Begriff' und die Lektüre von Texten. Zu Wolfgang Fritz Haugs Antwort auf meinen Beitrag in *Argument* 251, in: *Das Argument* 254, Jg. 46., Heft 1, S. 92-101.
- (2011): Entstehungs- und Auflösungsgeschichte des Marxschen 'Kapital', in: Heinrich, Michael/Bonefeld, Werner (Hg.): *Kapital & Kritik. Nach der 'neuen' Marx-Lektüre*, Hamburg, S. 155-193.
 - (2012): Individuum, Personifikation und unpersönliche Herrschaft in Marx' Kritik der politischen Ökonomie, in: Elbe, Ingo/Ellmers, Sven, et al. (Hg.): *Anonyme Herrschaft. Zur Struktur moderner Machtverhältnisse*, Münster, S. 15-34.
- Herkommer, Sebastian (1985): *Ideologie. Eine Einführung*, Hamburg.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen*, Münster.
- (2003): *Die Druckerei der Hölle. Eine Anmerkung in Antwort auf Joachim Hirsch*, in: *Das Argument* 250, Jg. 45, Heft 2, S. 219-227.
- Lindner, Urs (2010): *Macht Arbeitsteilung Sinn? Zur Relevanz von Marx für die gegenwärtige Sozialtheorie*, in: Bude, Heinz/Damitz, Ralf M., et al. (Hg.): *Marx. Ein toter Hund? Gesellschaftstheorie reloaded*, Hamburg, S. 175-197.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich Werke [MEW], herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der SED, Berlin 1956ff..
- Marx, Karl/Friedrich, Engels Gesamtausgabe [MEGA²], herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der KPdSU und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der SED; seit 1990: herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (Amsterdam), Berlin 1975ff..
- Poulantzas, Nicos (1977): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg 2002.
- Reichelt, Helmut (2008): *Neue Marx-Lektüre. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*, Hamburg.
- (2011): *Zur Konstitution ökonomischer Gegenständlichkeit. Wert, Geld und Kapital unter geltungstheoretischem Aspekt*, in: Bonefeld, Werner/Heinrich, Michael (Hg.): *Kapital & Kritik. Nach der 'neuen' Marx-Lektüre*, Hamburg, 232-257.
- Wolf, Frieder Otto (2006): *Marx' Konzept der 'Grenzen der dialektischen Darstellung'*, in: Hoff, Jan/Petrioli, Alexis, et al. (Hg.): *Das Kapital neu lesen. Beiträge zur radikalen Philosophie*, Münster, S. 159-188.
- Wood, Ellen Meiksins (1999): *The Origin of Capitalism. A longer View*, London/New York, 2002.

Jana Flemming/Melanie Pichler/Christina Plank

Alle knechtenden Verhältnisse umwerfen – und doch ein paar Bäume stehen lassen

Zum Verhältnis von marxistischer Theorie und sozial-ökologischen Fragen

„This, I think, may make a small contribution to helping us all break from an image of a world where the human and the non-human are dis-corrected, a fiction that remain so stubborn a part of our modern reasoning that it is as difficult to unimagine as it is to picture a world without patriarchy or clan.“ *Robbins 2012: 3*

Einleitung

Sozial-ökologische Fragen haben in der marxistischen Debatte noch immer einen nachrangigen Stellenwert. Ähnlich wie feministische Ansätze müssen sie sich im Theoriekanon immer wieder um Anerkennung bemühen, um nicht implizit oder explizit als sogenannter „Nebenwiderspruch“ wahrgenommen zu werden. Dem gegenüber steht die empirisch offensichtlich destruktive Nutzung von natürlichen Ressourcen und Ökosystemen, die in den letzten Jahrzehnten zu umfassenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Umweltproblemen führte (vgl. IPCC 2013, ISSC/ UNESCO 2013, WCED 1987).

Die genuine Verwobenheit ökologischer und sozialer Fragen spiegelt sich jedoch in verschiedenen marxistisch inspirierten und kritischen sozialwissenschaftlichen Konzepten wider. Wir stellen in diesem Beitrag einen Teil der Ansätze vor und loten Potentiale ihrer Verknüpfung und gegenseitigen Bereicherung aus. Damit geben wir auch Hinweise auf die möglichen Konsequenzen einer Berücksichtigung der Ökologieproblematik für die marxistische Debatte. Theoretisch gehen wir dabei von englisch- und deutschsprachigen Analysen im Rahmen des Ökomarxismus aus und konzentrieren uns anschließend insbesondere auf die zentralen Argumente des

Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse sowie der heterogenen Strömung der Politischen Ökologie. Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde im Anschluss an die Kritische Theorie der Frankfurter Schule entwickelt und um staats-, hegemonie- und regulationstheoretische Ansätze erweitert. Es kann als Antwort auf die ökologischen Krisentendenzen (Atomkraft, Umweltverschmutzung etc.) gesehen werden, die im globalen Norden ab den 1970er Jahren eine erstarkte Ökologiebewegung hervorbrachten. Das angloamerikanische Forschungsfeld der Politischen Ökologie entwickelte sich davon weitgehend unabhängig aus radikal-geografischen und anthropologischen Ansätzen und fokussiert auf die Rolle von Akteur_innen und konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Aneignung und Kontrolle von Natur mit einem Fokus auf Nord-Süd-Verhältnisse und die spezifischen Ausbeutungsstrukturen im globalen Süden.

Zu den ökologischen Grenzen des kapitalistischen Wachstums: Ökomarxistische Beiträge

Bis in die 1960er Jahre spielten ökologische Fragen in der marxistischen Debatte kaum eine Rolle. Diese fehlende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen und der Nutzung von Natur und natürlichen Ressourcen ist nicht zuletzt von einer spezifischen Marxinterpretation sowie den Erfahrungen des real existierenden Sozialismus geprägt. Mit dem Hinweis auf die zentrale Bedeutung der Produktivkraftentwicklung (vgl. Lipietz 1998: 61f.) wurde – auch in linken Theorie Debatten – Gesellschaft unter der Maßgabe einer Entwicklungslogik gedacht und gestaltet, die sich in Bezug auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen und den Umgang mit Umweltschäden ähnlich destruktiv entfaltete wie kapitalistische Gesellschaften (vgl. Foster 1994: 96ff.). Damit rüttelt die Integration ökologischer Fragen in die gesellschaftstheoretische Analyse an den Grundfesten vieler politisch-normativer, marxistisch geprägter Zukunftsvorstellungen einer von allen natürlichen Zwängen befreiten Gesellschaft, in der die Auseinandersetzung mit der Begrenztheit von natürlichen Ressourcen und der Bedeutung von intakten Ökosystemen im besten Fall als bürgerlich und im schlimmsten Fall als reaktionär abgetan wurde bzw. auch heute noch wird.

Dabei ist die gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen im Marxschen Werk bereits angelegt.¹ Auf Basis einer dialektisch-materialistischen Herangehensweise sieht Marx – anders als viele apolitische oder naturalistische Ansätze in den Umweltwissenschaften – keinen Gegensatz zwischen Natur und Gesellschaft oder suggeriert eine ökologisch determinierte Einheit dieser. Vielmehr hebt er die materielle Grundlage von Gesellschaft und damit die Interaktion zwischen Mensch und Natur – vermittelt durch die Arbeit – hervor, d.h. Gesellschaften und ihre Geschichte lassen sich nur verstehen, wenn mitgedacht wird, in welchen Verhältnissen sie zur Natur stehen: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Menschen und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ (Marx 1890/2008: 192). Der Begriff des *Stoffwechsels* ist für die Vermittlung zwischen Natur und Gesellschaft entscheidend, wobei dessen Form jeweils historisch konkret bestimmt ist (vgl. Schmidt 1962/1971: 76). Neben dieser materialistischen Fundierung gibt es bei Marx bereits Hinweise auf die sozial-ökologischen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, veranschaulicht an der Landwirtschaft:

Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. [...] Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. (Marx 1890/2008: 529f.)

Auf Basis dieser Überlegungen widmeten sich ökomarxistische Theoretiker_innen ab den 1980er Jahren dem Zusammenhang zwischen Ressourcen(über)nutzung und kapitalistischer Produktionsweise.²

-
- 1 Die Frage nach der Berücksichtigung ökologischer Fragen bei Marx wird unterschiedlich interpretiert. Fetscher (1991), Immler (1989) und Eder (1988) argumentieren für eine Vernachlässigung ökologischer Fragen in seinem Werk, während Schmidt (1962/1971) und Jacobs (1997) die Marxsche Analyse für ein sozial-ökologisches Forschungsprogramm als nützlich erachten.
 - 2 Die Theoretisierung beginnt in Ansätzen bereits in den 1960er Jahren, wird aber in dieser Zeit noch nicht systematisch verfolgt (siehe

Im englischsprachigen Raum sind hier z.B. Ted Benton (1996), John Bellamy Foster (1994, 2011) und James O'Connor (1988) zu nennen. Ihnen zufolge führt die kapitalistische Produktionsweise, die auf die Generierung von Mehrwert aus Arbeit und Natur angewiesen ist, notwendigerweise zu ökologischer Destruktion und untergräbt damit nicht zuletzt die Bedingungen für den Fortbestand des Kapitalismus (vgl. Robbins 2012: 54). O'Connor (1988) spricht in diesem Zusammenhang vom zweiten Widerspruch des Kapitalismus (*second contradiction to capitalism*). Neben dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, der zu „Überproduktion“ und in der Folge zu Krisen führt, ortet er einen weiteren Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den Produktionsbedingungen. Diese Bedingungen (natürliche Ressourcen und Ökosysteme, Arbeitskraft, Infrastruktur) werden zwar nicht kapitalistisch als Waren produziert, im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise allerdings als solche behandelt, wodurch sie zunehmend zerstört werden. Aufgrund der steigenden Kosten für die Reproduktion dieser Produktionsbedingungen steigt die Wahrscheinlichkeit einer „Unterproduktion“ und damit die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus.

Im deutschsprachigen Raum hat insbesondere Elmar Altvater (1991, 1992, 2005) den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise und ökologischer Zerstörung theoretisiert. Eine wesentliche Rolle spielt für ihn das Zusammenfallen von kapitalistischer Produktionsweise und der Nutzung fossiler Energieträger. Dieses hat zwar enorme Produktivitätssteigerungen ermöglicht, mit dem Versiegen fossiler Energieträger muss der „Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ allerdings notwendigerweise zu seinem Ende kommen (Altvater 2005).

Die genannten Ansätze stellen die kapitalistische Produktionsweise aus ökologischer Sicht in Frage und haben dadurch zu einer Erweiterung der marxistischen Debatte geführt.³ Dennoch ist mit

z.B. Schmidt 1962/1971, Marcuse 2009 mit Vorträgen zu Naturbeherrschung und Technikkritik aus den 1970er Jahren).

3 Die kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung stand häufig in Wechselwirkung mit der Politisierung von sozial-ökologischen Problemen durch soziale Bewegungen. Eindrucksvoll belegen dies bereits die Hefte der Zeitschrift Prokla „Ökologie und Marxismus“

diesen Konzeptionen eine Reihe von Einschränkungen verbunden. *Erstens* argumentieren ökomarxistische Ansätze hauptsächlich ökonomisch und blenden damit politisch-institutionelle ebenso wie sozio-kulturelle Aspekte des Umgangs der Gesellschaft mit Natur weitgehend aus. *Zweitens* sind sie auf einer systemischen Makroebene angesiedelt, die wenig Platz für räumlich-zeitliche Verschiebungen und die Vielschichtigkeit historisch-spezifischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse lässt. Somit wird auch die Rolle von Akteur_innen und gesellschaftlichen Gruppen in sozial-ökologischen Konflikten um eine Neugestaltung des gesellschaftlichen Umgangs mit der Natur außer Acht gelassen. Damit in Zusammenhang stehend gehen sie *drittens* von einem beinahe notwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise aufgrund ökologischer Grenzen aus, ohne die „Wandlungsfähigkeit“ der kapitalistischen Produktionsweise in den Blick zu nehmen und damit ein differenziertes Verständnis der sozial-ökologischen Krise zu entwickeln (vgl. Dietz/Wissen 2009).

Im Folgenden stellen wir mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und dem Forschungsprogramm der Politischen Ökologie zwei weitere Perspektiven vor, die sich theoretisch und empirisch mit dem Verhältnis von Natur und Gesellschaft auseinandersetzen, dabei – zum Teil vermittelt über die Kritische Theorie – auf (neo-)marxistische Theorietraditionen zurückgreifen und die genannten Einschränkungen fruchtbar erweitern.

von 1979 sowie „Ökologie, Technologie und Arbeiterbewegung“ von 1980. Die Ursache des Ökologieproblems wird als Herrschaftsproblem gefasst, bei dem die Relevanz der Klassenfrage hervorgehoben wird. Gleichzeitig werden die progressiven Aspekte von ökologisch orientierten Bürgerinitiativen hervorgehoben. Sie nehmen zwar die Sozialstruktur der Gesellschaft unzureichend in den Blick, legen aber einen gesellschaftspolitischen Fokus auf die Gebrauchswerte von Waren. Damit füllen sie eine Leerstelle in der marxistisch geprägten Debatte um sozial-ökologische Transformationsperspektiven (Redaktion Prokla 1979: 30). In der Diskussion um die Verbindung von Ökologie- und Arbeiter_innenbewegung wird erstere dazu angehalten, die kapitalistische Produktionsweise in die Analyse miteinzubeziehen, während Gewerkschaften die „Etablierung einer gesellschaftlich-bewußten Produktionsweise“ nahe gelegt wird (Redaktion Prokla 1980: 13).

Zur vielschichtigen Verwobenheit von Natur und Gesellschaft: Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Zugespitzt ließe sich formulieren, dass in den dezidiert marxistischen Konzeptionen der sozial-ökologischen Krise die Bedeutung des *historischen* Materialismus verloren geht, insofern der Begriff die Geschichtlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise betont. Demnach ist es notwendig, mit der kapitalistischen Produktionsweise direkt verknüpfte ökologisch destruktive Herrschaftsverhältnisse von solchen zu differenzieren, die ihre Wandelbarkeit in den Blick nehmen und über ökonomische Betrachtungsweisen hinausgehen. Mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse lässt sich das wechselseitige Verhältnis zwischen sozialen und ökologischen Phänomenen in seiner Vielschichtigkeit verdeutlichen. Anknüpfend an marxistische Denktraditionen bleibt Gesellschaft Ausgangspunkt für die Bestimmung von sozial-ökologischen Prozessen und der Bearbeitung ihrer Krisenhaftigkeit, gleichzeitig wird allerdings auch die Eigenwirkung ökologischer Prozesse hervorgehoben (vgl. Görg 1999: 8ff.).⁴

Der gesellschaftstheoretische Versuch, die Abgrenzung von Natur und Gesellschaft zu überwinden und ihre wechselseitigen Verknüpfungen zu analysieren, geht auf Arbeiten des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in den 1980er Jahren zurück. Sie rücken von einer ökonomischen und auf die systemische Makroebene gerichteten Betrachtungsweise ab und stellen zunächst die natur- und sozialwissenschaftlichen Deutungen der ökologischen Krise in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang plädiert das ISOE mit der These einer „Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ für ein *differenziertes Verständnis der sozial-ökologischen Krise*. Im Gegensatz zur verbreiteten wissenschaftlichen Deutung, Umweltprobleme naturwissenschaftlich zu beschreiben und technisch lösen zu wollen, heben Jahn und Wehling (1998: 80f.) den gesellschaftlichen Charakter der ökologischen Krise her-

4 Die historisch-spezifische Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse lässt sich auch anhand des derzeit gesunkenen Ölpreises verdeutlichen. Die Verknappung ökologischer Ressourcen unterliegt auch gesellschaftlichen Regulationen und kann daher Annahmen über die Knappheit von Naturressourcen über eine bestimmte Zeit auch relativieren.

vor: Nicht die Natur ist in der Krise, sondern die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Formen, in denen vor allem die hochindustrialisierten Gesellschaften ihren Umgang mit der Natur gestalten.

Für eine theoretisch angemessene Erfassung dieser Krisenerscheinungen wurde die Kritische Theorie herangezogen. Im Anschluss an die Debatten des ISOE hat insbesondere Christoph Görg die späten Werke Theodor W. Adornos hinsichtlich ökologischer Fragen tiefergehend rezipiert. Die spezifische Logik der sozial-ökologischen Krise wird zunächst nicht allein in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise gesucht, sondern mit den Begriffen der Naturbeherrschung und Nicht-Identität greifbar: Die Materialität und Widerständigkeit von Natur, die sich in Momenten äußert, in denen der gesellschaftliche Versuch der Kontrolle von Naturprozessen scheitert, werden ernst genommen (vgl. Görg 1999; 2003a; 2003c). Die Reflexion über das Verhältnis der Gesellschaft zu einem mit ihr nicht identischen „Anderen“ (d.h. zu den materiell-stofflichen Bedingungen ihrer eigenen Reproduktion) wird als ein notwendiges Element von Gesellschaftstheorien betrachtet (Görg 1999: 8f.). Konkret erfolgt die gegenwärtig hegemoniale Aneignung von Natur nach dem neuzeitlichen Glaubenssatz, dass Natur beherrschbar sei (vgl.: Horkheimer/Adorno 1993). Denn während Naturaneignung selbst allen Gesellschaftsformen immanent ist (vgl. Marx 1890/2008: 198), macht der instrumentelle, für die kapitalistische Produktionsweise spezifische Zugriff auf Natur, der die Nicht-Identität von Natur unberücksichtigt lässt, gegenüber bestimmten Qualitäten der Natur blind. Diese Negation spezifischer natürlicher Prozesse lässt unkontrollierbare Nebenfolgen und in ihrer Konsequenz lediglich weitere Probleme der Beherrschbarkeit sozial-ökologischer Prozesse entstehen (vgl. Görg 2003b: 143). Im häufig technokratischen Versuch der Bewältigung ökologischer Probleme führt dies Gesellschaften nur „um so tiefer in den Naturzwang hinein“ (Horkheimer/Adorno 1993: 19).⁵

5 Auch Friedrich Engels spricht in „Natur und Gesellschaft“ davon, wie der Mensch die Natur, indem er sie „durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar [macht, sie] beherrscht“, und wie die Natur sich für jeden menschlichen Sieg über sie mit „unvorhergesehen Wirkungen“ an uns „rächt“ (MEGA I/26: 550).

Mit dem Glauben an die immer perfektere Naturbeherrschung geht ein spezifisches Fortschritts- und Wachstumsparadigma einher (vgl. Görg 2004: 218f.), mit dem im Fordismus v.a. die Verheißungen des Wohlfahrtsstaates verbunden waren und ein Klassenkompromiss auf Basis der schrankenlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen erreicht werden konnte (vgl. Demirović 1997: 183). Die Krise des fordistischen Klassenkompromisses zeigt jedoch auf, dass das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft kein einheitlich kapitalistisches ist, sondern von räumlich-zeitlich bestimmten Formen und der historisch-spezifischen Regulation eben dieses Verhältnisses geprägt ist. Diese *Wandlungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise* in Reaktion auf die sozial-ökologische Krise wird im Rahmen staats- und regulationstheoretischer Erweiterungen beispielsweise mit der Unterscheidung zwischen fordistischen und postfordistischen Naturverhältnissen gefasst, und die Veränderungen mit jeweils konkreten gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen in Beziehung gebracht (vgl. Brand/Görg 2000, 2003; Brand et al. 2008; Görg 2004; Lipietz 1998; Wissen 2011). Waren fordistische Naturverhältnisse von einer „schrankenlosen Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen“ (Brand/Görg 2003: 45) geprägt, werden im Rahmen postfordistischer Naturverhältnisse ökologische Fragen (Klimawandel, Ressourcenausbeutung, Bodendegradierung etc.) zunehmend in die kapitalistische Restrukturierung und damit in den Akkumulationsprozess integriert, beispielsweise durch die Inwertsetzung von Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) oder Biodiversität (*nature capital*). Unter dem Credo einer ökologischen Modernisierung bleiben alte, fordistische Formen der Naturausbeutung neben neuen, postfordistischen Mustern der Bearbeitung ökologischer Fragen bestehen (vgl. Görg 2004: 220ff.). Die Erfahrung des Scheiterns in der ökologischen Krise ist so lediglich in eine erneuerte, eine „reflektierte“ Form der Naturbeherrschung übergegangen, in der die ökologische Krise selektiv und angepasst an die kapitalistische Akkumulationslogik bearbeitet wird (vgl. Pichler 2014: 211ff.).

Zur Analyse von sozial-ökologischen Konflikten: Das Forschungsfeld der Politischen Ökologie

Während das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf eine gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung mit sozial-

ökologischen Krisenphänomenen im globalen Norden zurückgeht, entwickelte sich das heterogene Forschungsfeld der Politischen Ökologie aus einer Analyse sozial-ökologischer Konflikte in Ländern des globalen Südens. Fokussiert wird insbesondere auf die konkreten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die mit dem Zugang zu und der Aneignung von Natur und natürlichen Ressourcen verbunden sind. Das Forschungsprogramm wurde seit Ende der 1970er Jahre v.a. aus anthropologischen und kritisch-geografischen Ansätzen im angloamerikanischen Raum entwickelt (vgl. Neumann 2005; Peet et al. 2011; Robbins 2012), die Beiträge werden allerdings auch in der deutschsprachigen Debatte zunehmend rezipiert (vgl. Dietz/Wissen 2009; Engels/Dietz 2011; Köhler 2005; Pichler 2014). Die Politische Ökologie basiert ebenso wie das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf marxistischen Grundlagen – insbesondere ökomarxistischen (z.B. O'Connor, Benton) und dependenztheoretischen (z.B. Frank, Cardoso, Faletta) sowie der Weltsystemtheorie (Wallerstein) (vgl. Braynt/Bailey 1997: 12ff.). Ihr Interventionsfeld stell(t)en jedoch in erster Linie entwicklungstheoretische und -politische Diskussionen dar, die aus neo-malthusianischer oder modernisierungstheoretischer Perspektive einen funktionalen Zusammenhang zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung konstatieren (vgl. Robbins 2012: 14).

Zentraler Ausgangspunkt polit-ökologischer Arbeiten sind dabei weniger die systemischen Widersprüche zwischen kapitalistischer Produktionsweise und der Aneignung von natürlichen Ressourcen, sondern die den Alltag von Menschen betreffenden Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse, die sich aus dieser kapitalistischen Aneignung ergeben (vgl. Robbins 2012: 199ff.). Das heißt, es werden „neben den globalen und systematischen Bedrohungen, die vor allem in der Zukunft ihre Wirkung entfalten, auch die lokalen Konflikte, in denen sich die ökologische Krise bereits heute auf vielfältige Art und Weise artikuliert, stärker in Rechnung gestellt“ (Dietz/Wissen 2009: 352). Dieses prozesshafte und transformative Verständnis kapitalistisch-gesellschaftlicher Entwicklung teilen sie mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Während deren Vertreter_innen allerdings die sozialwissenschaftliche Theoretisierung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft sowie staats- und regulationstheoretische Überlegungen stark machen, fokussieren die detailreichen empirischen Arbeiten aus dem Feld der Politischen

Ökologie auf die *konkreten sozial-ökologischen Konflikte* auf lokaler Ebene. Im Fokus stehen Fragen nach dem Zugang zu, der Verteilung von und der Kontrolle über natürliche Ressourcen (vgl. Bryant/Bailey 1997), wobei Land als Ressource oftmals im Vordergrund steht. Dies wird beispielsweise in einer berühmt gewordenen Definition des Forschungsfeldes deutlich:

The phrase ‘political ecology’ combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and *land-based* resources, and also within classes and groups within society itself. (Blaikie/Brookfield 1987: 17, eigene Hervorhebung)

Mit diesem Fokus auf die Vielschichtigkeit lokaler Konflikte geht ab den späten 1980er Jahren eine Wendung von eher strukturalistischen und neo-marxistischen Analysen hin zu der Hervorhebung von *Akteur_innen und gesellschaftlichen Gruppen* in sozial-ökologischen Konflikten sowie deren Handlungsfähigkeit – insbesondere von subalternen Akteur_innen – einher (vgl. Bryant/Bailey 1997: 13). Zentrale Impulse dafür kamen aus den *peasant studies* mit deren Fokus auf die vielfältigen Widerstandsformen von Bäuer_innen – z.B. durch das Konzept der „weapons of the weak“ (Scott 1985; 1990) – sowie der feministischen politischen Ökologie (vgl. Agarwal 1998; Rocheleau et al. 1996).⁶ In diesem Zusammenhang erlangte auch der Begriff des „environmentalism of the poor“ (Martinez-Alier 2014) Bedeutung. Entgegen der verbreiteten Ansicht eines Zusammenhangs zwischen Armut und Umweltzerstörung unterstreicht das Konzept den aktiven Kampf von Indigenen, Bäuer_innen oder Landarbeiter_innen, die sich oftmals am deutlichsten gegen eine moderne, westliche Entwicklungsweise aussprechen, weil sie unmittelbar von intakten Ökosystemen und dem Zugang zu natürlichen Ressourcen abhängig sind.

Darüber hinaus finden sich in den detailreichen empirischen Studien in jüngster Zeit vermehrt Hinweise auf die historisch-spezifische Ausgestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die eng mit den deutschsprachigen Debatten um postfordistische Naturverhältnisse verbunden sind. Diese Beiträge – z.B. zu *Land Grabbing* (vgl. Backhouse et al. 2013), *Green Grabbing* (vgl. Fairhead et al. 2012) oder zur Bedeutung von Naturschutz (vgl. Kelly 2011)

6 Im deutschsprachigen Raum ist hier auch die ökofeministische Debatte seit Mitte der 1970er Jahre zu nennen (vgl. Mies/Shiva 1995).

– beziehen sich dabei insbesondere auf das marxistische Konzept der ursprünglichen Akkumulation (vgl. Marx 1890/2008: 741-791) bzw. dessen Weiterentwicklung durch David Harvey (2005) als „Akkumulation durch Enteignung“.

Fazit und Ausblick

Mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und dem Forschungsprogramm der Politischen Ökologie haben wir zwei Zugänge vorgestellt, die an die (öko-)marxistische Theorie anknüpfend ein komplexes Verständnis sozial-ökologischer Fragen entwickeln. Beiden Ansätzen liegt zugrunde, dass Gesellschaft und Natur nicht als getrennte Entitäten – woraus oftmals eine gesellschaftsblinde Bearbeitung ökologischer Probleme resultiert –, sondern als dialektisches Verhältnis gedacht werden. Sozial-ökologische Fragen werden dementsprechend nicht auf technische Probleme verengt. Vielmehr stehen die sozio-ökonomischen, politisch-institutionellen und wissenschaftlich-technischen Formen des Umgangs mit der Natur im Fokus.

Während ökomarxistische Ansätze auf die systemische Ebene des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Umweltzerstörung fokussieren, betonen polit-ökologische Analysen insbesondere die Umkämpftheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Sozial-ökologische Konflikte werden als wichtiger Ausgangspunkt erachtet sowie die Rolle von Akteur_innen – und deren Handlungsfähigkeit angesichts gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse – in den Blick genommen. Der Fokus auf die Konflikthaftigkeit und Umkämpftheit in der Aneignung von Natur und natürlichen Ressourcen hat damit auch Konsequenzen für die marxistische Debatte. Die Integration sozial-ökologischer Problemlagen hinterfragt die marxistischen „Heilsvorstellungen“ einer von allen Naturzwängen befreiten Gesellschaft nach dem revolutionären Bruch und legt ein Hauptaugenmerk auf die konfliktive gesellschaftliche Aushandlung von begrenzten Ressourcen. Die Lösung wird nicht in die Zukunft transzendiert, sondern die emanzipatorische Organisation von Gesellschaft in Anbetracht der nie vollständigen Kontrollierbarkeit natürlicher Prozesse, der Umkämpftheit der Aneignung von Natur und der daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten als entscheidende Herausforderung für die marxistische Theorie im Rahmen eines Transformationsprozesses analysiert.

Im Ausblick möchten wir deshalb auf Basis dieser Perspektive auf aktuelle Herausforderungen und Forschungsperspektiven in der deutschsprachigen Debatte hinweisen. *Erstens* ist der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, unter den Görg (2004: 201) alle „Praktiken, [sowie] institutionelle[...] und organisatorische[...] Formen, in denen Gesellschaften ihre Verhältnisse zur Natur regulieren und transformieren“, fasst, offen für *kulturelle und alltagspraktische Dimensionen*, wie z.B. Konsum- oder Mobilitätsgewohnheiten. Der Relevanz von Lebensweisen bei der Verursachung und Bewältigung sozial-ökologischer Probleme hat sich die kritische Gesellschaftsforschung bislang allerdings nicht dezidiert gewidmet. Brand und Wissen (2013) versuchen diese Lücke mit der Einführung des Konzepts der „imperialen Lebensweise“ zu schließen. Auch feministische Theorien, in denen die Reproduktionsarbeit im Zentrum der Analyse steht, eröffnen die Möglichkeit, sozial-ökologische Aspekte von Lebensweisen von den Reproduktionsverhältnissen des Alltags und der Gesellschaft her zu denken (vgl. Flemming 2013: 63; Hofmeister et al. 2013: 20; Schultz/Götz 2006: 361).

Zweitens stellt sich mit Blick auf die zunehmend autoritären Tendenzen im Zuge der Bewältigung der multiplen Krise die Frage nach einer *demokratischen Gestaltung* des Verhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft. Eine systematische Zusammenführung des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit neuen demokratischen Modellen, die sich auch mit den dominanten Konsum- und Produktionsformen auseinandersetzen, fehlt bislang allerdings. Alex Demirović hat mit seinen Arbeiten zu den sozial-ökologischen Dimensionen demokratischer Verfahren (1991; 1997) sowie zu Wirtschaftsdemokratie (2008; 2009) wichtige Vorarbeiten geleistet, an denen aktuelle Forschungen anschließen können.⁷ Dementsprechend stellt sich für eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie die Frage nach einer Emanzipationsvorstellung, die an die Fähigkeit zur gesellschaftlichen Selbstveränderung festhält und gleichzeitig den vielfältigen sozial-ökologischen Problemen angemessen ist.

7 Erste Ansatzpunkte für eine sozial-ökologisch orientierte Demokratisierung der Wirtschaft formulieren z.B. Martens (2012) sowie Zimpelmann und Wassermann (2012).

Literatur

- Agarwal, Bina (1998): The Gender and Environment Debate, in: Keil, Roger et al. (Hg.): Political Ecology. Global and Local, London, S. 193-219.
- Altwater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“, Münster.
- (1992): Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster.
 - (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster.
- Backhouse, Maria/Kalming, Stefan/Nowak, Andreas (2013): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster.
- Benton, Ted (1996): Natural Relations: Ecology, Animal Rights, and Social Justice, New York.
- Blaikie, Piers/Brookfield, Harold (1987): Land Degradation and Society, London.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2000): Die Regulation des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 118, Jg. 30, Heft 1, S. 83-106.
- (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State: Contested Terrains, London.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Crisis and Continuity of Capitalist Society-Nature Relationships. The Imperial Mode of Living and the Limits to Environmental Governance, in: Review of International Political Economy, Jg. 20, Heft 4, S. 687-711.
- Bryant, Raymond/Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London.
- Candeias, Mario (2011): Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: LuXemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1.
- Demirović, Alex (1991): Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 84, Jg. 21, Heft 3, S. 443-460.
- (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.
 - (2008): Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und freie Kooperationen, in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 55, S. 55-67.
 - (2009): Rätedemokratie oder das Ende der Politik, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 155, Jg. 39, Heft 2, S. 181-206.

- Dietz, Kristina./Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 156, Jg. 39, Heft 3, S. 351-370.
- Eder, Klaus (1988): *Die Vergesellschaftung der Natur. Studien zur sozialen Evolution der praktischen Vernunft*, Frankfurt am Main.
- Engels, Bettina/Dietz, Kristina (2011): Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: *Peripherie*, Jg. 31, Heft 3, S. 399-420.
- Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: A New Appropriation of Nature?, in: *The Journal of Peasant Studies*, Jg. 39, Heft 2, S. 237-261.
- Fetscher, Iring (1991): *Überlebensbedingungen der Menschheit: ist der Fortschritt noch zu retten?* Berlin.
- Flemming, Jana (2013): Wohlstand und Konsum. Kritische Perspektiven, in: Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hg.): *Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven*, Berlin.
- Foster, John B. (1994): *The Vulnerable Planet. A Short Economic History of the Environment*, New York.
- (2011): *Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten*, Hamburg.
- Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Münster.
- (2003a): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse, in: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*, München, S. 113-133.
- (2003b): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*, Münster.
- (2004): Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse, in: Beerhorst, Joachim et al. (Hg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt am Main, S. 199-226.
- Harvey, David (2005): *The New Imperialism*, New York.
- Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Mölders, Tanja (2013): Einleitung. Geschlechterverhältnisse in der nachhaltigen Entwicklung, in: dies. (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*, Opladen. S. 17-30.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1993): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt am Main.
- Immler, Hans (1989): *Natur in der ökonomischen Theorie*, Opladen.
- IPCC (2013): *Climate Change 2013: the Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge.
- ISSC/UNESCO (2013): *World Social Science Report 2013. Changing Global Environments*, Paris.

- Jacobs, Kurt (1997): Landwirtschaft und Ökologie im Kapital, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 108, Jg. 27, Heft 3, S. 433-450.
- Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven, Opladen, S. 75-93.
- Kelly, Alice (2011): Conservation Practices as Primitive Accumulation, in: The Journal of Peasant Studies, Jg. 38, Heft 4, S. 683-701.
- Köhler, Bettina (2005): Ressourcenkonflikte in Lateinamerika. Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser, in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 21, Heft 2, S. 21-44.
- Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften, Berlin.
- Marcuse, Herbert (2009): Nachgelassene Schriften. Band 6. Ökologie und Gesellschaftskritik. Hrsg. von Peter-Erwin Jansen, Springer.
- Martens, Helmut (2012): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg.
- Martinez-Alier, Joan (2014): The Environmentalism of the Poor, in: Geoforum 54, S. 239-241.
- Marx, Karl 1890 (2008): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin.
- MEGA (1985): Dialektik der Natur (1873-1882)/Friedrich Engels, Abt. 1., Bd. 26, Berlin.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1995): Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie, Zürich.
- Neumann, Roderick P. (2005): Making Political Ecology, New York.
- O'Connor, James (1988): Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction, in: Capitalism, Nature, Socialism, Jg. 1, Heft 1, S. 1-38.
- Peet, Richard/Robbins, Paul/Watts, Michael (2011): Global Political Ecology, London.
- Pichler, Melanie (2014): Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien, Münster.
- Redaktion Prokla (1979): Editorial: Ökologie und Marxismus, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 34, Jg. 9, Heft 1, S. 27-34.
- (1980): Editorial. Ökologiebewegung und Arbeiterbewegung – ein Widerspruch?, in: Prokla Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 39, Jg. 10, Heft 2, S. 1-14.
- Robbins, Paul (2012): Political Ecology. Second Edition, Chichester.
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayte, Barbara/Wangari, Esther (1996): Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences, London.

- Schmidt, Alfred 1962 (1971): *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*. Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuauflage, Frankfurt am Main.
- Schultz, Irmgard/Götz, Konrad (2006): *Konsum*, in: Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*, Frankfurt am Main, S. 360-370.
- Scott, James C. (1985): *Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance*, New Haven.
- (1990): *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven.
- WCED (1987): *Our Common Future*, Oxford.
- Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*, Münster.
- Zimpelmann, Beate/Wassermann, Dirk (2012): *Mitbestimmung und Nachhaltigkeit – Widerspruch oder Chance? Eine empirische Untersuchung in deutschen Großunternehmen*, Berlin.

Das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie – Ein Gespräch über Ausschlüsse, Abbruchkanten und die Vielstimmigkeit von Kritikperspektiven

Ein Emailgespräch zwischen Pia Garske, Inga Nüthen, Benjamin Opratko und Katharina Pühl

Das folgende Gespräch haben wir im November 2014 mit Pia Garske, Inga Nüthen, Benjamin Opratko und Katharina Pühl in Form eines mehrwöchigen Emailverkehrs geführt. Die Reihenfolge der Fragestellungen und Antworten orientiert sich an den verschiedenen Gesichtspunkten der Diskussion. Die gegenseitigen Bezüge folgen damit nicht immer der Chronologie des Gesprächsverlaufs, auch wurde schon Geschriebenes im Diskussionsverlauf gekürzt oder umgestellt. Den individuellen Beiträgen liegen viele Gespräche zugrunde; nicht alle Aspekte fanden Eingang in den hier vorliegenden Text.

Welche Fragen und Traditionen kritischer Gesellschaftsforschung stehen Eurer Einschätzung nach im Mittelpunkt aktueller 'marxistischer' Diskussionen im deutschsprachigen Raum? Was geht dadurch verloren, was wird marginalisiert und was müsste stärker reflektiert werden?

Katharina

Die Tagung, die im Herbst 2013 stattgefunden hat, nahm sich zur Aufgabe, aus den Reihen kritischer gesellschaftsanalytischer Zugänge im Kontext der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) und an ihren Debatten Interessierter eine Art Lagebestimmung vorzunehmen; selbstironisch im Titel, denn Setzungen dieser Art fordern in vielfältigen Spektren linker und linksradikaler Kontexte auch widersprüchliche Positionierungen heraus. Wir sind als Teilnehmer*innen an diesem Event und auf einem Panel dort gefragt gewesen, uns dazu zu verhalten – mit

Einschätzungen, wie wir uns in diesem Zusammenhang verorten, mit ihm verbinden oder von ihm abgrenzen.

Für mich ist die Befassung mit marxistischen Perspektiven der Gesellschaftsanalyse Teil meines Grundlagenstudiums (sowie autonomer studentischer selbstveranstalteter Arbeitsgruppen) in Philosophie und Sozialwissenschaften (Universität Frankfurt/M.) gewesen – wie für viele andere meines und später folgender Jahrgänge an anderen Orten auch. Allerdings stand für mich die Spannung zu Fragen von feministischen, postkolonialen und Epistemologiekritischen Wissenschaftsdebatten, die materialistische, aber nicht in jedem Falle ausschließlich marxistische Zugänge verfolgten, ebenfalls im Vordergrund der in den späten 1980er bis Mitt-1990er-Jahren verhandelten 'linken' gesellschaftskritischen Diskurse.

Aus einer feministischen Kritikperspektive heraus versuchten wir, uns unterschiedliche links-kritische Gesellschaftsanalysen zu erschließen. Damals – wie vermutlich auch heute noch – existierten Paralleluniversen, in denen man einerseits marxistische Staatstheorie oder eine spezielle Interpretation der (mehr oder weniger gezähmten) Kritischen Theorie zu hören bekam und andererseits in (nicht nur) feministischen, interdisziplinären autonomen Arbeitszusammenhängen (wie im Streikwintersemester 1988) darauf kam, dass nicht nur gesellschaftliche, sondern auch geschlechts- und ethnisch bedingte 'Arbeitsteilungen' im kritischen Theoriezugang zu gewärtigen sind, mit denen wir umzugehen lernen mussten. Integrierte Perspektiven, der Blick auf 'Intersektionalität', existierten damals noch nicht unter diesem Label, obwohl wir in sich überlappenden linken Arbeitszusammenhängen damals schon zu verstehen versuchten, wie Fragen nach den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung, nach Geschlechterverhältnissen, Klassenverhältnissen, rassifizierten Verhältnissen und (post)kolonialen Voraussetzungen der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Verbindung und Überschneidung zu verstehen sind; wie sie die Gegenstände dessen, womit linke Gesellschaftstheorie umgehen muss, selbst mitkreieren. Damit bissen wir je nach Kontext – in den Seminaren, den Zusammenhängen linker Zeitungs- und Buchprojekte oder in der eigenen politischen Szene – auf Granit. Die Frageperspektiven schienen nicht ohne weiteres ineinander übersetzbar. Ich frage mich, ob das heute, ungefähr 25 Jahre später, eigentlich in bestimmten Zusammenhängen 'linker' kapitalismuskritischer Theoriebildung nicht immer noch der Fall ist.

Die Antwort waren damals – wie heute auch noch? – Bemühungen um Übersetzungen: die Arbeit in Redaktionen linker Zeitschriften, die Zusammenarbeit in interdisziplinären Arbeitsgruppen, die politik- und wissenschaftskritische Fragen verfolgten, die Übersetzung von relevanten kapitalismuskritisch(-feministischen) Texten ins Deutsche, die es bis dahin nur in anderen Sprachen gab, waren Teil dieser Aneignungspraxis, dieses Lernen-Wollens von anderen, die, ihrerseits mit diesen Fragen konfrontiert, uns vorangegangen waren – und zu denen wir uns selbstverständlich und selbstbewusst ins (kritische) Verhältnis setzen wollten. Alltagsverstand, Lebensweise und die erfahrenen Widersprüche in der eigenen Lebensform waren Teil unserer Erkenntnis- bzw. Verständnisbedingungen, die die Erfahrung patriarchaler und rassistisch segregierter Weisen der Wissensorganisierung in Hochschulen und Universitäten umfassen, die einzusehen und zu reflektieren waren und sind – wie dem Kampf um feministisch-linke Professuren, dessen Ergebnis, wenn wir über einen ‘Stand des emanzipatorischen Wissens sprechen’, keineswegs eindeutig ist. Die Teilintegration von postkolonialen, rassistischen- und kapitalismuskritischen Zugängen in feministische gesellschaftsanalytische Debatten, die sich im größeren internationalen Kontext gesehen andernorts stärker durchgesetzt haben als im deutschsprachigen Raum bislang, unterstreicht die Notwendigkeit, die umfassendere Perspektive einer Kapitalismuskritik zu verfolgen, in der diese Zugänge nicht doch klassentheoretisch nachgeordnet und abgewertet werden, aber andererseits auch nicht einfach als unzusammenhängende Form von Pluralität nebeneinander stehen. Darum haben wir auch in den Debatten auf der Konferenz im Dezember 2013 gerungen.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob dies eigentlich lediglich links-kritische-akademische Fragen sein können angesichts der Tatsache, dass historisch alle kritischen Impulse gesellschaftstheoretischer Perspektiven aus sozialen Kämpfen und sozialen Bewegungen angestoßen worden sind – und nur begrenzt bzw. gefiltert in universitären Kontexten Resonanz gefunden haben. Das notwendige Spannungsverhältnis zwischen sozialer Bewegung und kritischer Theoriebildung ist oft institutionell ausgehängt worden – ein Teil der hegemonial geformten Reproduktionsbedingungen kritischer Theorien. Diesem Umstand, in all seinen historisch unterschiedlichen Schritten und Praxen von Teil-Ausschlüssen und Teil-Integrationen, sollten wir Rechnung tragen in unserer Diskussion.

Der oft gehörte Vorwurf des 'Ökonomismus' als verkürzender Kritik an gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen stellt eine theoretische Beschränkung dar, die Formen globaler kapitalistischer Vergesellschaftungsweisen historisch und aktuell nicht gewachsen ist. Wenn nun die andere Perspektive der Analyse vom Bestreben motiviert ist, kapitalistisch geprägte vielfältige soziale Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ebenso wie alltägliche Lebensweisen intersektional beschreiben zu wollen, dann rücken kritische Zugänge in den Mittelpunkt, die Kategorien sozialer Differenzierung systematisch, d.h. als Auswirkung, darstellen können, also als Verkettung von Bedingungsverhältnissen. Hier liegen Abbruchkanten der Debatten, die sich zwischen Haupt- und Nebenwiderspruchsvorwürfen bewegten oder kritische Diskurse als Beiträge zu einer weiteren Ausarbeitung von materialistischen Gesellschaftsanalysen im Anschluss an Marx und Perspektiven der Gesellschaftskritik aus dem 19. Jahrhundert abwerteten. Hier liegen aber auch Ansatzpunkte für eine Perspektive auf Vielfachkrisen, die neu zu verstehen sind.

Kämpfe stellen aus postkolonialer Sicht – oft mit Bezug auf marxistische, psychoanalytische, kulturelle, ästhetische und feministische Aspekte von Vergesellschaftung – einen wesentlichen Anker für gegenhegemoniale Perspektiven dar. Daraus sind zumindest größere Sensibilitäten in linken Auseinandersetzungen über Positionierungen, die das Sprechen legitimieren oder de-legitimieren, Repräsentation gewähren oder verhindern, Grundlage politischer Auseinandersetzung und sozialer Praxis sowie politischer Veränderungsperspektiven geworden. Diese Form der Reflexivität, der (Selbst)kritik der Begrenzungen des eigenen Standpunktes, ist Bestandteil politischer Kämpfe im globalen Norden wie in solidarischen internationalistischen Auseinandersetzungen geworden – ebenso wie die Frage, wer über welche Ressourcen (Geld, Aufmerksamkeit etc.) verfügt.

Dies spiegelt sich auch in den Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen disziplinären kritischen Zugängen zu Gesellschaftsanalyse aus ethnographischer, kulturwissenschaftlicher, postkolonialer, kritisch-geographischer Perspektive, sofern sie basal eine materialistische Analyse von Gesellschaft anstreben. Ob das Konzept der Intersektionalität diesen Anspruch verbindender Gesellschaftsanalyse einlösen kann, ist gleichwohl zu prüfen bzw. fraglich.

Pia

Katharinas Frage, ob es heute in bestimmten Zusammenhängen linker kapitalismuskritischer Theoriebildung immer noch der Fall ist, dass je nach Kontext von Lehrangeboten, den Zusammenhängen linker Zeitungs- und Buchprojekte oder in der eigenen politischen Szene Frageperspektiven nicht ohne weiteres ineinander übersetzbar sind, beantwortete ich leider mit „Ja“. Meine politikwissenschaftliche (Aus-)Bildung am Otto-Suhr-Institut in Berlin, über zehn Jahre später als Katharinas, war geprägt von den Abwehrkämpfen einer – nie wirklich hegemonial gewesenen, aber von rechts als solcher wahrgenommenen – linken Meinungsführerschaft (und hier benutze ich ganz bewusst die männliche Form) gegen immer machtvollere Versuche einer neoliberalen Neugestaltung der Universität im Kontext von Bologna. Einige Akteure glaubten allerdings, durch eine Beteiligung an der Umstrukturierung die schlimmsten Auswüchse verhindern zu können – diese Strategie führte für uns als Studierende absehbar in eine Sackgasse und zur faktischen Legitimation der mittlerweile recht „erfolgreich“ durchgesetzten Umstrukturierung – mit unterschiedlichen Effekten: Sicherlich wurden viele Studierende durch das Verschwinden organisierter universitärer linker (und dazu zählen für mich marxistische, feministische, antikoloniale, rassismuskritische und andere emanzipatorische Zugänge...) Inhalte angeregt, sich selbstständig und in autonomen Lesekreisen und Kolloquien das Wissen anzueignen, das in der Uni immer seltener und damit auch zusammenhangsloser diskutiert wurde. Diese nicht neue, aber noch einmal unter verschärften Bedingungen stattfindende Selbstorganisation (auf der Tagung wurde auch kritisch von „Autodidaktisierung“ gesprochen) hat zu einer Herausbildung neuer, informeller Strukturen geführt, die teilweise sehr gut zusammengearbeitet haben. *reflect* ist beispielsweise einer der Zusammenhänge, die als Reaktion auf eine solche Situation entstanden sind. Auf der anderen Seite waren und sind diese Strukturen zwar selbstorganisiert und oft nicht formal etabliert, deshalb aber nicht automatisch hierarchiefrei; in ihnen wurde Wissensweitergabe und -erzeugung zugleich auch exklusiver. Es sind, so sehe ich das, Strukturen entstanden, in denen neben der Bewahrung und Verteidigung auch eine starke Identifizierung mit diesem gefährdeten Wissen im Vordergrund steht, wodurch eine kritische Diskussion bestimmter Inhalte schwieriger wird. Anschlussstellen zur Verknüpfung all

der Fragen und Themenstränge, die Katharina schon angesprochen hat, fehl(t)en, bzw. Ressourcen, Zeit und der Rahmen, diese in der Tiefe zu diskutieren. Es fehlt(e) aber auch die Gelegenheit, sich in einem relativ geschützten Umfeld mit strömungsimmanten Kritikpunkten solidarisch auseinanderzusetzen: Wer die ganze Zeit in einer Verteidigungshaltung ist, hat wenig Raum, auf Kritik – und mag sie noch so solidarisch sein – einzugehen. Die Inhalte und Fragen, die mich durch mein Studium begleitet haben und bis heute beschäftigen, haben sich daher oft in einem Raum bewegt, der eben *nicht* im „Mittelpunkt“ marxistischer Debatten lag, sondern die Grenzen dieses Feldes in unterschiedliche Richtungen überschritten hat oder durchlässig machen wollte. Wobei ein gemeinsamer Nenner dieser Fragen, und damit eben auch ein nicht immer glücklicher, aber unbedingt vorhandener Bezug zu marxistischer Theorie das Anliegen war, Wege zu finden, „die Verhältnisse“ so umzugestalten, dass Menschen mit ihren Lebensweisen darin eben nicht „geknechtet, verlassen und verächtlich“ sind. In Bezug auf aktuelle Schwerpunkte marxistischer Diskussionen im deutschsprachigen Raum kann ich mich daher auch eher einem Desiderat anschließen, das bei der Tagung meiner Wahrnehmung nach eher am Rande, aber dennoch zur Zeit wieder häufiger von Theoretiker*innen und Aktivist*innen formuliert wird: Fragen zu Krisen und zum Normalzustand ökonomischer Ausbeutung, Fragen der Geschlechterungleichheit, der Heteronormativität, des Rassismus, des europäischen Migrationsregimes, von Nationalismus und völkischem Denken, von auf Leistung, Konkurrenz und In-Wert-Setzung von Lebensäußerungen ausgerichteten kollektiven und interpersonellen Beziehungen, Fragen zur Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Naturverhältnisse (die Aufzählung ist hier nicht zu Ende) aufeinander bezogen zu denken und nicht entlang eines einzigen „Master-Schlüssels“ auflösen zu wollen. Dieser Wunsch nach wechselseitiger Bezugnahme von Bewegungen und dem Zusammendenken gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse ist nicht neu, ich verstehe ihn aber auch als einen der wichtigsten Bestandteile der aktuellen Debatten um Intersektionalität: innerhalb von Theorien und Praxen, die sich schwerpunktmäßig eher mit *einer* dieser Fragestellungen befass(t)en, immer wieder Anschlussstellen für gegenseitige (auch kritische) Bezüge zu schaffen und zu stärken.

Inga

Mein Zugang zu gesellschaftskritischen Perspektiven vermittelt über die Universität – die als Ort die Hoffnung auf kritische Reflexion nie wirklich einlösen sollte – hat viel mit dem von Pia gemein: zeitlich, räumlich und inhaltlich. Ich habe zu einer Zeit begonnen, mich wissenschaftlich mit gesellschaftskritischen Themen auseinander zu setzen, als die linken Akteure am Otto-Suhr-Institut, zum größten Teil – die Abwehrkämpfe schon (so gut wie) verloren, unvorsichtiger Weise nie geführt hatten oder längst im vorausseilenden Gehorsam Teil der Umstrukturierungen geworden waren.

Räume für gesellschaftskritische Auseinandersetzung an der Hochschule waren für mich studentische Zusammenhänge im Streiksemester vor über zehn Jahren, in dem ich mit meinem Studium begonnen habe. Gesellschaftskritik war oft weniger eine rein theoretische Frage, sondern vielmehr alltagspraktische Auseinandersetzung um und in Beziehungen und Lebensweisen, wie WG- und Hausprojekten, gemeinsamen Ökonomien und politischen Gruppenstrukturen. Die Gruppen, die mir in diesem Zusammenhang begegneten und sich auf Marxismus bezogen, haben dann den Schwerpunkt meiner gesellschaftskritischen Ansatzpunkte quasi (mit)bestimmt. Die Art und Weise der Debatte(n), darin vielfach auftretendes dominantes Redeverhalten, Grenzüberschreitungen und Unsichtbarmachung von Akteur*innen und Positionen über implizit gedachte Nebenwidersprüche ließen mich Fragen und Antworten eher in feministischen Ansätzen suchen, später auch verbunden mit queeren und postkolonialen Einsprüchen. Das von Katharina beschriebene Beißen auf Granit linker Binnenkritiken ist daran anschließend auch Teil meiner Erfahrung.

Das Lehrangebot der Universität ermöglichte mir dazu selten eine direkte Beschäftigung mit gesellschaftskritischen Fragenstellungen aus einer (queer-)feministischen Perspektive, sodass viel Zeit und Energie damit verpuffte, die eigenen Fragen und Zugänge zu verteidigen, oftmals auch gegenüber linken Dozenten (auch ich benutze hier bewusst die männliche Form), anstatt sie zu vertiefen. Auch fehlte es – mit wenigen Ausnahmen – an Lehrer*innen und Vorbildern. Die Hochzeiten feministischer Politikwissenschaft in Berlin lagen schon ein paar Jahre zurück.

Vom Mittelpunkt marxistischer Diskussionen, auf dessen Inhalt Ihr mit Eurer Frage abzielt, habe ich so nicht viel mitbekommen. In diesem Mittelpunkt – darauf hat Pia schon verwiesen – kamen

jedenfalls meine Fragen nicht vor. Generell nehme ich eine gewisse Arbeitsteilung wahr, in der sich (grob gesagt) Feminist*innen mit Geschlechterfragen und Marxist*innen mit Kapitalismusanalyse beschäftigen. Ausnahmen davon scheinen mir selten und prekär. Diese Arbeitsteilung hat eine Geschichte, die wir ernst nehmen und mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Das, um auf Eure Frage Bezug zu nehmen, müsste stärker reflektiert werden. Die Verhältnisse betreffen nicht nur das große Ganze, sondern eben auch Dich und mich, kollektiv wie individuell – das macht eine gemeinsame Perspektive so schwierig.

Reflektiert werden sollten dabei nicht nur Trennungs-, sondern gerade auch Verbindungslinien. Dieses Bestreben steht m.E. eher im Mittelpunkt einer jüngeren Generation, die marxistische Ansätze beispielsweise mit queer-feministischen oder postkolonialen Kritiken verbindet. Dies zu zeigen war auch ausgesprochene Aufgabe unseres Panels „Kritische Wissenschaft als generationenübergreifendes Projekt“ auf der AkG-Tagung. Damit kamen aktuelle verbindende Perspektiven auf der Tagung zwar vor, allerdings in Form einer Ergänzung. Wünschenswert wäre jedoch eine „Lage des Marxismus“, die diese Bestrebungen in den Mittelpunkt stellt.

Benjamin

Mein erster Kontakt mit marxistischen Positionen war zunächst gar nicht über die Universität vermittelt. Ich wurde zu Beginn der 2000er Jahre zur Zeit der Hochkonjunktur der globalisierungskritischen Bewegung politisiert, beteiligte mich an Mobilisierungen gegen den IWF-Gipfel in Prag, das G8-Treffen in Genua oder das *World Economic Forum* in Salzburg. Zurückblickend zeichnete diese Bewegung aus, dass sie auf die „großen Zusammenhänge“ pochte, die „großen Themen“ ins Zentrum rücken wollte – oder zumindest jene, die man dafür hielt: den Skandal existenzieller Armut und des Hungerns im globalen Süden, mit verursacht und eskaliert durch die „Strukturanpassungsprogramme“ des globalen Nordens; die erdrückende, selbst bürgerlich-demokratische Institutionen aushebelnde Übermacht des transnationalen Kapitals; etwas später, mit den Mobilisierungen gegen den Angriff auf den Irak, die Rückkehr imperialistischer Kriege. Diese Fokussierung der großen Themen hatte ich als Moment enormer Selbstermächtigung wahrgenommen, sie ließ uns das selbstgefällige Man-

tra vom Ende der Geschichte und von der Alternativlosigkeit des globalen Kapitalismus zurückweisen. Und sie öffnete Raum für die Aneignung und Diskussion von Theorie, für mehr oder weniger häretische Weiterentwicklungen marxistischer Analyse und Zeitdiagnose. Insbesondere im Rahmen der Europäischen Sozialforen erlebte ich, wie die Thesen von Michael Hardt und Toni Negri, die Theoretisierung der zapatistischen Erfahrung durch John Holloway und vieles andere mehr überaus kontrovers diskutiert wurden. So wie die Mobilisierungen auf „große Themen“ setzen, waren auch diese theoretischen Reflexionen als „Großentwürfe“ angelegt. Das war auf eine Weise produktiv, leistete aber auch problematischen Formen der Darstellung, Diskussion und Aneignung dieser Thesen Vorschub: Die Theoriestars waren in überwiegender Zahl männlich, in Europa sozialisiert und sprachen gerne (und lange) auf großen Podien; gleiches galt für ihre Epigonen und Popularisatoren in den Bewegungen. Die Proklamation großer Thesen (zur Multitude, zum Empire, zur Frage von Staat und Repräsentation...) wertete unweigerlich bestimmte Performances auf und marginalisierte tendenziell andere, die sich dann um die vermeintlich partikularen Themen – Verhältnisse der Geschlechter, der Natur, des Neokolonialismus z.B. – kümmerten. Dieser kurze Rückblick ist natürlich grob vereinfachend und läuft Gefahr, die tatsächlich sehr starken Interventionen feministischer, ökologischer und post-/antikolonialer Initiativen, die es sowohl auf strategischer wie auf theoretischer Ebene gab, unsichtbar zu machen. Er illustriert aber ein Problem, das jede von Euch direkt angesprochen hat: Die hierarchisierte, häufig geschlechtlich und rassistisch kodierte Arbeitsteilung innerhalb von politischem Aktivismus und Theorieproduktion der Linken. Das Dilemma besteht darin, dass in der Linken häufig eine Hierarchisierung von Interessen, Wünschen und Begehren tradiert wird, die aus der Geschichte der europäischen Arbeiter*innenbewegung erklärbar, aber deswegen nicht weniger herausfordernd ist. Darin werden dann etwa feministische, queere oder antirassistische Anliegen zwar nicht für unwichtig erklärt, aber partikularisiert und als Beiwerk einem Master-Narrativ zur Seite gestellt, das auf die „großen Zusammenhänge“ des Kapitalismus abzielt. Zugleich sollte aber aus meiner Sicht eine produktive Bearbeitung dieses Problems nicht darin bestehen, „Großtheorien“ und die damit verbundenen „großen Erzählungen“ überhaupt abzulehnen. Ei-

nerseits, weil wir es ja mit Formen der Vergesellschaftung zu tun haben, die die „großen Zusammenhänge“ selbst ganz praktisch herstellt, global und zumindest zum Teil hinter den Rücken der Akteur*innen. Diese Vergesellschaftung wollen und müssen wir auch begrifflich durchdringen, um sie einmal hinter uns zu lassen. Andererseits, weil bestimmte „große Erzählungen“ eben nicht nur marginalisierend, sondern auch – wie ich oben am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung angedeutet habe – ermächtigend wirken können. Erfolgreiche emanzipatorische Politik benötigt Narrative, in die sich unterschiedliche, aber bündnisfähige Interessen, Begehren und Widerstände einschreiben können mit dem Ziel, die eigene Subalternität zu überwinden. In bestimmten Phasen des 20. Jahrhunderts, an bestimmten Orten hatte der Marxismus ein solches Narrativ geboten, hatte ein Vokabular angeboten in dem unterschiedlich positionierte Subalterne sich wiederfinden und ein strategisches Programm entwickeln konnten. In der gegenwärtigen Konjunktur, an den Orten, an denen wir Politik machen, tut er das offensichtlich nicht – nicht zuletzt die Diskussionen auf der AkG-Tagung im Dezember 2013 haben das eindrucksvoll bestätigt. Wer heute etwa versucht, aktuelle gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Widersprüche auf die Dimension einer ökonomischen Krise und das Feld eines „reinen“ Klassenkampfes zu reduzieren, liegt inhaltlich falsch und politisch daneben. Mein Eindruck ist jedoch – vielleicht etwas zu optimistisch – dass in weiten Teilen von – im weiteren Sinne – marxistischen Debatten etwa zur aktuellen Krise und deren herrschaftlicher Bearbeitung schon manches angekommen ist, was etwa aus feministischer Perspektive in den vergangenen Jahrzehnten erarbeitet und eingefordert wurde. In der deutschsprachigen Linken ist die Diagnose einer multiplen oder Vielfach-Krise sehr präsent, die konstitutiv eine Krise vergeschlechtlichter Arbeitsteilung, von Reproduktionsarbeit und teilweise auch von vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen einbezieht. Angloamerikanische Marxist*innen diskutieren aktuell ähnliche Fragen etwa im Rahmen der *Social Reproduction Theory* und entdecken Klassiker des materialistischen Feminismus neu. Und um die Politisierung des Themas Care-Arbeit entstand in den letzten Jahren eine genuin transnationale Vernetzung von Aktivist*innen und aktivistischer Theorie- und Analysearbeit.

Wie hängt die von euch beschriebene Situation mit den vorherrschenden Diskussionsformen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsteilungen innerhalb kritischer Gesellschaftsforschung zusammen?

Katharina

In den seit den 1960/70er Jahren bereits angelegten wissenschaftlichen Arbeitsteilungen (damals zwischen Bewegungen, die Gruppen wie Frauen, Schwarze, Homosexuelle repräsentierten), die heute trotz aller Bemühungen in Richtung intersektionaler Zugänge zu komplexen Gegenständen und Analysen von Vielfachkrisen unerschütterlich auch weiter bestehen, liegt ein Problem. Die links-akademische (Selbst-)Sozialisierung, die viel mit identitätsbezogenen Plausibilitätsvermutungen der Triftigkeit bestimmter analytischer Zugänge (und der Delegitimierung von dazu scheinbar nicht passenden Perspektiven) zu tun haben könnte, stellt auch in den nächsten Generationen eine Herausforderung dar. Mit dem repräsentistischen Versuch, die 'Anderen' jeweils inklusiv mit zu nennen, mit zu meinen, ist die politisch nicht stillzustellende Provokation verbunden, ein doch irgendwie 'all-inclusive-Theorienmenü' servieren zu können, das letztlich – aus marxistischer Sicht – die Einheit der Widersprüche über das Verhältnis von Kapital und Arbeit als zentrales Moment denkt.

Die Gegenthese u.a. aus dekonstruktiven Ansätzen war, dass die daraus resultierenden zerklüfteten sozialen Bedingungsgefüge historisch und gegenwärtig voraussetzen, nicht einfach 'symptomal' (etwa in der Formulierung der soziologischen Ungleichheitsforschung, die die Kategorie Geschlecht als lediglich „askriptiv“ einordnete), sondern systematisch als Teil der Klassenverhältnisse verstanden zu werden und also auch entsprechend analysiert werden müssen.

Pia

Wenn ich nochmal an der Frage der Marginalisierung linker, emanzipatorischer Gesellschaftstheorie an den Universitäten anschließe, dann rückt zum einen der aktuelle Mangel an Möglichkeiten, sich systematisch bestimmte Grundlagen anzueignen und darüber zu diskutieren, in den Blick. Unklar ist gleichzeitig woraus diese Grundlagen, der „Kanon“, eigentlich bestehen sollten. Mit der Marginalisierung einhergehend sind aber auch Räume

und Möglichkeiten der eigenen Infragestellung und Weiterentwicklung, der solidarischen Auseinandersetzung mit potentiell „Verbündeten“ verschwunden oder nicht wahrgenommen worden, reale/realpolitische Interventionsmöglichkeiten nicht hergestellt worden oder ungenutzt vorbeigezogen. Die wenigen zur Verfügung stehenden Ressourcen fließen in die „Bewahrung“ dessen, was (noch) da ist – und manchmal auch in die Abwehr von Kritik, die notwendig für eine gesellschaftspolitische Relevanz wäre. Diese knappen Ressourcen stehen für einen langen Atem in Konflikten, für Weiterentwicklungen, und ja, auch zum „Fehlermachen“ nicht mehr zur Verfügung. Wenn wir nach produktiven „Formaten“ fragen, in denen all das adressiert werden kann, denke ich z.B. an Publikationen und Konferenzen, Diskussionskulturen ebenso wie Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, Lehrens und Lernens, die partizipatorischer gestaltet und weiterentwickelt werden können. Aber natürlich geht es genauso sehr um Inhalte und thematische Fokussierungen, deren Schwerpunkte verschoben werden können. Und um tradierte Arbeitsteilungen, die in Bündnissen, Kooperationen und Organisationsversuchen aufgebrochen werden können. Das ist leider keine konkrete Antwort, sondern eher ein Verweis auf weitere, notwendige Suchbewegungen.

Inga

Eure zweite Frage schließt an meinen Punkt mit der Arbeitsteilung an. Diese Arbeitsteilung scheint mit nicht nur eine thematische. In politischen (Diskussions-)Zusammenhängen lässt sich auch eine oft geschlechtsspezifische Aufteilung zwischen Theorieproduktion und der Reproduktion der Bedingungen für Theoriearbeit bzw. zwischen politischer Aktion und ihren Reproduktionsarbeiter*innen beobachten: Das Organisieren von Tagungen statt dort vorzutragen, die Weitergabe von Wissen statt dessen Vertiefung und Aneignung usf. verfestigt die beschriebene Arbeitsteilung und macht gerade feministisches oder rassismuskritisches Wissen oft weniger sichtbar und manifestiert auch eine spezifische Form der Reproduktion politischer Beziehungen. So kommt es dann vielleicht auch, dass eine bei all der politischen Reproduktionsarbeit keine Zeit zum Texteschreiben findet und so die eigene strukturelle Position am Rand des Randes verfestigt wird. Die Arbeitsteilung, die sich hier reproduziert, hat direkte Auswir-

kungen auf (gesellschaftskritische) Theorieproduktion und sollte als kollektives, nicht als individuelles Problem verstanden werden.

Partizipation an gesellschaftskritischen Analysen findet nicht unter gleichen Voraussetzungen statt. Darin drücken sich die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus, die auch in gesellschaftskritischen Zusammenhängen strukturgebend sind. Insofern ist die beschriebene Arbeitsteilung auch ein Symptom der Verhältnisse, die – aus einer materialistischen Perspektive – bekämpft werden sollen.

Zwei weitere Aspekte sind mir noch wichtig: Hierarchien und der Wandel der Hochschulstrukturen. Katharina hat schon auf die (queer)feministischen und postkolonialen Einsprüche auf der Tagung verwiesen, die ergänzend und nicht im Zentrum thematisiert wurden. In dieser Marginalisierung spiegelt sich auch eine Hierarchisierung von gesellschaftskritischem Wissen und Kämpfen, in denen diejenigen, die nicht zum gesellschaftskritischen Kanon zu gehören scheinen, diese dennoch kennen und sich auf sie beziehen müssen. Diese Hierarchie zwischen zentralen Theorien und Kämpfen einerseits und ihren Ergänzungen andererseits bedeutet erhebliche Mehrarbeit jenseits des Kanons. Gesellschaftskritik ist ein (zunehmend) prekäres Projekt. Gleichzeitig gibt es Foren wie zum Beispiel die Zeitschriften *analyse & kritik*, *Femina Politica* oder die *PROKLA*, die sich darin versuchen, Verbindungslinien Raum zu geben. Mehr davon!

Benjamin

Ich finde Pias These plausibel und wichtig: Dass dort, wo emanzipatorische Zusammenhänge materiell prekär werden, auch die eigenen politischen Praxen „defensiv“ werden. Es scheint, dass je schmaler das Terrain wird, auf dem wir arbeiten können, desto schärfer der Narzissmus der kleinen Differenz hervortritt.

Ich will aber auch zwei Bemerkungen zu dieser Frage machen, die unser Bild vielleicht noch verkomplizieren. Erstens habe ich den Eindruck, dass insbesondere im akademischen Bereich die verkleinerten Räume für kritische und linke Ansätze auch einen entgegen gesetzten – aber ebenfalls problematischen – Effekt haben. Damit meine ich, dass Differenzen, die eigentlich inhaltlich (und vielleicht auch mit einer gewissen Schärfe) ausgetragen werden sollten, unter den Tisch gekehrt oder bloß unterschwellig

mitverhandelt werden. Das kann daran liegen, dass die akademische Linke auch eine „Szene“ mit ihrer eigenen affektiven Ökonomie ist, und je enger die Szene zusammenrückt (bzw. rücken muss), desto schwieriger wird es, inhaltliche Kritik zu formulieren ohne persönliche Fehden zu riskieren. Es kann auch damit zu tun haben, dass angesichts des scharfen Gegenwinds, der uns von rechts entgegen weht, eine Form der Wagenburgmentalität unter linken Wissenschaftler*innen entsteht, die interne, inhaltliche Kritik verstummen lässt – auch da, wo sie produktiv wäre. Zweitens frage ich mich: Wie verhalten wir uns, wenn kritische Wissensbestände – und ihre Träger*innen! – als Ressource zur Modernisierung von Herrschaft in Anspruch genommen und integriert werden? Vor diesen Prozessen des „Transformismus“ ist offenbar keine kritische Tradition gefeit. Kritische Wissenschaft, Theorie- und Analysearbeit braucht definitiv (mehr) Räume, in denen produktiv gearbeitet und vielleicht auch solidarisch gestritten wird. Vielleicht brauchen wir aber auch (mehr) Elemente einer antagonistischen Selbstverortung? Denn: Auch deinen Feind musst du erkennen – und benennen. Ich denke zum Beispiel an die kürzlich veröffentlichte, kollektive Deklaration kritischer Migrationsforscher*innen aus Italien, in der sie erklären, jede Kooperation zu verweigern, die dem mörderischen Grenzregime Europas zuarbeitet und alle Kolleg*innen auffordert, es ihnen gleich zu tun („A Collective Refusal...“).¹

Was bedeutet das für die Entwicklung eines umfassenden Projekts kritischer Gesellschaftstheorie? Welche Trennungen können oder sollten überwunden werden – und welche vielleicht auch nicht? Ist es überhaupt sinnvoll, einen übergreifenden Zusammenhang kritischer Gesellschaftstheorie anzustreben?

Katharina

Fragen des Analysezugangs sind immer auch Fragen des wissenschaftlich-politischen Gestus und der Kontexte von Kapitalismus-

1 Gruppo ricercatrici e ricercatori migrazioni (2014): A collective refusal: an appeal by researchers involved in the production of knowledge on migration, online: https://www.change.org/p/to-all-those-who-want-to-sign-a-collective-refusal-an-appeal-by-researchers-involved-in-the-production-of-knowledge-on-migration?just_created=true

analyse. Wahr ist, dass die links-kritischen Zugänge, zuallererst ausdrücklich (neo)marxistische Kritikperspektiven, aus den Curricula der Universitäten tendenziell herausgeschrieben wurden, und dass diese Entwicklung auch weiterhin in Form von Abwicklung bzw. Ausschlüssen in Besetzungspolitiken von Stellen und Nachwuchsförderung aktiv vorangetrieben wird – mit nachhaltiger Wirkung.

Eigentlich, wenn man auf die Wandlungen marxistischer Theorie- und Politikentwicklungen seit den Erneuerungsbewegungen innerhalb marxistischer Debatten seit den 1960er Jahren zurückschaut, steht doch die Frage nach der Vielgestaltigkeit und -stimmigkeit der 'Klasse', die sich eines universalisierenden kategorialen Zugriffs verwehrt, weiterhin auf der Tagesordnung (inklusive des „Verzweifeln am marxistischen Vokabular“, Katharina Hajek auf der Konferenz). Die sozialen Widersprüche *innerhalb* von Klassenverhältnissen sind in intersektionalen Analysen im Fokus, nicht gleichzuordnen, in sich sperrig und schmerzlich. Die Diagnose einer 'unhappy marriage of feminism and marxism' (Heidi Hartmann 1983) ist heute sicherlich metaphorisch überholt – jedoch das Formrepertoire der besseren Verbindbarkeit immer wieder neu auf der Agenda kritischer Arbeitszusammenhänge. Katharina Hajek und Birgit Sauer sprechen deshalb eher von 'Wahlverwandtschaften', die die Wahlmöglichkeiten als politisch-strategische Herausforderung akzentuieren (und unterstellen epistemologische Familienähnlichkeiten zwischen Marxismus und Feminismus, die aber eben nicht einfach eine Ableitung des Verhältnisses zwischen beiden skizzieren).

Silvia Kontos bilanzierte die Verkürzungen von Ansätzen der frühen sogenannten Hausarbeitsdebatte, die unternahm, Fragen sozialer und biologischer Reproduktion zusammenzudenken, systematisch in die marxistische Theoriebildung bzw. -erweiterung einzuschreiben, um damit dem subalternen Status von Frauen entgegenzuarbeiten (vgl. auch den Beitrag in diesem Band). Bei auch feministisch zu übender Selbstkritik an der Unterkomplexität mancher Argumente von damals wird doch gegenwärtig deutlich, dass die Frage nach sozialer Reproduktion, Care und (Selbst-)Sorge die feministisch-links-kritische Agenda neu bestimmt, und zwar generationsübergreifend. Die feministische Kritik an einer Verkürzung marxistischer Analysen schafft sich hier erneut Raum. Sie verweist allerdings auf die radikale Notwendigkeit von Auseinandersetzungen in persönlichen, sozialen, beruflichen, politischen Feldern, diese Kritikperspektiven gewissermaßen durchzutragen. Mit Blick

auf die Notwendigkeit von Umverteilungen – hinsichtlich von Arbeitslasten und -zuständigkeiten, sozialer Sicherung, beruflichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten – auch in den nahen engen Beziehungen und Bindungen – weist Silvia Kontos darauf hin, dass damit auch Selbst- und Persönlichkeitsveränderungsprozesse notwendig sind, die sich letztlich theoretisch-analytischen Perspektiven entziehen – oder eben: sie begleiten.

Gleichwohl war auch die Frage nach den ‘Anbauten’ marxistischer Debatten ein wichtiges Thema (so Thomas Sablowski auf der Tagung), der zu Recht darauf bestand, dass marxistische Gesellschaftsanalyse nicht lediglich Methode, sondern Theoriegerüst sei. Trotz der berechtigten Vorwürfe an verkürzende Entwicklungen marxistischer Debatten seit den 1960er Jahren (Ökonomismus, Klassenreduktionismus) sei doch gleichwohl heute auch die Frage relevant, ob nicht manche Zugangsweisen zu marxistischen Debatten eher steinbruchartig arbeiteten und damit Beliebigkeit entstehe (z.B. im queeren, kapitalismuskritischen Kontext) – eine kontrovers diskutierte Einschätzung.

Wenn marxistische Gesellschaftsanalyse nicht allein Herrschaftskritik, sondern auch teils Herrschaftsmittel ist (vgl. den Beitrag von Michael Heinrich in diesem Band), dann besteht hohe Notwendigkeit, dies innermarxistisch zu reflektieren – als Selbstwiderspruch des politischen Erkenntnis- und Veränderungsinteresses. Vielleicht stößt hier die Diskussion auch an Grenzen von Verallgemeinerungsfähigkeiten? Das wäre die pessimistische, vielleicht konservative Sicht der Dinge. Eher geht es um neue Streitkulturen, die Fragen von Repräsentation, Positionierung, Situierung, Partialität, Kontextualisierung von Geltungsansprüchen und Sprechpositionen einbinden – als ergänzende Prinzipien (nicht nur) marxistisch-dekonstruktivistischer Kritikperspektiven.

Pia

Ich möchte noch einmal auf die Frage zurückkommen: Was verbindet „uns“ eigentlich? Gibt es gemeinsame Interessen und Punkte, an denen sich unterschiedliche gesellschaftstheoretische Positionen einig sind oder aktiv aufeinander Bezug nehmen können? Diese Frage zu stellen bedeutet für mich keineswegs, Widersprüche zuzudecken oder unvereinbare Positionen zwangsweise zu ‘harmonisieren’.

Aber auch wenn unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen oft mit der Herausbildung von situierten Wissensbeständen, Interessen und Erkenntnisperspektiven korrespondieren, habe ich die Hoffnung, dass es möglich ist, weitere Orte zu schaffen, an denen diese unterschiedlich situierten Subjekte, in ihren oft getrennten Arbeits- und Politikzusammenhängen dennoch aufeinander Bezug nehmen, Herrschaftsverhältnisse und Arbeitsteilungen zwischen einander aufdecken und zugleich gesellschaftspolitische Utopien und Ziele weiterentwickeln, sich gegenseitig in Frage stellen und sich gleichzeitig in einer notwendigen Entwicklung (und auch beim Überwinden von Scheuklappen und disziplinären „Borniertheiten“) unterstützen können, ohne dabei Widersprüche und problematische Perspektiven zu de-thematisieren. Ich wünsche mir eine antikoloniale Kapitalismuskritik, durchdacht und „auf der Höhe der Zeit“, die ganz selbstverständlich feministisch und rassismuskritisch ist, die die wichtigen Theoriarbeiten und Bewegungsmomente, die auf diesen Gebieten geleistet wurden und werden, als verbunden begreift und die eigene Theorieproduktion und Analyse so gestaltet, dass dort rassismuskritische und feministische Bewegungen und Theoriedebatten mit größerer Leichtigkeit anknüpfen können. Ich wünsche mir feministische und rassismuskritische Theorie und Praxis, die ganz selbstverständlich und in einem Marxschen Sinn kapitalismuskritisch ist und die neoliberalen Versuche der Eingemeindung und Befriedung als ambivalente Hegemonie- und Normalisierungsbestrebungen der momentan Mächtigen wahrnehmen und ggf. auch ablehnen kann. Ich wünsche mir gesellschaftstheoretische Ansätze, die allesamt gewillt und in der Lage sind, intern und aneinander geäußerte Kritik als Möglichkeit wahrzunehmen, bisher noch nicht Gedachtes denkbar zu machen und die Reproduktion von Ausschlüssen auch im „eigenen“ Bereich kritisch zu reflektieren und abzubauen. Und ich wünsche mir eine solidarische Kritik aneinander, die die ‘Leerstellen’ der jeweils ‘anderen’ nicht nur kritisch kennzeichnet, sondern sich zugleich Gedanken macht, wie die eigene Theorie und Praxis so aufgestellt werden kann, dass es allen (den ‘anderen’ ebenso wie der ‘eigenen’ Strömung) leichter fällt, sich bereichernd aufeinander zu beziehen. Das heißt nicht, in jedem Moment, in jeder politischen Aktion und jeder Analyse „immer alles mitzudenken“, aber die Grenzen des eigenen Horizonts zu kennen und zu versuchen, dort, wo die Erklärungskraft des eigenen Zugangs nachlässt, anderen Zugängen zuzuhören. Die

Hoffnung wäre, dadurch die Frontstellung zwischen wechselseitigen Vorwürfen des Ökonomismus bzw. des Kulturalismus aufzulösen und sich auf gesellschaftspolitische Fragen einlassen zu können, die jenseits dieser Auseinandersetzung liegen und/oder für die momentan existierende kritische Gesellschaftstheorie und -praxis bisher keine Antworten hat.

Inga

Pias Fazit, noch nicht die Antwort auf alle Fragen oder auch nur eine gefunden zu haben, teile ich, sehe dies aber zugleich als Antrieb für die gemeinsame politische Auseinandersetzung – (nicht nur) von Binnenkritiken ausgehend und in gegenseitiger Gesprächsbereitschaft. Ein umfassendes Projekt kritischer Gesellschaftstheorie sollte es – mindestens als verbindendes Element – geben. Das würde m.E. eine Ergänzung und Verbindung verschiedener Ansätze bedeuten, was oft als Eklektizismus abgelehnt wird. Ich halte diese übergreifende Diskussionsbereitschaft und die Einsicht, nicht allein die *eine* Antwort finden zu können, für unbedingt notwendig. Es gibt – und das ist so bedauerlich wie unvermeidbar – keine Theorie, keine Publikation, keine Utopie, keine Praxis, in der dieser Anspruch eingelöst würde. Auf der AkG-Tagung im Dezember 2013 hatte ich den Eindruck, dass sich viele der Akteure, die zur „Lage des Marxismus“ vorgetragen haben, von dieser Vorstellung jedoch nicht lösen wollen. Das ist natürlich eine denkbar schlechte Voraussetzung für ein gemeinsames gesellschaftskritisches Projekt, dass so oder so schon viel Kraft für Auseinandersetzungen kostet.

Außerdem verbindet sich damit ein problematischer Anspruch an linke/linksradikale Subjekte: Von Individuen, die Gesellschaftskritik anstreben zu erwarten, alles gleichzeitig mitzudenken (als quasi linkes ‘Supersubjekt’, das alles gelesen und reflektiert hat), bedeutet schlicht Überforderung. Das Subjekt von Gesellschaftskritik kann nur ein kollektives sein und Gesellschaftskritik selbst nur ein kollektiver Prozess.

Die Schwierigkeit der *einen* Antwort drückt sich nicht nur in dem aus was gesagt wird, sondern auch wie, auf welche Weise und in welchem Raum etwas (wenn überhaupt) zur Diskussion gestellt wird. Diesbezüglich wurde in Bezug auf die AkG-Tagung ja schon vielfach Kritik an Redeverhalten, Frontalvorträgen und mangelnder

Diskussionsbereitschaft geäußert. Dies muss zum Anlass genommen werden, um über Formen von Gesprächsstrukturen nachzudenken, die eine kontroverse, aber gemeinsame Diskussion ermöglichen. Es braucht Räume für diese Diskussion, in denen es wirklich um einen Austausch und nicht ums Präsentieren und Beharren geht. Die Aufgabe gegenseitiger Kritik kann daher nicht in bloßer vehementer Abgrenzung bestehen, sondern sollte sorgfältig wie solidarisch konzeptioniert sein. Im Mittelpunkt stehen dann ein gemeinsames Begehren nach Veränderung und das Bemühen um Übersetzungen. Hierfür sind auch weniger eindeutige Titel notwendig.

Ich möchte an dieser Stelle nochmal auf das von Katharina in Anlehnung an Katharina Hajek und Birgit Sauer zitierte Bild der Wahlverwandtschaft Bezug nehmen. Diese Wahlverwandtschaft kann nur eine konflikthafte sein. Wichtig scheint mir der Anspruch auf eine allseitig gleichberechtigte Teilhabe an einem gesellschaftskritischen Projekt – mithin eine Demokratisierung der Diskussion.

Davon unbenommen ist es sinnvoll, an manchen Trennungen festzuhalten. Nicht jeder theoriespezifische Aspekt kann die gemeinsame Diskussion voranbringen. Die Frage nach der richtigen, exakten Marxlektüre beispielsweise blockiert in solchen gemeinsamen Diskussionen eher Übersetzungen und Anknüpfungspunkte, als sie zu ermöglichen.

Benjamin

Eine Problemstellung, um die unsere Diskussionen auf und am Rande der Tagung immer wieder kreisten, war die Bestimmung dieses seltsam aufgeladenen Begriffs selbst: Worüber reden wir denn nun eigentlich, wenn wir „Marxismus“ sagen? Es gab wiederholte Deklarationen, was er nicht sei oder zumindest nicht sein sollte (eine in sich geschlossene Theorie; eine Weltanschauung), und zumindest ich hatte den Eindruck, dass der Schatten jener vor 25 Jahren umgeworfenen Systeme, die den Marxismus zu ihrer Staatsdoktrin erklärt hatten, immer noch schwer auf diesen Diskussionen lag. Versuchen einer inhaltlichen, positiven Bestimmung des Begriffs wurde mit aus meiner Sicht überhöhter Grundskepsis begegnet, die sich aus einer nachvollziehbaren Abneigung gegen jeden Versuch, die Definitionshoheit über den Marxismus repressiv durchzusetzen, zu speisen schien. Vielleicht wiegt diese Vergangenheit auch aktuell noch in der Stadt Berlin schwerer als anderswo.

Ich meine, dass es durchaus sinnvoll ist, darüber nachzudenken und gegebenenfalls darüber zu streiten, was so etwas wie der 'harte Kern' des 'Forschungsprogramms' Marxismus im Lakatos'schen Sinne sein könnte. Können wir allgemeine Hypothesen formulieren, die unsere Fragen anleiten und unseren Erkenntnisgegenstand strukturieren? Auf der Tagung wurde das nur teilweise und zaghaft versucht; ich würde mir wünschen, dass diese Diskussionen offener geführt werden. Das wird nur funktionieren, wenn die Beteiligten (a) den pluralen Charakter der vielen Marxismen und die Grenzen des eigenen Forschungsprogramms anerkennen und (b) die Frage nach dem gemeinsamen Theorie-Kern – oder auch nur nach den 'Familienähnlichkeiten' – der verschiedenen Marxismen zulassen, ohne darin voreilig eine Anmaßung in Sachen Definitionshoheit zu erkennen. Dies gilt sowohl für marxistische wie für nicht-marxistische Intellektuelle und Aktivist*innen.

Ich halte es für überzeugend, dass ein marxistisches Forschungsprogramm im Kern von der Frage ausgeht, in welchen Formen Menschen in unterschiedlichen historischen Epochen und an verschiedenen Orten sich selbst, ihre Umwelt und ihre Lebensmittel gesellschaftlich produzieren und reproduzieren. „Arbeit“ im weiten Sinne (nicht nur als Lohnarbeit, sondern verstanden als Stoffwechsel mit der Natur) macht deshalb m.E. einen Teil des 'Harten Kerns' eines marxistischen Forschungsprogramms aus. Das ist etwas ganz anderes als „die Einheit der Widersprüche über das Verhältnis von Kapital und Arbeit als zentrales Moment“ zu denken, wie Katharina das genannt hatte. Ja, es gibt Marxismen, die das tun; es gibt aber auch eine Vielzahl an Traditionen innerhalb und „in Hörweite des Marxismus“ (Stuart Hall), die sich genau davon absetzen. Nicht zuletzt manche der von Pia, Inga und Katharina genannten feministischen, antirassistischen und antikolonialen Ansätze gehören hier dazu. Was Frantz Fanon in Bezug auf Marx über die koloniale Situation schrieb, trifft eigentlich auf jede Gesellschaftsanalyse zu: Man muss die marxistischen Konzepte „dehnen“ und sie manchmal auch überdehnen sie – vielleicht sogar aufbrechen – um gesellschaftliche Komplexität zu verstehen. Ein Beispiel: So kann etwa die nur scheinbar evidente Kategorie „Klasse“ als Prozess eines ständigen „making“, „un-making“ und „re-making“ verstanden werden, der wie Katharina formulierte systematisch, nicht bloß symptomal, verschiedene Herrschaftsverhältnisse bündelt – vergeschlechtlichte, rassistische, imperiale und häufig andere mehr.

Damit „Übersetzungsarbeit“, die „Wahlverwandtschaften“ und „Verbindungslinien“ zwischen den hier diskutierten intellektuellen Strömungen und Forschungsprogrammen nicht rein appellativ bleiben – etwas, das mir im Rahmen der Tagung in vielen Beiträgen und Gesprächen aufgefallen ist – wäre es m.E. nötig, die Diskussionen noch stärker in Richtung konkreter (politischer) Forschungsfragen und existierender Forschungsergebnisse zu verschieben. Wo beständig, aber abstrakt eingefordert wird, „alle Verhältnisse mitzudenken“, stellt sich leicht ein, was Inga als „Überforderung“ eines imaginierten „linken Supersubjekts“ beschrieben hat.

Was würde denn nun für euch kritische Gesellschaftstheorie konkret bedeuten? Ist dazu der Bezug auf Marx noch wichtig? Und in welcher Weise?²

Pia

Mir fällt die Benennung ganz bestimmter konkreter, „erfolgreicher“ Forschungs-, Theorie- und Bewegungsprojekte an dieser Stelle als Antwort auf die Frage schwer. Wären diejenigen, die wir als Teil eines umfassenden Projektes kritischer Gesellschaftstheorie benennen würden, damit einverstanden – und wann, in welcher Weise und für wen wäre es wichtig, dass sie sich dabei auf Marx beziehen? Zählen „wir“ uns selbst dazu, und worin bestehen unsere Bezüge, unsere Zugänge zu kritischer Gesellschaftstheorie? Was ist mit denen, die mir/Euch unbekannt sind oder die mit meinen/unseren Suchkriterien nicht leicht zu finden sind, die aber wichtig wären und an dieser Stelle genannt werden sollten? Eine Aufzählung aktueller Beispiele kritischer Gesellschaftstheorie und -praxis bleibt so notwendig unvollständig. Unter den schon genannten Bedingungen politischen Drucks auf kritische Inhalte, der sich in der Finanzierung, in Stellenbesetzungen usw. bemerkbar macht, kann es nicht darum gehen, die Schere im Kopf immer weiter zu schärfen. Trotz einer häufig, aber manchmal auch nur auf den ersten Blick eher „unfreundlichen“ Umgebung halte ich es für einen lohnens-

2 Aufgrund einer Erkrankung konnte das Gespräch mit Inga Nüthen an dieser Stelle nicht fortgesetzt und die bisherigen Beiträge von ihr vor der Fertigstellung des Bandes nicht noch einmal überarbeitet werden.

werten Prozess, als emanzipatorische Akteur*innen zu versuchen, mit kritischen Inhalten und Haltungen auch dort offensiv umzugehen, wo dies auf eine Finanzierungslücke hinauslaufen kann. Die gegenwärtig zu beobachtende Selbstzurichtung bzw. „Stromlinienförmigkeit“ muss demgegenüber mit Blick auf das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie fundierter Kritik unterzogen werden. Das schließt die Kritik gesellschaftlicher Machtverhältnisse innerhalb der Produktion von Wissen, seiner Aneignung, Präsentation, Weitergabe und -entwicklung mit ein, aber auch an einer ‚Arbeit‘ am Habitus sowie an oft viel zu leicht akzeptierten und mitgetragenen Selbstoptimierungs-, Leistungs- und Wettbewerbsmaßstäben. Dies halte ich für wichtige Aufgaben jeder kritischen Gesellschaftstheorie, ob sie sich marxistisch nennt oder nicht.

Bestimmten Protagonist*innen im Wissenschaftsbetrieb ist es dennoch gelungen, sich auch mit explizit marxistischen, dekolonialen oder feministischen Ansätzen an der Universität zu behaupten.

Für die Frage, welche möglichen ‚Verbündeten‘ und Anknüpfungspunkte es gibt, halte ich es jedoch auch für wichtig, dort hin zu schauen, wo aus bestimmten Perspektiven heraus andere emanzipatorische Ansätze leicht übersehen werden. Es ist notwendig, die Zurückdrängung linker, speziell marxistischer Ansätze im Zuge der Neoliberalisierung der Universität, insbesondere in den Politik- und Sozialwissenschaften, zu skandalisieren. Aber: Trotz und entgegen dieser Marginalisierung existieren schon jahrzehntelang und immer noch Initiativen rassismuskritischer und feministischer kapitalismuskritischer Theoretiker*innen und Aktivist*innen, die sich bemühen, diese Zugänge in bis dato wechselseitig indifferente Debattenkontexte innerhalb und außerhalb der Universitäten einzubringen und sie diskutierbar zu machen. Es ist eine politische Frage, wie wir das Wegbrechen thematisieren und wie die Erfolge, und wer dadurch jeweils (un)sichtbar wird. Auf diese Aufmerksamkeitsdynamiken beim Einfordern von „mehr linker Theorie und Praxis“ machen diese Akteur*innen immer wieder aufmerksam. Eine Möglichkeit, der Marginalisierung etwas entgegenzusetzen, sehe ich in disziplinenübergreifender Zusammenarbeit, (z.B. zwischen kritischer Geschichtswissenschaft, kritischer Psychologie, kritischer Migrationsforschung, Wissenschaftstheorie...).

In diesem Kontext möchte ich, ergänzend zu oben schon genannten Projekten, wenn auch in unvollständiger Aufzählung, auf einige Tendenzen und Initiativen hinweisen: Die Entwicklung

einer großen feministischen und rassismuskritischen und oft auch kapitalismuskritischen Netzöffentlichkeit ist hier zu nennen, die in Form von Blogs, Twitter-Bezügen und Beiträgen in Online-Magazinen vormalig eher getrennter Diskussionszusammenhänge verbindet, manchmal allerdings auch neue Nischen ausbildet. Einige Satellitenseminare der RLS versuchen den Brückenschlag und die Aktualisierung von gegenseitigen Bezugnahmen im Feld politischer Bildungsarbeit. Überhaupt gibt es im schulischen (Projekttag-orientierten) wie auch außerschulischen Bildungsbereich erfreuliche Initiativen, mit deren Materialien sich gesellschaftskritische Ansätze zusammenbringen lassen und/oder die dies selbst tun, z.B. „Bildung zu Kapitalismus/-kritik“ aus dem JuBi-Netzwerk der RLS, „Geschlechterreflektierende Bildungsarbeit“ und den „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“, beide aus dem DGB-Umfeld, „Intersektionale Pädagogik“ von Glad t e.V., um nur einige Initiativen zu nennen. Auch Forschungsprojekte und -netzwerke wie das „Staatsprojekt Europa“ oder das Netzwerk Kritische Migrationsforschung zählen dazu. Und ich möchte noch auf eine Vielzahl von existierenden Arbeitsgruppen von vor allem Nachwuchswissenschaftler*innen verweisen, die in Graduiertenkollegs, an Arbeitsstellen und im „Bauch“ der Universität neue Debatten in ihre Forschung einbeziehen und wiederum aus der Universität heraus tragen. Aktuell wird auf Konferenzen wie der „Material Matters in Times of Crisis-Capitalism“-Konferenz in Gießen oder der „Kapitalismus und Geschlechterverhältnisse“-Tagung in Berlin versucht, Kapitalismuskritik, Rassismus- und Neokolonialismuskritik sowie Kritik heteronormativer Geschlechterverhältnisse zusammenzubringen. Debatten und Aktivitäten wie im Netzwerk um die „Care-Revolution“-Konferenz im Frühjahr 2013, Zusammenhänge wie Les Migras oder Glad t, Akteur*innen urbaner Kämpfe wie Kotti & Co., die Blockupy-Vernetzungen, Bündnisse zur Aufarbeitung und kritischen Begleitung des NSU-Prozesses und viele andere zeigen, dass es notwendig ist, in sozialen Auseinandersetzungen unterschiedliche soziale Positionen ebenso wie unterschiedliche theoretische (und praktische) Zugänge ernst zu nehmen und innerhalb gesellschaftskritischer ‘Szenen’ wie auch aus ihnen und über sie hinaus an einer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu arbeiten. In diesen Kontexten entwickelte Sprach- bzw. Übersetzungsmöglichkeiten helfen, die unterschiedlichen Zugänge zu vermitteln, aus denen die Akteur*innen kommen.

Die Frage, was für mich kritische Gesellschaftstheorie bedeutet, und ob und in welcher Weise diese marxistisch wäre, habe ich bisher noch nicht beantwortet: Ja, sie ist marxistisch mindestens im oben schon einmal angesprochenen Sinne eines Marxschen Imperativs, sie ist dabei vor allem kapitalismuskritisch, indem sie kapitalistische (Re-)Produktions- und Vergesellschaftungsweisen in ihrer hochintegrativen Wandelbarkeit immer wieder neu analysiert und kritisiert. Sie ist (queer) feministisch, indem sie nach Wegen sucht, zwangsheteronormative, ungleiche Geschlechterverhältnisse überall da zu überwinden, wo sie sich verfestigt haben, sie ist rassismuskritisch und dekolonial, indem sie die Herstellungsmodi und Persistenzen von ethnisierten, rassifizierten und nationalistisch und religiös aufgeladenen Machtverhältnissen aufdeckt und angreifbar macht. Nicht zuletzt ist sie intersektional, indem sie diese Aufzählung offen hält und Auseinandersetzungen nicht als getrennt voneinander (wenn auch nicht frei von Widersprüchen und/oder politischen Differenzen) begreift – und damit meine ich sowohl die darin verfolgten Ziele wie auch die Vielzahl der kämpfenden Subjekte.

Benjamin

Natürlich kann es uns nicht darum gehen, hier nun möglichst umfassend alle Personen, Ansätze, Institutionen und Projekte aufzuzählen, die wir für wichtig im Sinne einer Weiterentwicklung kritischer Analyse und Theorie im Anschluss an Marx halten. Dafür gibt es, zum Glück und immer noch, zu viele.

Warum ich vorgeschlagen habe, unsere Diskussionen stärker in Richtung konkreter Forschungsfragen zu fokussieren, dann weil mich die Frage interessiert, wie wir in der Analyse einlösen können, was wir uns und einander theoretisch versprechen?

Ist das überhaupt möglich? Es scheint auf der Hand zu liegen, dass eine einzelne Analyse, ein einzelnes Forschungsprojekt nie all die geforderten Ansprüche berücksichtigen kann. So wie das *politische* „Supersubjekt“ überfordert wird, wenn permanent eingefordert wird, alle Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen in ihrer komplexen Verwobenheit mit zu berücksichtigen, so wird auch das *wissenschaftliche* Subjekt überfordert. Offensichtlich kann eine umfassende, Komplexität und Widersprüchlichkeit des eigenen Erkenntnisgegenstands akzeptierende Analyse nur als kollektives, mosaikhafte zusammengesetztes Stückwerk verstanden werden.

Dann gilt es aber auch einander zuzugestehen, dass individuell an unterschiedlichen Baustellen gearbeitet wird. Klar: Problematisch wird es, wenn die eigene Analyse, die notwendig nur einen bestimmten Ausschnitt des Erkenntnisgegenstands behandeln kann, explizit oder implizit fürs Ganze genommen wird. Dann schiebt sich die Meistererzählung wieder über all die anderen und macht sie subaltern, anstatt sie als potenziellen Teil eines gemeinsamen Erkenntnis- und Transformationsprojekts zu verstehen. Das geschieht zweifellos immer wieder, ist aber meiner Erfahrung nach kein Alleinstellungsmerkmal explizit marxistischer Ansätze, sondern findet sich auch bei manchen feministischen oder postkolonialen Theoretiker*innen.

Ich würde Pia also zustimmen, dass kritische Gesellschaftsforschung kapitalismuskritisch, antirassistisch, feministisch und dekolonial sein sollte; aber mit der Einschränkung, dass diese Adjektive nicht mehr als Bezüge darstellen für ein kollektives, heterogenes Projekt; sie sollten keine Checkliste für individuell oder in Gruppen betriebene Forschungen sein.

Zuletzt noch einmal der Bezug zu Marx. Pia nannte den „Marx-schen Imperativ“ – „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ – als jenen Aspekt, der aus ihrer Sicht das „Marxistische“ an kritischer Gesellschaftstheorie ausmache. Das wäre ein Beispiel für eine inhaltliche Differenz, die auszutragen sich lohnen würde. Denn so sympathisch der Aufruf ist, den der 25-jährige Marx damals niedergeschrieben (und nie veröffentlicht) hatte, das Spezifische eines marxistischen – oder auch bloß Marx-schen – Zugriffs auf das Gesellschaftliche wird darin meines Erachtens nicht eingefangen. Ich verstehe schon, warum der Bezug auf das Zitat so attraktiv ist: Es strahlt ultimative Offenheit und Bündnisfähigkeit aus: *Alle* Verhältnisse umzuwerfen... – ist das nicht auch das Ziel dekolonialer, dekonstruktivistischer, anarchistischer und vieler anderer, nicht-marxistischer Theorie- und Praxisformen? Deswegen finde ich, dass es als Bestimmungselement für spezifisch marxistische Perspektiven nicht taugt.

Katharina

An die letzte Frage von Benjamin möchte ich anschließen. Wenn wir einem Anspruch auf umfassende Gesellschaftstheorie folgen wollen, stellt sich für einen Ausblick auf weitere Perspektiven und

Ansprüche an marxistische Analyseperspektiven doch die Frage, ob ein Anschluss an sie einen Theoriezugang aus einer Hand erfordert, wie dies z.B. Alex Demirović vertritt. Damit wäre ein theoriegeschichtliches Überprüfungsprojekt verbunden, die intersektionalen, antikolonialen, antirassistischen und weiteren Zugänge zu Herrschaftsverhältnissen, die in der Marxschen Theorie und Kritik angelegt sind, aufzuarbeiten – *avant la lettre*. Tatsächlich würde ein solches Projekt auch offenlegen, dass bei Marx und in der marxistischen Debatte an ihn anschließend viele Widersprüche bzw. Widerspruchsverhältnisse historisch konkret benannt worden sind – jeweils mit der Frage, wie sie unter historisch-hegemonialen Bedingungen aufbrechen, verhandelt wurden oder eben durchschlugen. Aus gesellschaftsanalytischer Perspektive geht es dann weiterhin um theoriebezogene Erweiterungen, Integrationen und Übersetzungen kategorialer und theoretischer Art, die die marxistische Theorie fortschreiben und danach fragen, wie Widersprüche bearbeitet werden. Dies könnte auch die Frage nach Widerspruchsverhältnissen neu aufrufen, die nicht zur apodiktischen Scheidung von gesellschaftlich bedingten Vor- oder Nachordnungen von Widersprüchen aufruft, sondern nach den gesellschaftlichen Akteur*innen, Orten und praktischen wie politischen sozialen Zusammenhängen fragt, die in der Lage sind, sie zu bearbeiten und kritisch verändernd zu wirken. Ganz sicherlich geschieht dies nicht allein an Universitäten, sondern eben gleichzeitig in praktischen Zusammenhängen sozialer Bewegungen, an anderen sozialen Orten und in sozialen Infrastrukturen, die eine praktische Verbindung zu aktuellen sozialen Kämpfen und Austragungsarten haben.

AutorInnenangaben

Lutz Brangsch, Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Staat und Demokratie, Marxsche Politische Ökonomie. Letzte Veröffentlichung: *Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten*, in: Brie, Michael (Hg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus*, Münster 2014.

Alex Demirović, zzt. Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktionen von PROKLA und LuXemburg. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie- und Staatstheorie, kritische Theorie der Gesellschaft. Neuere Veröffentlichungen: Mitherausgeber der AkG-Bände *Kritik und Materialität*, Münster 2008 und *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation*, Münster 2010 sowie zusammen mit Heike Walk *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*, Münster 2011.

Frank Deppe, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Marxismus und Arbeiterbewegung; Soziologie der Gewerkschaften, Europäische Integration. Letzte Veröffentlichungen: *Autoritärer Kapitalismus* (2013); *Niccolo Machiavelli* (2014); *Imperialer Realismus* (2014).

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Letzte Veröffentlichung: gemeinsam mit Jürgens, Kerstin/Matuschek, Ingo (Hg.): *Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe*, Frankfurt am Main/New York 2014.

Jana Flemming, Sozialwissenschaftlerin, Vorbereitung eines Dissertationsprojekts zu Lebensweisen für eine sozial-ökologische Transformation aus gewerkschaftspolitischer Perspektive. Letzte Veröffentlichung: *Wohlstand und Konsum. Kritische Perspektiven*, in: Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hg.): *Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven*, Berlin 2013.

Pia Garske ist Politikwissenschaftlerin, zzt. der Artikelverfassung beschäftigt bei der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung der FU Berlin und schließt gerade ihre Dissertation zu Intersektionalität und der Kategorie „Klasse“ ab. Letzte Veröffentlichung: *What's the „matter“? Der Materia-*

litätsbegriff des „New Materialism“ und dessen Konsequenzen für feministisch-politische Handlungsfähigkeit, in: Prokla 174, S. 111-129.

Michael Heinrich lehrt Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und ist Mitglied der Redaktion von PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Letzte Veröffentlichungen: *Wie das Marxsche Kapital lesen?* Teil 2, Stuttgart: 2013, *'The Fragment on Machines': A Marxian Misconception in the Grundrisse and its Overcoming in Capital*, in: Riccardo Bellofiore et al. (eds.): *Marx's Laboratory. Critical Interpretations of the Grundrisse*, Leiden 2013, S. 197-212.

Silvia Kontos, bis 2010 Professorin an der FH Wiesbaden. Arbeitsschwerpunkte: Gender, Sozialpolitik, Familienpolitik. Letzte Veröffentlichungen: *Öffnung der Sperrbezirke, zum Wandel von Theorien und Politik der Prostitution*, Königstein, 2009 und *Alte und neue Polarisierungen. Zur aktuellen Kontroverse über die Prostitution*, in: *feministische studien*, Heft 2/2014, S.185-200.

Inga Nüthen lebt und ist politisch aktiv in Berlin. Sie ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung und promoviert an der Humboldt-Universität Berlin zu Konzepten des Politischen in queer-feministischen Theorien. Sie arbeitet seit 2010 an der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung der Freien Universität Berlin. Letzte Veröffentlichung: *Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen, mit Ulla Bock*, in: *femina politica* 23(2) 2014.

Benjamin Opratko ist DOC-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Letzte Veröffentlichung: *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*, Münster, 2., verbesserte Auflage 2014.

Melanie Pichler, Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, forscht und lehrt zu (internationaler) Umwelt- und Ressourcenpolitik. Letzte Veröffentlichung: *Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien*. Münster 2014.

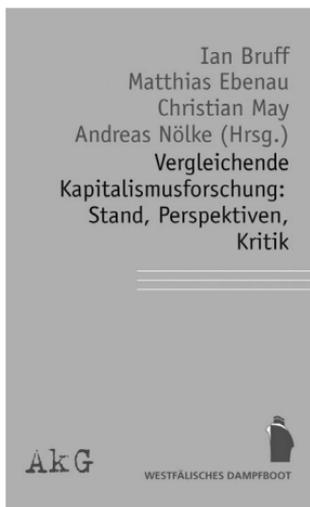
Christina Plank, Doktorandin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, forscht zu landwirtschafts-

und energiepolitischen Fragen in der Ukraine. Letzte Veröffentlichung: *Ukraine: Die Politische Ökonomie der Oligarchen*, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2014, Nr. 99, 44-52.

Katharina Pühl arbeitet als Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse an der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Letzte Buchveröffentlichung mit Alexandra Manske (Hg.): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*, Münster 2010.

Ingo Stützle ist Politikwissenschaftler und Redakteur bei der Monatszeitung *ak – analyse & kritik* sowie der Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft *PROKLA*. 2014 erschien von ihm das Buch *Austerität als politisches Projekt* in der Zweitauflage, Münster 2014. Web: <http://stuetzle.cc>.

AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung



Ian Bruff / Matthias Ebenau /
Christian May /
Andreas Nölke (Hrsg.)
**Vergleichende
Kapitalismusforschung:
Stand, Perspektiven, Kritik**
2013 – 290 Seiten – 24,90 €
ISBN 978-3-89691-928-1

Forschungsgruppe
„Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.)
**Die EU in der Krise
Zwischen autoritärem
Etatismus und
europäischem Frühling**
2012 – 165 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-898-7

Michael Bruch / Wolfram Schaffar /
Peter Scheiffele (Hrsg.)

Organisation und Kritik
2011 – 282 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-869-7

Alex Demirović / Christina Kaindl /
Alfred Krovoza (Hrsg.)

**Das Subjekt – zwischen
Krise und Emanzipation**
in Zusammenarbeit mit der
Loccumer Initiative
2010 – 176 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-771-3

Eva Hartmann / Caren Kunze /
Ulrich Brand (Hrsg.)

**Globalisierung, Macht
und Hegemonie**
Perspektiven einer
kritischen Internationalen
Politischen Ökonomie
2009 – 272 Seiten – € 24,90
ISBN 978-3-89691-757-7

Alex Demirović (Hrsg.)

Kritik und Materialität
2008 – 168 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-748-5

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



E-Mail: info@dampfboot-verlag.de
<http://www.dampfboot-verlag.de>

Durch viele Kämpfe, Brüche, Abzweigungen und herrschaftliche Instrumentalisierungen hindurch setzt sich seit fast anderthalb Jahrhunderten eine Kontinuität kritischen Denkens im Anschluss an Marx fort. Der AkG-Band fragt nach dem historischen Stand dieses Denkens und den damit verbundenen intellektuellen und politischen Praktiken im deutschsprachigen Raum. Er beleuchtet Entwicklungslinien, Reproduktionsbedingungen und Herausforderungen aktueller Diskussionen im Umfeld von ›marxistischer«, ›feministischer« und sozial-ökologischer Theorie.



ISBN 978-3-89691-717-1